

# ***Zürcher Beiträge***

*zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung Nr. 69*

Marco Zanoli

## **Zwischen Klassenkampf, Pazifismus und Geistiger Landesverteidigung**

**Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
und die Wehrfrage 1920–1939**

Hrsg.: Andreas Wenger

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik  
der ETH Zürich



# Inhalt

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	7
EINLEITUNG	9
I. IM ZEICHEN VON KLASSENKAMPF, PAZIFISMUS UND ANTIMILITARISMUS (1920–1932)	23
1 Die SPS und der Antimilitarismus bis 1920	23
2 Das Parteiprogramm von 1920 und seine Umsetzung	40
3 Die Blütezeit des Antimilitarismus (1929–1932)	56
4 Die Genfer Unruhen von 1932 und ihre Folgen	76
5 Fazit	82
II. NEUORIENTIERUNG FÜR DEN KAMPF GEGEN DEN FASCHISMUS (1933–1935)	87
1 Faschismus und Wehrfrage	87
2 Die Wehrfrage nach dem Frontenfrühling 1933	100
3 Der Weg zur Programmrevision	117
4 Die konditionale Befürwortung der Landesverteidigung im Programm von 1935	134
5 Fazit	162
III. AUF DEM WEG ZUR BEDINGUNGSLOSEN ANERKENNUNG DER LANDESVERTEIDIGUNG (1935–1939)	165
1 Die Lage nach der Programmrevision von 1935	165
2 Der Kampf um die Wehranleihe von 1936	182
3 Der Neubeginn im Juli 1936: Neue Parteileitung – neue Position in der Wehrfrage	202
4 Die Umsetzung der bedingungslosen Anerkennung der Landesverteidigung ab 1937	222
5 Fazit	235

SCHLUSSWORT	239
Personenverzeichnis	245
Bibliographie	251

# Vorwort

Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Armee ist in der Schweiz bis zum heutigen Tag nicht völlig frei von Spannungen. Dies liegt nicht alleine an den gesellschaftspolitischen Konfrontationen der letzten zwanzig Jahre, sondern wurzelt in einem viel tiefer gründenden Zerwürfnis während der Zwischenkriegszeit, als die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) als einzige grosse politische Kraft des Landes das Konzept der nationalen Verteidigung ablehnte und damit der Schweizer Armee die Existenzberechtigung absprach.

Der vorliegende Band der Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse untersucht die Veränderungen in der Haltung der SPS zur sogenannten «Wehrfrage» in den Jahren 1920 bis 1939. Während dieses Zeitraumes wandelte sich die Haltung der SPS bezüglich des Konzepts der nationalen Verteidigung von einem radikal-marxistisch begründeten Antimilitarismus zur grundsätzlichen Bejahung von Armee sowie militärischer und geistiger Landesverteidigung. Dabei gilt das Augenmerk des Autors u.a. der Frage, warum die SPS von ihrer klassenkämpferischen Ablehnung der Landesverteidigung abrückte, woher die Anstösse zu diesem Wandel kamen, wie diese Annäherung an traditionelle und bürgerliche Positionen programatisch und ideologisch begründet wurde und wo die treibenden Kräfte und Personen- oder Interessengruppen dieses Prozesses zu lokalisieren sind.

Bislang fehlte eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung der sozialdemokratischen Diskussion um die Wehrfrage während der Zwischenkriegszeit. Bereits vorliegende Studien befassen sich mit der Thematik nur am Rande grösserer Zusammenhänge. Marco Zanoli legt nun eine breite wissenschaftliche Analyse der ganzen Thematik «SPS und Wehrfrage» im Zeitraum von 1920 bis 1939 vor.

Die Studie betont als wesentliche neue Erkenntnis die Bedeutung internationaler Entwicklungen für die Meinungsbildung in der SPS zur Wehrfrage. Während bisher meist die «Schwere der Zeit» für den Paradigmenwechsel der SPS von 1935 bzw. 1937 verantwortlich gemacht wurde, identifiziert der Autor neben Faschismus und Wirtschaftskrise klar den Spanischen Bürgerkrieg und das Ende des Systems der kollektiven Sicherheit in Europa als Auslöser für den Prozess, der zur Befürwortung der Landesverteidigung durch die SPS führte. Diese erfolgte

jedoch nur unter Einschränkungen «bedingungslos», akzeptierte doch die bürgerliche Mehrheit in der Folge wesentliche militär- und sozialpolitische Forderungen der Sozialdemokratie, womit die Basis für die Konsolidierung des schweizerischen Gemeinschaftsgefühles im Zeichen der «Geistigen Landesverteidigung» gelegt wurde.

Der Herausgeber dankt dem Verfasser, Mitarbeiter in der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich, für seine gehaltvolle Arbeit und den differenzierten Einblick in eine zentrale Weichenstellung der schweizerischen Parteiengeschichte.

Zürich, im Oktober 2003

Prof. Dr. Andreas Wenger

Leiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik  
der ETH Zürich

## Abkürzungsverzeichnis

AHV	Alters- und Hinterbliebenenversicherung
ASMZ	Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift
BGB	Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei
DP	Demokratische Partei
EFZD	Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement
EPED	Eidgenössisches Post- und Eisenbahndepartement
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
FDP	Freisinnig-demokratische Partei
GL	Geschäftsleitung
GsoA	Gruppe für eine Schweiz ohne Armee
JSB	Jungsozialistische Bewegung der Schweiz
KK	Katholisch-konservative Volkspartei
Komintern	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPO	Kommunistische Partei Opposition
KPS	Kommunistische Partei der Schweiz
LdU	Landesring der Unabhängigen
NAG	Nationale Aktionsgemeinschaft zur Bekämpfung wirtschaftlicher Krisen und Not
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
PA	Parteiausschuss
PdA	Partei der Arbeit
PK	Politische Kommission
PV	Parteivorstand
RR	Rote Revue

SAI	Sozialistische Arbeiter-Internationale
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiter Partei (Österreichs)
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SJO	Sozialistische Jugendorganisation
SMUV	Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband
SOZ	Sozialarchiv Zürich
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
VPOD	Verband des Personals öffentlicher Dienste
VR	Volksrecht



## Einleitung

Ende des 19. Jahrhunderts akzentuierte sich in der Schweiz eine immer stärker werdende soziale Differenzierung, die eine Spaltung der Gesellschaft in sogenannte «Klassen» mit sich brachte. Diese Spaltung beschränkte sich nicht nur auf das ökonomische Leben, sondern erfasste auch die Politik – und damit auch die Armee. Das Prinzip der Milizarmee wurde durch den Missbrauch des Militärs zur gewaltsamen Lösung schwelender Arbeitskonflikte in seinen Grundfesten erschüttert. Die Legitimität der bürgerlich geführten Armee wurde dadurch in den Augen der Arbeiterschaft grundsätzlich in Frage gestellt. Die marxistische Ansicht, dass jede Form von Armee in einem bürgerlichen Staat nichts anderes als ein Instrument der herrschenden Klasse im sogenannten «Klassenkampf» sein könne, schien sich in den Augen vieler Sozialdemokraten zu bestätigen.

Die «Entfremdung» der Arbeiterschaft und damit auch der Sozialdemokratie von der Schweizer Armee lag neben den rapide angestiegenen Einsätzen der Armee bei Streiks auch am Phänomen des «Militarismus». Mit diesem Begriff umschrieb man u.a. das neue imponierend-herrschaftliche Auftreten vieler bürgerlicher Offiziere im militärischen wie auch im zivilen Leben. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz versuchte vor dem Ersten Weltkrieg als Reaktion auf diesen Trend, eine «Demokratisierung» der Armee zu erreichen, um die Milizsoldaten vor Missbräuchen zu schützen und auch Arbeitern militärische Karrieren zu eröffnen. Die Unnachgiebigkeit des Bürgertums in den Militärfragen und die Radikalisierung der politischen Positionen während des Ersten Weltkrieges führten jedoch zum totalen Bruch zwischen der SPS und den bürgerlichen Parteien.

Antimilitaristische und pazifistische Kräfte erreichten 1917, dass die Sozialdemokratie in der Schweiz dem Prinzip der nationalen Verteidigung, damals kurz «Landesverteidigung» genannt, die Legitimität absprach. Während eines grossen Teils der Zwischenkriegszeit wurde

\* Für die inhaltliche Betreuung der Studie und für das Ermöglichen dieser Publikation bedanke ich mich bei Andreas Wenger und Kurt R. Spillmann. Besonderen Dank verdienen auch Daniel Trachsler und Daniel Möckli für ihre Unterstützung, ihre Anregungen und das Lektorat. Schliesslich bedanke ich mich bei meinen Eltern und Ariana Gonnet für die finanzielle und moralische Unterstützung.

die sich aus dieser Entscheidung ergebende Problematik als «Landesverteidigungs-» oder «Wehrfrage» innerhalb und ausserhalb der SPS kontrovers diskutiert. Erst nach der Machtergreifung Hitlers und der Erschütterung der Versailler Ordnung zeichnete sich eine Rückkehr der SPS in die Militärpolitik ab. Damit verbunden war eine schrittweise Anerkennung der Landesverteidigung.

Diese Studie leistet einen Beitrag zur Erforschung der spezifischen Thematik der Behandlung der Wehrfrage in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz während der Zwischenkriegszeit und somit auch zur schweizerischen Parteiengeschichte. Die Entwicklungsgeschichte der SPS in der Zwischenkriegszeit wurde zwar schon verschiedentlich untersucht und dargestellt, bis jetzt hat sich jedoch noch kein Autor wissenschaftlich mit der Behandlung der Wehrfrage in der SPS in der Zwischenkriegszeit auseinandergesetzt. Diese Forschungslücke blieb nicht zuletzt daher offen, weil im Rahmen des «Kalten Krieges» und der «Geistigen Landesverteidigung» der Nachkriegszeit eine nüchterne Analyse der Infragestellung der Legitimität der Landesverteidigung durch eine der grössten staatstragenden Parteien der Schweiz aus ideologischen Gründen nur schwer möglich war.

Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, die Veränderungen in der Einstellung der SPS zur Landesverteidigung in den Jahren 1920 bis 1939 aufzuzeigen und zu analysieren. In diesem Zeitraum bewegte sich die SPS zwischen klassenkämpferischem Antimilitarismus, Pazifismus und der Integration in die geistige und militärische Landesverteidigung.<sup>1</sup> Den Beginn der Studie markiert dabei der Durchbruch des marxistisch, also ideologisch begründeten Antimilitarismus von 1917 bzw. 1920. Die Ablehnung von Landesverteidigung und Demokratie bedeuteten dabei auch ein Ausscheiden der SPS aus dem dominanten politischen System. Die Umsetzung bzw. die Überwindung dieser neuen, systemalternativen Haltung beschäftigte die SPS während der ganzen Zwischenkriegszeit.<sup>2</sup> Die neuerliche Anerkennung der Landesverteidigung vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Bedrohung und der «Geistigen Landesverteidigung» 1935 bzw. 1937 bildet den Schlusspunkt der Untersuchung.

1 Zur Typologie der verschiedenen Flügel der SPS siehe Kapitel I.1.2.

2 Der Begriff «systemalternativ» wird in dem Sinne verwendet, dass die Einstellung der SPS eine Alternative zum herrschenden System darstellte, da die restlichen, etablierten Parteien der Schweiz wie auch das politische System die Landesverteidigung als Konzept grundsätzlich nie in Frage stellten.

Diese extremen Gegensätze in der Haltung der SPS in der Wehrfrage führen zur Hauptfragestellung und zu mehreren Unterfragen: Weshalb änderte die SPS ihre Haltung in der Wehrfrage 1935 bzw. 1937? Weshalb geschah dies schrittweise? Woher kamen die Anstösse für die Revision des Parteiprogramms von 1920? Was waren 1920 bis 1935 die Gründe und Motive für die Ablehnung der Landesverteidigung? Veränderten sich diese im Verlauf der Zeit? Was für einen Zweck erfüllte der Antimilitarismus für die SPS 1920 bis 1935? Besonderes Augenmerk wird hierbei dem Charakter der antimilitaristischen Beschlüsse, deren Wirkungsweise und Zweck geschenkt. Dadurch ergeben sich wertvolle Hinweise auf den Verlauf des Wandels der Haltung der SPS in der Wehrfrage wie auch auf die Ursprünge des ideologisch-programmatischen Veränderungsprozesses, der ihn auslöste. Weiter wird untersucht, wie die Änderung der Einstellung der SPS zur Landesverteidigung von ihrer Ablehnung über die konditionale Befürwortung 1935 bis hin zu ihrer erneuten Befürwortung 1937 programmatisch und ideologisch begründet wurde. Insbesondere wird von Interesse sein, ob der Wandel von der Basis oder der Führung der Partei ausging. Schliesslich werden Entstehung und politische Funktion der «linken Form» der «Geistigen Landesverteidigung» analysiert, soweit sie mit der Wehrfrage in Zusammenhang stehen.<sup>3</sup>

Der Veränderungsprozess, dem die Position der SPS in der Wehrfrage unterworfen war, wird im Verlauf der Arbeit nach Akteuren, Interessengruppen, Phasen sowie inneren und äusseren Einflüssen aufgeschlüsselt. Die berücksichtigten Akteure waren meistens Mitglieder der SPS und spielten innerhalb der Partei eine wichtige Rolle, entweder weil sie Mitglieder in der Geschäftsleitung, dem Parteivorstand oder einer Kommission waren oder weil sie eine wichtige Denkrichtung oder Gruppierung innerhalb der Partei repräsentierten. Auch Interessengruppen werden als Akteure gelten – in diesem Fall sind dies der SPS nahestehende Organisationen wie etwa die Gewerkschaften oder die Richtlinienbewegung. Die inneren Einflüsse auf die Behandlung der

3 Als «Geistige Landesverteidigung» wurde die von ca. 1933 bis in die sechziger Jahre dauernde politisch-kulturelle Bewegung bezeichnet, welche die Stärkung von als «schweizerisch» deklarierten Werten und die Abwehr der faschistischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Totalitarismen zum Ziel hatte. Vgl. Joseph Mooser. «Die <Geistige Landesverteidigung> in den 1930er Jahren». In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Vol. 47, Nr. 4, 1997, S. 685–708. Die Thematik wird weiter im Kapitel III.4.2 ausführlich besprochen. Für weitere bibliographische Angaben siehe dort.

Wehrfrage beinhalten parteiinterne Entwicklungen und Strömungen, während die äusseren Einflüsse sowohl die internationale wie auch die schweizerische Politik umfassen.

Die vorliegende Arbeit ist chronologisch aufgebaut und der Untersuchungszeitraum wird in drei Phasen unterteilt. In der ersten Phase zwischen 1920 und 1932 wurde der neu in das Parteiprogramm der SPS aufgenommene antimilitaristische Stossrichtung ausformuliert und der Versuch unternommen, antimilitaristische und pazifistische Anliegen in der Schweizer Politik konkret umzusetzen. Die kurze Blütezeit des Antimilitarismus im Rahmen der Abrüstungsbewegung wurde durch den Beginn der weltweiten wirtschaftlichen Depression und die verstärkte politische Polarisierung der Schweiz nach den Genfer Unruhen vom 11. November 1932 beendet.<sup>4</sup>

Der Sieg der Nationalsozialisten in Deutschland leitete die zweite Phase ein. Hitlers Machtergreifung war auch für die innenpolitische Situation der Schweiz ein Wendepunkt.<sup>5</sup> Mit dem Bieler Parteitag von 1933 begann der eigentliche Kampf der schweizerischen Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus – laut Robert Grimm, dem ideologischen und geistigen Führer der SPS während der Zwischenkriegszeit, war noch nie zuvor ein Parteitag in eine so ernste und gefährvolle Zeit gefallen.<sup>6</sup> Die zweite Phase war dementsprechend vom Kampf gegen den Nationalsozialismus und die Fronten geprägt. In diesem Zeitraum wurde in der SPS sowohl in theoretischer wie auch in praktischer Hin-

- 4 Spätestens seit 1929 war die SPS auch keine Oppositionspartei im engeren Sinne mehr, liess sich doch die Bereitschaft zur Mitwirkung im Bundesrat kaum mit einer konsequenten Oppositionspolitik in Einklang bringen. Vgl. Benno Hardmeier. *Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz (1920–1945)*. Diss. Universität Zürich. Winterthur: P. G. Keller, 1957, S. 58f. Zur Weltwirtschaftskrise und ihrem Einfluss auf die SPS siehe Kapitel II.3.1.1. Zu den Genfer Unruhen siehe Kapitel I.4.
- 5 Siehe dazu Hardmeier, *Geschichte der sozialdemokratischen Ideen*, S. 67–72; Hans-Ulrich Jost. «Bedrohung und Enge (1914–1945)». In: *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*. Studienausgabe in einem Band. Basel und Frankfurt a. M.: Helbing & Lichtenhahn, 1986, S. 731–819, S. 778f.; Fritz Marbach. *Gewerkschaft – Mittelstand – Fronten. Zur politischen und geistigen Lage der Schweiz*. Bern: o.J. (1933); August Egger. *Die deutsche Staatsumwälzung und die schweizerische Demokratie*. Bern: Haupt, 1934 und Eric Dreifuss. *Die Schweiz und das Dritte Reich. Vier deutschschweizerische Zeitungen im Zeitalter des Faschismus 1933–1939*. Vorwort von Willy Bretscher. Frauenfeld: Huber, 1971.
- 6 SPS-Parteitagsprotokoll 1933, S. 20.

sicht der Boden für die bedingte Befürwortung der Landesverteidigung im Rahmen des Parteiprogramms von 1935 bereitet.

Die dritte Phase des Wandels begann mit dem «bedingten Ja» von 1935 und endete 1937 mit der im Prinzip bis heute gültigen erneuten Bestätigung der Legitimität der Landesverteidigung.<sup>7</sup> Darüber hinaus wird die Bedeutung dieses Entscheides und seine Wechselwirkung mit der «Geistigen Landesverteidigung» bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges dargelegt.<sup>8</sup>

Die Relevanz dieser Studie liegt in der umfassenden Aufarbeitung der Landesverteidigungsdiskussion innerhalb der SPS zwischen 1920 und 1937. Aspekte dieser Debatte wurden zwar auch schon an anderer Stelle aufgegriffen, dies geschah jedoch entweder unwissenschaftlich<sup>9</sup> oder am Rande der Behandlung grösserer Fragen.<sup>10</sup>

Bei älteren Studien fällt deren Prägung durch den «Kalten Krieg» und dessen Polarisierung ins Gewicht, so dass die Beurteilung der SPS vor allem unter dem Gesichtspunkt «landesverräterischer» Aspekte

7 Siehe SPS-Parteiprogramm 1983, S. 55.

8 Zur Problematik des Abgrenzens von Perioden in den dreissiger Jahren, im Speziellen auch von Zwischenkriegszeit, Zweiter Weltkrieg und Nachkriegszeit siehe Kurt Imhof. «Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung. Von der «Volksgemeinschaft» vor dem Krieg zum Streit über die «Nachkriegsschweiz» im Krieg». In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit.* (Krise und sozialer Wandel, 2). Zürich: Seismo, 1996, S. 19–83, S. 24–35 und Georg Kreis. *Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Ihre Antworten auf die Herausforderungen der Zeit.* Zürich: Pro Helvetia, 1999, S. 28. Zur Frage der Integration der SPS in die Landesregierung 1943 siehe Bernhard Degen. «Wer darf mitregieren? Die Integration der Opposition als Gnadenakt». In: Brigitte Studer (Hg.). *Etappen des Bundesstaates. Staats- und Nationsbildung der Schweiz, 1848–1998.* Zürich: Chronos, 1998, S. 145–158, S. 155f.

9 Hier wäre etwa die Darstellung von Lezzi zu nennen. Otto Lezzi. *Sozialdemokratie und Militärfrage in der Schweiz.* Frauenfeld: Huber, 1996.

10 Etwa in den Dissertationen von Scheiben, Etter und Morandi. Oskar Scheiben. *Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1928–1936. Ein Beitrag zur Reformismusdebatte.* Diss. Universität Zürich. Zürich: Chronos, 1987; Jann Etter. *Armee und Öffentliche Meinung in der Zwischenkriegszeit 1918–1939.* Diss. Universität Zürich. Bern: Francke, 1972 und Pietro Morandi. *Krise und Verständigung. Die Richtlinienbewegung und die Entstehung der Konkordanzdemokratie 1933–1939.* Diss. Universität Zürich. Zürich: Chronos, 1995.

oder der «Geistigen Landesverteidigung» der Nachkriegszeit erfolgte.<sup>11</sup> Eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung der Beziehung der SPS zum Militarismus und zur Landesverteidigung existiert noch nicht. Diese Studie reiht sich chronologisch vor die Dissertation von Jacques HÜRLIMANN, *SPS und militärische Landesverteidigung 1946–1966*,<sup>12</sup> und nach der Untersuchung von Hans-Ulrich Jost, *Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914–1918*, ein.<sup>13</sup>

Nachfolgend wird die existierende Literatur zur Geschichte der Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit und ihre Wahrnehmung der Diskussion um die Wehrfrage besprochen. Die Literatur zwischen 1945 und ca. 1970 nimmt den Wandel der Position der SPS in der Wehrfrage durch die Linse der «Geistigen Landesverteidigung» wahr. Die SPS habe sich demnach unter dem Eindruck der bedrohlichen aussenpolitischen Lage, des Zusammenbruchs der deutschen Sozialdemokratie

- 11 Mit dem Beginn des «Kalten Krieges» wurde der sowjetische Totalitarismus anstelle des Nationalsozialismus und des Faschismus zur Zielscheibe der wieder belebten «Geistigen Landesverteidigung». Neben dem ausgeprägten Antikommunismus wurden nun die Prinzipien des Rechts- und Sozialstaats, der Neutralität und einer starken Milizarmee in das Konzept eingebracht. Im Balanceakt zwischen der Stärkung der eigenen demokratischen Werte und dem Antikommunismus nahm in den fünfziger Jahren jedoch der Abwehrgedanke und damit ein enger geistiger und politischer Isolationismus überhand. In den ausgehenden sechziger Jahren wurde die «Geistige Landesverteidigung» von Kulturschaffenden, Intellektuellen und von der jungen Linken als Instrument der ideologischen Indoktrination und gesellschaftlichen Disziplinierung scharf kritisiert, wonach man ab 1969 schrittweise Abstand von der «Geistigen Landesverteidigung» nahm. Vgl. *Historisches Lexikon der Schweiz*. Onlineversion, deutsch (<http://www.snl.ch/dhs/externe/protect/deutsch.html>). Marco Jorio. «Geistige Landesverteidigung».
- 12 Jacques Hürlimann. *SPS und militärische Landesverteidigung 1946–1966*. Diss. Universität Zürich. Zürich: Juris, 1985.
- 13 Jost behandelt in seiner Dissertation zwar nicht direkt die Wehrfrage in der SPS, da die Ablehnung der Landesverteidigung 1917 aber ihre Ursprünge in der Linksradikalisierung der SPS hat, kann seine Studie dieses Thema von 1914 bis 1918 ausreichend beleuchten. Hans-Ulrich Jost. *Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914–1918*. Diss. Universität Bern. Bern: Stämpfli, 1973. Für die Auseinandersetzung der SPS mit Armeefragen vor 1914 wird auf die Lizentiatsarbeit von GRETER verwiesen. Er setzte sich vor allem mit dem Einfluss der sog. «Maulkrattenvorlage» auf den Militärdiskurs in der SPS auseinander. Daneben arbeitete er die Gründung der Antimilitaristischen Liga sowie die Diskussionen innerhalb der SPS um das neue Militärgesetz von 1907 auf. Mirko Greter. *Die Militärpolitik der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zwischen 1903 und 1907. Der gescheiterte Versuch des Bundesrates zur Einschränkung der sozialistischen Militärkritik und der Positionierungsprozess der SPS im Themenfeld der Militärpolitik*. Lizentiatsarbeit. Universität Zürich, 2001.

und wegen ihres des Wandels von einer Klassen- zu einer Volkspartei zur Landesverteidigung bekannt. Sie habe damit auf die innere Bedrohung der Demokratie durch die Fronten und die äussere durch den Nationalsozialismus bzw. Faschismus reagiert.<sup>14</sup> Weniger versöhnliche bürgerliche Autoren – wie etwa MÜLLER – stellten dabei das parteitaktische Kalkül der SPS in den Vordergrund und interpretierten die Programmänderungen von 1935 bzw. 1937 als rein taktisches Manöver, womit sich die SPS aus «den proletarischen Fesseln» befreit habe, um mehr Wählerstimmen in den Mittelschichten zu sammeln oder etwa auch als «grossherzige Tat», um das Misstrauen der Mittelschichten zu überwinden. Die Sozialdemokratie habe demnach «Ballast abgeworfen», aus Angst, den Wettlauf mit den Faschisten um die Volksgunst zu verlieren.<sup>15</sup> Diese Sicht der Dinge wurde unter anderen Vorzeichen und mit weniger scharfer Wortwahl auch von DEGEN und IMHOF geteilt.<sup>16</sup>

Die jüngste Literatur beurteilt die Lage sachlicher: Werner BAUMANN erkennt die Motivation zur Programmänderung in der Gefahr, in der die SPS die Demokratie sah, weshalb sie sowohl neue Wählerschichten ansprechen wie auch die Möglichkeit zum Dialog mit den

- 14 Vgl. Fritz Giovanoli. *Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Entstehung, Entwicklung und Aktion*. Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (Hg.). o.O.: 1948, S. 35f.; Hans Oprecht. «Zur Geschichte der Programme der SPS». In: *RR*, 38. Jg. Heft 9/10, 1959, S. 270–292, S. 277; Paul Schmid-Amman. «Vom revolutionären Klassenkampf zum demokratischen Sozialismus – Die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz seit 1920». In: Erich Gruner u.a. (Hg.). *Max Weber. Im Kampf um soziale Gerechtigkeit. Beiträge von Freunden und Auswahl aus seinem Werk*. Max Weber zum 70. Geburtstag, 2. August 1967. Bern: Lang, 1967, S. 84–96, S. 89; Hans Simmler. *Bauer und Arbeiter in der Schweiz in verbandlicher, politischer und ideologischer Sicht*. Diss. Universität Zürich. Winterthur: P. G. Keller, 1966, S. 83 und Erich Gruner. *Die Parteien in der Schweiz*. Zweite, neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Erste Auflage 1969. (Helvetica Politica, ser. B, Vol. IV). Bern: Francke, 1977, S. 143.
- 15 Vgl. Kurt Müller. *Schicksal einer Klassenpartei. Abriss der Geschichte der schweizerischen Sozialdemokratie*. Zürich: NZZ, 1955, S. 83f.
- 16 Vgl. Bernhard Degen. «Zwischen Opposition und Bundesratsbeteiligung». In: Karl Lang u.a. (Hg.). *Solidarität, Widerspruch, Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz*. Zürich: Limmat, 1988, S. 369–397, S. 380 und Kurt Imhof. «Lernen von Aussen? Oder: die Betrachtung des Irrationalen als Voraussetzung für Vernunft. Programmatische Mutationen in der Krise der 30er Jahre». In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*. (Krise und Sozialer Wandel, 1) Zürich: Seismo, 1993, S. 289–357, S. 354f.

bürgerlichen Parteien eröffnen wollte.<sup>17</sup> Diese Sichtweise bestätigte aus sozialgeschichtlicher Warte Manuel EISNER, indem er die Genfer Unruhen von 1932 und die Machtübernahme Hitlers in Deutschland 1933 als Endpunkte einer Phase der verstärkten Konfrontation der SPS mit den bürgerlichen Parteien wahrnahm.<sup>18</sup> Unter dem Eindruck dieser Ereignisse habe sich in der Sozialdemokratie eine defensive Haltung durchgesetzt, die den Weg für die «Diffusion eines systemintegrierenden Weltbildes» geebnet habe. Diese äusserte sich darin, dass die SPS neue Allianzpartner ausserhalb ihrer klassischen Wählerschaft suchte, wodurch es zusammen mit dem Druck der reformistisch gesinnten Parteikreise zu den Programmänderungen von 1935 auch hinsichtlich der Wehrfrage kam.<sup>19</sup>

Ebenfalls aus der Sicht der Sozialgeschichte argumentierte Oskar SCHEIBEN, aber unter anderen Vorzeichen. Er sah die Diskussion um die Landesverteidigung in der SPS vor allem im Rahmen des Konfliktes zwischen den zwei grossen Hauptströmungen des Reformismus – der systemreformierenden Formation und der systempartizipierenden Formation –, deren zwei Hauptdifferenzpunkte die Wehr- und die Demokratiefrage waren.<sup>20</sup> Das Bekenntnis der SPS zur Landesverteidigung

- 17 Vgl. Werner Baumann. «Von der Krise zur Konkordanz. Die Rolle der Bauern». In: Sébastien Guex u.a. (Hg.). *Krisen und Stabilisierung. Die Schweiz in der Zwischenkriegszeit*. Zürich: Chronos, 1998, S. 97–113.
- 18 Die Genfer Unruhen vom November 1932 werden detailliert und mit guten Analysen versehen dargestellt von Michel Rey. *Genève 1930–1933. La Révolution de Léon Nicole*. Diss. Universität Fribourg. Bern u.a.: Lang, 1978. Über die SP-Genf und Léon Nicole siehe weiter Marie-Madeleine Grounauer. *La Genève rouge de Léon Nicole 1933 à 1936*. Genève: Editions Adversaires, 1975. Für die Ereignisse in Deutschland (siehe Kapitel II.1.1) wird verwiesen auf Klaus Hildebrand. *Das Dritte Reich*. (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 17). München: R. Oldenbourg, 1995 und Eberhard Kolb. *Die Weimarer Republik*. (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 16). 6., überarbeitete Auflage. München: R. Oldenbourg, 2002. Zu den Genfer Unruhen siehe weiter Kapitel I.4.
- 19 Vgl. Manuel Eisner. «Stabilität und Wandel von politischer Sprache in der Schweiz von 1840 bis 1986». In: Volker Borschier u.a. (Hg.). *Diskontinuität des sozialen Wandels. Entwicklung als Abfolge von Gesellschaftsmodellen und kulturellen Deutungsmustern*. Frankfurt a.M. u.a.: Campus, 1990, S. 165–195, S. 188f.
- 20 Innerhalb der sozialistischen Bewegung lehnten die Anhänger des Reformismus die Notwendigkeit des Klassenkampfes (siehe Anmerkung 48), der Revolution und der Diktatur des Proletariats ab und wollten alleine mittels Reformen zum Sozialismus gelangen. Auch erfolgt der Durchbruch zum Sozialismus nicht auf einen Schlag sondern schrittweise. Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 27.



habe dazu gedient, «systemalternative» Elemente innerhalb der Partei zu eliminieren und dem «systempartizipierenden» Parteiflügel zur Machtübernahme zu verhelfen.<sup>21</sup> Dies bedeutete aber auch das Ende revolutionärer Konzepte und den Abbau der «systemalternativen» politischen Positionen in der Wehr- und der Demokratiefrage. Dieser Richtungswechsel der SPS habe zu schweren Flügelkämpfen in der Parteiführung und in der Basis geführt, welche die Partei handlungsunfähig machten und den kompromisslosen Beitritt zur Richtlinienbewegung erzwangen. Gerade in der damit einhergehenden unfreiwilligen Akzeptanz des *Status quo* der bürgerlichen Politik, sah SCHEIBEN den wichtigsten Beitrag der SPS zur Restabilisierung der soziopolitischen Verhältnisse in der Schweiz vor dem Zweiten Weltkrieg.<sup>22</sup> So sei die Klärung der Demokratie- und der Wehrfrage als Beginn eines «nationalen Integrationsschubs» zu sehen, mit dem die Sozialdemokratie zunehmend ins politische System integriert worden sei.<sup>23</sup>

Die These SCHEIBENS, dass die SPS ab 1935 ihre Eigenständigkeit stückweise aufgegeben habe, wurde von Joseph MOOSER bestritten, der in ihren Konzessionen gegenüber den Gewerkschaften und den bürgerlichen Parteien «Demonstrationen der Zugehörigkeit zur Nation» erkannte. Die Arbeiter hätten gerade mit ihrer Teilhabe an der «Geistigen Landesverteidigung» starke Erwartungen an die schweizerische

- 21 Mit den «systemalternativen» Elementen meint Scheiben den linken, revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügel, der 1917 bzw. 1920 die SPS in eine systemalternative, d.h. gegen das herrschende politische System der Schweiz agierende Partei umwandelte. Die «systempartizipierende» Formation steht hingegen stellvertretend für den evolutionär-demokratischen und den gewerkschaftlichen Flügel der SPS. Zu der Typologie der Gruppierungen der SPS in dieser Arbeit siehe Kapitel I.1.2.
- 22 Siehe dazu Valentin Gitermann. *Die Historische Tragik der Sozialistischen Idee*. Zürich und New York: Oprecht, 1937, S. 353f. und Scheiben, *Krise und Integration*, S. 191–209 und 271–281, insbesondere S. 237f.
- 23 Vgl. Oliver Zimmer. «Die ‹Volksgemeinschaft›. Entstehung und Funktion einer nationalen Einheitssemantik in den 1930er Jahren in der Schweiz». In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*. (Krise und sozialer Wandel, 2). Zürich: Seismo, 1996, S. 85–109, S. 86f. und Roland Ruffieux. *La Suisse de l'entre-deux-guerres*. Lausanne: Payot, 1974, S. 298–300.

«Volksgemeinschaft»<sup>24</sup> hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit verknüpft. Auch KLEGER widerspricht SCHEIBEN. Er betont die aktive Rolle der Sozialdemokratie, die nach den Nationalratswahlen von 1935 zu einer Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien bereit gewesen sei, weil ihr die politische Integration nach dem Prinzip der «Volksgemeinschaft» die beste Art von Landesverteidigung schien. Gerade mit dem Konzept der «Volksgemeinschaft» habe die SPS auch über die alten Blockgrenzen hinaus integriert und damit wesentlich zur «Konvergenz der Häresien», d.h. dem Aufbau neuer Mehrheiten beigetragen. Auch wenn die Richtlinienbewegung gescheitert sei, habe dieser Weg letztlich in die Kooptation mit dem Freisinn geführt.<sup>25</sup>

Die Mehrzahl der Autoren vertritt damit die Ansicht, dass die politische Verständigung der Parteien vor dem Zweiten Weltkrieg auf einseitigen Konzessionen der SPS in den Fragen «Landesverteidigung» und «Diktaturparagraph» beruht habe.<sup>26</sup> Strittig scheint dagegen zu sein, ob die Sozialdemokratie bei ihrer Reintegration in das politische System eine aktive oder passive Rolle gespielt habe.

24 Mit dem Begriff «Volksgemeinschaft» ist eine Gemeinschaft ohne Klassen und Schichten gemeint. Gemäss KLEGER sei in der Schweiz und insbesondere bei den Sozialdemokraten die «Volksgemeinschaft» nicht rassenideologisch verstanden worden, «sondern demokratisch insofern, als sie einer nicht-liberalen Moral des Patriotismus folgte und Ansätze einer sozialen Demokratie forderte.» Kleger selbst gebraucht in diesem Zusammenhang den Begriff der «national-sozialen Bürgergesellschaft». Vgl. Heinz Kleger. «Die nationale Bürgergesellschaft im Krieg und Nachkrieg 1943–55». In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*. (Krise und Sozialer Wandel, 2). Zürich: Seismo, 1996, S. 111–171, S. 111. Siehe auch Zimmer, Volksgemeinschaft. Ob sich die nationale Integrationswirkung der «Geistigen Landesverteidigung» zunächst wirklich nur auf die Eliten beschränkte oder auch die breite Masse erfasste, kann mangels diesbezüglicher Forschung noch nicht beantwortet werden. Vgl. Mooser, Geistige Landesverteidigung, S. 701 und S. 705. Zu den Vorstellungen der SPS über die Vorbedingungen zur Wiederherstellung der «Volksgemeinschaft» in der Schweiz siehe S. 74 in dieser Studie.

25 Vgl. Heinz Kleger. «Demokratiekonflikte und Staatssemantik. Von der Verteidigung nach innen zur Verteidigung nach aussen: Das Staatsverständnis in den Nationalratswahlen der Zwischenkriegszeit». In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*. (Krise und Sozialer Wandel, 1). Zürich: Seismo, 1993, S. 173–246, S. 219f. und S. 228–233.

26 Dem widersprachen zwar Pietro MORANDI, Heinz KLEGER und Kurt IMHOF, aber auch letzterer sah die Motivation für die Befürwortung der Landesverteidigung durch die SPS im Antifaschismus, mit dem die Sozialdemokratie unter dem Schock des Untergangs der deutschen Schwesterpartei ihre politische und ideo-

In einem weiteren Abschnitt soll nun die Literatur besprochen werden, die sich mit dem Themenbereich SPS und Wehrfrage in den dreissiger Jahren befasst. Zentral sind hier die Beiträge von Benno HARDMEIER, Jann ETTER und Otto LEZZI sowie Gotthard FRICK. Auch Pietro MORANDI streift in seiner Dissertation über die Richtlinienbewegung in wesentlichen Punkten die Militärpolitik der SPS. Benno HARDMEIER sah die Diskussion um die Wehrfrage in der SPS im Licht des aufkommenden Faschismus und der damit einhergehenden Zuwendung der Partei zur Demokratie – die Bejahung der Landesverteidigung sei «von der Zeit selbst befohlen» worden. In den Fronten und den faschistischen Tendenzen im Offizierskorps erkannte er den Grund für das Weiterbestehen des Misstrauens der Arbeiterschaft gegenüber der Armee und für das Zögern der SPS in der Wehrfrage – den Sozialdemokraten sei es in den dreissiger Jahren vor allem darum gegangen, die Demokratie so umzuformen, dass sie als soziale Demokratie für die Arbeiterschaft wirklich verteidigungswert würde. HARDMEIER lehnte weiter den zeitgenössischen bürgerlichen Einwand ab, der Gesinnungswandel in der Wehrfrage sei bloss ein taktisches Manöver der SPS gewesen und würdigte implizit deren frühe Einsicht, dass die Landesverteidigung nicht ausschliesslich vom militärischen Gesichtspunkt aus zu betrachten sei, sondern dass der geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Abwehr ebenfalls eine grosse Bedeutung zukomme.<sup>27</sup>

ETTER bezeichnete wie HARDMEIER, LEZZI und die meisten älteren Autoren den Meinungsumschwung der SPS in der Wehrfrage «als ein Produkt der Zeit».<sup>28</sup> Das Aufkommen des Nationalsozialismus und die drohende Kriegsgefahr hätten auch den Sozialdemokraten die Notwendigkeit der militärischen Landesverteidigung nahegebracht. Die Diskussion um die Wehrfrage in der SPS sah er dominiert von den zwei Polen der «internationalistisch» und der «schweizerisch» Denkenden. Gerade weil die Sozialdemokraten davon überzeugt gewesen seien, dass die Machtübernahme durch ihre Partei kurz bevorstünde, hätten sie der

logische Basis verbreitert habe. Im Gegensatz zu den anderen Autoren, die den Beginn der interparteilichen Zusammenarbeit eher 1936/37 verorteten, stand für IMHOF fest, dass 1935 die SPS bereits in den sog. «Loyalitätsverband Schweizerische Eidgenossenschaft» aufgenommen worden sei. Imhof, *Lernen von Aussen?*, S. 354f.

27 Vgl. Hardmeier, *Geschichte der sozialdemokratischen Ideen*, S. 79–100.

28 Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, 218f.; Hardmeier, *Geschichte der sozialdemokratischen Ideen*, S. 79–100 und Lezzi, *Sozialdemokratie und Militärfrage*, S. 160–192.

Armee, dem «Machtmittel der jungen sozialistischen Demokratie von Morgen», ihre Unterstützung in Hinblick auf die nationalsozialistische Bedrohung nicht mehr verweigern können. Es sei demgemäss eher um den Schutz der Demokratie als um den Schutz des bürgerlichen Staates gegangen.<sup>29</sup>

Gotthard FRICK sah den Streit um die Wehrfrage, ähnlich wie SCHEIBEN, im Kontext des Gegensatzes zwischen zwei Tendenzen in der SPS, der revolutionären, klassenkämpferischen Tendenz einerseits und der evolutionären, demokratischen Tendenz andererseits.<sup>30</sup> FRICK wie auch VOIGT führten den Meinungsumschwung in der SPS bezüglich der Wehrfrage auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland zurück, sahen aber die Erkenntnis, dass die Ausschaltung der Demokratie die Unmöglichkeit bedeutet hätte, für den Sozialismus<sup>31</sup> zu werben, als Ausgangspunkt für die Revision von 1935. Das Bekenntnis zur Demokratie habe sodann den militärischen Schutz derselben nicht ausschliessen können. FRICK stimmt mit SCHEIBEN nicht zuletzt auch darin überein, dass der Weg in die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien nur über ein «Ballast abwerfen» habe führen können. Dazu habe auch der Antimilitarismus gehört.<sup>32</sup>

- 29 Im Übrigen berichtet ETTERS Dissertation sehr ausführlich über die öffentliche Diskussion um die Armee in den dreissiger Jahren. Insbesondere die vielen «Zwischenfälle» in und um die Armee und ihre Auswirkungen auf die schweizerische Politik werden ausführlich erläutert. Diesbezüglich wird ETTER als Hauptreferenz verwendet. So etwa in der Affäre «Wille» und im Fall «Pointet». Dabei muss allerdings ETTERS Parteinarbeit für die Armee und seine betont bürgerliche Wahrnehmung der Probleme der Zwischenkriegszeit herausgefiltert werden. Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 183–187, 196f. und 218f.
- 30 FRICK erkennt auch noch eine dritte Tendenz, die pazifistische, der er jedoch einen entscheidenden Einfluss abspricht. Vgl. Gotthard Frick. «Sozialdemokratie und Landesverteidigung». In: *ASMZ*, 1962, S. 423–430 und 496–504, S. 425f.
- 31 Sozialismus ist gemäss der Hegelschen dialektischen Geschichtsauffassung, Marx und Engels die Zwischenstufe zwischen Kapitalismus und der Verwirklichung des Kommunismus als letztem Stadium der Geschichte. Der Begriff Sozialismus wurde von Leninisten und Stalinisten als synonyme Ausdruck zu Kommunismus verwendet. Der Übergang vom Sozialismus in den Kommunismus sollte gemäss Marx im Rahmen einer Weltrevolution stattfinden, Lenin sah ihn als in einem einzelnen Land durchsetzbar an. Diese Theorie wurde jedoch nach Lenins Tod von der kommunistischen Partei der UdSSR neu ausgearbeitet, so dass der Wechsel von Sozialismus (in dem sich die UdSSR ja bereits durch die Oktoberrevolution 1917 befand) zu Kommunismus ein stetiger Prozess sein sollte
- 32 Vgl. Frick, *Sozialdemokratie und Landesverteidigung*, S. 423–427 und 498–501 sowie Christian Voigt. *Robert Grimm Kämpfer – Arbeiterführer – Parlamentarier. Eine politische Biografie*. Bern: Zytglogge, 1980, S. 240f.

Für MORANDI spielte die Wehrfrage nur insofern eine Rolle, als sie mit dem Beitritt der SPS zur Richtlinienbewegung zusammenhing. Diesen sah er zwar wie SCHEIBEN als «das Ende der eine sozialistische Systemalternative anvisierenden Politik der SPS», was aber nur der Auftakt zu einem gross angelegten Versuch gewesen sei, die Mehrheitsverhältnisse in der Schweiz zu ihren Gunsten zu verändern. Der Beitritt zur Richtlinienbewegung sei wie auch die Bejahung der Landesverteidigung und der Demokratie letztlich nur aus wahltaktischen Gründen erfolgt. Damit bestätigte er DEGEN und MÜLLER. Die Richtlinienbewegung selbst habe nach MORANDI zwar kaum Erfolge vorzuweisen, sei aber als Vorläuferin der interparteilichen Zusammenarbeit ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Konkordanzdemokratie gewesen. Damit habe sie den stärksten politischen Krisenmoment der dreissiger Jahre, die Krise der demokratischen Mehrheitsbildung, entschärft.<sup>33</sup> Wie KÜBLER wies auch MORANDI auf den Druck hin, den der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) auf die SPS ausübte, sich in der Wehrfrage in seinem Sinne, nämlich positiv, zu äussern.<sup>34</sup> Die SPS sei mit ihrer nicht systemkonformen Haltung für den SGB zu einem Hindernis auf dem Weg in eine verstärkte politische Integration geworden, woraus sich die gespannten Beziehungen zwischen den beiden Organisationen hergeleitet hätten.<sup>35</sup>

Damit existieren in der vorhandenen Literatur im Wesentlichen folgende Meinungen über die in dieser Arbeit zu behandelnden Themen: Der Grund für den Meinungsumschwung innerhalb der SPS in der Wehrfrage wird mehrheitlich in der Bedrohung durch Faschismus und Nationalsozialismus gesehen – parteipolitische Gründe, wie der Wunsch zu einer Verbreiterung der Wählerbasis, können dabei aber auch eine Rolle gespielt haben.<sup>36</sup> Während die einen darin den aktiven Versuch der SPS zu einer Umwälzung der bestehenden inneren Ordnung sowohl der Partei als auch der schweizerischen Politik sehen, um der Bedrohung durch die Fronten entgegenzutreten, weisen andere der Sozialdemokratie eher die Rolle einer passiven Nachvollzieherin einer längst überfälligen Anpassung an die Zeitumstände zu.

33 Vgl. Morandi, *Krise und Verständigung*, S. 109–160 und 403–415.

34 Vgl. Markus Kübler. *Die Integration des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in das politische System der Schweiz in den Jahren 1908 bis 1939*. Diss. Universität Bern. Bern: 1998.

35 Ebd., S. 370–378.

36 Zu den Begriffspaaren «Faschismus» und «Nationalsozialismus» siehe Anmerkung 126.

Die vorliegende Arbeit trägt zur Überarbeitung dieser gegensätzlichen Einschätzungen bei.

Die Quellenlage bezüglich der SPS erweist sich als sehr befriedigend. Das SPS-Parteiarchiv im Sozialarchiv Zürich umfasst die Sitzungsprotokolle der Geschäftsleitung, des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Politischen Kommission und der Parteitage. Diese sind fast ausschliesslich Vollprotokolle. Bei ihrer Auswertung wird nach der historisch-kritischen Methode vorgegangen. Zusammen mit der gedruckten Literatur aus Zeitungen, Periodika und den gesammelten Kleinschriften, Flugblättern und anderen parteiinternen Schriften wird die Meinungsbildung in der Wehrfrage innerhalb der Parteileitung und der Parteibasis rekonstruiert.<sup>37</sup> Zusätzlich wird, wo vorhanden, biographisches Material zu den führenden Persönlichkeiten der SPS ausgewertet. Die Ergebnisse der sozialgeschichtlichen Forschung werden in die Arbeit einbezogen, wo dies möglich ist, ohne jedoch die sozialgeschichtliche Methodik anzuwenden.

Die Arbeit ist gemäss den oben entwickelten drei Phasen chronologisch aufgebaut und in drei Teile gegliedert. Einleitend wird erläutert, weshalb sich im Parteiprogramm der SPS ab 1917 die Ablehnung der Landesverteidigung fand. Ferner wird die Interpretation und die Umsetzung dieses Programmpunktes bis 1932 untersucht. In den folgenden zwei Teilen wird anhand des gesammelten Quellenmaterials dargelegt, wie und warum die SPS 1935 bzw. 1937 erneut zu einer Anerkennung der Landesverteidigung gelangt ist. Im Schlusswort werden die Resultate zusammengefasst und kommentiert.

37 Hier sind insbesondere die *Gewerkschaftliche Rundschau*, die *Rote Revue* (RR), die *Berner Tagwacht*, Publikationsorgan der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern, das *Volksrecht* (VR), offizielles Publikationsorgan der SPS und *Die Nation*, offizielles Publikationsorgan der Richtlinienbewegung zu nennen. Ferner wurden andere Zeitungen wie die *Schweizerische Metallarbeiterzeitung* oder die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) nicht systematisch aber in kritischen Perioden exemplarisch ausgewertet. Einige wichtige Artikel von Willy Bretscher in der NZZ sind in einem Sammelband erschienen: *Im Sturm von Krise und Krieg. Neue Zürcher Zeitung 1933–1944. Siebzig Leitartikel von Willy Bretscher*. Zürich: NZZ, 1987.

## Teil I

# Im Zeichen von Klassenkampf, Pazifismus und Antimilitarismus (1920–1932)

Der erste Teil dieser Studie ist der Geschichte der SPS und der Umsetzung des Antimilitarismus in der Schweiz bis 1932 gewidmet. Zuerst wird die Entstehungsgeschichte der SPS, ihr Aufbau und ihre Organisation kurz erläutert. Sodann wird gestützt auf die Sekundärliteratur sowie einige ausgesuchte Quellen zusammenfassend erläutert, weshalb die SPS ab 1917 die Legitimität der Landesverteidigung in ihrem Programm bestritt und wie diese Einstellung politisch umgesetzt wurde. Damit wird der Charakter und der politische Zweck des sozialdemokratischen Antimilitarismus analysiert.

## 1 Die SPS und der Antimilitarismus bis 1920

Die heute noch bestehende Sozialdemokratische Partei der Schweiz wurde am 22. Oktober 1888 in Bern gegründet. Ihre Vorgängerorganisationen waren verschiedene Arbeitervereine, kantonale Sozialdemokratische Parteien, der Arbeiterbund und in gewissem Masse auch der Grütliverein.<sup>38</sup> Einen ersten erfolglosen Versuch einer

38 Der Grütliverein entstand 1838 in Genf und wurde 1843 als «Vereinigung gesunden nationalen und sozialen Strebens» zur gesamtschweizerischen Organisation. Obwohl sich der Grütliverein anfänglich der Bildung und Erziehung verschrieben hatte, entfaltete er immer ausgeprägter politische Aktivitäten. Nach der Revision der Statuten von 1874 bezweckte er «die Entwicklung des politischen und sozialen Fortschrittes im Schweizerlande und die Förderung des nationalen Bewusstseins auf demokratischer Grundlage.» Grütlilianer waren demgemäss massgeblich an der Gründung der ersten Konsumvereine, Gewerkschaften und Krankenkassen beteiligt. Der Grütliverein erreichte 1890 mit rund 16000 Mitgliedern den Zenit seiner Bedeutung. Die immer stärkere Annäherung an die SPS führte 1902 zum organisatorischen Zusammenschluss beider Organisationen. 1915 erfolgte die neuerliche Trennung wegen Differenzen in der Wehrfrage. Im Schatten der SPS versank der Grütliverein in der Bedeutungslosigkeit und wurde 1925 aufgelöst. Zum Grütliverein siehe Erich Gruner (Hg.), *Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz, 1880–1914: Soziale Lage, Organisation und Kämpfe von Arbeitern und Unternehmern, politische Organisation und Sozialpolitik*. Bd. 3. Zürich: Chronos, 1987–1988, S. 67–69.

Partei Gründung unternahm 1870 Hermann Greulich, der Gründer und Redaktor der Arbeiterzeitung *Tagwacht*. Wie später auch beim zweiten Gründungsversuch einer gesamtschweizerischen Sozialdemokratischen Partei in Olten 1880 konnte sich die Partei gegenüber dem Grütliverein nicht entfalten und ging mangels geeigneter Führer und Mittel ein. Die dritte und letztlich erfolgreiche Partei Gründung ging auf Albert Steck zurück.<sup>39</sup> Dieser entwarf auch das erste Parteiprogramm, welches als Hauptziel der Partei die Vergesellschaftung der Produktionsmittel bezeichnete. Im Grundsatz war es eher am Konzept des ethischen Sozialismus<sup>40</sup> als am Marxismus<sup>41</sup> orientiert. Die SPS schien deshalb zu Anfang in grütliantischer Tradition als eine Verlängerung des Freisinns auf den vierten Stand.<sup>42</sup> Neben der SPS blieb der ebenfalls linksgerichtete Grütliverein weiter bestehen, der sich als nationaler Bildungsverein nicht primär mit politischen Aufgaben befasste. Er verpflichtete sich 1893 in seinem Statut dem Parteiprogramm der SPS. 1902 kam es dann in Solothurn durch die

39 Im Prinzip war es keine Neugründung, sondern eine Wiederbelebung der zweiten Partei von 1880. Da Stecks Partei jedoch eine komplett andere Orientierung als ihre Vorgängerin hatte, kann trotzdem von einer Neugründung gesprochen werden. Siehe dazu Gruner, *Die Parteien der Schweiz*, S. 130.

40 Der ethische Sozialismus ist eine Ergänzung der Marxschen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung durch die Ethik Kants. Er lässt sich auf zwei Grundsätze zurückführen: Erstens folge aus der Unvermeidlichkeit des Sozialismus nicht, dass dieser ein Wert sei, den es anzustreben oder zu unterstützen gelte. Deshalb brauche man die Kantsche Ethik, um zu zeigen, dass die sozialistischen Prinzipien der gesellschaftlichen Organisation, für welche die menschliche Person das einzige Ziel der Gesellschaft sei, tatsächliche Werte seien. Zweitens geht der ethische Sozialismus davon aus, dass ethische Gebote universelle Geltung haben, d.h. dass sie sich auf alle Menschen beziehen. Deshalb kennt der ethische Sozialismus keine Klassen. Daraus folge, dass man sozialistische Ideen verbreiten dürfe und solle, indem man sich auf allgemein menschliche Werte und nicht nur auf die partikularen Interesse der Arbeiterklasse berufe. Leszek Kolakowski. *Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall*. Bd. 2. Zürich: Ex Libris, 1982, S. 280–283.

41 Siehe Anmerkung 82.

42 Vgl. Hermann Dommer und Erich Gruner. *Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie. Ihr Verhältnis zu Nation, Internationalismus, Bürgertum, Staat und Gesetzgebung, Politik und Kultur*. (Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914; Band 3). Zürich: Chronos, 1988, S. 130. Siehe weiter Andreas Ernst. «Krise, Stabilisierung und das Parteiensystem. Der Vergleich Schweiz–Deutschland». In: Andreas Ernst und Erich Wigger (Hg.). *Die neue Schweiz? Eine Gesellschaft zwischen Integration und Polarisierung (1910–1930)*. Zürich: Chronos, 1999, S. 215–244, S. 230.



Schaffung einer einheitlichen Leitung für beide Organisationen zur sogenannten «Solothurner Hochzeit», dem Zusammenschluss von SPS und Grütliverein.

Das Majorzwahlverfahren und die auf den Freisinn ausgerichtete Wahlkreisgeometrie verhinderten vorerst einen Erfolg der SPS in den National- und Ständeratswahlen. Bis 1902 gelang nur sieben Kandidaten der Sprung in den Nationalrat – der sogenannten «Kapelle Greulich» –, obwohl von den 350 000 Stimmberechtigten ca. 64 000 sozialdemokratisch gewählt hatten.<sup>43</sup> Ein Ständeratsmandat konnte erst 1911 erobert werden. In den Wahlen für kantonale und städtische Parlamente war die SPS dagegen teilweise recht erfolgreich: Im Zürcher Stadtrat mit neun Mitgliedern wuchs z.B. die Zahl der sozialdemokratisch besetzten Sitze zwischen 1893 und 1913 von Eins auf Vier an.

Die Zunahme der Arbeitskämpfe und Einsätze von Polizei und Militär<sup>44</sup> gegen die Arbeiterschaft bestätigten radikale Kräfte in der Sozialdemokratie in ihren klassenkämpferischen Ansätzen.<sup>45</sup> Dies fand Niederschlag im neuen «marxistischen» Programm der SPS,<sup>46</sup> welches 1904 von Otto Lang<sup>47</sup> ausgearbeitet wurde. Die Partei bekannte sich darin zur Doktrin des Marxismus, womit eine Dogmatisierung einherging. Daraus ergaben sich Widersprüche zur politischen Praxis, da sich ein Bekenntnis zur schweizerischen Demokratie schlecht mit den Thesen des Marxismus vereinbaren liess. Die neuen

43 Giovanoli, Die Sozialdemokratische Partei, S. 27.

44 So 1869 in Genf, 1875 am Gotthardtunnel, 1893 in Bern, 1901 am Simplontunnel, 1902 in Genf und 1904 am Rickentunnel. Bis zum Ersten Weltkrieg weiter während des «Zürcher Streiksommers» 1906 (Arbenzstreik), 1907 in Lausanne und in weiteren Orten der Waadt sowie 1912 erneut in Zürich (Zürcher Generalstreik).

45 Siehe Anmerkungen 82 (Marxismus) und 48 (Klassenkampf).

46 Siehe dazu André Rauber. *Histoire du mouvement communiste Suisse*. (Suisse – Evénements. Collection dirigé par Michèle et Michel Baettig). Genève: Slatkine, 1997, S. 29–32.

47 Dieser war ein Anhänger des orthodoxen Marxismus nach Karl Kautsky. Siehe dazu Gruner, Die Parteien der Schweiz, S. 133–135. Zum orthodoxen Marxismus siehe Kolakowski, Hauptströmungen des Marxismus, S. 43–71.

Grundsätze der Partei waren denn auch in der Bevölkerung nicht sonderlich populär; besonders der Klassenkampf<sup>48</sup> und der Internationalismus wurden als «unschweizerisch» angesehen und brachten der SPS wegen ihrer zunehmenden Anlehnung an die deutsche Sozialdemokratie und der zahlreichen Ausländer in den Gewerkschaften den Ruf einer «Ausländerpartei» ein.<sup>49</sup>

Die militärpolitische Diskussion innerhalb der SPS wurde 1895 vor der Abstimmung über die neuen Militärartikel in der Bundesverfassung wegen einer Reihe von Missständen in der Schweizer Armee entfacht, die insbesondere die Arbeiterschaft zu betreffen schienen. Sie litt besonders unter der materiellen und zeitlichen Belastung des Militärdienstes und wurde zusätzlich noch durch die indirekten Steuern hart getroffen – die Armeeausgaben wurden grösstenteils durch Zolleinnahmen bestritten. Diese Problematik akzentuierte sich zusätzlich durch die sich im Aufstieg befindliche «Neue Richtung». Diese Tendenz im Offizierskorps um den späteren General Ulrich Wille forderten eine neue Art der Führung der Milizsoldaten, in der die meisten Sozialdemokraten eine Überbetonung des autoritären Denkens und des Hierarchiebewusstseins nach preussischem Muster sahen. Die Milizsoldaten sahen sich im Militär zunehmend entrechtet, was als besonders störend empfunden wurde, da doch im zivilen

48 Der Begriff «Klassenkampf» entstammt der marxistischen Terminologie und wird dazu verwendet, die sozialen und politischen Konflikte zwischen den gesellschaftlichen Klassen der «Proletariern», d.h. der Inhaber der Arbeitskraft, und der «Kapitalisten», d.h. den Besitzern der Produktionsmittel, zu erklären. Der Klassenkampf ist ein wichtiges Element der Theorie des Historischen Materialismus, die ihrerseits eine der konzeptuellen Grundlagen des Marxismus ist. Gemäss diesem Ansatz seien die sozialen Beziehungen zwischen den Klassen durch den Klassenkampf pausenlos in Bewegung. Diese Bewegung sei die Grundlage der menschlichen und zivilisatorischen Entwicklung. Einer relativ ruhigen Etappe mit mehr oder weniger feststehenden Produktionsverhältnissen und Arbeitsteilung folge jeweils eine kurze, heftige «revolutionäre» Phase des Klassenkampfes, in der die unteren Klassen versuchen, die Produktionsverhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern und sich die Produktionsmittel anzueignen. Daraufhin werde sich jeweils ein neues Produktionsverhältnis herauskristallisieren und der Klassenkampf beginne erneut. Vgl. Georg Klaus und Manfred Buhr (Hg.) *Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie*. Neubearbeitete und erweiterte Ausgabe. Bd. 2. Hamburg: Rowohlt, 1979, S. 625–628.

49 Vgl. ebd., S. 13 ff. und Lezzi, Sozialdemokratie, 15f. Ein Vorwurf der auch anlässlich der Nationalratswahlen 1931 wieder aufgewärmt wurde. Siehe dazu Kleger, Demokratiekonflikte, S. 212–217.

50 Vgl. Jaun, Preussen vor Augen, S. 234–238.

Leben die Kampforganisationen der Arbeiterschaft den Arbeitern immer mehr Rechte erkämpften.<sup>50</sup>

Das Parteiprogramm der SPS von 1904 enthielt mit dem Abschnitt über die Demokratisierung des Heerwesens zum ersten Mal militärpolitische Forderungen.<sup>51</sup> Die Eliminierung der sich ständig vergrößernden Kluft zwischen Soldaten und Offizieren entsprach der klassenkämpferischen Denkweise und wurde als angemessenes Mittel gegen die wahrgenommenen Missstände angesehen. Antimilitaristen blieben aber in der SPS vorerst eine kleine Minderheit, die 1905 die Antimilitaristische Liga gründete, die sich auf anarchistische und christliche pazifistische Traditionen berief.<sup>52</sup> Andere Themen, mit denen sich die SPS bis zum Ersten Weltkrieg befasste, waren das Koalitionsrecht, das Streikrecht, die Einführung des Proportionalwahlrechts<sup>53</sup>, die Volkswahl des Bundesrates, die Einführung des obligatorischen Gesetzesreferendums und die Monopolisierung.<sup>54</sup>

Die wiederholten Polizeieinsätze des Militärs gegen Streikende wie auch Versuche des Bundesrates zur Unterdrückung der Militärkritik förderten antimilitaristische und pazifistische Strömungen in der Arbeiterbewegung. Theoretisch wandte sich zwar der Marxismus gegen Militarismus und Krieg, denn er erblickte in ihnen das Mittel des Kapitalismus, um seine Macht fortwährend zu vergrössern, doch fand sich in der SPS zu diesem Zeitpunkt keine Mehrheit, die sich kategorisch gegen die militärische Landesverteidigung stellen wollte. Am Parteitag von 1906 unterlagen die Pazifisten mit ihren militärkritischen Vorstössen mit 35 zu 204 Stimmen klar, und die

51 Darin wurde gefordert: «Vereinfachung der Bekleidung und Ausrüstung, Wahl der Offiziere durch die Mannschaft, Bekleidung und Ausrüstung der Offiziere durch den Staat, gleiche Verpflegung für Offiziere und Mannschaft, Abschaffung des Militärstrafrechtes und der Militärgerichtsbarkeit in Friedenszeiten, Unterstützung der Familie während des Dienstes des Ernährers, Schutz des Wehrmannes gegen die ökonomischen Folgen der Entlassung wegen des Militärdienstes und Abschaffung des Schuldverhaftens wegen Nichtbezahlens des Militärpflichtersatzes.» Parteiprogramm SPS, 1904, Arbeitsprogramm, Punkt 4.

52 Mitglieder dieser Vereinigung waren etwa Charles Naine, Fritz Brupbacher und auch Robert Grimm. Zur Antimilitaristischen Liga siehe Greter, Militärpolitik, S. 67–87.

53 Volksabstimmungen vom 4.11.1900 und 23.10.1910.

54 Ernst Schenker. *Die Sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Appenzell: 1926.S. 43 f.

SPS bekannte sich zu einem republikanischen «Volksheer mit der ausschliesslichen Bestimmung der Verteidigung des Landes gegen Angriffe von aussen». Kritisiert wurden die Armeeinsätze im Innern, das Gebaren der Offiziere der «Neuen Richtung» und die ungelöste Frage des Erwerbsersatzes.<sup>55</sup>

Die Kritik an den Armeeinsätzen im Inneren war in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg das zentrale Element sozialdemokratischer Militärpolitik. Ab 1904 forderte die SPS Garantien gegen die in ihren Augen missbräuchliche Aufbietung von Truppen bei Streiks.<sup>56</sup> Da die Bundesbehörden nicht auf diese Bedingung eintraten, ergriff die SPS mit Erfolg das Referendum gegen die damals laufende Revision der Militärorganisation, unterlag aber 1907 in der entsprechenden Volksabstimmung.<sup>57</sup> Die Diskussion um die Frage der Militärorganisation ging zog ihre Kreise noch bis zur Umsetzung der neuen Militärorganisation in der Armee reform von 1911.

Als es der SPS definitiv nicht gelungen war, ihre militärpolitischen Vorstellungen in die Armee reform einzubringen, begannen die SPS-Parlamentarier in den eidgenössischen Räten, jedes Jahr den Antrag zu stellen, die Militärausgaben ganz zu unterdrücken. Dabei wurde argumentiert, es werde in Europa sowieso keinen Krieg mehr geben, da die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft in allen Ländern eine Mobilisation verhindern würde. Noch sechs Monate vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges brachten die antimilitaristisch gesinnten SPS-Nationalräte Robert Grimm und Charles Naine einen

55 Die heutige Erwerbsersatzordnung regelt über eine Versicherung die Entschädigung von Angehörigen der Armee bei dienstbedingtem Erwerbsaufall. Seit der Armee reform von 1911 konnten Wehrmänner bei ihren Wohngemeinden bescheidene militärische Notunterstützung für ihre Angehörigen beantragen. Das Obligationenrecht verpflichtete zudem ebenfalls seit 1911 Arbeitgeber zu kurzfristigen Lohnfortzahlung für Militärdienstleistende. Zu den militärpolitischen Forderungen der SPS vor dem Ersten Weltkrieg siehe *Anträge, Beschlüsse und Gutachten zur Militärfrage*. SPS (Hg.). Zürich, 1917, S. 10.

56 Schenker, Sozialdemokratische Bewegung, S. 46f. und Etter, Armee und öffentliche Meinung, S. 19.

57 Volksabstimmung über die Militärorganisation vom 3.11.1907.

entsprechenden Antrag im Parlament ein. Dieser Umstand wurde der SPS von bürgerlicher Seite noch lange hämisch vorgehalten, da sie kurz darauf im Rahmen des Vollmachtenregimes<sup>58</sup> den Anträgen des Bundesrates auf unbeschränkte Militärkredite zustimmte.<sup>59</sup>

## 1.1 Die Abwendung der SPS von der Landesverteidigung 1917

Die sozialen Spannungen während des Ersten Weltkrieges brachten in einer Art Generationenwechsel revolutionär-klassenkämpferisch gesinnte Kreise um Robert Grimm und Ernst Nobs in der SPS an die Parteispitze.<sup>60</sup> 1916 begannen Jungsozialisten, unter dem Einfluss der Antimilitaristischen Liga, Manifestationen «gegen den Chauvinis-

58 Am 3.8.1914 erteilte die Vereinigte Bundesversammlung dem Bundesrat unbedingte Vollmachten «zur Sicherung der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz». Das Vollmachtenregime bezeichnete die ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates, im Bedarfsfall ohne zeitlichen Verzug notwendige Massnahmen ergreifen zu können. Mit der Vollmachtenerteilung während der beiden Weltkriege und in sieben Fällen zuvor trat die Legislative nicht nur einen Teil ihrer Kompetenzen, sondern auch einen Teil der Volksrechte ab, weil die Referendumsmöglichkeit ausgeschlossen war. Die Vollmachtenbeschlüsse konnten sich zwar über Verfassungsbestimmungen hinwegsetzen, blieben jedoch nach der Regelung von 1939 nur in Kraft, wenn die eidgenössischen Räte, welche zweimal jährlich die Vollmachtenbeschlüsse nachträglich prüften, sie guthiessen. Siehe Markus Hefti. *Rechtsstellung und Tätigkeit der Vollmachtenkommission der eidgenössischen Räte im zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit.* (Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft. Neue Folge, 172). Diss. Universität Zürich. Aarau: Sauerländer 1951 und Hans Marti. *Der Vollmachtenbeschluss vom 30. August 1939.* Zürich: 1944.

59 Nur die pazifistisch gesinnten SPS-Nationalräte Charles Naine und Ernest-P. Graber verweigerten in dieser Abstimmung ihre Zustimmung. Vgl. Otto Hunziker. *Braucht die Schweiz noch eine militärische Landesverteidigung.* Sonderdruck aus der Politischen Rundschau, 6, 1930. (Schriften der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, 20). Rorschach: 1930, S. 4f.

60 Wegen der anhaltenden Teuerung und des Sinkens der Reallöhne gerieten im Verlauf des Ersten Weltkrieges immer mehr Menschen in der Schweiz in Not. Da der Erwerbssersatz nur ungenügend geregelt war, waren die Familien der einberufenen Wehrmänner besonders betroffen, da während der Dienstzeit der Staat die entgangenen Einkünfte nicht oder nur ungenügend vergütete (siehe auch Anmerkung 55). Auf die steigende Zahl der Notstandsberechtigten (im Juni 1918 692 000 Personen) reagierte der Bund erst spät: Im August 1918 wurde eine Verordnung gegen Preiswucher erlassen. Auch die Rationierungen für Lebensmittel waren zu spät erfolgt, so dass sie keinen helfenden Einfluss hatten. Vgl. Schmid-Ammann, Die Wahrheit über den Generalstreik, S. 57–66; Jost, Linksradikalismus, S. 138–173 und ders., Bedrohung und Enge, S. 746f.

61 Freie Jugend/Sozialistische Jugendorganisation (SJO).

mus, gegen den Nationalismus, gegen den Militarismus und für den Internationalen Sozialismus» zu organisieren.<sup>61</sup> Diese wurden von Polizei und Militär mit äusserster Härte unterdrückt. Der Bundesrat verbot als Reaktion auf diese Vorgänge 1916 jegliche Manifestationen auf öffentlichem Grund. Dieses Verbot erreichte aber genau das Gegenteil von dem, was der Bundesrat beabsichtigt hatte: Die breite Masse der Arbeiterschaft solidarisierte sich mit den Jungsozialisten und übernahm deren radikale Parolen.<sup>62</sup> Die Drillschule des Generals Ulrich Wille, das unangemessene Vorgehen der Militärjustiz im zivilen Bereich und verschiedene Armee-Affären trugen das Ihrige zur weiteren Verbreitung antimilitaristischen Gedankengutes in der SPS bei.<sup>63</sup>

Die ideologische Grundlage für die Ablehnung der Landesverteidigung durch die SPS wurde an den internationalen Konferenzen der Sozialisten in Zimmerwald (1915) und Kiental (1916) gelegt.<sup>64</sup> In den

62 Vgl. Rauber, *Histoire du mouvement communiste*, S. 37f. Siehe dazu auch A. Struthahn. *Was bedeutet die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung!* Sozialistische Jugendbibliothek, Heft 10. Sozialdemokratische Jugendorganisation der Schweiz (Hg.). Zürich: 1917. Diese Broschüre fasste die radikalen Forderungen der Jungsozialisten zusammen und machte sich für die organisierte Wehrdienstverweigerung stark.

63 Vgl. Jost, *Linksradikalismus*, S. 174.

64 Schon bald nach Kriegsausbruch suchten diejenigen sozialistische Gruppen, die am Klassenkampf (siehe Anmerkung 48) festhalten und gegen die Kriegspolitik auftreten wollten den internationalen Kontakt untereinander, worauf Robert Grimm im bernischen Zimmerwald auf den Herbst 1915 eine Konferenz einberief. Der aus heutiger Sicht prominenteste Anwesende war Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin. Dieser setzte sich jedoch mit seiner These nicht durch, nach welcher der Kampf gegen den Krieg in eine proletarische Weltrevolution münde und die kapitalistische Gesellschaftsordnung sodann stürzen müsse. Für Lenin war das Manifest von Zimmerwald, das deutlich angenommen wurde, zu zahm, erinnerte es doch nur an die Pflicht zum Klassenkampf und an den Willen, einen Frieden ohne Annexionen auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker herbeizuführen. Lenin und seine wenigen Anhänger stimmten dem Text zwar zu, fügten aber die eigene, radikale Auffassung als Zusatzprotokoll bei. Diese Gruppe nannte sich Zimmerwalder Linke. Die Wirkung der Zimmerwalder Konferenz war zwar bescheiden, doch machte sie Lenin über die russische Emigration hinaus bei den revolutionären Minderheitssozialisten der europäischen Parteien bekannt und bildete den Anfang eines dauernden internationalen Zusammenschlusses dieser Kreise. Auf die SPS hatte die Zimmerwalder Konferenz höchstens insofern Einfluss, als dass sie in der Folge zur deutlichen Abgrenzung der Fronten zwischen den verschiedenen Flügeln der Partei beitrug. Weil die Differenzen zwischen den Teilnehmern der Konferenz von Zimmerwald weiter schwelten, wurde im Frühjahr 1916 eine neue Konferenz nötig, die im bernischen Kiental stattfand. Die dort von Grimm entworfene Schlussresolution kam Lenin zwar etwas weiter entgegen

dort verfassten Resolutionen wurde der Kampf gegen den Militarismus zu einem Teil des Klassenkampfes erklärt, der Pazifismus aber abgelehnt,<sup>65</sup> weil er den Klassenkampf behindere.<sup>66</sup> Indem sich die SPS der Zimmerwalder Bewegung anschloss, sprach sie sich gegen den Burgfrieden und für den Klassenkampf aus.<sup>67</sup> Deshalb wurde eine Kommission damit beauftragt, der Partei über die Frage der Landesverteidigung Bericht zu erstatten. Die Kommissionsmehrheit beantragte darauf dem ausserordentlichen Parteitag im Juni 1917 in Bern:

[eine] Verschärfung des grundsätzlichen Kampfes gegen den Militarismus und die ihm Vorspanndienste leistenden nationalistischen und chauvinistischen Bestrebungen mit folgenden Mitteln:

1. Planmässige Aufklärung der Arbeiterschaft über Wesen und Zweck des Militarismus.
2. Bekämpfung der militärischen Institutionen und Ablehnung aller militärischen Pflichten des bürgerlichen Klassenstaates durch die Partei. Unterstützung der Parteigenossen, die bei ihrer Verwendung als Soldaten gegen Arbeiterinteressen den militärischen Gehorsam verweigern.
3. Verpflichtung der Parteivertreter im Parlament, unter grundsätzlicher Motivierung alle Militärforderungen und -kredite abzulehnen.

als diejenige von Zimmerwald, aber sie vermied ebenfalls jede Forderung nach einem bewaffneten Aufstand und wollte vor allem das Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft fördern. Vgl. Willi Gautschi. *Lenin als Emigrant in der Schweiz*. Zürich: Ex Libris, 1975, S. 95–210 und Schmid-Amman, *Die Wahrheit über den Generalstreik*, S. 34–38.

- 65 In der Schweiz vertreten von Charles Naines, Ernest-P. Graber und Leonhard Ragaz. Siehe auch Anmerkung 85.
- 66 Der Aufruf «An die Völker, die man zugrunde richtet und tötet» forderte die Sozialisten der kriegsführenden und der neutralen Länder unter anderem auf, die sofortige Ablehnung jeglicher Unterstützung der Kriegspolitik der Regierungen durch die Vertreter der sozialistischen Parteien zu fordern und von den sozialistischen Parlamentariern die Ablehnung der Kriegskredite zu verlangen. Vgl. Paul Schmid-Amman. *Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918. Seine Ursachen – Sein Verlauf – Seine Folgen*. Zürich: Morgarten, 1968, S. 39.
- 67 Für eine kurze Zeit wurde damit die SPS zum Zentrum des revolutionären Sozialismus in Europa. Rauber, *Histoire du mouvement communiste*, S. 45.
- 68 Anträge, Beschlüsse und Gutachten zur Militärfrage, S. 3.

#### 4. Organisation entschlossenen, äussersten Widerstandes der Arbeiterschaft gegen die Beteiligung unseres Landes an jedem Krieg [...].<sup>68</sup>

Dieser Antrag wurde unter dem Eindruck der schweren Zusammenstösse zwischen Arbeitern und Militär in La Chaux-de-Fonds am 19. und 20. Mai 1917<sup>69</sup> und der Oberstenaffäre<sup>70</sup> mit deutlichem Mehr – 222 gegen 77 Stimmen – angenommen,<sup>71</sup> trotz entschiedenem Widerstand Gustav Müllers, Emil Klötis und Hermann Greulichs,<sup>72</sup> die einen landesverteidigungs-freundlichen Minderheitsantrag eingebracht hatten.<sup>73</sup> Damit manifestierte sich die Spaltung der SPS in mehrere unterschiedliche Gruppierungen, wobei der revolutionär-klassenkämpferische Flügel der Partei um Robert Grimm im Kampf um die Macht über den demokratisch-evolutionären Flügel um Klöti, Müller und Greulich vorläufig obsiegt hatte. Die Wende in der Haltung der SPS zur Landesverteidigung galt denn auch als Ausdruck der allgemeinen Linksentwicklung der Partei.<sup>74</sup> Dabei hatte die förmliche Ablehnung der Landesverteidigung die Funktion, dem

69 Ernest-P. Graber war inhaftiert worden, weil er in seiner Zeitung *La Sentinelle* die Unmenschlichkeit eines Offiziers gegen einen Soldaten angeprangert hatte. Während einer Protestkundgebung gegen dieses Vorgehen der Militärjustiz, kam es zu schweren Zusammenstössen mit den Truppen, welche die Stadt besetzt hielten. In deren Verlauf stürmten die Arbeiter das Gefängnis, und befreiten Graber gegen dessen Willen.

70 Zwei Obersten der Schweizer Armee wurden der Weiterleitung vertraulicher Informationen an die Militärattachés der Mittelmächte überführt und dafür – erst nach dem Bekanntwerden der Sache – «nur» mit 20 Tagen Arrest bestraft und von ihren Ämtern suspendiert. Die Milde Behandlung der vermeintlichen Verräter leitete in der Schweizer Bevölkerung eine tiefgehende Vertrauenskrise in den Bundesrat ein. Siehe dazu Jürg Schoch. *Die Oberstenaffäre: eine innenpolitische Krise (1915/1916)*. (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3, 19). Diss. Universität Bern. Bern u.a.: Lang, 1972.

71 Vgl. Rauber, *Histoire du mouvement communiste*, S. 38f.

72 Letzterer hatte sich in einem Artikel im *Volksrecht* sogar auf den Standpunkt gestellt, dass die SPS keine Nationalräte mehr stellen könne, wenn die Partei die Landesverteidigung ablehne, da ja jeder Nationalrat schwören müsse, «die Unabhängigkeit des Vaterlandes zu schützen und zu schirmen». Die Ablehnung der Landesverteidigung sei deshalb nur Gerede, wenn die SPS weiter ernsthaft Politik betreiben wolle: «Mit der Ablehnung der Landesverteidigung gibt man dem Proletariat statt Brot und Freiheit – nur hohle, leere Worte.» Hermann Greulich. *Zur Landesverteidigung. Sonderdruck aus dem Volksrecht*. Zürich: 1917, S. 21 und 23.

73 Siehe dazu Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 27.

74 Peter Huber. *Kommunisten und Sozialdemokraten in der Schweiz 1918–1935. Der Streit um die Einheitsfront in der Zürcher und Basler Arbeiterschaft*. Diss. Universität Zürich. Zürich: Limmat, 1986, S. 23.



zentralen Machtinstrument des bürgerlichen Staates die Legitimation zu entziehen. Obwohl ein Teil der Ablehnenden Pazifisten waren, stimmten die meisten Parteitagsdelegierten aus politischen und ideologischen und nicht aus moralischen Gründen gegen die Landesverteidigung.

Während des Landesgeneralstreiks vom 11. bis zum 14. November 1918, der wichtigsten gesellschaftspolitischen Hauptauseinandersetzung der schweizerischen Zeitgeschichte, spielte die Wehrfrage nur eine sehr untergeordnete Rolle.<sup>75</sup> Eine der Forderungen, die das

- 75 Ende des Jahres 1917 plante der Bundesrat eine Vorlage über die Einführung der Zivildienstpflicht. Zur Produktionssteigerung sollten alle in der Schweiz wohnhaften Personen vom 14. bis 60. Altersjahr zum zivilen Hilfsdienst aufgeboten werden können. Dieses Vorhaben wurde von den Gewerkschaften und der SPS entschieden abgelehnt, da man befürchtete, dass damit die Arbeiter militarisiert, zwangsweise zu zivilen Arbeiten abkommandiert und dem Befehl der Armee und der Militärjustiz unterstellt werden könnten. In der Folge fanden in der ganzen Schweiz Protestversammlungen statt und die Delegiertenversammlung der Züricher Arbeiterunion vom 29.1.1918 forderte die Geschäftsleitungen der SPS und des SGB auf, ein scharfes Ultimatum an den Bundesrat zu stellen, das bei Nichterfüllung innerhalb von 24 Stunden mit der Proklamation des landesweiten Generalstreiks drohte. Diese Anträge wurden von der bürgerlichen Presse bereits als Ultimatum an die Adresse des Bundesrates dargestellt, obwohl die SPS und der SGB sich noch nicht dazu geäußert hatten. Aufgeschreckt durch diese Meldungen erliess der Bundesrat ein Truppenaufgebot von 6000 Mann. Darauf konstituierte sich das sog. «Oltener Aktionskomitee» (siehe Anmerkung 76), das mit dem Bundesrat über elf Forderungen des Ersten Allgemeinen Arbeiterkongresses vom Juli 1918 verhandeln sollte. Der Bundesrat lehnte jedoch alle Forderungen kompromisslos ab. Als wegen einer angekündigten Grossdemonstration am Jahrestag der Russischen Revolution ein Truppenaufgebot die Stadt Zürich besetzte, wurde ein 24-stündiger Proteststreik in 20 Städten der Schweiz durchgeführt. Da der Bundesrat die Truppen sogar noch verstärkte, wurde auf den 11.11.1918 der Generalstreik ausgerufen, der nach einem Ultimatum des Bundesrates drei Tage später erfolglos abgebrochen werden musste. Vgl. Willi Gautschi, *Der Landesstreik 1918*. Zürich: Benziger, 1968, S. 225–330 und Schmid-Ammann, *Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918: Seine Ursachen, Sein Verlauf, Seine Folgen*. Zürich: Morgarten, 1968, S. 82–311.
- 76 Die sog. «Oltener Konferenz» zwischen den Geschäftsleitungen der SPS und des SGB, den SPS-Nationalräten und der Parteipresse beschloss im Frühjahr 1918 die Bildung eines Aktionsausschusses, der als Bindeglied zwischen SPS und SGB dienen sollte. Als Mitglieder wurden drei Vertreter der SPS (Robert Grimm, Friedrich Schneider, Rosa Bloch) und vier Vertreter des SGB (Karl Dürr, Konrad Ilg, August Huggler, Franz Reichmann) eingesetzt, wobei Robert Grimm als Präsident und Karl Dürr als Sekretär amten sollten. Dieses «Oltener» Aktionskomitee entwickelte sich vor und während des Generalstreiks zu einem Führungsorgan der schweizerischen Arbeiterbewegung. Vgl. Gautschi, *Der Landesstreik*, S. 86–171 und 359–361.

Oltener Komitee aufgestellt hatte, beinhaltete aber auch die Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres.<sup>76</sup> Daneben wurden die zum Ordnungsdienst aufgebotenen Wehrmänner aufgefordert, den Einsatz zu verweigern, Soldatenräte zu bilden und mit der organisierten Arbeiterschaft Kontakt aufzunehmen, um Blutvergiessen zu verhindern.<sup>77</sup> Dennoch beeinflusste der Landesgeneralstreik die Wehrfrage indirekt, da die Zusammenführung der bürgerlichen Parteien im sogenannten «Bürgerblock» eine seiner direkten Folgen war, und die Abscheu der Arbeiterschaft gegen die Armee durch die zahlreichen Ordnungsdienstesätze noch gesteigert wurde. Der Klassenkampf der Linken lieferte also die Begründung für den Klassenkampf der Rechten: Die Freisinnigen und die Katholisch-konservativen rückten näher zusammen – von einer Aufnahme eines sozialdemokratischen Vertreters in den Bundesrat war nicht mehr die Rede, was der SPS unmittelbar nach dem Streik in Aussicht gestellt worden war.<sup>78</sup> Die Katholisch-Konservative Partei (KK) erhielt vom Freisinn einen zweiten Sitz in der Landesregierung, der mit dem rechtskonservativen Jean-Marie Musy besetzt wurde – ein Affront gegenüber der Arbeiterschaft.<sup>79</sup> Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) schloss sich dem konservativ-freisinnigen Block ebenfalls an. So stand die SPS im Parlament, trotz der Verdopplung ihrer Mandate nach der Einführung des Proportionalwahlrechts, einer unüberwindlichen bürgerlichen Mehrheit gegenüber.<sup>80</sup>

## 1.2 Typologie der verschiedenen Gruppierungen in der SPS

Verschiedentlich haben Autoren, welche sich mit der Geschichte der SPS beschäftigt haben, diese in mehrere «Richtungen», «Tendenzen» oder «Fraktionen» eingeteilt. Für diese Studie wird die Typologie von FRICK übernommen, da sie speziell für die Thematik der Wehrfrage

77 Vgl. Schmid-Amman, Die Wahrheit über den Generalstreik, S. 243–246.

78 Der Bundesrat hatte dem Oltener Komitee als Gegenleistung für die Aufgabe des Streiks mündlich zugesichert, dass Proporzwahlrecht einzuführen, den Bundesrat von sieben auf neuen Mitglieder zu verstärken – mit proportionaler Vertretung der SPS –, ferner den Achtstundentag einzuführen und alle Streikenden zu amnestieren. Im Nachhinein wurden diese Zugeständnisse jedoch nicht bestätigt. Gautschi, Der Landesstreik, S. 324f.

79 Siehe dazu Chantal Kaiser. *Bundesrat Jean-Marie Musy 1919–1934*. (Religion – Politik – Gesellschaft in der Schweiz, Bd. 23). Freiburg i. Ü.: Universitätsverlag, 1999, S. 57–89.

80 Schmid-Amman, Die Wahrheit über den Generalstreik, S. 386–389.

entworfen worden ist. Die SPS zerfiel demnach 1917 in zwei Hauptgruppen: Eine revolutionäre, klassenkämpferische Tendenz und eine evolutionäre, demokratische Tendenz. Weitere Tendenzen, wie die pazifistische oder die gewerkschaftliche waren weniger bedeutend, obwohl sie in der Wehrfrage in entscheidenden Momenten «Zünglein an der Waage» spielen konnten.<sup>81</sup>

- 81 Vgl. Frick, Sozialdemokratie, S. 423–427. HARDMEIER unterscheidet zwischen der «Rechten», dem reformistischen Flügel der Partei, der «Linken», den späteren Kommunisten und der Gruppe um Friedrich Schneider sowie dem «Zentrum», der führenden Gruppe der SPS um Robert Grimm. Die Gegner der Landesverteidigung und die Pazifisten ordnet er der «Linken» zu. Hardmeier, Geschichte der sozialdemokratischen Ideen, S. 14–20. Diese Typologie verwendet auch Huber, Kommunisten und Sozialdemokraten in der Schweiz, S. 23f. Weitere ähnliche Typologien finden sich bei Schenker, Sozialdemokratische Bewegung, S. 117 und Heinz Egger. *Die Entstehung der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes der Schweiz*. Zürich: Genossenschaft Literaturvertrieb, 1952, S. 60f., 101f., 252f. Aus der Sicht der Sozialgeschichte argumentiert SCHEIBEN. Er sieht die Diskussion um die Landesverteidigung in der SPS vor allem im Rahmen des Konfliktes zwischen den zwei grossen Hauptströmungen des Reformismus – der systemreformierenden, revolutionären und der systempartizipierenden, demokratischen Formation –, die ihre zwei Hauptdifferenzpunkte in der Wehr- und der Demokratiefrage hatten. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 27–50.
- 82 Als «Marxismus» wird eine Doktrin bezeichnet, die sich direkt auf die soziale und wirtschaftliche Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels bezieht. Sie beinhaltet insbesondere die Idee einer globalen Analyse von gesellschaftlichen Problemen, d.h. postuliert eine Interdependenz von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik und den Klassenkampf (siehe Anmerkung 48) als Motor der Entwicklung der Zivilisation. Im Zentrum der Theorien steht die von Marx entworfene materialistische Geschichtsphilosophie, der sog. «Historische Materialismus», in Form der Stufentheorie. Als Zeitgenosse des Massenelends der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts analysierte Marx die inneren und äusseren Wirkungsgesetze der neuen Wirtschaftsweise und leitete aus seinen diesbezüglichen Erkenntnissen Thesen über den gesetzmässigen Verlauf der gesamten Menschheitsgeschichte ab: Infolge des weltumspannend eingesetzten Machtanspruchs des «Bourgeoisie-Kapitals» werde sich die zu erwartende proletarische Revolution als ein weltweiter Revolutionsvorgang, als «Weltrevolution», ereignen, womit die gesamte Menschheit dem Endziel der Menschheitsgeschichte, dem Weltkommunismus, entgegenkatapultiert werde. In dieser utopischen Welt sei der Mensch frei von Herrschaft, da es den Konflikt zwischen Einzelinteressen bzw. zwischen Einzel- und Gemeinschaftsinteressen nicht mehr gebe. Dieses Ideal sei nur in der kommunistischen d.h. nur unter den Bedingungen einer klassenlosen, also jeden Produktionsmittelbesitz aufhebenden Gesellschaft möglich. Auf die konkrete politische Aktion bezogen versteht man unter Marxismus die von Marx vorgegenommenen Weiterentwicklungen des Sozialismus der Ersten Internationalen, insbesondere seinen im gemeinsam mit Friedrich Engels erarbeiteten kommunistischen Manifest entwickelten Kommunismus der Zweiten Internationalen.

Die revolutionär-klassenkämpferische Gruppe stützte sich ganz auf die Lehre des Marxismus<sup>82</sup> und deren Theorie des Historischen Materialismus, welche die Entwicklung der Menschheit als eine Geschichte von Klassenkämpfen definiert. Sie wurde oft auch als «linker Flügel» der Sozialdemokratie bezeichnet. Diese Gruppe lehnte die Landesverteidigung ab, da sie die sozialistische Bewegung als ein internationales Phänomen auf der Basis der Klasse des Proletariats und nicht als eine nationale Partei mit einer begrenzten Wählerschaft begriff. Aus dieser Perspektive bestand kein Interesse an der Verteidigung eines einzelnen Landes, höchstens an der Verteidigung eines sozialistischen Staates gegen kapitalistische Feinde. Die Armee des bürgerlichen Staates galt es grundsätzlich zu bekämpfen, da sie als ein Mittel der herrschenden Klassen zur Unterdrückung der Arbeiter und zur Verhinderung der Revolution angesehen wurde. Die Ziele dieser Gruppe waren die Befreiung der Arbeiterklasse mit dem Mittel der gewaltsamen Revolution sowie die «Diktatur des Proletariats»<sup>83</sup>. Trotzdem stand die revolutionäre Bewegung nach der Spaltung der Zimmerwalder Bewegung im April 1917 rechts von der sogenannten «Zimmerwalder Linken», aus der 1919 unter der Führung Lenins die Dritte oder Kommunistische Internationale (Komintern) hervorging. Deren Anhänger spalteten sich in der Schweiz 1921 als Kommunistische Partei der Schweiz (KPS) von der SPS ab.<sup>84</sup>

Die evolutionär-demokratische Gruppe vereinte das Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse mit der Idee, dass auch ein sozialistischer Staat nur auf demokratischer Basis funktionieren könne. Deshalb lehnte sie die «Diktatur des Proletariats» ab. Diese Gruppierung wurde auch als «rechter Flügel» der Sozialdemokratie bezeichnet. Die Terminologie des internationalen Sozialismus hingegen bezeichnete die Verfechter der Strategie, den Sozialismus über demokratische Reformen des bestehenden bürgerlichen Staates zu erreichen, als Reformisten. Diese Strategie verfolgte auch die evolutionär-demokratische Gruppierung der SPS: Da für sie im Ideal die Revolution über eine demokratische Machtübernahme und nicht gewaltsam erfolgen sollte, bekannte sie sich zur militärischen Landesvertei-

83 Begriff aus der marxistischen Theorie (siehe Anmerkung 82), der die Herrschaft der arbeitenden Klasse in der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus bezeichnet. In der Diktatur des Proletariats herrscht noch Klassenkampf (siehe Anmerkung 48), allerdings mit einer gegenüber dem Kapitalismus umgekehrten Herrschaftsstruktur.

84 Vgl. Anmerkung 64.

digung, solange damit die sozialen Errungenschaften der Schweiz gegen rückständigere Staaten verteidigt werden könnten. Die evolutionär-demokratische Gruppe lehnte die Armee deshalb nicht grundsätzlich ab, sondern kritisierte konsequent bestehende Missstände und strebte deren Demokratisierung an. Vor allem Einsätze der Armee in inneren, politischen und wirtschaftlichen Unruhen lehnte sie kategorisch ab. Weiter forderte sie eine gerechte Verteilung der Rüstungslasten im Krieg wie im Frieden und eine «gesamthafte», d.h. geistige, wirtschaftliche und militärische Landesverteidigung. Die evolutionär-demokratische Gruppe arbeitete für eine Integration der SPS ins bestehende politische System der Schweiz, während sich die revolutionär-klassenkämpferische Gruppierung gegenüber dem System fortwährend abzugrenzen suchte.

Die SPS-Mitglieder der pazifistischen Tendenz gliederten sich ihrerseits in religiös und idealistisch motivierte Pazifisten.<sup>85</sup> Beide lehnten konsequent jede Gewaltanwendung ab und waren deshalb gegen das Prinzip der «Diktatur des Proletariats», gegen eine gewaltsame Revolution sowie gegen eine Verteidigung der Schweiz, auch wenn diese sozialistisch regiert würde. Die Ziele aller Pazifisten waren eine umfassende Abrüstung, die Aufklärung der Öffentlichkeit über das wahre Gesicht des Krieges und die Etablierung einer wirksamen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Hauptvertreter

85 Der Pazifismus entstand um 1815 in den USA und Grossbritannien. Die pazifistische Bewegung organisierte verschiedentlich sog. «Friedenskongresse», die sich mit Fragen wie der Einigung Europas, der Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit oder der Abschaffung der stehenden Heere beschäftigten. 1889 tagte in Paris der erste Weltfriedenskongress. Vor dem Ersten Weltkrieg war der Pazifismus staatspolitisch und parlamentarisch orientiert, organisierte Kongresse und wirkte durch Publikationstätigkeit. Das Ziel der Bewegung war die Etablierung einer völkerrechtlich und moralisch begründeten internationalen Rechtsordnung. Während des Ersten Weltkrieges wurden individuelle und soziale Widerstandsformen diskutiert und praktiziert. Die Kriegsdienstverweigerung und der Generalstreik gegen den Krieg fanden verstärkt Beachtung und radikalisierten den Begriff des Pazifismus. Widerstands- und Verweigerungsformen gegen den Krieg wurden auch bereits während der Zweiten Internationalen von anarchistischer Seite eingebracht und diskutiert. Der Anarcho-Syndikalismus propagierte schliesslich die Idee des verantwortlichen Produzierens und die Verweigerung der Rüstungsproduktion durch die Arbeiter. Siehe Jean-Pierre Biondi. *La mêlée des pacifistes. La grande dérive (1914–1945)*. Préface de Jean-Jacques Becker. Paris: Maisonneuve et Larose, 2000.

des religiösen Sozialismus in der Schweiz war Leonhard Ragaz. Diese theologische inspirierte Bewegung war um die Jahrhundertwende unter Rückgriff auf ältere Schweizer Traditionen im Zusammenhang mit der sozialen Frage entstanden.<sup>86</sup> Die Hauptvertreter der idealistischen Pazifisten in der Schweiz waren Charles Naine und Ernest-P. Graber, die den Krieg nicht nur vom sittlich-christlichen Standpunkt aus verurteilten, sondern vor allem aus wirtschaftlichen und soziologischen Gesichtspunkten. Sie orientierten sich an anarchistisch-pazifistischen Vorbildern wie Tolstoi.<sup>87</sup>

Während bis ca. 1920 die Begriffe «Antimilitarismus» und «Pazifismus» eindeutig zwei verschiedene Konzepte beschrieben, verschwammen später die Unterschiede im allgemeinen Sprachgebrauch deutlich – ähnlich verhält es sich mit den Begriffspaaren «Nationalsozialismus» und «Faschismus». In dieser Studie wird soweit möglich die ursprüngliche Unterscheidung aufrechterhalten: Während «Antimilitarismus» zur Kennzeichnung der Gegnerschaft zum Konzept des bürgerlich-kapitalistischen Militarismus in der Arbeiterbewegung dient, bezeichnet «Pazifismus» ein organisatorisch bestimmtes Friedensmodell oder Konzept, das sich in religiösen oder idealistischen Motiven begründet. Die Begriffe Pazifismus und Friedensbewegung sind dabei gleichwertig.

86 Vgl. Karlheinz Lipp. «Der Pazifist Leonhard Ragaz». In: *Leonhard Ragaz, religiöser Sozialist, Pazifist, Theologe und Pädagoge*. Leonhard-Ragaz-Institut e.V. (Hg.). Darmstadt: Lingbach, 1986, S. 105–112 und Andreas Petersen. *Radikale Jugend. Die Sozialistische Jugendbewegung der Schweiz 1900–1930. Radikalisierungsanalyse und Generationentheorie*. Zürich: Chronos, 2001, S. 346–351.

87 Leo Tolstoi vertrat die Ansicht, das soziale Problem lasse sich nur durch eine totale Umstellung des ganzen gesellschaftlichen Systems erreichen. Der sog. «Tolstoianismus», ein rationalisierter christlicher Anarchismus, verlangte eine vom Gewissen geleitete Revolution, einen sittlichen Umsturz, bestehend in einem freiwilligen, auf rein moralischer Erkenntnis bestehenden Verzicht der Reichen auf ihren Reichtum. Nach Tolstoi war die allgemeine Wehrpflicht ein unchristliches Vergehen des Staates, da es Verrat an den Geboten des Evangeliums Christi bedeute, dass ein Bürger eine Waffe führe, um einen völlig unbekanntem Menschen zu töten. Tolstoi postulierte es deshalb als Pflicht eines jeden sittlich denkenden Menschen, dem Staat gewaltfrei Widerstand zu leisten, wenn dieser von ihm «unchristliches», also Militärflicht fordere. Siehe Michael Walter. *Tolstoi nach seinen sozialökonomischen, staats-theoretischen und politischen Anschauungen*. Zürich: Schulthess & Co., 1907 und Geir Kjetsaa. *Lew Tolstoi, Dichter und Religionsphilosoph*. Übersetzung aus dem Norwegischen von Ute Hempten. Gernsbach: Casimir Katz, 2001.

Weitere Gruppierungen innerhalb der Sozialdemokratie, welche hier Erwähnung verdienen, sind die Jungsozialisten, über die neuerdings eine Monographie von PETERSEN vorliegt,<sup>88</sup> und der gewerkschaftliche Flügel um den SGB.<sup>89</sup> Während jedoch die Jungsozialisten nach 1917, als sie wesentlich zur Ablehnung der Landesverteidigung durch die SPS beigetragen hatten, zunehmend an Einfluss verloren,<sup>90</sup> konnte der gewerkschaftliche Flügel seinen Einfluss in der SPS zunehmend ausbauen. Er trug schliesslich 1937 im Rahmen der Richtlinienbewegung massgeblich zur Anerkennung von Demokratie und Landesverteidigung durch die SPS bei.

Die meisten wichtigen Persönlichkeiten der Sozialdemokratie lassen sich für den Untersuchungszeitraum klar einem der genannten Flügel der SPS zuordnen. Über die Zeit kann aber die Gruppenzugehörigkeit auch wechseln, was im geeigneten Moment angemerkt wird.<sup>91</sup> Was den Einfluss der verschiedenen Gruppierungen oder Flügel der SPS angeht, ist es wichtig, zwischen der SPS und den SP-Kantonalparteien zu unterscheiden. Die SPS wurde zwar straff geführt, dennoch konnten sich die zwei Ebenen recht weit auseinanderbewegen, so dass der Einfluss der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Partei nicht überall gleich war. So war z.B. der Einfluss der Pazifisten in der Romandie ungleich grösser als in der deutschen Schweiz. Wenn eine Kantonalpartei, eine Gruppe von Parteimitgliedern oder ein einzelnes Mitglied sich jedoch zu weit von der offiziellen Parteilinie entfernte und sich trotz wiederholter Abmahnungen nicht anpasste, war der Parteiausschluss die Konsequenz.<sup>92</sup>

88 Siehe Anmerkung 86.

89 Siehe Kübler, Integration des Gewerkschaftsbundes.

90 Zum speziellen Thema des Antimilitarismus in der Arbeiterjugend siehe Romina Gavio. *Radikalisierung und Antimilitarismus. Die Entwicklung der politischen Haltung der Sozialistischen Jugendorganisation in der Schweiz von 1900–1918*. Lizentiatsarbeit. Universität Zürich, 2000.

91 Siehe dazu auch die Anmerkungen zu den einzelnen Personen im Personenverzeichnis.

92 Siehe z.B. der Ausschluss des ehemaligen Parteisekretärs der SP-Zürich, Ernst Walter 1935. SPS-Geschäftsbericht 1935, S. 5 oder der Kantonalparteien Genf und Waadt 1939.

## 2 Das Parteiprogramm von 1920 und seine Umsetzung

Die antimilitaristischen Beschlüsse des Parteitages von 1917 fanden nach dem Ende des Ersten Weltkrieges Eingang in ein neu formuliertes Parteiprogramm der SPS. Dieses war im Gegensatz zu dem zwar auch marxistischen, aber doch evolutionär-demokratisch geprägten Programm von 1904 vom radikalen Marxismus des revolutionär-klassenkämpferischen Flügels der Partei bestimmt. Der Kampf gegen den Imperialismus und den Kapitalismus verband sich gemäss dieser Ideologie nahtlos mit dem Kampf gegen den Militarismus.

Der ausgesprochene «Linksrutsch» im Parteiprogramm von 1920 erklärt sich aus der besonderen Situation der Zeit. Im Zeichen der Parteispaltung SPS–KPS galt es für die SPS mit Zugeständnissen gegen Links einen Teil der Partei von der Abspaltung abzuhalten und wieder zu integrieren. Die sehr symbolträchtigen Zugeständnisse an den linken Flügel der Partei in den Themenbereichen «Wehr-» und «Demokratiefrage» waren dazu sehr geeignet. In seiner marxistischen Manier stellte das Parteiprogramm der SPS von 1920 kein Programm zur Erringung der Macht dar, sondern ein Programm für die Zeit nach der Revolution. Dennoch brach die SPS nicht völlig mit dem evolutionär-demokratischen Gedankengut und der Tradition des Reformismus. In mancher Hinsicht stellte das Programm von 1920 deshalb ein Kompromiss zwischen den gemässigten und den radikal-marxistischen Ansprüchen dar.

Dass die SPS nicht völlig ins radikal-marxistische Lager abriften würde, wurde spätestens mit der Verlegung des Vorortes vom radikalen Zürich ins gemässigtere Bern und der Wahl Gustav Müllers zum Parteipräsidenten 1919 klar.<sup>93</sup> Die Parteispaltung konnte deshalb nicht vermieden werden: Die radikal-marxistischen Mitglieder der SPS schritten im Gefolge des Parteitages von 1920 zur Gründung der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS). Selbst nach dem Urteil der Zeitgenossen war das SPS-Parteiprogramm von 1920 «zeitgeboren und zeitbedingt» und wurde bald von der politischen Entwicklung überholt.<sup>94</sup> Nachfolgend wird die Interpretation und die Umsetzung dieses Parteiprogramms analysiert, insbesondere was seine Bedeutung für die Wehrfrage betrifft.

93 Siehe Gautschi, Der Landesstreik, S. 341–349.

94 Vgl. Oprecht, Geschichte der Programme, S. 272f.



## 2.1 Die unmittelbare Nachkriegszeit

Die Machtübernahme der revolutionär-klassenkämpferischen Gruppe in der SPS fand ihren Niederschlag im neuen Parteiprogramm, welches am Parteitag von 1920 angenommen wurde. Dieser Parteitag war im Gegensatz zu demjenigen von 1917 nicht mehr von der Wehrfrage dominiert, sondern stand unter dem Eindruck der drohenden Parteispaltung über der Frage des Beitritts der SPS zur Dritten Internationalen.<sup>95</sup> An der grundsätzlichen Ablehnung der Landesverteidigung wurde jedoch mit der ideologische motivierten Begründung festgehalten, dass die Armee nur zur Unterdrückung des Proletariats gebraucht werde:

Zudem zögert die Bourgeoisie keinen Augenblick, die Gesetze des bürgerlichen Staates zu verletzen und die Freiheiten, derer sie selbst zur Entfaltung der kapitalistischen Produktionskräfte bedurfte, aufzuheben oder durch die skrupellose Anwendung der Regierungs- und Militärgewalt illusorisch zu machen, sobald sie ihre Klassenherrschaft bedroht glaubt.<sup>96</sup>

Im Arbeitsprogramm wurde weiter ausgeführt, was konkret zur Bekämpfung des Militarismus unternommen werden sollte:

Grundsätzlicher Kampf gegen Militarismus, Chauvinismus und Nationalismus. Planmässige Aufklärung des Volkes über Wesen, Zweck und Folgen des Militarismus. Ablehnung aller Forderungen, Kreditbegehren und Gesetze, die der Aufrechterhaltung oder Stärkung des Militarismus dienen oder die Gefahren kriegerischer Verwicklungen heraufbeschwören können. Organisation des entschlossenen Widerstandes der Arbeiter gegen die Beteiligung des Landes an jedem Kriege. Erleichterung der finanziellen Folgen, von denen Parteigenossen betroffen werden können, die bei ihrer Verwendung als Soldaten gegen die Interessen der

95 Als der Beitritt abgelehnt wurde, verliessen die linksradikalen Kräfte die SPS und gründeten 1921 die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS). Siehe dazu: Peter Stettler. *Die Kommunistische Partei der Schweiz 1921–1931. Ein Beitrag zur schweizerischen Parteiforschung und zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung im Rahmen der Kommunistischen Internationale*. (Helvetica Politica, Ser. B, Vol. XV). Bern: Francke, 1980, S. 15–42; Rauber, *Histoire du mouvement communiste*, S. 80–132 und Egger, *Die Entstehung der Kommunistischen Partei*, S. 193–228. Zur Thematik der Einheitsfrontbewegung und der Konflikte der KPS mit der SPS siehe Huber, *Kommunisten und Sozialdemokraten*, S. 19–44.

96 Parteiprogramm SPS, 1920, S. 4.

Arbeiterklasse den Gehorsam verweigern. Unterstützung der Bestrebungen für die Einführung der Zivildienstpflicht, sofern der Zivildienst nicht militärischen Interessen dient.<sup>97</sup>

Eine weitere Neuerung, die unter dem Druck der revolutionär-klassenkämpferischen Gruppe in das Programm aufgenommen wurde, war das Prinzip der «Diktatur des Proletariats», womit sich die SPS von der Demokratie abwandte.<sup>98</sup>

Die erste Gelegenheit für die Umsetzung und Popularisierung der neuen Haltung der SPS in der Wehrfrage bot sich anlässlich des Abstimmungskampfes um die Militärjustizinitiative,<sup>99</sup> die der Bundesrat bis 1920 verschleppt hatte. In dieser gemeinsamen Aktion der verschiedenen Gruppierungen der SPS gegen das sichtbarste Zeichen des Militarismus wurden die parteiinternen Gräben in der Wehrfrage wieder zugeschüttet. Den Standpunkt der SPS zur Militärjustiz hatte Robert Grimm schon 1917 klargemacht:

97 Ebd., S. 12.

98 «[...] um den Widerstand der ihrer Macht verlustig gegangenen Klasse der Kapitalisten zu brechen, wird die politische Macht der Arbeiterklasse in Form der proletarischen Diktatur ausgeübt. [...] Sollte das Proletariat mit den Mitteln der Demokratie die Macht erobern, so wäre im Falle des Widerstandes der Bourgeoisie auch die demokratische Staatsgewalt zur Anwendung der Diktatur gezwungen. Wird jedoch in der Periode entscheidender Machtkämpfe die Demokratie durch die Schärfe der Klassengegensätze gesprengt, so muss die Diktatur die Form einer Diktatur proletarischer Klassenorganisationen annehmen.» Ebd., S. 8. Siehe dazu auch Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 36.

99 In dieser Vorlage ging es um die ersatzlose Aufhebung der Militärjustiz. Nach SIGG ist diese Initiative kein ausschliessliches Produkt der antimilitaristischen Bemühungen der SPS – wie z.B. ETTER meint – sondern ein Kompromiss zwischen dem antimilitaristischen Flügel und den gemässigten Kreisen um Greulich. Die Ursprünge der Initiative liegen einerseits im völlig veralteten Militärstrafgesetz von 1851, in der kriegsrechtlich bedingten Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit, sowie im reformbedürftigen Disziplinarstrafwesen. Andererseits stellte die Militärjustiz für die Sozialdemokratie den sichtbarsten Ausdruck des Militarismus dar, auch weil General Wille wiederholt versucht hatte, durch persönliche Interventionen Militärgerichtsurteile zu beeinflussen. Für die SPS erfüllte die Initiative deshalb zwei Zwecke: Erstens Propaganda gegen aussen durch eine populäre Forderung und zweitens Integration gegen innen, indem die verschiedenen Gruppen der Partei unter dem Dach des Antimilitarismus vereint werden konnten. Oswald Sigg, *Die eidgenössischen Volksinitiativen 1892–1939*. (Helvetica Politica, Ser. B, Vol. XIII). Bern: Francke, 1978, S. 122f.; Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 68.

Das Regime Wille feierte Triumphe. Die Soldatenschindereien entwickelten sich zu wahren Orgien der Säbelrassler. In geradezu barbarischer Weise wütete die Militärjustiz; sie verfolgte, kujonierte und bestrafte Soldaten in gleichem Masse wie die oppositionelle Presse.<sup>100</sup>

Im Abstimmungskampf äusserte sich die SPS klar dahingehend, dass die Abschaffung der Militärjustiz nur der erste Schritt auf dem Weg zur totalen Armeeabschaffung sein könne, was gleichzeitig auch das Hauptargumente der bürgerlichen Seite gegen die Initiative war. Diese scheiterte schliesslich deutlich.<sup>101</sup> In der Tat ebnete die Kriegsmüdigkeit in der schweizerischen Öffentlichkeit in der Phase zwischen 1921 und 1924 langsam ab, ohne allerdings einer besonderen Militärbegeisterung zu weichen.

Das Parlament machte nach und nach alle Massnahmen, die auf der Kriegsverdrossenheit von 1918 aufgebaut hatten, rückgängig und auch die lange geforderte Armee reform blieb auf der Strecke – die Truppenorganisation von 1924 war eher eine Folge der Bestandesreduktionen als der Beginn einer Neukonzeption.<sup>102</sup> Mit der Bewilligung des sogenannten «Lmg-Kredites» zur Beschaffung von Leichten Maschinengewehren für 16,5 Millionen Franken konnte der Bundesrat gar ein Rüstungsgeschäft durchsetzen. Der SPS gelang es nach der Niederlage in der Militärjustizinitiative immerhin, alle rechtsbürgerlichen Versuche zu vereiteln, die auf eine Einschränkung der individuellen Freiheiten der Bürger hinwirkten, oder den

100 Robert Grimm. *Ab Traktandum mit der Militärfrage?* Bern: 1917, S. 7.

101 Die Militärjustizinitiative wurde am 30.1.1921 mit 198 696 Ja- zu 393 151 Nein-Stimmen verworfen. Die Ablehnung war nach Sigg darauf zurückzuführen, dass der Bundesrat zu recht darauf hinweisen konnte, dass die schweizerische Militärjustiz wegen ihrer demokratischen Struktur keine Klassenjustiz betreibe und dass eine Reform des Militärstrafgesetzes in Vorbereitung sei. Sigg, Die eidgenössischen Volksinitiativen, S. 123.

102 Vgl. Etter, Armee und öffentliche Meinung, S. 93.

sozialdemokratischen Aktivismus hinsichtlich der Armee behindern oder abblocken wollten.<sup>103</sup>

Mit der Unterzeichnung des Genfer Protokolls im Oktober 1924, in dem auf den 15. Juni des folgenden Jahres die Einberufung einer Abrüstungskonferenz vorgesehen war, bekamen die pazifistischen Strömungen in der Schweiz allgemein wieder Aufwind.<sup>104</sup> Dazu trug auch die Entspannung der internationalen Lage bei. Führende Mitglieder der Schweizerische Vereinigung für den Völkerbund vertraten sogar öffentlich die Meinung, dass mit einer neuen Auslegung des Londoner Protokolls der Schweiz nicht etwa die Pflicht zur Selbstverteidigung obliege, sondern dass ihr nur das Recht dazu zugestanden worden sei.<sup>105</sup> Dies hätte bedeutet, dass eine totale Abrüstung der Schweiz nicht am Widerspruch des Völkerbundes scheitern musste. Da die geplante Abrüstungskonferenz wie auch das Genfer Protokoll

103 Hier wären die Schutzhaftinitiative und die Lex Häberlin zu nennen. Die erstere war ein Produkt des bürgerlichen Klassenkampfes und sollte ähnlich wie die deutschen Sozialistengesetze dem bürgerlichen Staat Rechtsmittel in die Hand geben, um gegen sozialdemokratische Propaganda, Agitation und den politischen Massenstreik vorgehen zu können. Der Initiative war zwar in der Volksabstimmung kein Erfolg beschieden, die meisten ihrer Begehren fanden aber Eingang in den Bundesgesetz-Entwurf betreffend Verbrechen gegen die verfassungsmässige Ordnung und die innere Sicherheit, die sog. «Lex Häberlin» oder «Subversionsgesetz». Dieses sah die Regelung der Straftatbestände Hochverrat, Aufruhr, Widersetzung, Wahlvergehen, Gefährdung der staatlichen Ordnung und Sicherheit, Aufforderung und Verleitung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten, Untergrabung der militärischen Disziplin, Ungehorsam gegen Befehle und Verordnungen und Landfriedensbruch vor. Das Gesetz wurde am 24.9.1922 in der von der SPS per Referendum erzwungenen Abstimmung verworfen. Sigg, Die eidgenössischen Volksinitiativen, S. 127–130.

104 Das Genfer Protokoll für die friedliche Regelung internationaler Streitfragen wurde am 2.10.1924 vom Völkerbund angenommen und enthielt einen gross angelegten Versuch, die Satzung des Völkerbunds so auszugestalten, dass alle Staaten volle Sicherheit gegen einen ungerechtfertigten kriegerischen Angriff erhielten. Zu diesem Zweck baute man nicht nur das System der Schiedsgerichte aus, sondern versuchte den Grundsatz einzuführen, das alle Staaten einzeln und insgesamt verpflichtet würden, einem angegriffenen oder bedrohten Staat zu Hilfe zu kommen. Da aber nur Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei die Protokolle unterzeichneten war das Protokoll *de facto* bereits 1924 gescheitert.

105 Das Londoner Protokoll wurde am 16.2.1920 unterzeichnet. Darin garantiert der Völkerbund der Schweiz die militärische, nicht aber die wirtschaftliche Neutralität (Verpflichtung zur Teilnahme an Wirtschaftssanktionen). Die militärische Neutralität wurde unter der Bedingung gewährt, dass die Schweiz sich selber militärisch verteidigen könne. Die Schweiz im Völkerbund, 1925, S. 25f. Siehe auch Etter, Armee und öffentliche Meinung, S. 94.

noch in ihren Anfängen Schiffbruch erlitten, blieb diese Infragestellung des schweizerischen Wehrverständnisses folgenlos.

Die Unterzeichnung eines Protokolls gegen die Gaskriegsführung in Genf am 17. Juni 1925 vermochte jedoch zumindest die Thematik des Gaskrieges wieder zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion zu machen. Dadurch wurde die Furcht vor den Schrecken eines mit Gasbomben geführten Luftkriegs der Schweizer Öffentlichkeit nahegebracht und damit der Antimilitarismus und der Pazifismus weiter gefördert. Dazu bestärkte die deutsch-französische Aussöhnung nach der Konferenz von Locarno im Herbst 1925 mit dem vermeintlichen Erfolg des Schiedsvertragswesens weite Kreise der Schweiz im Glauben, dass nun auch die Schweiz tatkräftig abrüsten sollte.<sup>106</sup>

In der Wählerschaft der SPS war wegen der anhaltenden Agitation in den Parteimedien der Antimilitarismus deutlich stärker ausgeprägt geblieben als im Rest der Schweizer Bevölkerung. Während politisch vorerst nicht viel erreicht werden konnte, obwohl die Parlamentarier der SPS alle Militärkredite konsequent ablehnten, trug die Parteibasis den Protest weiter. Am Parteitag 1924 wurde moniert, dass die Partei in der Wehrfrage untätig bleibe, insbesondere die Nationalratsfraktion schien zu wenig zu leisten. Angesichts der Kräfteverteilung im Nationalrat konnte diese nämlich kaum Erfolge verzeichnen.<sup>107</sup> Die Parlamentarier der SPS hatten sich z.B. vergebens für die Einführung eines Zivildienstes, in der Diskussion um die

<sup>106</sup> Mit den Locarno-Verträgen wurde ein «Sicherheits-, Rhein- oder Westpakt» geschaffen. Sie wurden auf der Konferenz von Locarno (5.–16.10.1925) zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Polen und der Tschechoslowakei ausgehandelt und waren die Basis für den Locarnopakt, der am 1.12.1925 in London unterzeichnet wurde. Dieser sah eine gemeinsame Bürgschaft der Vertragspartner für die deutschen Westgrenzen und die Entmilitarisierung des Rheinlandes, ein Verbot des Angriffs und eine friedliche Regelung aller Streitigkeiten vor. Grossbritannien und Italien garantierten diese Abmachung durch ein Hilfsversprechen für jeden durch Verletzung der Verträge bedrohten Vertragspartner. Die Locarno-Verträge führten zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und brachten eine erste Phase der internationalen Entspannung unter dem Vorzeichen eines neuen Systems kollektiver Sicherheit, garantiert durch den Völkerbund und die Grossmächte. Vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 69–71.

<sup>107</sup> In den Nationalratswahlen von 1922 gewann die SPS 43 von 198 Sitzen – 1925 49 Sitze von 198.

Truppenorganisation von 1924 und bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen die Militärbudgets engagiert.<sup>108</sup> Da auf den 21. September 1924 ein Antikriegstag angesetzt war, schien die Gelegenheit günstig, den Kampf gegen den Militarismus neu anzufachen. So wurden die Beschlüsse von 1917 erneut bekräftigt,<sup>109</sup> und die Zustimmung zur Gründung einer Kommission gegeben, in welcher zusammen mit dem SGB der Kampf gegen den Militarismus beraten werden sollte.<sup>110</sup> Auch der Parteitag von 1925 bekräftigte die 1917er-Beschlüsse und verschärfte sie noch dahingehend, dass die Abschaffung aller militärischer Institutionen angestrebt werden sollte.<sup>111</sup> Dieser Parteitag stand stark unter dem Eindruck der Diskussion um die Gasriegführung, wobei argumentiert wurde, dass ein künftiger Krieg so schrecklich sein werde, dass man sich überhaupt nicht mehr zur Wehr setzen könnte. Robert Grimm referierte etwa:

Aber heute, bei der gewaltigen Umwälzung aller militärischer Dinge ist keine Rede davon, dass ein Mensch von gesundem Verstand sagen könnte, unsere Berge und Schluchten seien wie ehemals ein Schutzwall gegen allfällige Angriffe fremder Armeen, denn heute fliegt man über diese Berge hinweg und diese Schluchten und Täler sind vielleicht sehr gute Kanäle für Giftgase, die über die Gegend hinstreichen und alles Leben und alle Kreatur[en] vernichten. Schon von diesem Gesichtspunkt aus muss man sagen, dass die Behauptung, die Schweiz sei imstande, durch die 80–100 Millionen Militärausgaben und durch ausserordentliche Rüstungen ihre nationale Sicherheit zu schützen, offenbar nicht richtig ist.<sup>112</sup>

Grimm hielt weiter fest, dass nur wer auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung stehe, wirklich Antimilitarist sein könne und betonte erneut, dass der Kampf gegen den Militarismus ein Teil des Klassenkampfes sei.<sup>113</sup> Demgemäss sei eine Verselbstständigung

108 Siehe Parteiprogramm SPS, 1920, S. 12. Die Einführung eines Zivildienstes wurde später nicht mehr nur positiv angesehen, da damit auch Lohndrückerei einhergehe. Robert Grimm. *Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm. Eine Vortragsreihe von Robert Grimm*. Bern: 1925, S. 55–59.

109 SPS-Parteitagsprotokoll 1924, S. 150.

110 Ebd., S. 132–136.

111 Ebd., S. 113–120.

112 Aus der Rede von Robert Grimm am Parteitag 1925. Ebd., S. 108f.

113 Ebd., S. 111.

des Pazifismus oder antimilitaristischer Strömungen strikte abzulehnen.<sup>114</sup>

Die Geschäftsleitung erhielt dann zwar vom Parteitag den Auftrag, einen Aktionsplan auszuarbeiten, der die Beseitigung des Militärbudgets im Bundeshaushalt zum Gegenstand haben sollte, weitere Beschlüsse zur Wehrfrage wurden jedoch auf den Parteitag 1926 vertagt. Die Geschäftsleitung befürchtete nämlich, im Wahljahr 1925 zu wenig Zeit dafür erübrigen zu können. Damit war es der Geschäftsleitung gelungen, die pazifistischen und antimilitaristischen Kräfte innerhalb der Partei zu halten, allerdings um den Preis, dass die SPS aktiv die Abschaffung des EMD und der Armee betreiben sollte.

Der Erfolg in den Nationalratswahlen 1925 bestätigte die Leitung der SPS in ihrem antimilitaristischen Kurs und veranlasste die SPS-Nationalratsfraktion in der Budgetdebatte energisch für ihre Ziele einzutreten.<sup>115</sup> Der Bundesrat strebte nämlich eine Erhöhung des Militärbudgets um drei Millionen auf 87,8 Millionen Franken an. Die SPS-Fraktion verlangte taktisch die Reduktion des Budgets auf den Stand von 1920, dem Jahr des Beitritts zum Völkerbund, und die bürgerlichen Parlamentarier, insbesondere die Fraktion der Katholisch-Konservativen Volkspartei, wollten aus Rücksichtnahme auf die antimilitaristische Stimmung im Volk der Erhöhung ebenfalls nicht zustimmen. Das Resultat präsentierte sich erst im Frühjahr 1926 und bestand darin, dass einmalig eine Erhöhung um zwei Millionen gebilligt wurde, aber das Militärbudget in Zukunft auf 85 Millionen Franken fixiert bleiben sollte.<sup>116</sup> Damit konnte die SPS einen Etappensieg verzeichnen. Das Militärbudget war zwar noch nicht völlig eliminiert, aber immerhin vorläufig fixiert.

114 Grimm, Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm, S. 51.

115 August Hugler, der Parteisekretär, meinte dazu: «Die sozialdemokratische Nationalratsfraktion hat während der Dezembersession 1925 über das Militärbudget ein Gefecht geliefert, wie wir es nicht oft erlebt haben, so dass der Voranschlag des Bundes erst im Februar 1926 zu Ende beraten werden konnte.» Bekämpfung des Militarismus, Verhandlungen des ordentlichen Parteitages 1926, S. 4.

116 Die Nichtwahl Robert Grimms als Nationalratspräsident für 1926/27 kann als direkte Folge der Budgetdebatte angesehen werden. Siehe dazu Etter, Armee und öffentliche Meinung, S. 101–104.

## 2.2 Die Bestätigung des antimilitaristischen Kurses von 1926

In den Jahren zwischen 1925 und 1928 stritten sich innerhalb der SPS die revolutionäre und die pazifistische Tendenz in der Frage der Bekämpfung des Militarismus um die Führung. Dabei ging es insbesondere darum, ob nur der bürgerliche Militarismus als Feind angesehen werden sollte oder ob nicht jegliche Art von Gewaltanwendung zu verurteilen sei. Letztere Interpretation hätte eine bedeutende Schwächung der Position der revolutionär-klassenkämpferischen Tendenz bedeutet, indem die «Diktatur des Proletariats» und der Einsatz von Gewalt im Klassenkampf unhaltbar geworden wären.

Weiter sollte sich entscheiden, welche konkreten Schritte die SPS zur Verwirklichung ihres antimilitaristischen Programms unternehmen würde. Es standen sich hier die Extreme «Einsatz aller Kräfte für eine Armeeabschaffung» oder «Einsatz der gegebenen Mittel zur Erreichung des politisch Möglichen» gegenüber. Während die pazifistische Tendenz mit Vehemenz den Kampf gegen den Militarismus als zentrales politisches Thema der SPS erhalten oder sogar noch in seiner Bedeutung steigern wollte, versuchten der revolutionär-klassenkämpferische und der evolutionär-demokratische Flügel aus politischen Überlegungen, die Wehrfrage vorerst auf sich beruhen zu lassen. Sie erkannten, dass die SPS zu schwach war, um sich im Parlament in Militärfragen gegen die bürgerliche Mehrheit durchzusetzen. Die Koalition zwischen der evolutionär-demokratischen und der revolutionär-klassenkämpferischen Tendenz ergab sich aus dem gemeinsamen Ziel, eine Verhärtung in der Wehrfrage nicht zuzulassen, was jedoch keinesfalls bedeutete, dass der evolutionär-demokratische Flügel auf eine landesverteidigungsfeindliche Haltung eingeschwenkt wäre.

Am Parteitag 1926 fasste die SPS zentrale Beschlüsse für den weiteren antimilitaristischen Kampf, die bis 1935 ihre Gültigkeit bewahren sollten. Insbesondere der erste Punkt des Mehrheitsantrages erwies sich später als eine wahre Knacknuss:

1, Der Parteitag stellt fest, dass der Kampf gegen den Militarismus, als einem Instrument des bürgerlichen Klassenstaates, ein Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus ist und von ihm nicht getrennt werden kann. Er bestätigt die Erklärungen des Parteiprogramms und des Arbeitsprogramms, die den Kampf gegen den Militarismus betreffen. Der Parteitag beauftragt die Natio-



nalratsfraktion, auch in Zukunft das Militärbudget als Ganzes abzulehnen und den Kampf im Parlament gegen alle Militärkredite mit aller Energie zu führen.<sup>117</sup>

Mit diesem Antrag sollte der klassenkämpferische und revolutionäre Kurs der SPS in der Wehrfrage bestätigt und damit der Beweis erbracht werden, dass der vorgesehene Beitritt zur Sozialistischen Arbeiter-Internationalen (SAI) kein Rechtsschwenk der Partei bedeutete.<sup>118</sup> Die erneute Behandlung der Wehrfrage am Parteitag 1926 diente auch der Klärung der schon längere Zeit drängenden Fragen zum weiteren Vorgehen in der Umsetzung der Beschlüsse von 1917.

Den versammelten Delegierten lagen drei Anträge zum Thema «Militarismus» vor: Der Mehrheitsantrag des Parteivorstandes wollte den Kampf gegen den Militarismus endgültig zu einem Teil des Klassenkampfes erklären und die Partei anweisen, den antimilitaristischen Kampf zu intensivieren. Ferner sollte die schon 1924 vorgesehene Antimilitarismus-Kommission endlich bestellt werden. Der Parteivorstand hielt auch fest, dass die Gründung irgendwelcher besonderer antimilitaristischer Organisationen unnötig sei, da damit nur die Partei in ihrem Kampf gegen den Militarismus geschwächt werde. Deshalb sollte die SPS nur noch mit antimilitaristischen Organisationen zusammenarbeiten, die sich auf ihr Parteiprogramm verpflichteten.<sup>119</sup> Diese Spitze richtete sich gegen den Minderheitsantrag, der vorsah, dass SGB, SPS und die Zentrale für Friedensarbeit der

117 SPS-Parteitagprotokoll 1926, S. 1.

118 Die Zweite Internationale war eine internationale Vereinigung sozialistischer Parteien, die in Paris 1889 am 100. Jahrestag der Französischen Revolution gegründet wurde. Sie zerfiel als Folge des Ersten Weltkrieges. Die Gründung der Kommunistischen oder Dritten Internationalen (Komintern) 1919 bedeutete die endgültige Festlegung des Bruchs in der Arbeiterbewegung. Die 1919 und 1920 stattfindenden Kongresse der verbliebenen Parteien der Zweiten Internationalen, führten 1921 zum Zusammenschluss einiger sozialdemokratischer Parteien zur Londoner Internationalen. Dieser Versuch, die nicht-kommunistischen Parteien in einer neubelebten Zweiten Internationalen zu vereinigen, scheiterte jedoch, da ein Teil der Parteien sich keiner der beiden Internationalen anschliessen und den Bruch heilen wollte. Die zu diesem Zweck gegründete Wiener Internationale erreichte ihren Zweck jedoch nicht. Darauf schlossen sich die Wiener und die Londoner Internationalen zur Sozialistischen Arbeiter-Internationalen (SAI) zusammen. Die SAI wurde als Neugründung der Zweiten Internationalen betrachtet. Sie bestand bis 1940. Zu den Verhandlungen in der SPS siehe ebd., S. 21.

119 Ebd., S. 1f.

Pazifisten eine gemeinsame Zentralstelle zur Bekämpfung des Militarismus einrichten sollten «mit dem Endziel der Abschaffung der Armee in der Schweiz».<sup>120</sup> Darin glaubte die Geschäftsleitung einen Versuch der Verselbstständigung der Pazifisten zu erkennen, um sich damit der Kontrolle der Partei zu entziehen.<sup>121</sup>

Der Parteisekretär August Huggler führte als Hauptredner aus, dass es illusorisch sei zu glauben, man könne die Armee abschaffen, solange die SPS nicht die Mehrheit im Parlament gewonnen habe. Gerade Dänemark und Schweden, die immer wieder als Vorbilder erwähnt würden, zeigten dies. Anstelle der Verschwendung aller Kräfte in einem aussichtslosen Kampf sei es wichtiger, alle Kräfte auf die Gewinnung der Wählerschaft auszurichten.<sup>122</sup> Erneut kam auch die Untätigkeit der Partei zur Sprache, da tatsächlich von den antimilitaristischen Beschlüssen und Resolutionen, die 1924 bzw. 1925 gefasst worden waren, kein einziger auch nur ansatzweise umgesetzt worden war. Die radikalen Antimilitaristen forderten deshalb die Vorbereitung einer Armeeabschaffungsinitiative, mindestens aber die Abstimmung darüber an einem Parteitag.<sup>123</sup>

In der Diskussion wurde der Gegensatz zwischen den Pazifisten und den revolutionär-klassenkämpferischen Kräften offenbar. Mit dem geschickten Argument, es gehe ersteren gar nicht um die Bekämpfung des Militarismus, sondern nur darum, die Partei dazu zu bringen, dem Prinzip der Gewaltlosigkeit im Kampf für den Sozialismus zuzustimmen und somit der «Diktatur des Proletariats» abzuschwören, wurden die Pazifisten gezielt schlechtgemacht.<sup>124</sup> Tatsächlich vertraten die Pazifisten und die Religiös-sozialen den Standpunkt, dass der Sozialismus nur auf dem Weg der absoluten Gewaltlosigkeit erreicht werden könne.<sup>125</sup> Dem Parteipräsidenten Reinhard gelang es jedoch, überzeugend darzulegen, dass gerade in diesem Punkt das Beispiel des faschistischen Italiens nicht passe: Die italienischen Arbeiter hätten auf gewaltfreiem Wege versucht, die Revolution herbeizuführen – mit dem Resultat, dass das Bürgertum den Faschismus organisiert habe und die Arbeiter niedergeknüppelt

120 SPS-Geschäftsbericht 1926, S. 7.

121 Ebd., S. 1f.

122 Ebd., S. 10–13.

123 Ebd., S. 25.

124 Ebd., S. 37.

125 Ebd., S. 41.

worden seien.<sup>126</sup> Daraus werde klar ersichtlich, dass Gewaltlosigkeit dem Selbstmord gleichkomme. Insbesondere verdeutliche das Beispiel des italienischen Faschismus das Problem der äusseren Sicherheit einer abgerüsteten Schweiz, denn diese wäre keinesfalls sicher, solange nicht der Rest Europas ebenfalls sozialistisch geworden sei.<sup>127</sup> Ähnlich hatte Robert Grimm schon 1925 argumentiert, als er den bürgerlichen Pazifismus verurteilte, der die Kriegsursachen beseitigen wolle, ohne die Klassengegensätze zu berücksichtigen: Die Sozialdemokratie erblicke die Beseitigung der Kriegsursachen in der Aufhebung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses.<sup>128</sup>

Der Parteitag stimmte schliesslich dem Antrag der Mehrheit deutlich zu. Damit war es der revolutionär-klassenkämpferischen Tendenz gelungen, die Pazifisten einmal mehr niederzuringen. Auch der Beitritt zur SAI wurde angenommen, obwohl diese die Landesverteidigung nicht ablehnte und sich klar auf den Boden der Demokratie stellte. Für die SPS sollte in diesen Punkten aber weiterhin ihr eigenes Parteiprogramm Gültigkeit haben. Das Argument der internationalen Solidarität in der Abwehr des Faschismus stach in dieser

126 Der Begriff «Faschismus» leitet sich vom lateinischen *fasces* ab, dem Rutenbündel, welches das Abzeichen der römischen Liktoren war. Es symbolisierte die Stärke der Gemeinschaft gegenüber dem Individuum. Die Partei der Faschisten errang 1922 unter ihrem Führer und Gründer Benito Mussolini in Italien die Macht. Als Kampfbegriff der Gegner des Faschismus wie entsprechender Bewegungen in anderen europäischen Ländern der Zwischenkriegszeit wurde der Begriff Faschismus generalisiert und auch für den Austrofaschismus oder den Nationalsozialismus verwendet. Idealtypisch kennzeichnete den Faschismus eine hierarchisch strukturierte, am Führerprinzip orientierte Parteiorganisation, die doppelte Gegnerschaft gegen Liberalismus und Sozialismus, das Ziel eines autoritären Regimes bzw. eines totalitären Staates, die Befürwortung von Gewalt als Mittel der Politik, die Orientierung an militärischen Handlungsweisen und Organisationsformen und eine eklektische Ideologie, die in der Idealisierung der eigenen «Volksgemeinschaft» (siehe Anmerkung 24) und der aggressiven Ablehnung alles Fremden einem übersteigerten Nationalismus bzw. Rassismus folgte. Das faschistische System war auf einen charismatischen Führer zugeschnitten und beruhte zwar auf der Rückbesinnung auf romantische oder reaktionäre Traditionen, idealisierte jedoch den modernen technologischen Fortschritt.

127 Reinhard meinte etwa, «[...] dass nicht nur die Abrüstung allein sich vollziehen soll, sondern dass sie gestützt sein soll auf die sozialistische Organisation der ganzen Welt, und weil es erst dann, wenn an Stelle der Konkurrenzen die internationale, weltwirtschaftliche Solidarität tritt, möglich sein wird, auch das Regime des Friedens aufzurichten.» Ebd., S. 42.

128 Grimm, Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm, S. 51.

Frage besser als der Antimilitarismus, der in der Diskussion um die SAI vor allem von Friedrich Schneider vertreten wurde.<sup>129</sup>

Die Annahme des Mehrheitsantrages zeigte aber deutlich, dass sich die Koalition zwischen der revolutionär-klassenkämpferischen und der evolutionär-demokratischen Tendenz auf der ganzen Linie durchgesetzt hatte. Der Parteitag 1926 markierte den Endpunkt aller Versuche der Pazifisten und der Religiös-sozialen, den Kampf gegen den Militarismus zum Hauptinhalt der Partei zu machen oder – was nach Einschätzung der Geschäftsleitung politischen Selbstmord bedeutet hätte – eine Armeeabschaffungsinitiative zu lancieren.<sup>130</sup> Auch gelang es der Geschäftsleitung, den Kampf um die Führung der Partei in den Fragen des Antimilitarismus klar für sich zu entscheiden. Damit wurde der «Kampf gegen den Militarismus» von einer konkreten Forderung zu einem ideologischen Leitwert mit Symbolcharakter, der von der Parteileitung im politischen Kampf gegen die Kommunisten und gegen das Bürgertum verwendet werden konnte.<sup>131</sup>

### 2.3 Die Gründung der Kommission gegen den Militarismus

Die 1925 beschlossene Bildung einer «Antikriegs-Kommission»<sup>132</sup> erwies sich in der Praxis schwieriger als vorausgesehen. Nachdem der Gewerkschaftsbund und die SPS-Geschäftsleitung Mitglieder delegiert hatten,<sup>133</sup> fand am 5. Juni 1926 in Zürich eine Delegiertenkonferenz statt, an der auch Vertreter der Friedensliga teilnahmen. Diese Konferenz beschloss unter dem Einfluss von Leonhard Ragaz, allen

129 SPS-Geschäftsbericht 1926, S. 24–26.

130 Die Geschäftsleitung der SPS schreibt darüber an Ragaz: «Mag es zahlreiche Beispiele dafür geben, dass eine Partei sogar dann auch an Macht und Einfluss gewinnen kann, wenn eine von ihr geleitete Aktion nicht direkt Erfolg hatte, so sind wir davon überzeugt, dass die Lancierung eines Volksbegehrens für Beseitigung der Armee unsere Gegner in solcher Übermacht in die Schranken rufen würde und diesen Gelegenheit böte, zu einem Schlag gegen unsere Partei auszuholen, der nicht nur das Volksbegehren für Jahrzehnte gründlich erledigen, sondern auch unsere Parteibewegung derart wuchtig treffen würde, dass sie jahrelang brauchte, um sich davon zu erholen.» Brief der SPS-Geschäftsleitung an Leonhard Ragaz, 22. I. 1926. SOZ, Ar. I. 126. 19, Korrespondenz «Militärfrage».

131 Vgl. Scheiben, Krise und Integration, S. 199f.

132 Der Kommission wurde offenbar nie ein offizieller Name gegeben. Sie erscheint deshalb unter diversen Bezeichnungen. Ab 1928 wurde sie meist «Kommission für Militärfragen» genannt.

133 Oprecht, Marti und Conrad Wyss von Seiten des Gewerkschaftsbundes und Reinhard, A. Hänni und Ernest-P. Graber als Vertreter der SPS.

drei Organisationen die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft unter dem Namen «Zentralstelle zur Bekämpfung des Militarismus» vorzuschlagen, die für die «gänzliche Entwaffnung», sprich die Armeeabschaffung wirken sollte.<sup>134</sup> Diesen Plänen wurde auf dem Parteitag der SPS 1926 in Bern eine klare Abfuhr erteilt. Die angenommenen Resolutionen sahen nur vor, dass die SPS zusammen mit dem SGB eine Kommission zur Bekämpfung des Militarismus bilden sollte, wie es ursprünglich vorgesehen war.

Diese Kommission trat am 20. Juni 1927 erstmals zusammen, um Mittel und Wege zu prüfen, wie die Bekämpfung des Militarismus intensiver gestaltet werden könnte. Für die vorgesehene Planung eines Antikriegstages im Herbst 1927 war sie jedoch zu spät zusammengetreten, so dass vorläufig nichts unternommen wurde.<sup>135</sup> Der Gewerkschaftsbund glaubte auch bald nicht mehr, dass die Kommission zu irgendeinem Resultat führen könnte und verliess diese Ende 1927 mit dem Kommentar, weitere Aktionen gegen den Militarismus blieben nun der SPS überlassen.<sup>136</sup> Der SGB gab wenig später den Kampf gegen den Militarismus völlig auf und anerkannte auch die Demokratie, weil die Führer der Gewerkschaften in diesen Positionen Hindernisse für eine weitere politische Integration des SGB sahen.

Ende Januar 1928 beschloss die Geschäftsleitung der SPS, die Kommission nicht aufzulösen, sondern sie aus den eigenen Reihen zu ergänzen und alleine weiterzuführen.<sup>137</sup> Sie erhielt den Auftrag, zuhanden des Parteitages 1928 einen Bericht zur Frage des weiteren Vorgehens in der Bekämpfung des Militarismus vorzulegen. Dieser Bericht fand sich in der Form eines Programms in den Trak-

134 SPS-Geschäftsbericht 1926, S. 6–10.

135 Für den Gewerkschaftsbund waren Max Weber, Karl Dürr und Charles Schürch, für die SPS-Geschäftsleitung Reinhard, Graber und Huggler delegiert worden. Siehe SPS-Geschäftsbericht 1927, S. 14f. und Brief von Karl Dürr an SPS-Geschäftsleitung, 27.5.1927. SOZ, Ar. 1.126.19, «SPS und Militär», Korrespondenz 1917–29.

136 Brief von Karl Dürr an die SPS-Geschäftsleitung, 10.12.1927. SOZ, Ar. 1.126.19, «SPS und Militär», Korrespondenz 1917–29.

137 Die «Kommission für Propaganda gegen den Militarismus» bestand nun aus Ernest-P. Graber, Hugo Kramer, Hans Amberg, Charles Schürch und Hans Oprecht. Brief von August Huggler an Ernest-P. Graber, Charles Schürch, Hans Oprecht, Hans Amberg und Hugo Kramer, 26.01.1928. SOZ, Ar. 1.126.19 «SPS und Militär», Korrespondenz 1917–29. Siehe weiter Protokoll GL, 18.01.1928. Ar. 1.126.19, «SPS und Militär», Korrespondenz 1917–29.

tanden des Parteitags von 1928. Der Inhalt dieses Programms war jedoch innerhalb der Kommission wie auch der Geschäfts- und in der Parteileitung derart umstritten, dass vor seiner Publikation vor den Nationalratswahlen dringend gewarnt wurde.<sup>138</sup> Punkt vier sah nämlich vor, die SPS endgültig auf das Ziel der Armeeabschaffung einzuschwören:

In der Schweiz wird sie [die SPS] sich zur Aufgabe machen, vom Volk die Abschaffung der Armee zu erlangen, in der Meinung, dass nur noch die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und der Achtung vor dem Gesetz notwendigen polizeilichen Kräfte aufrecht zu erhalten seien.<sup>139</sup>

Weiter wurde sollte den SPS-Bundesparlamentariern ein verbindliches Programm mit nach Bern gegeben werden: Sie sollten weiter alle Militärkredite ablehnen, alle militärischen Missbräuche anprangern, die Reduktion der Anzahl der Wehrpflichtigen verlangen, sowie die Landwehr- und militärischen Vorunterrichtskurse bekämpfen. Den sozialdemokratischen Vertretern im Parlament wäre somit von der Partei in Militärsachen ein enges Korsett umgelegt worden. Eine ständige Kommission sollte endlich jährlich ein Aktionsprogramm vorlegen, um den Kampf gegen den Militarismus gewissermassen zu institutionalisieren.

Ernest-P. Graber ersuchte als Referent den Parteitag, das Programm anzunehmen und noch keine allzu grossen Ansprüche an die neue Kommission zu stellen, da publikumswirksame Aktionen wie eine Armeeabschaffungsinitiative jahrelange Vorbereitungen erfordern würden, damit sie Aussicht auf Erfolg hätten. Kurzfristig könne die SPS nichts anderes tun, als die antimilitaristische Propaganda

138 «Bei der Durchsicht der von der Kommission für die Aufstellung eines Programms zur Bekämpfung des Militarismus aufgestellten Anträgen [...] gelange ich zur Überzeugung, dass es durchaus inopportun wäre, diese [...] zu publizieren. [...] Ich denke Sie werden mit mir der Meinung sein, dass es nicht wohl angeht, zu Beginn der Nationalratswahlen unseren Gegnern ein derartiges Programm unter die Nase zu halten, abgesehen davon, dass ich es taktisch für falsch halte auch im Interesse der Sache selber [...].» Brief mit abgeschnittenem Absender (Huggler?) an Grimm und Reinhard, 10.7.28. SOZ, Ar. 126.19, SPS und Militär, Korrespondenz 1917–29.

139 SPS-Parteitagprotokoll 1928, S. 181f. und «Programm der von der Geschäftsleitung mit dem antimilitaristischen Kampf beauftragten Kommission», SOZ, Ar. 126.19, SPS und Militär, Korrespondenz 1917–29.

zu intensivieren.<sup>140</sup> Das Programm der Kommission wurde vom Parteitag abgesegnet – konkrete Beschlüsse wurden in der Wehrfrage jedoch keine gefasst. Somit hatte sich nunmehr die SPS tatsächlich auf das Ziel der Armeeabschaffung eingeschworen. Dieses Ziel war aber offensichtlich nur propagandistischer Natur, da keine konkreten Aktionen als Folge dieser Beschlüsse festgestellt werden können.

Überhaupt scheint es so, als ob der eigentliche Zweck der Kommission für den Kampf gegen den Militarismus darin bestand, die laufend eingehenden Anträge einzelner Genossen, Sektionen und Kantonalparteien zu absorbieren und ins Leere bzw. ins Unverbindliche laufen zu lassen. Die Glaubwürdigkeit der Kommission blieb lediglich dadurch bestehen, dass sie mehrheitlich aus engagierten Pazifisten bestand, was gleichzeitig aber auch ein Ausdruck dafür war, dass sie parteiintern keinen Einfluss besass. Der Rückzug des Gewerkschaftsbundes aus der Kommission lag jedoch nicht an deren mangelndem Erfolg, sondern an der Strategieänderung des SGB. Das neue Ziel der Integration der Gewerkschaften ins politische System der Schweiz, verlangte ein Abrücken von systemalternativen politischen Positionen wie etwa der Ablehnung des Prinzips der Landesverteidigung.

140 SPS-Parteitagprotokoll 1928, S. 124–135.

### 3 Die Blütezeit des Antimilitarismus (1929–1932)

Dieses Kapitel der Studie behandelt die Blütezeit des Antimilitarismus in der Schweiz im Rahmen der Abrüstungsbewegung. Ab 1930 war in der Schweiz durch das Einsetzen der Wirtschaftskrise eine wesentliche Verschärfung der Klassegegensätze und damit auch eine Intensivierung der politischen Kämpfe zu verzeichnen. Den Gipfelpunkt dieser Kämpfe bildeten die Genfer Unruhen von 1932.

#### 3.1 Die Gemengelage in der SPS 1929

In diesem Abschnitt wird kurz die Ausgangslage dargelegt, in der sich die SPS 1929 befand. Die Positionen der einzelnen Gruppierungen und die Einflüsse internationaler und nationaler Akteure auf die Wehrfrage werden aufgezeigt.

Auf dem Parkett der eidgenössischen Politik hatte sich die Sozialdemokratie während der zwanziger Jahre nur punktuell durchsetzen können: Die Ablehnung der Lex Häberlin,<sup>141</sup> die Annahme der 48-Stunden-Woche und die Reform der Alkoholgesetzgebung waren die grössten Erfolge der Arbeiterpartei. Daneben scheiterte jedoch der Widerstand gegen den Völkerbund, die Vermögensabgabe-Initiative wurde wie die Zollinitiative verworfen, die Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) blieb ein Desiderat, das Mieterrecht fiel und das Getreidemonopol wurde vergeblich bekämpft.<sup>142</sup>

Innerlich fand sich die SPS 1928 bzw. 1929 gestärkt. Sie hatte sich vom Rückschlag der Abspaltung der Kommunisten erholt und das Vertrauen der Arbeiterschaft wiedergewonnen – gerade in diesem Punkt zeitigte auch die Ablehnung der Landesverteidigung ihre Wirkung, behaftete doch die KPS die Sozialdemokraten mit dem Begriff des Sozialpatriotismus, was auf die antimilitaristischen Arbeiter

<sup>141</sup> Siehe Anmerkung 103.

<sup>142</sup> Die Vermögensabgabe-Initiative war eine der bedeutendsten Volksinitiativen der Zwischenkriegszeit. Ihre Bedeutung liege nach SIGG in ihrem einmaligen Mobilisationseffekt und in der durch sie gebildeten geschlossenen Front des Bürgertums gegen einen weiteren sozialistischen Versuch, die Vermögensverhältnisse auf demokratischem Wege zugunsten der unteren Klassen auszugleichen. In der Abstimmung vom 3.12.1922 wurde die Initiative bei einer rekordhohen Stimmbeteiligung von 86,3% mit 736952 Nein- gegen 109702 Ja-Stimmen verworfen. Sigg, Die eidgenössischen Volksinitiativen, S. 138–144 (Vermögensabgabe-Initiative), S. 144–148 (Branntweinverbot), S. 148–151 (Zollinitiative II), S. 153–156 (Getreideversorgungs-Initiative), S. 162–164 (AHVG-Initiative).



abschreckend wirken sollte.<sup>143</sup> Dieser Vorwurf war erfolgreich entkräftet worden, und die SPS konnte die KPS in allen Kantonen ausser in Basel, Genf und Schaffhausen verdrängen.<sup>144</sup> Mit 27,4 Prozent Wähleranteil in den Nationalratswahlen 1928 hatte die SPS zur FDP aufschliessen können und war mit 50 Nationalratssitzen zweitgrösste Landespartei geworden.<sup>145</sup>

Die innere Lage der SPS war während der frühen zwanziger Jahre von der Auseinandersetzung zwischen der pazifistischen und der revolutionär-klassenkämpferischen Gruppierung auf der einen und der evolutionär-demokratischen Gruppierung auf der anderen Seite geprägt. Zeichen des Sieges der ersteren war die Einbringung der «Diktatur des Proletariats», der Legitimation der Gewaltanwendung im Klassenkampf und des Antimilitarismus in das Parteiprogramm. Ob der Auslegung und der Umsetzung des antimilitaristischen Programms kam es ab 1925 zum Konflikt zwischen der pazifistischen und der revolutionär-klassenkämpferischen Gruppierung. Letztere war geschwächt durch den Aderlass der Parteispaltung 1920 und bestrebt, die Partei innerlich um jeden Preis zu einen, um dem Kommunismus geschlossen entgegentreten zu können. Aus diesem Grund fand Mitte der zwanziger Jahre wieder eine Annäherung zwischen den verschiedenen Gruppierungen innerhalb der SPS statt. Die evolutionär-demokratischen Tendenz schaffte es, ihr wichtigstes Anliegen, die Regierungsbeteiligung auf Bundesebene, wieder in die Diskussion zu bringen und den radikalen Antimilitarismus der Pazifisten und der revolutionär-klassenkämpferischen Tendenz zurückzu-

143 Der Sozialpatriotismus war wie der Sozialpazifismus oder der Reformismus ein Zweig der Arbeiterbewegung. Die Sozialpatrioten betrieben eine Reformpolitik im Rahmen der bestehenden Staaten mit dem Endziel des Sozialismus. Die Kooperation mit und die Integration in die bestehenden Staaten zwang die Sozialpatrioten dazu, sich in Kriegszeiten der sog. «Burgfriedenspolitik» zu verschreiben. Mit dem Hinweis, dass ein solches Stillhalten jeweils in belohnenden Zugeständnissen des Kapitalismus an die Arbeiterschaft münde, wurde dieses im Gegensatz zur sozialistischen Ideologie stehende Verhalten gerechtfertigt. Die Kommunisten erklärten die Sozialpatrioten, oder «Sozialchauvinisten» wie sie auch genannt wurden, zum «Hauptfeind» der Arbeiterbewegung, da diese den Arbeitern falsche Tatsachen vorgaukelten und die Ideen von Marx pervertierten.

144 Vgl. Ernst Reinhard: «Zum Parteitag». *RR*, 1, Sept. 1928, S. 1–3

145 Die Stimmenzahl war seit 1919 von 175 292 auf 220 141 Stimmen gestiegen, was einen Anstieg des Stimmenanteils von 23,5 auf 27,4 Prozent bedeutete. Im Nationalrat besetzte die SPS 1919 41 Sitze, 1928 waren es 50. Vgl. SPS-Geschäftsbericht 1928, S. 18–21.

binden, indem deren Hauptforderung, die Armeeabschaffung, in das Arbeitsprogramm der Partei aufgenommen wurde.

Die Parteileitung war 1929 fest in der Hand der revolutionär-klassenkämpferischen Gruppierung: Der Präsident Ernst Reinhard, die Mitglieder Robert Grimm, Ernst Büttikofer, Charles Schürch sowie die beiden Parteisekretäre August Huggler und Ernest-P. Graber bildeten eine komfortable Mehrheit in diesem Gremium. Dennoch glaubte die bürgerliche Presse 1929, eine gewisse Aufweichung in der antimilitaristischen Haltung der SPS feststellen zu können. Dies lag daran, dass es der evolutionär-demokratischen Gruppierung gelungen war, die Macht im Gewerkschaftsbund zu übernehmen, der zu dieser Zeit noch als mehr oder weniger stark mit der SPS verbunden galt. Der SGB strich 1927 zum Erstaunen und zum Ärger der revolutionär gesinnten Genossen das Prinzip der «Diktatur des Proletariats» aus seinen Statuten und bekannte sich zur schweizerischen Demokratie. Indem Ernst Reinhard, immer noch Präsident der SPS, nicht mehr als Nationalrat wiedergewählt wurde, im Gegensatz zum gemässigten Gewerkschafter Robert Bratschi, wurde die Kursänderung des Gewerkschaftsbundes vom Wahlvolk indirekt gutgeheissen.<sup>146</sup> Die Neupositionierung des SGB bedeutete für die SPS, dass sie auf der nationalen Ebene mit einem neuen starken Akteur in ihren Reihen konfrontiert war, der von ihrer klassenkämpferischen und revolutionären Haltung abwich – ein Bruch mit der starken Gewerkschaftsbewegung wäre jedoch auf keinen Fall in Frage gekommen, weshalb sich die SPS wohl oder übel mit der neuen Haltung des SGB anfreunden musste. Die Vertreter des SGB bildeten fortan innerhalb der SPS den Kern eines eigenständigen gewerkschaftlichen Partei-Flügels.

Auf der internationalen Ebene war die SPS seit dem Beitritt zur SAI verstärkt mit der Wehrpolitik anderer europäischer Arbeiterparteien konfrontiert, die deutlich vom schweizerischen Antimilitarismus abwichen. Die SAI wurde damit in Bezug auf die Wehrfrage zu einem übergeordneten Akteur, da sie sich in ihrem Programm zur Landesverteidigung bekannte und auch versuchte, dementsprechend auf die schweizerischen Sozialdemokraten einzuwirken. Ganz im Gegenteil zur SPS bewunderten nämlich die meisten europäischen Arbeiterparteien das Schweizer Milizsystem, und die Einführung desselben galt als erstrebenswertes Ziel sowie als Heilmittel gegen den

<sup>146</sup> Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 108f.

Militarismus. Daneben kam eine Ablehnung der Landesverteidigung für fast alle Sozialdemokratischen Parteien Europas auch deswegen nicht in Frage, weil deren Länder viel konkreteren militärischen Bedrohungen ausgesetzt waren.<sup>147</sup> Zunächst versuchten die Schweizer bei der SAI als antimilitaristisches Ferment zu wirken, doch hatten sie keinen Erfolg: Als Ernst Reinhard seine deutschen Genossen wegen ihrer Einstellung zur Panzerkreuzerfrage vergeblich beschwor, den Schweizer Standpunkt zu berücksichtigen,<sup>148</sup> riet die *NZZ* der SPS hämisch, es doch einmal in der Schweiz mit einer Abrüstungsinitiative zu versuchen, sie werde dann schon sehen, wohin «dogmatisch verbohrtens Kraftmeiertum», das ein Ausdruck der intensiven «Russifizierung» der SPS sei, führe.<sup>149</sup> Damit brachte die *NZZ* das allgemeine Befremden zum Ausdruck, das die bürgerliche Mehrheit und zunehmend auch die Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung der antimilitaristischen Haltung der SPS entgegenbrachte.<sup>150</sup> Die Äusserung Reinhardts, man müsse die Landesverteidigung auch ablehnen, wenn es gegen den Faschismus ginge, fand noch keine allzu grosse Beachtung in der Schweiz – unter den deutschen Arbeitern löste sie hingegen Empörung aus.<sup>151</sup> So sah sich die SPS in der SAI darauf beschränkt, Anträge zu stellen, die es der Partei ermöglichen sollten,

147 «Die französischen Genossen machen die Furcht vor dem fascistischen Italien geltend, die österreichischen Genossen weisen auf die von Ungarn her drohende Gefahr hin, die Deutschen wollen die Verteidigung der Landesgrenzen nicht preisgeben usw.» SPS-Geschäftsbericht 1928, S. 31.

148 Der deutsche Reichstag hatte am 25.3.28 mit sozialdemokratischer Unterstützung Gelder zum Bau einer Reihe neuer Panzerkreuzer bewilligt. Nach der Unterzeichnung des Briand-Kellogg-Paktes, forderte der sozialdemokratische deutsche Aussenminister Gustav Stresemann vergeblich, eine allgemeine Abrüstung aller Staaten und nicht nur eine einseitige deutsche Abrüstung. Weil jedoch darüber international keine Einigung erzielt werden konnte, bewilligte die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung im Oktober 1928 ein Rüstungsprogramm in der Höhe von 350 Millionen Reichsmark. Ernst Reinhard hatte offenbar darüber einen Artikel im Berliner *Vorwärts* publiziert und in Chemnitz einen Vortrag gehalten. Protokoll GL, 5.3.29. SOZ, Ar. 1.111.4, Protokolle GL und PV, Jan.–Jul. 1929 und *VR*, Nr. 123, 29.5.29; Nr. 124, 30.5.29; Nr. 126, 1.6.29 und Nr. 140, 18.6.29.

149 *NZZ*, Nr. 1045, 5.12.28; Nr. 1036, 30.5.29; Nr. 1104, 8.6.29.

150 Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 108f.

151 Vgl. Protokoll PV, 4./5.5.29. SOZ, Ar. 1.111.4, Protokolle GL und PV, Jan.–Jul. 1929.

wenigstens ihren abweichenden Standpunkt in der Wehrfrage beibehalten zu können.<sup>152</sup>

Seit 1928 trat die Kommission zur Bekämpfung des Militarismus und für Abrüstung als SPS-interner Akteur in der Wehrfrage auf.<sup>153</sup> Sie stellte für 1929 ein Aktionsprogramm zusammen, das die Veröffentlichung besonderer Artikelserien in der Parteipresse, die Schaffung einer Antikriegsbroschüre, einer antimilitaristischen Film-, Dia- und Büchersammlung, Interventionen der Nationalratsfraktion bei verschiedenen Anträgen wie auch die Veranstaltung antimilitaristischer Kundgebungen vorsah. Die Kommission beriet auch darüber, ob eine Initiative zu einer weiteren Reduktion des Militärbudgets ergriffen oder ob gar die Armeeabschaffungsinitiative in Angriff genommen werden sollte. Ernst Reinhard und Robert Grimm sprachen sich aber entschieden gegen beides aus. Eine Initiative zur Reduktion des Militärbudgets kam gemäss Grimm nicht in Frage, da damit ein reduziertes Budget im Prinzip anerkannt werde und die SPS somit gegen die Grundsätze in ihrem Programm verstosse. Deswegen bleibe die Armeeabschaffung via gänzliche Beseitigung des Militärbudgets die einzige Lösung. Dazu, so war man sich einig, brauche es aber noch mehrere Jahre intensivster Propaganda. Um ein Zeichen zu setzen wurde deshalb eine Wanderausstellung gegen den Militarismus von der Partei mit 1000 Franken subventioniert.<sup>154</sup>

Der Wunsch, Filme und Dias mit einer antimilitaristischen Thematik zu beschaffen, musste aber mangels verfügbarem Material unerfüllt bleiben. Bis auf Kundgebungen in Aarau, Genf und Neuenburg konnte auch kein weiterer Punkt des Aktionsprogramms umgesetzt werden – offenbar wegen mangelndem Engagement der Sektionen.<sup>155</sup> Die SPS beschäftigte sich nämlich 1929 vornehmlich

152 Ziele der SAI waren Freiheit zur Wahl ihres eigenen Heeressystems für alle Nationen (in der Meinung, dass dann alle das Milizsystem wählen würden), die Verfügungsgewalt über Heer und Flotte für die Parlamente, die Beseitigung aller Schranken, die das Heer vom Volk trennen, die Demokratisierung des Offizierskorps usw. SPS-Geschäftsbericht 1928, S. 31. Vgl. Lezzi, Sozialdemokratie und Militärfrage, S. 149f.

153 Mitglieder der Kommission: Ernest-P. Graber (Präsident), Charles Schürch, Hans Oprecht, Hans Amberg, Hugo Kramer.

154 «Anträge der Kommission zur Bekämpfung des Militarismus». Beilage zum Protokoll GL, 14.5.29. SOZ, Ar. I.III.4, Protokolle GL und PV, Jan.–Jul. 1929,

155 SPS-Geschäftsbericht 1929, S. 10f.

mit der Frage der Bundesratsbeteiligung,<sup>156</sup> die nach kontroverser Diskussion am Parteitag zugunsten einer Kandidatur von Emil Klöti, dem Zürcher Stadtpräsidenten, entschieden wurde.<sup>157</sup> Darüber ging sogar die neuste Rüstungsvorlage des Bundesrates zur Beschaffung von 105 Militärflugzeugen für 20 Millionen Franken fast unter. Die Reaktion des Parteitages beschränkte sich denn auch nur auf eine kurze Resolution, in der vorerst einmal gegen die Beschaffung protestiert wurde.<sup>158</sup>

Die Kommunistische Partei der Schweiz war als direkte politische Konkurrentin der SPS ebenfalls eine Akteurin in der Behandlung der Wehrfrage, insbesondere seit auch in der Schweiz die linke «Einheitsfront» ein Thema geworden war. Die Einheitsfrontbewegung strebte eine Vereinigung der SPS mit der KPS an, beschäftigte sich aber vorerst mit der Zusammenarbeit der beiden sich konkurrierenden Linksparteien in ausgewählten Schlüsselfragen. Die SPS war von Beginn weg allen Angeboten der Kommunisten zu

156 1929 wurden im Bundesrat durch den Rücktritt von Robert Haab (FDP) und den Tod von Karl Scheurer (FDP) gleich zwei Sitze frei. In der SPS-Geschäftsleitung wollte man den Sitz im Bundesrat nur aus propagandistischen Gründen: «Was die Wahlaussichten betrifft, so glaubt Gen.[osse] Ilg nicht, dass die Bürgerlichen dem Gen. Klöti zur Wahl verhelfen werden. Damit fallen eigentlich alle Befürchtungen, die gegen die Beteiligung geäussert werden zum grossen Teil dahin. Wir hätten aber den Vorteil, das Bürgertum, das immer behauptet, es sei bereit, den Sozialdemokraten eine Vertretung in der Landesregierung zu geben, auf die Probe zu stellen. Wenn sie den Gen. Klöti ablehnen [...], so haben wir doch den schlagenden Beweis dafür, dass das Bürgertum heuchelt, wenn es behauptet, die Sozialdemokraten nicht von der Landesregierung ausschliessen zu wollen. Das wäre sicher für unsere Propaganda in gewissen Zeiten auch wertvoll. Abstimmung entfällt für Beteiligung. Man soll aber vorher klar machen, dass man im Parteiprogramm sicher keine Änderungen vornehmen werde oder anderweitig sich anpassen werde – so sei sicher, dass der Kandidat nicht gewählt werde.» Protokoll GL, 8.10.29. SOZ, Ar. 1.111.4, Protokolle GL und PV, Aug.–Dez. 1929. Der Parteivorstand schloss sich dieser Ansicht an. Protokoll PV, 2.11.29. SOZ, Ar. 1.111.4, Protokolle GL und PV, Aug.–Dez. 1929. Zu den weiteren politischen Vorgängen um die Bundesratswahlen siehe Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux guerres*, S. 161–166.

157 Die ausführliche Debatte drehte sich um verschiedenen Fragen, so z.B. ob man überhaupt einen Kandidaten aufstellen solle, mit welcher Strategie vorgegangen werden sollte oder ob gar beide Sitze beansprucht werden sollten. Siehe dazu: SPS-Parteitagsprotokoll 1929, S. 55–123.

158 SPS-Parteitagsprotokoll 1929, S. 32. Offiziell wurde der Antrag erst am 13.12.29 publiziert. Da der Parteitag Anfang Dezember stattfand, konnte erst später darüber befunden werden.

einer «Einheitsfront» negativ gegenüberstanden. Trotzdem kam es in einzelnen politischen Fragen wie dem Kampf gegen die Lex Häberlin zur Zusammenarbeit der KPS und der SPS, ja in den Nationalratswahlen 1922 sogar zu Listenverbindungen. Da gesamthaft die Bilanz der «Einheitsfront»-Bewegung jedoch negativ blieb und die SPS zunehmend feindlich auf jegliche «Einheitsfront»-Angebote reagierte, kam die Bewegung Ende der zwanziger Jahre zum Erliegen. Insbesondere seitdem am sechsten Weltkongress der Komintern die Sozialdemokratie als sozialfaschistisch also als Variante des Faschismus geächtet worden war und die KPS deshalb wieder einen Konfrontationskurs zur SPS einschlug.<sup>159</sup>

Die Haltung der SPD in der Panzerkreuzerfrage, die Kommunistenkrawalle in Deutschland im Mai 1929 und der Schweiz im März 1929 sowie im Juni 1932 schienen die These des Sozialfaschismus in den Augen der Kommunisten zu bestätigen, da die in die Regierungen integrierten Sozialdemokraten für die Polizeieinsätze mitverantwortlich zeichneten.<sup>160</sup> Die KPS schlug deshalb einen verschärften Konfrontationskurs gegenüber der SPS ein, wovon besonders die Kantone Genf, Basel, Zürich und Schaffhausen betroffen waren, wo sich starke Fraktionen beider Lager um die Führung der Arbeiterbewegung stritten.<sup>161</sup> Im Zeichen der zunehmenden Konkurrenz zur KPS sah sich die SPS sogar durch die Absicht der Kommunisten provoziert, am 1. August 1929 einen Antikriegstag durchzuführen.

159 Vgl. Huber, *Kommunisten und Sozialdemokraten in der Schweiz*, S. 197–199.

160 In der Stadt Zürich besass die SPS seit den Wahlen von 1931 die absolute Mehrheit, weshalb in zeitgenössischen Quellen oft vom «Roten Zürich» die Rede war. Anlässlich eines Streiks der Heizungsmonteur verhängte der SP-dominierte Stadtrat ein Versammlungs- und Demonstrationsverbot, das zu missachten die kommunistische Presse aufrief. Am Abend des 15.6.31 versammelten sich 1000–4000 Menschen, worauf die Polizei mit aller Härte die Versammlung auflöste, auch mit Schusswaffen, mit dem Resultat, dass ein Toter und dreissig Verletzte zu beklagen waren. Die Schuld für die «Blutnacht von Zürich» wurde von der SP-Stadtregerung bei den Kommunisten gesucht, welche die Menge aufgehetzt hätten, um die sozialdemokratische Regierung in Misskredit zu bringen. Die Kommunisten bezichtigten jedoch die SPS des Verrats an der Arbeiterschaft. Siehe: *Die Blutnacht und der Monteurenstreik in Zürich Juni 1932*. Landesleitung der RGO (Hg.). Basel: 1932. Ein Vergleich zwischen der Blutnacht von Zürich und den Genfer Unruhen ziehen Marco Tackenberg, und Dominique Wisler. «Die Massaker von 1932. Protest, Diskurs und Öffentlichkeit». In: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*, Vol. 4, Iss. 2, Summer 1998, S. 51–78, 57–67.

161 Vgl. Huber, *Kommunisten und Sozialdemokraten in der Schweiz*, S. 222f.

ren. Die SPS-Geschäftsleitung beriet darüber, ob eventuell auf den 31. Juli ebenfalls Antikriegsdemonstrationen anzusetzen seien, da sonst die Gefahr bestünde, dass die Antimilitaristen und Pazifisten der SPS an der Veranstaltung der KPS teilnehmen und dann der SPS vorwerfen würden, sie habe nichts ähnliches organisiert.<sup>162</sup> Man sah schliesslich von diesem Vorhaben ab und beschränkte sich darauf, die Arbeiter dazu aufzurufen, nicht an der kommunistischen Veranstaltung teilzunehmen. Dies war für die kommunistische Seite sozusagen die Bestätigung, dass die SPS auf den sozialfaschistischen Kurs eingeschwenkt war.<sup>163</sup> Dass der Graben zwischen der SPS und der KPS sehr tief ging, liess sich auch daran ablesen, dass sogar die Pazifisten um Graber sich 1932 weigerten, am «Weltkongress gegen den Krieg» in Amsterdam teilzunehmen, mit der Begründung, dieser sei nur ein kommunistisches Manöver.<sup>164</sup>

Die Diskussion um die «Einheitsfront» innerhalb der SPS ist für die Behandlung der Wehrfrage in der SPS insofern relevant, als dass sich innerhalb des revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügels eine Spaltung vollzog in eine der «Einheitsfront» zugewandte Minderheit und eine ihr mit absoluter Ablehnung gegenüberstehende Mehrheit unter Robert Grimm. Gerade das langsame Erlahmen des Antimilitarismus war einer der Hauptkritikpunkte des linken Flügels der revolutionär-klassenkämpferischen Gruppierung an der SPS – gleichzeitig blieb das Weiterbestehen der antimilitaristischen Einstellung der SPS einer der Haupttrümpfe der Partei im Kampf gegen die Kommunisten, deren internationale Zentrale insbesondere den Verrat der deutschen Sozialdemokratie an der Abrüstung und

162 «[...] anderenfalls besteht doch eine gewisse Gefahr, dass unsere Arbeiter, Parteimitglieder ebenso wie ein grosser Teil der Gewerkschafter, den Kommunisten nachlaufen und uns vorwerfen, wir hätten nichts ähnliches organisiert.» Protokoll GL, 18.6.29, SOZ, Ar. 1.111.4, Protokolle GL und PV, Jan.–Jul. 1929.

163 Der Basler *Vorwärts* titelte dazu: «Die Sozialdemokratie steht im Dienste der Konterrevolution, sie ist die Schrittmacherin der Reaktion und des Faschismus [...]» Zit. nach Huber, *Kommunisten und Sozialdemokraten in der Schweiz*, S. 248.

164 Marc Perrenoud. «Face aux guerres et pour la paix. Socialisme et pacifisme dans le canton de Neuchâtel (1929–1939)». In: Michel Porret u.a. (Hg.). *Guerres et Paix. Mélanges offerts à Jean-Claude Favez*. Genève: Georg, 2000, S. 486–501, S. 490.

am Antimilitarismus zu einem Hauptgegenstand der Propaganda für die sogenannte «Einheitsfront von unten» machte.<sup>165</sup>

### 3.2 Die Einflüsse der eidgenössischen Politik auf die SPS bis 1932

Mit der Nichtwahl Emil Klötis in den Bundesrat war die Wahl Rudolf Mingers zum Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes (EMD) verbunden – in den Augen der SPS eine doppelte Niederlage, da Minger als Berner Bauernführer in Arbeiterkreisen verhasst war.<sup>166</sup> Mit seiner Wahl begann eine neue Ära der Schweizer Militärpolitik, was auch die Sozialdemokratie in einer Phase der Abschwächung des Antimilitarismus vor neue Herausforderungen und Probleme stellte. Minger intensivierte bereits kurz nach seinem Amtsantritt die Verstärkung der Landesverteidigung, wobei er auf vier Ebenen voringing: Erstens versuchte er die Armee mit intensiver Aufklärungsarbeit zu popularisieren, zweitens drängte er systematisch auf höhere Militärausgaben, drittens strebte er eine Modernisierung der Ausrüstung und der Ausbildung der Armee an und viertens plante er die Reorganisation von Heer, Armeeleitung und Militärdepartement.<sup>167</sup>

Die schweizerische Flugwaffe war damals die teuerste Waffengattung der Armee. Sie hatte überproportional unter dem Spardruck des «85 Millionen-Budgets» zu leiden gehabt, so dass der Flugzeugpark bald total veraltet war und einen sehr kleinen Bestand aufwies. Seit 1927 war deshalb in der bürgerliche Presse von einer «Krise der schweizerischen Luftwaffe» die Rede und die Beschaffung neuer Flugzeuge stand zur Diskussion.<sup>168</sup> Da 1929 die allgemeine Begeisterung für die Fliegerei, der viel Pioniergeist anhaftete, auf einem Höhepunkt war, schien die Zeit zur Modernisierung der schweizerischen Militärluftfahrt günstig, so dass vom EMD entsprechende Kredite in der Höhe von 20 Millionen Franken beantragt wurden.<sup>169</sup>

165 Nachdem die Einheitsfrontbewegung gescheitert war, wollte die Komintern die Sozialdemokratische Bewegung zum Verschwinden bringen, indem sie deren Anhänger zum Überlaufen in ihre Bewegung aufrief – deshalb die Bezeichnung «Einheitsfront von unten».

166 Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 112f. sowie Christoph Graf und Eduard Tschabold. «Rudolf Minger als Förderer der schweizerischen Landwirtschaft und Landesverteidigung. Der Berner Bauernbundesrat im Spiegel seines Nachlasses». In: *Studien und Quellen*, 6. Bern, 1980, S. 7–111, S. 24

167 Vgl. Heller, Eugen Bircher, S. 119.

168 Allein 1927 fanden sechs Militärpiloten bei Abstürzen den Tod.

169 Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 115f.



Unmittelbar nach der offiziellen Bekanntmachung der Beschaffungspläne für 105 Militärflugzeuge begann die Kampagne der Gegner. Am Parteitag von 1929 protestierte die SPS gegen die «Aufrüstung», welche die Völkerbundsgrundsätze verletze.<sup>170</sup> In zwei Flugschriften wurde unter anderem vornehmlich mit dem Argument gegen die Vorlage des Bundes geworben, dass die militärische Verteidigung der Schweiz technisch unmöglich geworden sei und jeder Versuch, das Land zu verteidigen, es in eine Wüste verwandeln müsse.<sup>171</sup> Insbesondere die Schrecken des Gaskrieges aus der Luft wurden erneut dargelegt und die militärische Überlegenheit der Nachbarstaaten durch Zahlenmaterial untermalt. So wurden etwa die 105 Flugzeuge, welche der Bund anschaffen wollte, mit der italienischen Luftwaffe verglichen, die dabei war, auf 4500 Maschinen aufzurüsten.<sup>172</sup> Am Rand tauchte auch erstmals die Forderung auf, die 20 Millionen für soziale Zwecke, also für die Arbeitslosen in der Uhren- und Stickereiindustrie, zu verwenden.<sup>173</sup> Zwischenzeitlich waren nämlich erste Zweige der exportorientierten Industrie von der weltweiten Wirtschaftskrise erfasst worden,<sup>174</sup> so dass es manchen Sozialdemokraten nur vernünftig schien, bei den Rüstungsausgaben zu sparen, um die soziale Not zu lindern.

Als das Parlament sich nicht beeindruckt liess, startete die SPS zusammen mit der Friedensbewegung im Frühjahr 1930 eine Gegenkampagne. 42 000 Unterschriften wurden gegen die Vorlage gesammelt und 70 Kundgebungen durchgeführt.<sup>175</sup> Die sozialdemokratische Presse berichtete fast täglich über den Wahn des Militarismus und die Gefahren des modernen Krieges.<sup>176</sup> Trotz dieses enormen Aufwands gelang es der SPS jedoch nicht, die Vorlage zu Fall zu bringen, da sich die bürgerliche Phalanx unverrückbar vor Bundesrat Minger aufstellte, der seine erste Bewährungsprobe glänzend bestand. Seine rednerische Begabung und sein politisches Geschick, die er konsequent für

170 SPS-Parteitagprotokoll 1929, S. 32.

171 *Die Flugzeugvorlage von 20 Millionen und An die Arbeitende Bevölkerung der Schweiz!* SOZ, Ar. I.111.4, Protokolle GL und PV, Jan.–Jun. 1930.

172 Ebd.

173 Ebd.

174 Siehe das Kapitel II.3.1.

175 SPS-Geschäftsbericht 1930, S. 9.

176 Vgl. «Medienereignishierarchien 1910–1940». Bearbeitet von Esther Kamber. In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*. (Krise und Sozialer Wandel, 1). Zürich: Seismo, 1993, S. 357–389, S. 379.

die Popularisierung einer starken militärischen Landesverteidigung einsetzte, sollten ihn bald zum Hauptfeind der antimilitaristischen Bewegungen machen.<sup>177</sup>

Obwohl es der SPS nicht gelungen war, den Kredit dem Referendum zu unterstellen, verpuffte der enorme propagandistische Aufwand nicht wirkungslos, da die Kampagne von Anfang an auch als Werbeaktion in Hinblick auf die nächsten Nationalratswahlen gedacht war.<sup>178</sup> Dennoch musste in der Geschäftsleitung abschliessend konstatiert werden, dass die Aktion nicht zuletzt wegen der mangelnden Resonanz im Volk ein Misserfolg gewesen war – das Thema «Antimilitarismus» hatte nicht mehr so stark mobilisiert, wie man sich das erhofft hatte.<sup>179</sup>

Nach der Niederlage bei der Flugzeugbeschaffung lebte die Debatte um die Wehrfrage in der SPS wieder auf. Es kristallisierten sich drei Gruppierungen heraus: Die erste setzte sich für eine «proletarische Verteidigung» ein, also eine Landesverteidigung nur unter der Voraussetzung, dass die Schweiz sozialdemokratisch regiert würde. Diese Gruppierung fand ihre Anhänger im revolutionär-klassenkämpferischen Flügel der SPS. Die zweite Strömung wollte eine Anerkennung der bürgerlichen Landesverteidigung und war im evolutionär-demokratischen Parteiflügel verankert. Den Rest bildeten die verschiedenen Schattierungen der Pazifisten. Selbst der Parteipräsident Reinhard bemerkte, dass es sehr ungünstig für die SPS gewesen sei, auf die Flugzeugdebatte einzutreten, obwohl von vornherein klar gewesen sei, dass man nur verlieren könne. So sei nur wieder einmal der ganzen Schweiz vor Augen geführt worden, wie zerstritten die SPS eigentlich in der Wehrfrage sei.<sup>180</sup>

Nach der gewonnenen Schlacht ging Bundesrat Minger propagandistisch in die Offensive und sprach wiederholt vor Arbeitern, um für die Landesverteidigung zu werben.<sup>181</sup> Die Beseitigung der 85 Millionen-Grenze für die Militärausgaben war sein erklärtes nächstes Ziel. Dabei half ihm der Umstand, dass sein Vorgänger Scheurer

177 Vgl. Graf, Rudolf Minger, S. 40–50.

178 Protokoll GL, 29.4.30. SOZ, Ar. I.III.4, Protokolle GL und PV, Jan.–Jun. 1930.

179 Der Geschäftsbericht vermeldete zwar stolz 25 000 Teilnehmer an den Protestaktionen – von der erhofften Massenbewegung war das aber weit entfernt. Protokoll GL (unvollständig), 10.6.30. SOZ, Ar. I.III.4, Protokolle GL und PV, Jan.–Jun. 1930.

180 Protokoll PV, 5.7.30. SOZ, Ar. I.III.4, Protokolle GL und PV, Jul.–Dez. 1930.

181 Vgl. Graf, Robert Minger, S. 48f.

während Jahren die Materialreserven aufgebraucht hatte, um nicht bei der Armee sparen zu müssen. Ende 1930 waren die Reserven aufgebraucht und es mussten Zusatzkredite gesprochen werden, um die laufende Versorgung der Truppen sicherzustellen. Damit war die 85 Millionen-Grenze *de facto* bereits gefallen.

Die Armeefreunde bekamen durch die angriffige Art des neuen EMD-Vorstehers wieder Wind in ihre Segel und starteten ihrerseits ebenfalls Kampagnen für eine Modernisierung der Armee. Ende 1932 gründeten sie die Schweizerische Wehrvereinigung und kritisierten in Vorträgen und Streitschriften die Haltung der SPS und der Pazifisten in der Wehrfrage. Erstere bot allein schon mit ihrem in bürgerlichen Augen von Widersprüchen erfüllten Programm genügend Angriffsfläche. Insbesondere das unverhohlene Eingeständnis, dass die SPS, wenn sie an die Regierung käme, dieselben Machtmittel, auch die militärischen, einsetzen würde wie der bürgerliche Staat, wurde ihr als indirekte Anerkennung der Notwendigkeit der bewaffneten Landesverteidigung ausgelegt.<sup>182</sup> Daneben wurde von bürgerlicher Seite immer wieder betont, dass der Schweiz ja im Londoner Protokoll die Pflicht zur militärischen Landesverteidigung auferlegt worden sei.<sup>183</sup>

### 3.3 Das Scheitern der Abrüstungsbewegung

Das Jahr 1932 spielte für die Abrüstungsbewegung eine Schlüsselrolle: Mit dem Scheitern der «Abrüstungskonferenz» in Genf endeten die letzten Bemühungen zur längerfristigen Sicherung des Friedens in Europa und zur Aufrechterhaltung der Ordnung von Versailles.

Seit der Mitte der zwanziger Jahre hatte sich die Rüstungsspirale erneut zu drehen begonnen. Sowohl Frankreich und England wie auch Italien befanden sich in einem Rüstungswettlauf zur See und in der Luft. Sogar Deutschland beteiligte sich in bescheidenerem Rahmen an der Aufrüstung, so dass das Scheitern der Friedenspolitik

182 Hunziker, Braucht die Schweiz noch eine militärische Landesverteidigung, S. 5f.

183 Ebd., S. 8f. Siehe dazu auch die Broschüre *Unsere Landesverteidigung*. Schweizerische Offiziersgesellschaft (Hg.). Stäfa: 1931. Zum Londoner Protokoll siehe Anmerkung 105.

des Völkerbundes trotz des 1928 geschlossenen Paktes zur Ächtung des Krieges absehbar schien.<sup>184</sup> Das Abhalten einer internationalen Abrüstungskonferenz war zwar seit 1920 in Aussicht genommen worden, aber erst die Locarno-Verträge von 1925 führten zur Einsetzung eines vorbereitenden Ausschusses, der endlich am 9. Dezember 1930 den Entwurf eines Abkommens über die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstung vorlegte.<sup>185</sup> Eine entsprechende Konferenz zur Behandlung und Umsetzung dieses Entwurfes wurde auf den 2. Februar 1932 in Genf zusammengerufen.

Als im Frühjahr 1930 in der Schweiz bekannt wurde, dass nun endlich eine weltweite Konferenz zum Thema «Rüstung» zusammentreten werde, belebte dies die Abrüstungsbewegung stark. Auch die SPS liess sich dieses für den antimilitaristischen Kampf günstige Thema nicht entgehen und benutzte schon die Zeit bis zum Zusammentreten der vorbereitenden Kommission des Völkerbundes für Propaganda.<sup>186</sup> Der offizielle Name der Konferenz war *Conférence pour la réduction et la limitation des armements* – Konferenz zur Rüstungsbeschränkung – und nicht *Conférence du désarmement* – Abrüstungskonferenz. Innerhalb der SPS wurde aber fortan ausschliesslich von der «Abrüstungskonferenz» gesprochen. Damit wird klar sichtbar, dass breite Kreise innerhalb der SPS völlig falsche Erwartungen an dieses Treffen stellten. Der Parteileitung war dies wohl bewusst, wie die Ausführungen von Robert Grimm von 1925 zeigen.<sup>187</sup> Dennoch erhoffte die SPS-Geschäftsleitung von der Konferenz eine entscheidende Wende in der internationalen Politik.

Das neue Schlagwort hiess «Abrüstung». In der *Roten Revue* erschien eine Serie von Artikeln, in der die Total- oder die Teilabrüstung der Schweiz thematisiert wurde. Hauptsächlich ging es dabei um

184 Der Briand-Kellogg-Pakt war ein völkerrechtlich wirksamer Vertrag, der vom französischen Aussenminister Aristide Briand und seinem amerikanischen Pendant Frank B. Kellogg angeregt und ausgearbeitet wurde. Er wurde am 27.8.1928 in Paris von Belgien, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien (einschliesslich seiner Dominien), Italien, Japan, Polen, Tschechoslowakei und den USA unterzeichnet. Der Vertrag verpflichtete die Signaturstaaten, auf den Krieg als Mittel zur Durchsetzung nationaler Ziele zu verzichten und Streitfälle auf friedlichem Wege beizulegen. Das Recht eines jeden Staates auf Selbstverteidigung blieb als unveräusserliches Recht anerkannt. Dem Pakt traten bis 1939 63 Staaten bei.

185 Zu den Locarno-Verträgen siehe Anmerkung 106.

186 Protokoll GL, 15.7.30. SOZ, Ar. 1.III.4, Protokolle GL und PV, Jul.–Dez. 1930.

187 Grimm, Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm, S. 52–55.

den Streit, ob das Einsetzen für eine Teilabrüstung nicht ein Verrat am Endziel der Totalabrüstung der Schweiz, sprich der Armeeab-schaffung, sei.<sup>188</sup> Die Abrüstungsbewegung verschaffte den Pazifisten und den Antimilitaristen neue Motivation und zeigte vor allem einen neuen Weg auf, um die Abschaffung der Armee zu erreichen: Die Landesverteidigungsgegner hofften nämlich die Armee durch eine schrittweise Abrüstung entweder per Volksinitiative oder auf äusseren Druck durch den Völkerbund eliminieren zu können. Die SPS-Geschäftsführung war sich jedoch über das weitere Vorgehen in der Abrüstungsfrage uneinig, wie auch die Kommission zur Bekämpfung des Militarismus.

An der Geschäftsleitungssitzung im Oktober 1930 wurden die Vorschläge der Kommission beraten. Es stellte sich heraus, dass diese sich ausschliesslich auf eine Kampagne gegen eine Erhöhung des Militärbudgets auf 100 Millionen Franken vorbereitet hatte. Bundesrat Minger hatte dann aber doch nur eine Budgeterhöhung von 2,5 Millionen Franken beantragt und zwar für die Militärversicherung – eine Institution, welche die SPS nicht bekämpfen wollte. Trotzdem wurden die Vorschläge der Kommission beraten. Erstens wurde eine Initiative zur Abschaffung des Militärbudgets wegen der bevorstehenden Wahlen als nicht opportun erachtet. Zweitens stellte man fest, dass eine «Initiative für Verminderung des Militärbudgets, event. Festlegung auf den gegenwärtigen Stand» wegen der Schwierigkeiten hinsichtlich der Rechtslage und der Hemmungen im eigenen Lager ebenfalls nicht in Frage komme und dass drittens die Lancierung einer Petition gegen die Erhöhung des Budgets entfallt. Da die Kommission keine Vorschläge zur Abrüstung der Schweiz vorbereitet hatte, wurden auch keine solche beraten, obwohl die Parteipresse dies schon verschiedentlich gefordert hatte.<sup>189</sup> Die Idee zur Lancierung einer Abrüstungsinitiative war damit aber noch nicht vom Tisch.

Während der Sitzung kam klar zum Ausdruck, dass am Parteitag 1931 keine der Vorschläge der Militarismus-Kommission diskutiert werden sollten – zu sehr fürchtete die Geschäftsleitung die innere Debatte. Insbesondere wollten sich Grimm und Reinhard nicht

188 Vgl. etwa Fritz Baumann: «Jawohl, eine Abrüstungsinitiative!». In: *RR*, 10. Jg., Nr. 1, Sept. 1930, S. 29–32 und Konrad Treu: «Schweizerische Abrüstung». In: *RR*, 10. Jg., Nr. 1, Sept. 1930, S. 23–29.

189 Ebd.

auf die Abrüstung festnageln lassen, da sie glaubten, dass nur eine Reduktion des Militärbudgets oder eine Festlegung auf den gegenwärtigen Stand politisch erreichbare Positionen seien. Beide Lösungen bedeuteten aber, dass sich die SPS durch die Befürwortung entsprechender Anträge im Parlament indirekt zur Landesverteidigung hätte bekennen müssen. Der Parteipräsident Reinhard hielt es ausserdem für falsch, die Kosten der Armee eindämmen zu wollen, obwohl er ein entschiedener Armeegegner war: «Wer die Notwendigkeit der Armee anerkennt, muss auch die Kosten, die für ihre zweckmässige Ausrüstung notwendig sind, in Kauf nehmen.»<sup>190</sup>

Die Geschäftsleitung verstand es, am Parteitag von 1931 jegliche Diskussion über die Wehrfrage zu unterdrücken, indem sie argumentierte, dass 1932 wegen der «Abrüstungskonferenz» der bessere Moment für eine Propagierung der Abrüstung sein werde. Der Parteitag konnte darauf lediglich die antimilitaristische Einstellung der SPS bestätigen.<sup>191</sup> Damit schienen jedoch alle zufriedengestellt. Der Parteivorstand hatte richtig kalkuliert, dass die Wirtschaftskrise<sup>192</sup> und die Nationalratswahlen die Leute mehr bewegen würden als ein paar Anträge der Pazifisten.<sup>193</sup> Die Lancierung einer Abrüstungsinitiative war somit vertagt worden. Die Diskussion über dieses Thema hielt aber noch länger an, weshalb im September 1931 an der vorbereitenden Parteivorstandssitzung noch einmal darüber beraten

190 Protokoll GL, 21.10.30. SOZ, Ar. 1.111.4, Protokolle GL und PV, Jul.–Dez. 1930.

191 «Der Parteitag der S.P.S. bestätigt die grundsätzliche antimilitaristische Stellung der sozialdemokratischen Partei. Die Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses in den Behörden ist ein wesentlicher Faktor im Kampfe gegen den Militarismus. Er fordert alle Parteiinstanzen, insbesondere auch die Presse auf, den Kampf gegen den Militarismus und für die totale Abrüstung der Schweiz mit verstärkter Energie fortzusetzen und alles zu tun, um der Sache des Sozialismus und des Friedens im kommenden Nationalratswahlkampf zum Erfolg zu verhelfen. Er beauftragt die zum Studium dieser Frage eingesetzte Spezialkommission, sobald wie möglich dem Parteitag einen Bericht über diese Frage vorzulegen.» Erklärung der Geschäftsleitung und des Parteivorstandes der SPS zu den Anträgen von La Chaux-de-Fonds, Delsberg, Goldach, St. Gallen und Vevey betreffend Reduktion der Militärausgaben, Internationaler Antikriegstag, Abrüstungsinitiative und Veranstaltung von Volkskundgebungen während der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes, 13.9.31, SOZ, Ar. 1.126.19, SPS und Militär, Korrespondenz 1930–60; SPS-Parteitagprotokoll 1931, S. 151–154 und SPS-Geschäftsbericht 1931, S. 12f.

192 Siehe dazu Kapitel II.3.1.

193 Protokoll PV, 11.10.31. SOZ, Ar. 1.111.4, Protokolle GL und PV, Jul.–Dez. 1931.

wurde. Reinhard blieb jedoch dabei, die Lancierung einer Abrüstungsinitiative als politische unmöglich darzustellen,<sup>194</sup> und Grimm wollte den Antimilitarismus im Allgemeinen nicht mehr fördern, da nun die Wirtschaftskrise das dominierende Wahlkampfthema sein müsse.<sup>195</sup> Damit war die Frage der Lancierung einer Abrüstungsinitiative vorläufig negativ entschieden und der Antimilitarismus definitiv wieder in die ihm zugedachte Rolle eines Propagandainstruments verwiesen.

Als im Frühjahr 1932 die Rüstungsbeschränkungskonferenz in Genf zusammentrat, mussten die sozialdemokratischen Antimilitaristen eine Reihe von Niederlagen verzeichnen: Die lange geplante Abrüstungsdemonstration der Sozialistischen Arbeiter-Internationalen (SAI) in Genf kam nicht zustande.<sup>196</sup> Ebenso scheiterte der Plan, die Sozialdemokraten aller Länder in einer parallel zur Völkerbundskonferenz stattfindenden Veranstaltung zu versammeln, um ein eigenes Abrüstungskonzept zu erarbeiten.<sup>197</sup> Aus diesem Anlass debattierte die Geschäftsleitung erneut über die Wehrfrage, wobei August Huggler aus dem revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügel feststellte, dass es an der Zeit wäre, die SPS wieder auf einen einheitlichen Standpunkt in Sachen Abrüstung und Landesverteidigung einzuschwören.<sup>198</sup> Der Parteipräsident Reinhard lehnte dies

194 «Eine Abrüstungsinitiative würde uns für alle anderen Kämpfe das Rückgrat brechen, da das Bürgertum dann alles daran setzen würde, uns eine gewaltige Niederlage zu bereiten.» Ernst Reinhard im Protokoll PV, 11.9.31. SOZ, Ar. 1.111.4, Protokolle GL und PV, Jul.–Dez. 1931.

195 «Wenn wir die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen wollen, dann halte ich es für selbstverständlich, dass am Parteitag so wenig wie möglich von Antimilitarismus gesprochen wird.» Robert Grimm im Protokoll PV, 11.9.31. Zur Wirtschaftskrise siehe Kapitel II.3.1.

196 Protokoll GL, 2.2.32. SOZ, Ar. 1.111.4, Protokolle GL und PV, Jan.–März 1932.

197 Dieses Vorhaben war gescheitert, weil die meisten europäischen Sozialdemokraten ihre Teilnahme verweigerten, da die SP-Genf die strikte Respektierung des schweizerischen Standpunktes an der Konferenz verlangte, der ja im Gegensatz zum Programm der SAI die kompromisslose Ablehnung der nationalen Verteidigung beinhaltete. SPS-Geschäftsbericht 1932, S. 11. Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 124f.

198 «Es wäre gut, wenn wir uns gelegentlich im Parteivorstand über unsere Stellungnahme zum Abrüstungs- und Militärproblem aussprechen würden, nachdem wir immer wieder feststellen müssen, dass Widersprüche in der Einstellung führender Parteigenossen zu diesem Problem bestehen. [...] Auf die Dauer ist eine solche Situation nicht gut haltbar und muss zu Verwirrung in den Reihen der Parteigenossen führen.» Protokoll GL, 2.2.32. SOZ, Ar. 1.111.5, Protokolle GL und PV, Jan.–März 1932.

aber entschieden ab, da man nicht Differenzen schaffen solle, wo keine seien.<sup>199</sup> Dennoch fand die Wehrfrage wieder ihren Weg auf die Traktandenliste der Geschäftsleitung.<sup>200</sup>

Nach Beginn der Konferenz versuchte die SPS mehrmals, den Bundesrat unter Druck zu setzen, damit die Schweiz sich an der Konferenz im Sinne eines Vorreiters eindeutig zur Abrüstung bekenne. In öffentlichen Briefen wurde die Schweizer Delegation kritisiert, der vorgeworfen wurde, sie vertrete nur die Anliegen der schweizerischen Rüstungsindustrie und verrate den Abrüstungsgedanken.<sup>201</sup> Gleichzeitig forderte die SPS ein Verbot des Waffen- und Munitionsexportes.<sup>202</sup> Ein Ansinnen, das verständlicherweise während der damaligen Exportkrise nicht auf grosse Begeisterung im Parlament und in der Bevölkerung stiess.

Als das Scheitern der Abrüstungskonferenz immer deutlicher absehbar und die Kriegsgefahr gleichzeitig immer bedrohlicher wurde, drängte die SPS in der SAI auf eine einheitliche Stellungnahme gegen Krieg und Militarismus. Als Diskussionsgrundlage sollte ein Aktionsprogramm dienen, das von der Militarismus-Kommission der SPS entworfen worden war. Dementsprechend vertrat dieses Programm die Ablehnung der Landesverteidigung, womit es sich grundsätzlich in Opposition zu den wehrpolitischen Standpunkten der SAI stellte. Damit verspielte die SPS schon von vorneherein jede Chance auf Erfolg.<sup>203</sup> Interessant war jedoch die Idee, dass die

199 Ebd.

200 «Summarische Übersicht über die hängenden oder in naher Zeit in Angriff zu nehmenden Geschäfte». Dabei wird auch der Vorschlag besprochen, eine Spezialkommission ins Leben zu rufen, in der auch militärische und juristische Sachverständige mitwirken sollten, um die Frage der Modifikation der Militärorganisation im Sinne einer radikalen Verminderung und Umgestaltung der Armee auf eine bewaffnete Spezialtruppe für den Grenzschutz zu prüfen. Protokoll GL, 23.2.32. SOZ, Ar. 1.111.5, Protokolle GL und PV, Jan.–März 1932.

201 An den Bundesrat der schweizerischen Eidgenossenschaft, 28.6.32. SOZ, Ar. 1.111.5, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1932.

202 Motion von Nationalrat Henri Perret. Vgl. SPS-Geschäftsbericht 1932, S. 14.

203 Koste es was es wolle, die sozialistische Arbeiter-Internationale muss bereit sein, den Kriegsausbruch zu verhindern. *Aktionsplan der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* als Diskussionsgrundlage vorgeschlagen zu hd. der von der Zürcher-Konferenz mit der Prüfung dieses Problems beauftragten Kommission (20.9.32). Beilage zum Protokoll PV, 9.10.32. SOZ, Ar. 1.126.19, SPS und Militär, Korrespondenz 1930–60 und Ar. 1.113.1, Zirkulare 1932–34, Programm der Militärkommission SPS.



SAI anstelle des Völkerbundes zu einem Motor der internationalen Abrüstung werden sollte:

6. Wenn der Völkerbund sich unfähig erweist, die Abrüstung zu verwirklichen:
  - a) Anhandnahme der Leitung dieser Bewegung durch Vermehrung unserer Anstrengungen und indem wir ihnen einen internationalen Charakter verleihen.
  - b) Beseitigung jeder privaten Waffen- und Munitionsfabrikation, schlussendlich Beseitigung jeglicher Munitionsherstellung.
  - c) Parlamentarische, international vereinheitlichte Aktion, um die Abrüstung zu aktivieren.
  - d) Kampagne gegen die Kriegsvorbereitungen, ferner Massen-Dienstverweigerung.<sup>204</sup>

Weiter wurde die «tatkräftige Entwicklung unserer Macht und unseres Einflusses bis zur Eroberung der politischen Macht» zum wirksamsten Mittel gegen den Krieg erklärt und verschiedene, teilweise extreme Massnahmen für den Fall eines Kriegsausbruchs vorgestellt, wie z.B. Generalstreik und Sabotage.<sup>205</sup>

Mit seinem radikalen Vorschlägen hätte dieses Aktionsprogramm nicht nur eine eindeutige Bestätigung, sondern sogar eine Verschärfung der antimilitaristischen Einstellung der SPS bedeutet, was Robert Grimm nicht mehr behagte. In der Sitzung des SPS-Parteivorstandes, in der das Programm besprochen wurde, warnte er vor Widersprüchen:

Wir verlangen von der Internationalen eine andere Haltung in der Militärfrage. Wenn es aber bei uns einen fascistischen Überfall auf den Süden des Landes gäbe? Hätten wir die Macht, uns dem Krieg zu widersetzen?<sup>206</sup>

Mit Letzterem meinte Grimm offensichtlich, dass die SPS von den Arbeitern schlecht verlangen könnte, zur Abwehr des Faschismus nicht zu den Waffen zu eilen. Der Parteivorstand wies deshalb das Aktionsprogramm zur endgültigen Prüfung an die Geschäftsleitung

204 Die individuelle Dienstverweigerung wurde von der SPS stets abgelehnt und war ein Anliegen der Pazifisten. Aktionsplan der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (1932), S. 13.

205 Aktionsplan der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (1932), S. 12–14.

206 Protokoll PV, 9.10.32. SOZ, Ar. I.111.5, Protokolle GL und PV, Okt.–Dez. 1932.

zurück. Da bald wichtigere Probleme die Parteileitung völlig absorbierten, wurde dieses Aktionsprogramm der SPS nicht wieder auf die Traktanden gesetzt und geriet in Vergessenheit.<sup>207</sup>

Da seit 1931 die Abrüstung das beherrschende Thema gewesen war, trat die eidgenössische Militärpolitik wieder etwas in den Hintergrund. Trotzdem hatte sich die Linke nicht der Armeekritik enthalten. Weil aber keine grossen Vorlagen zu bekämpfen waren, hatte man sich offenbar eher aufs Kleine verlegt und verzichtete wegen der allgemeinen Unsicherheit auch auf die grossen theoretischen Debatten der Vergangenheit. An deren Stelle trat die Ausschlichtung des militärischen Alltags in der Presse. Insbesondere der Offiziersstand sah sich wachsam beobachtet und ständiger Kritik ausgesetzt – tatsächlich kamen aus dessen Reihen dennoch dauernd Fälle von Kompetenzüberschreitungen, Unfähigkeit, Brutalität und Schinderei ans Licht, die in der linken Presse genüsslich ausgebreitet wurden.

Der Presse war denn auch fast mehr militärpolitischer Erfolg beschieden als der SPS, da die wiederholten Skandale Bundesrat Minger dazu zwangen, den Dienstbetrieb neu zu regeln, um dafür zu sorgen, dass sich die Unkorrektheiten nicht mehr solcherart häuften.<sup>208</sup> Auf Seiten der Armee fühlte man sich inzwischen wegen der ständigen Angriffe aus dem linken Lager bedroht und es wurden ähnlich wie vor dem Ersten Weltkrieg Gesetze gefordert, um dem Pazifismus, dem Antimilitarismus und der Armeekritik Herr werden zu können.<sup>209</sup> Bei der Ausarbeitung der Lex Häberlin II entsprach der Bundesrat diesen Begehren weitgehend.<sup>210</sup>

207 Sie dazu auch Perrenoud, *Face aux guerres*, S. 492.

208 Bereits im Dez. 1930 wurden die Offiziere mit einem «Uniformerlass» zum Einhalten der Bekleidungs Vorschriften gezwungen und 1931 wurde ein Erlass über die Grundsätze der Soldatenerziehung erarbeitet um den Dienstbetrieb zu regulieren. Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 125–127; hier findet sich auch eine Beschreibung der Vorfälle auf dem Zürcher Bahnhofplatz vom 10. auf den 11.6.1931.

209 Der damalige Oberst Henri Guisan beklagte sich etwa über den negativen Einfluss des Pazifisten Pierre Ceresole in Neuenburg. «Il est temps que la population saine réagisse contre l'infâme propagande de Pierre Ceresole, qui envoie devant les tribunaux militaires de pauvres diables intoxiqués de ses stupides théories, alors que lui devrait être emprisonné. Et il est temps aussi que les gouvernements se donnent des lois qui permettent de se défendre contre ces démolisseurs de la patrie et de l'armée.» *La Suisse Libérale*, 7.4.31. Zit. nach Alfred Berchtold. *La Suisse romande au cap du XXe siècle*. Lausanne: Payot, 1963, S. 195.

210 Aus ähnlichen Gründen entstand 1902 die «Maulkrattenvorlage» mit welcher der Bundesrat die Pressefreiheit einschränken wollte, um unliebsame Kritik an der

Die Konferenz für Rüstungsbeschränkung scheiterte schliesslich noch im Herbst 1932. Nach sozialdemokratischer Ansicht wegen der Umtriebe der Rüstungsindustrie, in Realität wegen den unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den Grossmächten. Die Konferenz war nämlich bei aller Förderung durch die Pläne Englands und der Vereinigten Staaten auf starken Widerstand Frankreichs gestossen. Dieses erklärte grundsätzlich eine Beschränkung der Rüstung an gesteigerte Garantien für seine Sicherheit gebunden, so dass das Deutsche Reich am 14. September 1932 die weitere Beteiligung an den Verhandlungen ablehnte. Deutschland hatte es sich ja zum Ziel gesetzt, die ihm einseitig durch Teil V des Versailler Vertrags auferlegten Rüstungsbeschränkungen zum festen Bestandteil einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung zu machen. Erst als im Dezember die fünf Grossmächte eine Erklärung über die Gleichberechtigung Deutschlands abgegeben hatten, beteiligte sich dieses wieder an der Konferenz.

Im Juli 1933 unterzeichnete das inzwischen nationalsozialistisch gewordene Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Italien auf Initiative Mussolinis noch den Viermächtepakt, um auch ausserhalb der Abrüstungsverhandlungen in Genf eine Friedenspolitik in Europa zu sichern. Trotzdem trat Deutschland am 14. Oktober 1933 aus dem Völkerbund aus und verliess alle Abrüstungsverhandlungen.<sup>211</sup> Das Scheitern der Rüstungsbeschränkungskonferenz in Genf und der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund stellten die weitere Sicherung des Friedens in Europa im Rahmen der Ordnung von Versailles grundlegend in Frage. Wenn nicht das gemeinsame Abrüsten einen weiteren Krieg verhindern sollte, sondern ein Gleichgewicht der Aufrüstung, dann war der Zustand von 1914 wieder erreicht.<sup>212</sup>

Armee in der Presse unterbinden zu können. Die Vorlage wurde am 25.10.1903 von Volk und Ständen mit 264085 Nein- bzw. 117694 Ja-Stimmen verworfen wurde. Siehe Greter, Militärpolitik, S. 27–64.

211 Der Viermächtepakt zwischen Deutschland, Italien, Frankreich und Grossbritannien wurde am 15.7.1933 auf Initiative Mussolinis geschlossen. Er sollte eine friedliche europäische Konfliktbeilegung und Abrüstung ausserhalb des Völkerbundes ermöglichen.

212 Über den Verlauf der Konferenz vgl. Carl Loosli-Usteri. *Geschichte der Konferenz für die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen 1932–1934. Ein politischer Weltspiegel*. Zürich: Polygraphischer Verlag, 1940.

## 4 Die Genfer Unruhen von 1932 und ihre Folgen

Mit der Behandlung der Genfer Unruhen endet dieser Teil der Arbeit. Die Schüsse von Genf bedeuteten für die schweizerische Politik in vielen Bereichen einen Rückfall in die Konfrontationen von 1918 und verschärften den politischen Ton zwischen dem Bürgerblock und der Linken wieder deutlich. Damit endete für die schweizerische Innenpolitik ein längerer Zeitraum der politischen Entspannung.

Im Unterschied zur deutschen Schweiz, wo der evolutionär-demokratische Parteiflügel seit 1918 wieder an Bedeutung gewonnen hatte, forderten die französischsprachigen Sektionen sogar eine stärkere Linksorientierung der SPS und setzten sich stark für die «Einheitsfront» ein. Aus der Sicht der Geschäftsleitung war daran vor allem eine Unterwanderung durch die KPS schuld. Der charismatische Führer der SP-Genf, Léon Nicole rechtfertigte den Linkskurs jedoch gerade damit, dass die Zahl der Kommunisten in der Westschweiz ständig zurückgehe.<sup>213</sup>

Nicole war in Genf insbesondere auch durch seinen vehementen Antifaschismus bekannt geworden, der ihn in direkten Gegensatz zur faschistischen «Union Nationale» von Georges Oltramare stellte.<sup>214</sup> Als letzterer auf den 9. November 1932 eine Versammlung einberufen hatte mit dem Zweck, Nicole öffentlich anzuklagen, eskalierte die Situation – gerade auch deswegen, weil sich der Genfer Staatsrat weigerte, diese Veranstaltung zu verbieten. Die Parteileitung der SP-Genf beschloss zusammen mit den Gewerkschaften Gegenmassnahmen und forderte alle Arbeiter, auch die kommunistischen, dazu auf, sich am 9. November zu besammeln. Da der Genfer Staatsrat ernsthafte Zusammenstösse befürchtete, ging er den Bundesrat um Ordnungstruppen an, die dieser sofort zur Verfügung stellte. Eine Kompanie Rekruten, der man mitteilte, in Genf habe die Revolution begonnen, wurde von Lausanne her in die Stadt beordert. Während des Abends des 9. November ersuchte die Genfer Polizei um die Hilfe des Militärs, da eine grosse Menge Demonstranten die Polizeisperren zu durchbrechen drohte. Die Truppe wurde schon auf dem Weg zu ihrem Einsatzort von den Protestierenden massiv bedrängt und geschmäht. Völlig desorganisiert und ohne Unterstützung muss-

213 Vgl. Huber, *Kommunisten und Sozialdemokraten*, S. 281f.

214 Vgl. Rey, *Genève 1930–1933*, S. 109–119.

te sich darauf das Militär zurückziehen, bis sich die verantwortlichen Offiziere so in die Enge gedrängt sahen, dass sie den Befehl gaben, das Feuer zu eröffnen. Das Resultat waren 13 Tote und ca. 70 Verwundete.<sup>215</sup>

Die Genfer Unruhen fanden in der ganzen Schweiz grosses Echo, vor allem unter den Sozialdemokraten und den Kommunisten. Die Geschäftsleitung der SPS war darauf bedacht, einerseits eine Eskalation der Situation zu vermeiden und die Hitzköpfe zu beschwichtigen, andererseits sollte aus den Ereignissen auch politisches Kapital geschlagen werden. Léon Nicole war in der Parteileitung nicht sonderlich beliebt, weil er als unberechenbar galt und ihm wiederholt vorgeworfen worden war, er sei ein Anhänger der «Einheitsfront». Insbesondere seine Sympathiebekundungen für die Zürcher Kommunisten nach den Kommunistenkrawallen im Juni 1932 waren der SPS-Geschäftsleitung sauer aufgestossen. Dennoch war es unvermeidlich, dass sich die SPS mit Nicole solidarisch zeigen musste, als dieser unmittelbar nach den Genfer Unruhen verhaftet wurde, da er im bürgerlichen Lager als Anführer der Genfer Arbeiter als Hauptschuldiger des Blutvergiessens angesehen wurde. Die Linke machte demgegenüber Oltramare, die Behörden und schliesslich auch das Militär für den Tod ihrer Genossen verantwortlich.

Noch in der Nacht vom 9. November reisten Reinhard und Grimm nach Genf, um die Situation zu beruhigen und um zu verhindern, dass die radikalen Elemente innerhalb der Partei allzu sehr von der Eskalation profitieren konnten. Der von kommunistischer Seite initiierte Generalstreik war jedoch nicht mehr zu stoppen, was wiederum die militärische Besetzung der Stadt Genf zur Folge hatte. Dass aber keine weiteren nennenswerten Zwischenfälle mehr zu beobachten waren, ist sicher auch der mässigenden Einflussnahme des SPS-Führungsduos zu verdanken. In der Folge wurden erfolgreich nationale Sammlungen und Spendenaktionen für die Opfer

215 Vgl. ebd., S. 127–139; *Die Verwendung von Truppen bei den Vorfällen vom 9. November 1932 in Genf. Darstellung des Eidgenössischen Militärdepartementes auf Grund der militärgerichtlichen Untersuchungen*. Bern, 1933 und SPS-Geschäftsbericht 1932, S. 14f. Zu den Genfer Unruhen siehe weiter Tackenberg, *Die Massaker von 1932*, S. 51–78, Alex Spielmann, *L'aventure socialiste genevoise. 1930–1936. De l'opposition à l'émeute – de l'émeute au pouvoir – du pouvoir à l'opposition*. Lausanne: Payot, 1981, Claude Torracinta, *Genève 1930–1939. Le temps des passions*. Genève: Tribune, 1978 und Georges Kliebès, *Un coup...Tirez bas...Feu! Genève 9 novembre 1932*. Genève: Slatkine, 1992.

einerseits und die Prozesskosten von Léon Nicole andererseits organisiert.<sup>216</sup>

Die militärgerichtliche Untersuchung der Ereignisse endete in einem Freispruch der Offiziere und Soldaten, denen attestiert wurde, sie hätten in Notwehr gehandelt. Dieses Urteil provozierte die Linke aufs äusserste und wirkte nicht gerade mässigend auf die angelaufene Pressekampagne gegen die Armee, mit welcher auch der Antimilitarismus wieder heftig geschürt wurde, nachdem das Thema fast für ein Jahr geruht hatte.<sup>217</sup> Die Armee wurde als «Hofhund der Kapitalisten», als «faschistische Horde» oder als «Maschinengewehr der Reaktion» dargestellt; beliebt war auch die Feststellung, dass nunmehr bewiesen sei, dass die Armee eben doch ein «Klasseninstrument» sei und die Genfer Unruhen die Lehren aus dem Landesgeneralstreik bestätigt hätten.<sup>218</sup> Nach der anfänglichen Mässigung ging die SPS propagandistisch in die Offensive und forderte in der Broschüre «Die Blutnacht von Genf» wieder die totale Abrüstung, da die Armee eindeutig ein Instrument im Klassenkampf von oben sei und nur gegen die Linke eingesetzt würde, aber nicht gegen den Faschismus.<sup>219</sup> Im In- und Ausland kam nun auch das Milizsystem in das Fadenkreuz der Kritik, ironischerweise sowohl von Seiten der Abrüstungsbewegung wie auch der Militärexperten. Die SPS konnte endlich in der SAI den Beweis erbringen, dass auch das Milizsystem nicht vor dem Missbrauch der Armee als Klassenkampfinstrument schütze und deshalb einzig die totale Abrüstung und die kompromisslose Ablehnung der Landesverteidigung valable Lösungen seien.<sup>220</sup>

Die Genfer Unruhen führten zu einer nachhaltigen Störung des politischen Klimas der Schweiz, die bis weit in das Jahr 1933 nachwirkte, ja noch im Spätherbst die Genfer Staatsratswahlen zu Gunsten der Sozialdemokraten entschieden. Auch die Diskussion um ein neues Ordnungsgesetz, die sogenannte «Lex Häberlin II», wurde noch davon beeinflusst.<sup>221</sup>

216 Vgl. Rey, Genève 1930–1933, S. 139–141 und SPS-Geschäftsbericht 1933, S. 12.

217 Vgl. Medienereignishierarchien 1910–1940, S. 380f.

218 VR, Nr. 270, 16.II.32; 271, 17.II.32 und Nr. 272, 18.II.32. Zum Landesgeneralstreik siehe Anmerkung 75.

219 *Die Blutnacht von Genf*, 9. November 1932. Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.) Bern: o.J.

220 VR, Nr. 270, 16.II.32 und Nr. 294, 14.II.32.

221 *Bundesgesetz zum Schutz der öffentlichen Ordnung*. Wurde am 13.10.1933 mit 488672 gegen 419399 Stimmen verworfen. Der Entwurf sah u.a. besondere Stra-

Für die schweizerische Innenpolitik hatten die Genfer Unruhen drei für diese Arbeit wesentliche Folgen: Erstens eine Verschärfung des Links-rechts-Gegensatzes, da die SPS sich mit ihrem linken Flügel solidarisieren musste. Damit wurde die Partei zwar wieder enger zusammengeschweisst, der Einfluss der evolutionär-demokratischen Gruppierung innerhalb der Partei wurde aber erneut geschwächt.<sup>222</sup> Auf der anderen Seite sah sich das bürgerliche Lager in die Zeiten des Landesgeneralstreiks zurückversetzt, was alte Ängste vor einer Revolution von Links wieder erweckte. Das bürgerliche Lager rückte denn auch in den Nationalratsdebatten anfangs 1933 wieder enger zusammen, um die Angriffe von Links abzuwehren, als es galt, über die Immunität des Nationalrats Léon Nicole, das Militärbudget und die Genfer Unruhen zu debattieren.<sup>223</sup> Zweitens wurde die Armee und vor allem das Offizierskorps und der Vorsteher des EMD zu einem Hauptgegenstand der öffentlichen Diskussion, was seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr vorgekommen war – die jahrelange Arbeit der Bundesräte Scheurer und Minger zur Verbesserung des Rufes der Armee war in Frage gestellt. Generell wurde der Armee von linker wie bürgerlicher Seite aber wieder eine wichtigere Rolle im Klassenkampf bzw. in der Erhaltung des Staates zuerkannt. Diese Entwicklung wurde noch durch das Scheitern der Abrüstungsbewegung unterstützt.<sup>224</sup> Drittens wurde ab Ende 1932 von linker Seite die Armee als faschistisch unterwandert angesehen, wofür die Schüsse von Genf und der Verlauf der Untersuchungen als Beweis herhielten.

Die deeskalierende Politik der SPS nach der «Blutnacht von Genf» war ein Hinweis auf die sich Ende 1932 abzeichnende systematische Umorientierung in der basisbezogenen Politik der Par-

fen für folgende Tatbestände vor: Aufforderung zu Verbrechen oder Vergehen, die mit Zuchthaus bedroht werden, Teilnahme an gewalttätigen Zusammenrottungen, Verleitung zur Verletzung der militärischen Dienstpflicht, Verstösse gegen das Versammlungsverbot und nachrichtendienstliche Tätigkeit zum Nachteil der Schweiz. Nach dem Scheitern der Vorlage erklärte Bundesrat Heinrich Häberlin seinen Rücktritt. Siehe auch Anmerkung 247.

222 Die Beobachtung ETTERS, damit wäre die wünschbare Wendung der sozialdemokratischen Wehrpolitik hin zu einem Bekenntnis zur Landesverteidigung um Jahre verzögert worden, ist sicher richtig, da die Befürworter der Landesverteidigung ja vornehmlich im evolutionär-demokratischen Lager zu finden waren. Vgl. Etter, Armee und öffentliche Meinung, 135–137.

223 Zum Landesgeneralstreik siehe Anmerkung 75.

224 Vgl. Etter, Armee und öffentliche Meinung, S. 136f.

teileitung. Sie war offenbar davor zurückgeschreckt, völlig unvorbereitet eine nicht zu kontrollierende radikal-revolutionäre Bewegung in Gang zu setzen, da dies das Risiko einer massiven Reaktion von Seiten des Bürgerblocks beinhaltet hätte. Anstelle der bisherigen Ziele «Mobilisierung» und «grössere Aktivität der Parteibasis» ging es nun darum, die Arbeiterbewegung ideologisch zu zähmen und die Energien zu kontrollieren und zu kanalisieren. Die Forderung nach einer «Disziplinierung und Erziehung der Massen» war ein Ausdruck dieser Bemühungen. So wurde die Disziplinierung der Arbeiterbewegung zu einem neuen Schlüsselthema – dass diese Disziplin hingegen nicht so einfach zu erreichen war, zeigt sich insbesondere in der Diskussion der Wehrfrage nach 1933. Weiter wurde ab November 1932 die Abgrenzung gegen radikale Elemente, vor allem zur KPS, energischer betrieben, nachdem zuvor eine Zusammenarbeit mit ihr in einer sogenannten «Einheitsfront» zwar nicht realisiert, aber auch nicht endgültig ausgeschlossen worden war.<sup>225</sup> Diese Politik wurde aus der Position einer zunehmenden Furcht vor der Militanz der Kommunisten betrieben – Strassenkämpfe, wie man sie aus dem Deutschen Reich kannte, sollten in der Schweiz möglichst vermieden werden, denn von bürgerkriegsähnlichen Zuständen und einer Radikalisierung der politischen Stimmung würden auf Kosten der SPS nur die Kommunisten profitieren – das meinten die SPS-Parteiführer in den Wahlerfolgen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPS) zu erkennen.<sup>226</sup>

Vorerst konnte sich die Parteileitung der SPS aber noch nicht durchringen, radikal-systemkritische Positionen – wie diejenige in der Wehrfrage – preiszugeben. Kurzfristig kam es nach den Genfer Unruhen durch den Rückfall der Parteien in die Klassenkampf-Rhetorik sogar zu einer erneuten Verhärtung der Positionen in der Wehrfrage. Wenn Autoren aus den sechziger und siebziger Jahren die mangelnde Einsicht bei der SPS in der Wehrfrage bei der Machtübernahme Hitlers kritisierten, dann fehlte ihnen das Verständnis für die politischen Fehler der bürgerlichen Parteien im Rahmen der Diskussion um die Genfer Unruhen, mit denen der gesamten Linken klar

225 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 130–138.

226 5. Reichstagswahl 1930: KPS 77 Sitze (+23), 13,1%; SPS 143 Sitze (–10), 24,5%. 6. Reichstagswahl Juli 1932: KPS 86 Sitze (+12), 14,5%; SPS 133 Sitze (–10), 21,6%. 7. Reichstagswahl November 1932: KPS 100 Sitze (+11) 16,9%; SPS 121 Sitze (–12) 20,4%.



vor Augen geführt wurde, dass sie erstens keinen Platz im politischen System der Schweiz habe und zweitens dort auch überhaupt nicht erwünscht sei!

## 5 Fazit

Die Gründe und Motive, welche die SPS 1917/20 zu einer Ablehnung der Landesverteidigung trieben, können in drei Gruppen gegliedert werden. Erstens wären hier die ideologischen Motive zu nennen. Die sozialistische Bewegung wühlte sich gegen Ende des Ersten Weltkrieges kurz vor der ersehnten Revolution und der baldigen Machtübernahme. In diesem Kontext beendete sie die Integration in das herrschende System des bürgerlichen Staates, verschärfte ihre Oppositionsrolle und grenzte sich klarer vom herrschenden System ab. Deshalb wurde der Kampf gegen den Militarismus zu einem Teil des Klassenkampfes erklärt, woraus sich sodann die Ablehnung der Landesverteidigung ableitete.

An zweiter Stelle erscheinen psychologische Motive. Die Kriegsmüdigkeit in Europa griff 1917 auch auf die Schweiz über und förderte eine Vielzahl pazifistischer Strömungen aller Art. In der Arbeiterschaft fiel die Ablehnung der Landesverteidigung aber nicht nur deshalb auf fruchtbaren Boden. Der preussische Drill des Generals Wille und die soziale Not, die aus den finanziellen Verlusten während des Wehrdienstes entstand, machten das Militär gerade bei den Arbeitern verhasst, was zum Aufkommen radikal-antimilitaristischen Gedankenguts in der SPS beitrug. Deshalb konnte die SPS die Militärpolitik des bürgerlichen Staates nicht mehr länger mittragen und positionierte sich in einer konsequent antimilitaristischen Opposition.

Drittens können parteitaktische Gründe für die Ablehnung der Landesverteidigung durch die SPS angeführt werden. Als sich die Parteileitung mit der drohenden Spaltung der Arbeiterbewegung konfrontiert sah, versuchte sie vergeblich mit einem programmatischen «Linksrutsch» die radikalen Kräfte in der Partei zu halten. Die Ablehnung der Landesverteidigung als symbolischer Bruch mit der Burgfriedenspolitik und die Verschärfung der Klassenkampfrethorik verfehlten zwar ihre Wirkung, die Parteispaltung war nicht aufzuhalten, hielten aber dennoch zumindest den Teil der linken Kräfte in der SPS, der sich zuvor an der Integration ins bürgerliche System und der damit einhergehenden Stützung der schweizerischen Militärpolitik gestört hatte.

Zwischen 1920 und 1932 gelang es der SPS, die in ihrem Parteiprogramm postulierte Ablehnung der Landesverteidigung in den

politischen Kampf einzubringen, was für die Schweiz jedoch keine direkten Folgen zeitigte, da die politische Machtverteilung in den meisten Fällen eine konkrete politische Aktion gegen das EMD verhinderte. Bemerkenswert war hingegen das erstmalige offizielle Auftauchen der Forderung nach Abschaffung der Armee im SPS-Arbeitsprogramm 1928, nachdem noch zwei Jahre zuvor Ragaz mit seinem Ansinnen für eine Armeeabschaffungsinitiative auf rüde Ablehnung gestossen war. Dass dies am Parteitag zu keinerlei Diskussion Anlass gab, weist wohl darauf hin, dass allgemein angenommen wurde, eine völlige Abschaffung der Armee lasse sich sowieso nie realisieren.<sup>227</sup> Dies stützt die These, dass die Ablehnung der Landesverteidigung für die SPS vor allem ein ideologisches und propagandistisches Werkzeug darstellte und eine direkte politische Umsetzung nie beabsichtigt war. Ihre Funktion als integratives Element gegenüber dem linken Parteiflügel erforderte aber eine stete Erneuerung und Bestätigung der antimilitaristischen Propaganda und Aktion.

Spätestens nach dem Scheitern der Abrüstungsbewegung wurde der «Kampf gegen den Militarismus» auch von der Mehrheit der Parteibasis nicht länger primär als Sachforderung, sondern als ideologischer Leitwert gesehen. Es ging deshalb weniger darum, den Militarismus konkret politisch anzugreifen, sondern dem Kampf als ideologischem Leitwert einen Symbolcharakter zu verschaffen, den es gerade einer materiellen Debatte zu entziehen galt. Der Kommission zur Bekämpfung des Militarismus kam daher eher die Aufgabe zu, alle Eingaben und Anträge der Kantonalparteien, Sektionen und Genossen zu absorbieren, als den Kampf gegen den Militarismus zu intensivieren. Der Parteileitung gelang es so, in den Jahren zwischen 1928 und 1932 jegliche konkreten Beschlüsse hinsichtlich der Wehrfrage zu verhindern und der SPS somit den politischen Wert dieser ideologischen Position zu erhalten. Jeder Versuch, politisch gegen das EMD oder die Armee vorzugehen, hätte wohl in einem Desaster für die SPS geendet – was sich die Parteiführung wohl bewusst war. Auch ohne konkrete politische Aktionen hatte der Antimilitarismus der SPS aber sowohl gegenüber dem Bürgerblock, den Kommunisten wie auch den Pazifisten eine Funktion: Gegenüber dem Bürgerblock bildete er ein politisches Pfand für eine eventuelle Zusammenarbeit. Gegenüber den Kommunisten wirkte er defensiv, indem er der

227 Vgl. Lezzi, Sozialdemokratie und Militärfrage, S. 150f.

KPS das Abwerben von Genossen am linken Parteirand erschwerte und gegenüber den Pazifisten dominierte schliesslich die integrative Funktion, da diese nur so überhaupt in der Partei gehalten werden konnten.

Obwohl sich also die Einstellung der SPS zur Landesverteidigung zwischen 1920 und dem Jahreswechsel 1932/33 vordergründig nicht stark bewegt hatte, und die politischen Positionen wegen der Genfer Unruhen sogar wieder gleich verhärtet waren wie 1918, konnten dennoch einige wesentliche Unterschiede beobachtet werden: Erstens war das Lager der Landesverteidigungsgegner Ende 1932 gespalten und bildete keinen Block mehr wie 1917. Zweitens fehlte den Landesverteidigungsgegnern die «Vision einer friedlichen Welt», denn nach dem Scheitern der Abrüstungsbewegung, dem Zerfall des Völkerbundes und der Verschärfung der internationalen Lage konnte nicht mehr von der Unmöglichkeit eines kommenden Krieges die Rede sein. Drittens besetzte die SPS in der schweizerischen Politlandschaft nicht mehr die äusserste Linke; die KPS hatte sich neben der SPS als zweite systemkritische Kraft etabliert und gewann zudem noch ihre Wählerschaft aus demselben gesellschaftlichen Milieu.

1932 konnte zwar noch nicht die Rede sein von einer völligen Integration der Sozialdemokratie in das Schweizer Staatswesen, dennoch befand sich die KPS gegenüber der SPS darin im Vorteil, dass sie – mit wenigen Ausnahmen – überhaupt nicht in Verwaltung und Regierungen integriert war und deshalb radikal-systemkritische Positionen besetzten konnte, welche die SPS stark konkurrenzierten. Die Beweglichkeit, welche die Sozialdemokratie in der Wehrfrage 1917 noch aufgewiesen hatte, als sie die einzige politische Kraft war, die dieses Thema besetzte, war 1932 nicht mehr vorhanden. Während der Genfer Unruhen gelang es der KPS sogar, kurzfristig die Meinungsführerschaft in der Wehrfrage zu übernehmen.

Obwohl der Bürgerblock bis 1932 alle Integrationsversuche der SPS abgeblockt hatte, glaubte diese weiter die Möglichkeit einer Defensivallianz gegen Faschismus und Kommunismus mit Parteien aus der politischen Mitte. In diesem Kontext ist auch der Bruch in den politischen Konzeptionen der SPS Ende 1932 zu sehen. Die Abkehr von militanten und radikalen Kräften sowie die Versuche zur Domestizierung der Arbeiterbewegung dienten der Abgrenzung der SPS von der KPS. Diese neue Politik hatte mehr oder weniger automatisch eine substantielle Schwächung des revolutionär-klas-

senkämpferischen Flügels der SPS zur Folge. Der Wandel der SPS in den dreissiger Jahren, auch hinsichtlich der Haltung in der Wehrfrage stand in direktem kausalem Zusammenhang mit diesen Vorgängen.



## **Teil II**

### **Neuorientierung für den Kampf gegen den Faschismus (1933–1935)**

Im zweiten Teil der Studie wird aufgezeigt, wie die aussen- und innenpolitischen Ereignisse der Jahre 1933 bis 1935 die Behandlung der Wehrfrage in der SPS entscheidend beeinflusst haben. Die SPS stand im Januar 1933 vor der *Quo-vadis*-Frage bezüglich ihrer Zukunft. Mit den letzten Nationalratswahlen war klar geworden, dass das Wählerpotential der Sozialdemokratie erschöpft war – der Traum von der friedlichen Machtübernahme verlor immer mehr an Überzeugungskraft. Der Bürgerblock hatte wiederholt klar gemacht, dass er nicht Willens war, die SPS auf Bundesebene an der Regierung zu beteiligen, was ein längerfristiges Verharren in der Oppositionsrolle erwarten liess. Die einzige Alternative dazu war der Aufbau einer neuen politischen Allianz entweder mit den Kommunisten oder mit Kräften der politischen Mitte. Ersteres hätte ein Zusammengehen mit dem Erzfeind und eine noch stärkere Polarisierung der schweizerischen Parteienlandschaft bedeutet. Letzteres setzte einen Abbau der radikalen Positionen der SPS in den wichtigen Positionen Demokratie und Wehrfrage voraus. Die Führung der SPS entschied sich für eine gemässigte Annäherung an die politische Mitte. Deshalb sollte sich die Partei nun langsam weg von den radikalen Positionen von 1920 und hin zu neuen Koalitionspartnern aus dem links-bürgerlichen Lager bewegen. Damit eröffnete sich für die SPS eine neue Phase innerparteilicher Auseinandersetzungen.

#### **1 Faschismus und Wehrfrage**

Der Faschismus wurde vor 1928 von der SPS nicht sonderlich beachtet, da er ein italienisches Phänomen zu sein schien. Nach der Ermordung des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei Italiens durch Faschisten 1924 wurde er zwar als Gefahr angesehen, aber erst am Parteitag von 1928 unterstrich Robert Grimm die eindeutig antifaschistische Haltung der SPS. Gleichzeitig verurteilte er die

in seinen Augen unterwürfige Politik des Bundesrates gegenüber dem faschistischen Italien scharf. Dieser Angriff galt vornehmlich Bundesrat Giuseppe Motta, dem vorgeworfen wurde, er stehe dem Faschismus nahe und sei ein Bewunderer Benito Mussolinis, des Führers der faschistischen Bewegung Italiens:

Wenn wir uns fragen, woher dieses Übermass an Frechheit, Dreistigkeit und Anmassung des Fascismus und seiner Agenten in der Schweiz kommt, müssen wir erklären, dass das die Schuld der Politik unserer Landesregierung ist, jener Politik der Schwächlichkeit und Nachgiebigkeit, [...] jener Politik, die in Mussolini einen Helden erblickt, weil er zufällig Italiener ist, jener Politik, die sich nie getraut hat, gegenüber dem Fascismus zuzugreifen [...]. Man spricht viel von den Sicherheitsmassnahmen, die im Interesse des Landes getroffen werden müssten, von der Armee, die wir brauchen, um das Land zu schützen. Wenn aber die fascistische Anmassung weitergeht, wenn man den Fascismus nicht würdig und fest in bestimmte Schranken zurückweist, dann entsteht eine ungleich grössere Gefahr für die Sicherheit unseres Landes, als alles, was in den nächsten Jahren passieren kann. Wir stellen diese Verantwortlichkeit vor dem Lande, vor der Öffentlichkeit fest und fordern, dass gegenüber dem Fascismus eine andere Haltung eingenommen werde als bisher.<sup>228</sup>

In dieser Rede Grimms kündigte sich die künftige Argumentationsweise der sozialdemokratischen Befürworter der Landesverteidigung an: Eine Abwehr des Faschismus sei für die Sicherheit des Landes nötig und könne nur mit einer intakten Armee gelingen.

Am Parteitag 1931 wurde erstmals über den Nationalsozialismus debattiert, eine Bewegung die seit einiger Zeit in Deutschland im Aufstieg begriffen war und auch in der Schweiz ihre Ableger hatte.<sup>229</sup> Je nach Redner wurde sie als ernste Gefahr angesehen oder lächerlich gemacht. Es war zwar offenbar klar, dass der Nationalsozialismus

228 SPS-Parteitagprotokoll 1928, S. 154f.

229 Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) war eine rechtsradikale Splitterpartei, die gegen Ende der Weimarer Republik bedeutende politische Kraft erreichte. Sie wurde am 1919 in München gegründet und am 1920 in NSDAP umbenannt. Adolf Hitler wurde 1921 zu ihrem Parteivorsitzenden mit umfangreichen Vollmachten gewählt. Das Programm der NSDAP trug stark antiliberalen, antikapitalistischen, imperialistischen und besonders antisemitischen Züge. Anders als es ihr Name vermuten lässt, war sie antisozialistisch und



auch das Wählerpotential der Sozialdemokratie zu bewirtschaften versuchte, dennoch wurde die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) nur hinsichtlich ihrer vorbildlichen Organisation und Agitation ernst genommen.<sup>230</sup> Politisch sah man in ihr 1931 noch keine Gefahr. Der Fall der mächtigen SPD schien undenkbar.

Im Verlauf des Jahres 1932 setzte sich jedoch die Ansicht durch, dass Hitler doch eine ernste Bedrohung darstellte. Arthur Schmid analysierte in einem Artikel im September 1932, dass die deutsche Arbeiterbewegung durch ihre Politik der Schwäche die Hauptschuld am Aufstieg der NSDAP trage. Neben der Spaltung der Arbeiterschaft und der damit einhergehenden Schwächung der Bewegung sah er das Nachlassen des antimilitaristischen Kampfes in der SPD,<sup>231</sup> die anhaltende Selbsttäuschung, dass vom Faschismus keine Gefahr ausgehe, und die Abkehr vom Klassenkampf als weitere Ursachen für den Erfolg Hitlers. Dadurch dass die SPD aus Rücksichtnahme auf die Mittelschichten, die sie zu gewinnen versucht hatte, die

antimarxistisch ausgerichtet, wengleich sie ihr Programm in erster Linie auf den wirtschaftlich benachteiligten bzw. gefährdeten unteren Mittelstand ausrichtete. Nach dem Scheitern des sog. «Hitlerputsches» von 1923 wurden die NSDAP bis 1925 verboten. Hitler nahm darauf vom Putschgedanken abstand und strebte eine legale Machtübernahme an. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise begann der rasante Aufstieg der Bewegung. Bei den Reichstagswahlen 1928 hatte die NSDAP lediglich 2,6% der Stimmen erhalten, konnte ihren Stimmenanteil aber sukzessive steigern und wurde 1930 zuerst zur zweitstärksten politischen Kraft in Deutschland neben der SPD, um diese 1932 mit 37,4% gar zu übertrumpfen. Vgl. Ian Kershaw. *Hitler, 1889–1936*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1998<sup>2</sup>. Siehe weiter Kapitel II.1.1.

- 230 So meinte etwa ein Redner am Parteitag: «[D]ie Parolen, die ausgegeben werden sind widersprechend, je nach dem Milieu. Es befinden sich darunter auch Parolen, die geeignet sind, Arbeiter zu fangen. Wenn wir auch nichts übrig haben für die ganze nationalsozialistische Bewegung, so müssen wir doch die ungeheure Aktivität anerkennen [...] und wir können es nicht leugnen, dass der organisatorische Leistungswille immerhin nicht klein ist. Wir müssen in dieser Richtung lernen, unsere Organisationstätigkeit noch besser auszugestalten.» SPS-Parteitagprotokoll 1931, S. 137.
- 231 «In Deutschland hat man mit dem Militarismus der herrschenden Klasse nie vollständig abgerechnet. Die deutsche Sozialdemokratie hat seinerzeit dem Panzerkreuzerbau zugestimmt, und sie hat die Gegner des Panzerkreuzerbaus in ihren eigenen Reihen zum Schweigen gebracht. Der Kampf gegen den Militarismus nationalistischer Färbung ist von diesem einen Beispiel aus betrachtet nicht mit der notwendigen Energie geführt worden. Dabei hat jede Schwäche im Kampf gegen Nationalismus und Militarismus gerade in Deutschland den rücksichtslosen Verfechtern nationalistischer Politik genützt.» Arthur Schmid. «Was lehrt uns die Entwicklung in Deutschland?» In: *RR*, 12.Jg., Nr. 1, Sept. 1932, S. 17.

Prinzipien des Sozialismus abgeschwächt und Verhandlungen an die Stelle gewerkschaftlicher Kämpfe gestellt habe, hätte sie letztlich das Gesetz des Handelns aus ihren Händen gegeben. Ferner habe es die SPD verpasst, die revolutionären Energien, die aus der Wirtschaftskrise hervorgegangen waren, in den Dienst des Befreiungskampfes zu stellen. Stattdessen hätte sie ihre Mittel zum Erträglichmachen der kapitalistischen Krise verbraucht. Für die SPS zog Schmid daraus folgende Lehren: Einerseits lohne es sich nicht, extreme Positionen im Parteiprogramm abzuschwächen und andererseits müsse die SPS den Klassenkampf intensivieren, um die Arbeiter bei der Stange halten zu können. Er schlug weiter vor, «Selbstschutzorganisationen des Proletariats» zu bilden, da die bürgerliche Polizei und Justiz die Arbeiter nicht vor dem faschistischen Terror beschützen würden.<sup>232</sup> Diese Forderungen verhallten nicht ungehört – gerade die Genfer Unruhen schienen in den Augen vieler Sozialdemokraten der Startschuss für den vom Staat geduldeten faschistischen Terror zu sein. Das Einsetzen eines sozialistischen Gegenterrors hätte wohl der Schweiz bald «deutsche Verhältnisse» gebracht.

### **1.1 Die Machtübernahme Hitlers und der Frontenfrühling**

In Deutschland lehnte Adolf Hitler im Juni 1932 trotz des Wahlerfolges der NSDAP eine Regierungsbeteiligung ab und forderte für sich als Führer der stärksten Partei das Kanzleramt, das ihm der Reichpräsident Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 auf massiven Druck hin übergab. Als am 27. Februar in Berlin der Reichstag ausbrannte, konnte Hitler den Reichspräsidenten dazu bringen, eine Notverordnung «zum Schutz von Volk und Staat» zu unterzeichnen. Damit wurden «zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte» wichtige Grundrechte ausser Kraft gesetzt. Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) verabschiedete der dezimierte Reichstag am 23. März das sogenannte «Ermächtigungsgesetz», womit die Weimarer Verfassung zu Grabe getragen und Hitler mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet wurde. Sodann setzte die NSDAP zur Zerschlagung der Sozialdemokratie an: Am 10. Mai wurden alle Gewerkschaften mit der Deutschen Arbeitsfront gleichgeschaltet, am 22. Juni die SPD verboten und mehrere tausend führende Sozialdemokraten verhaftet. Am 14. Juli 1933 wurde die

232 Ebd., S. 14–22. Zur Wirtschaftskrise siehe Kapitel II.3.1.

NSDAP zur deutschen Einheitspartei erklärt und die Neubildung anderer Parteien untersagt – damit konnte die Machtergreifung der Nationalsozialisten als abgeschlossen gelten.<sup>233</sup>

Die Ereignisse im Deutschen Reich entzündeten in der Schweiz den sogenannten «Frontenfrühling». Innerhalb kurzer Zeit erwuchs den traditionellen Parteien eine ernsthafte Konkurrenz in einer Masse von Fronten, Bünden oder Wehren genannten faschistisch-nationalsozialistischen Parteien und Vereinen, die wie Pilze aus dem Boden schossen und eine grosse Aufmerksamkeit auf sich zogen. Für dieses Phänomen lassen sich nach WOLF vier Gründe anführen:<sup>234</sup> Erstens ein aussenpolitischer, der in der Machtergreifung Hitlers zu sehen ist – viele Schweizer glaubten, dass dieser Sieg nicht ohne Rückwirkung auf die Schweiz bleiben könne und die bürgerliche Presse berichtete teilweise enthusiastisch über die Vorkommnisse im Reich.<sup>235</sup> Durch den Sieg Hitlers gewann die Frontenbewegung, die seit drei Jahren unbeachtet geblieben war, an Suggestivkraft. Zweitens lässt sich die Bipolarität der Schweizer Politlandschaft in der Zwischenkriegszeit, der unüberbrückbare Graben zwischen Bürgerblock und Sozialismus als innenpolitischen Grund für den Frontenfrühling anführen. Für alle, die dieser Spaltung leid waren, besass das frontistische Ideal der umfassenden «Volksgemeinschaft»<sup>236</sup> eine grosse Faszination. Gerade in Städten wo die KPS stark war, konnte ein weiterer Trend beobachtet werden: je mehr Stimmen die Kommunisten gewannen, desto stärker wurden die Fronten – so führte der Sieg der extremen Linken auch zum Aufkommen der extremen Rechten. Ferner wurde der Aufstieg der Fronten von der anhaltenden Wirtschaftskrise begünstigt.<sup>237</sup> Die sogenannten «Fröntler» sahen

233 Vgl. Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 1–12. Zur NSDAP siehe Anmerkung 229.

234 Vgl. Walter Wolf, *Faschismus in der Schweiz. Die Geschichte der Frontenbewegung in der deutschen Schweiz 1930–1945*. Zürich: Flamberg, 1969, S. 15–23.

235 Die *Neuen Zürcher Nachrichten* zeigten eine gewisse Begeisterung über die Vernichtung der KPD und der SPD: «Mit der Übernahme der Regierungsgewalt hat Hitler zweifellos ganz Mitteleuropa und damit auch uns Schweizern einen Dienst erwiesen, indem er den Ansturm des Bolschewismus zurückwarf [...]. Von dieser Erwägung aus stellt die gegenwärtige deutsche Revolution [...] eine rettende Tat für die Kultur Mitteleuropas dar.» Eugen Bircher in: *Neue Zürcher Nachrichten*, Nr. 129, 31.5.1933.

236 Zum Begriff «Volksgemeinschaft» siehe Anmerkung 24

237 Zur Wirtschaftskrise siehe Kapitel II.3.1.

in den Juden, Freimaurern, Kommunisten und Geheimbündlern die Verursacher der Krise – demgemäss glaubten sie diese auch einfach beheben zu können:

Sobald die Juden verjagt, die Logen verboten und die Sozialisten unterdrückt sind, steigt der Milchpreis, wird der Käs verkäuflich, hat jeder Krämer den Laden [...] und jedes Hotel die Betten voll [...], kann die Industrie wieder arbeiten und rinnt das Geld nur so in den Schüttstein.<sup>238</sup>

Abschliessend sind psychologische Gründe zu nennen. Die Fronten waren eine ausgesprochene Jugendbewegung, denn sie bestanden vornehmlich aus Männern zwischen zwanzig und vierzig Jahren. Da die Schweizer Politlandschaft der Zwischenkriegszeit entschieden zur Gerontokratie tendierte, sahen manche jüngere Männer in einem Engagement bei den Fronten die einzige Möglichkeit, politisch Karriere zu machen. Ausserdem war es eine Zeiterscheinung, dass Jugendorganisationen gegründet wurden: Jungliberale, Jungsozialisten, Jungkonservative und Jungdemokraten existierten schon als Anhängsel zu bestehenden Parteien – dazu kamen nunmehr die Fronten und die Jungbauern als politisch unabhängige Organisationen.

Die Fronten waren also in Bezug auf die Ursachen ihrer Entstehung recht heterogene Gebilde – dasselbe gilt für ihre Zielsetzungen und die Zusammensetzung ihrer Gefolgschaft. Dennoch lassen sich alle Forderungen der Fronten auf einige politische Hauptprogramm-punkte reduzieren: Zuvorderst ist die Absage an die liberale Demokratie zu nennen, die durch eine konzertierte oder autoritäre Demokratie ersetzt werden sollte. Damit einher ging die Geringschätzung der individuellen Freiheitsrechte und die Überhöhung des Kollektivums, der «Volksgemeinschaft». Die Fronten waren ferner sowohl antiliberal wie antisozialistisch. Dem Liberalismus warfen sie seine ausbeuterische Tendenz und dem Sozialismus seine klassenverhetzende Terminologie vor. Diesem Zweifronenkrieg entsprach auch ihre ökonomische Vision. Den Systemen des Staatssozialismus und der freien Marktwirtschaft stellten sie als Alternative die korporative oder ständische Ordnung gegenüber. Keine grosse Geltung entfaltete in der Schweiz die Rassentheorie, der nur einige Fronten huldigten, da sie mit ihrer Forderung nach der Zusammenführung aller in

238 Johann Baptist Rusch in: *National-Zeitung*, Nr. 274, 17.6.1933.

«Blut und Rasse Gleicher» in einer Nation die Eigenstaatlichkeit der Schweiz in Frage stellte.<sup>239</sup>

## 1.2 Die Reaktion der SPS auf die Machtübernahme Hitlers und den Frontenfrühling

In der Leitung der SPS machte sich im Frühjahr 1933 konzeptionelle Desorientierung, ja sogar Panik breit. Verursacht wurde diese durch die Machtübernahme Hitlers und die schnelle Zerschlagung der Arbeiterbewegung in Deutschland und durch die Angst, reaktionäre Kräfte des schweizerischen Bürgertums würden nun in der Schweiz mit der SPS ähnlich verfahren. Der Konzeptionswandel des Winters 1932/33, der einen Kausalzusammenhang entworfen hatte zwischen radikaler Aktion der politischen Linken und radikaler Reaktion der politischen Rechten, verstärkte diese Angst noch.

Arthur Schmid resümierte für die SPS die Lage in einer Fortsetzung seines Artikels vom September 1932, indem er feststellte, dass der Sieg Hitlers die grösste historische Niederlage der Arbeiterbewegung sei und eine unendliche Stärkung der Reaktion in Europa bedeute. Mit Hinweis auf die Vorgänge in Österreich zeigte er auf, dass längerfristig mit einem faschistischen Mitteleuropa bestehend aus Deutschland, Österreich, Italien und Ungarn zu rechnen sei, um nicht sogar von einer noch weitergehenden Verbreitung des Faschismus auszugehen.<sup>240</sup> Schmid beklagte insbesondere die Ohnmacht, mit der die SPS dem bürgerlichen Staat in allen Bereichen gegenüber-

239 Vgl. Wolf, *Faschismus in der Schweiz*, S. 23–27 und Günter Lachmann. *Der Nationalsozialismus in der Schweiz, 1931–1945. Ein Beitrag zur Geschichte der Auslandsorganisation der NSDAP*. Dissertation Freie Universität Berlin. Berlin: Ernst-Reuter-Gesellschaft, 1962, S. 19–26.

240 In Österreich wurde im Mai 1932 der christlichsoziale Engelbert Dollfuss Bundeskanzler. Er betrieb einen extremen antimarxistischen und antiparlamentarischen Kurs. Im März 1933 verliess er den verfassungskonformen Kurs und regierte forthin mit Notverordnungen über die Legislative hinweg. Nachdem der Nationalsozialismus bereits im Frühling 1933 verboten worden war, folgte nach dem kurzen Bürgerkrieg im Frühjahr 1934 auch das Verbot der Arbeiterparteien. In den Römischen Verträgen (17.3.1934) zwischen Italien, Österreich und Ungarn wurde Österreich zu einem «Protectorat des italienischen Faschismus». Der autoritäre Umbau der staatlichen Ordnung Österreichs wurde am 1.5.1934 durch die Proklamation einer ständischen Verfassung abgeschlossen. Einzige erlaubte Partei war fortan die rechtsbürgerliche Vaterländische Front, Dollfuss' neue Partei, deren Diktatur in der Folge als «Austrofaschismus» bezeichnet wurde. Siehe weiter auch Kapitel II.2.2.

stand, da sie weder Einfluss auf den Rundfunk oder das Erziehungswesen noch auf die Polizei, die Gerichte oder das Militär hatte.<sup>241</sup>

Die Führung der SPS befürchtete im Anschluss an die Macht ergreifung Hitlers, dass der Bürgerblock ebenfalls auf dem Weg der Ausnahmegesetzgebung versuchen könnte, die SPS zu verbieten – die Vorschläge des Bundesrates zu einem neuen Staatsschutzgesetz, *Lex Häberlin II* genannt,<sup>242</sup> schien das zu bestätigen.<sup>243</sup> Aus diesem Grund sollten alle Provokationen vermieden werden, was zu einer geradezu defaitistischen Grundhaltung führte und der SPS das Gesetz des Handelns aus der Hand schlug. Militante Aktionen oder auch nur eine Zuspitzung der Gegensätze wurden nicht mehr hinsichtlich ihrer Wirkung sondern bezüglich ihres Risikos, beim Bürgerblock Strafreaktionen zu provozieren, beurteilt.<sup>244</sup> So wurde denn auch das Aufkommen des Faschismus in der Schweiz und in Deutschland den Kommunisten zugeschrieben, die mit ihrer Spaltungstaktik einerseits die Arbeiterbewegung entscheidend geschwächt und mit ihrem aggressiven Vorgehen eine Gegenreaktion des Bürgertums geradezu herausgefordert hätten.<sup>245</sup> Am ausserordentlichen Parteitag im April 1933 in Biel wandte sich Robert Grimm deshalb gegen die Kommunisten und gegen den militanten, revolutionär-klassenkämpferischen Flügel der SPS. Dieser hatte eine «Einheitsfront um jeden Preis» mit den Kommunisten angeregt, damit der Faschismus abgewehrt werden könne:

Wer Streiks und Streiks und abermals Streiks predigt, der hat auch ein Mass an Verantwortung dafür, zu wissen, was nachher mit den Opfern dieser Streiks geschieht. [...] Wie in Deutschland, so würde auch bei uns eine derartige Taktik [...] den besten Nährboden für den Faschismus schaffen.<sup>246</sup>

241 Arthur Schmid. «Was uns die Entwicklung in Deutschland lehrt». *RR*, 12. Jg., Nr. 8, April 1933, S. 265–270, S. 266f. und S. 270. Dieselbe Argumentation vertrat Schmid auch am Parteitag im April 1933. SPS-Parteitagprotokoll, 1933, S. 90.

242 Siehe Anmerkung 221 und 247.

243 Robert Grimm meinte dazu: «Ferner stellen wir objektiv fest, dass auch hier fascistische Tendenzen vorhanden sind, namentlich im Anschluss an die Hitler Bewegung. Es ist keine Frage, dass auch bei uns die Bürgerlichen mit dem Gedanken an Ausnahmegesetze spielen.» Protokoll PV, 11.3.1932. *SOZ*, Ar. 1.111.5, Protokolle GL und PV, Jan.–März 1932

244 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 149–151.

245 Schmid, *Was uns die Entwicklung in Deutschland lehrt*, S. 267f.

246 SPS-Parteitagprotokoll 1933, S. 45.

Grimm interpretierte rückblickend auch die Genfer Unruhen in einem neuen Licht und stellte einen Kausalzusammenhang zwischen dem Frontenfrühling und Genf her:

Es ist gar keine Frage, dass unter der Einwirkung des Fascismus in Deutschland die reaktionäre Welle in der Schweiz wahrscheinlich auch ohne die Ereignisse von Genf gekommen wäre; aber unstreitig ist festzustellen, dass infolge der Genfer Ereignisse die reaktionäre Welle früher und mächtiger gekommen ist und dass die Genfer Ereignisse dem Bürgertum als Anlass dafür dienen, um mit einer schamlosen Ausnahmegesetzgebung die Presse- und Rede- und Versammlungsfreiheit nicht nur in Genf und im Kanton Waadt, sondern in der ganzen Schweiz einzuschränken [...].<sup>247</sup>

Aus diesem Grund plädierte Grimm für eine wohlüberlegte, die Reaktion des Gegners ins Kalkül einbeziehende Politik, die sich Gefühlmässigkeiten und Provokationen enthalten müsse – auch im Parlamentsbetrieb. Denn jede weitere Provokation könnte dem Bürgertum den Vorwand zu einer weiteren Verschärfung der Ausnahmegesetze bringen.<sup>248</sup> In diesem Sinne konnte eine «Einheitsfront» unmöglich zustande kommen.

Auf der anderen Seite sah der evolutionär-demokratische Flügel der SPS die Gelegenheit gekommen, seine Vorstellungen über Demokratie und Landesverteidigung in die Diskussion einzubringen. Dabei wurde er vom SGB unterstützt, der sich ja schon 1928 zur Demokratie bekannt hatte.<sup>249</sup> Emil J. Walter begründete für die evolutionär-demokratischen Kräfte vor den versammelten Genossen,

247 Mit der Ausnahmegesetzgebung wird auf die Lex Häberlin II (siehe dazu Anmerkung 221) angespielt SPS-Parteitagprotokoll 1933, S. 41. Im Geschäftsbericht wird der Zusammenhang zwischen Genfer Unruhen und Lex Häberlin II ebenfalls erwähnt: «Zu Beginn des Jahres standen wir in der durch die Genfer Unruhen erzeugten reaktionären Atmosphäre. Einerseits warf das Parlament sich in den Strudel einer tollen Reaktion, die im Gesetz des Freiheitsraubes, dem sogenannten Ordnungs- oder Staatsschutzgesetz ihren Niederschlag fand.» SPS-Geschäftsbericht 1933, S. 3.

248 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 145f.

249 Zur ideologischen Neuorientierung der Gewerkschaften in den zwanziger Jahren siehe Bernhard Degen. *Abschied vom Klassenkampf. Die partielle Integration der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zwischen Landesstreik und Weltwirtschaftskrise (1918–1929)*. (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, 161). Diss. Universität Basel. Basel und Frankfurt a.M.: Helbing & Lichtenhahn, 1991, S. 297–305.

weshalb man nun die Haltung in der Wehrfrage unbedingt ändern müsse. Zuerst repetierte er, was überhaupt gegen die Landesverteidigung angeführt werden könne:

Erstens [...] kann man sagen: Die Landesverteidigung ist deshalb abzulehnen, weil sie militärtechnisch, strategisch unzulänglich ist. Zweitens: Man kann gegen die Landesverteidigung sein, weil sie aus moralischen Gesichtspunkten zu verwerfen ist, deshalb, weil es vom sozialistischen Standpunkt aus nicht gerechtfertigt ist, Menschenleben für staatspolitische Ziele einzusetzen. Drittens kann man sagen, dass die Landesverteidigung unter Umständen berücksichtigt werden muss unter dem Gesichtspunkt des Machtkampfes.<sup>250</sup>

Walter kam sodann zum Hauptargument, indem er weiter ausführte, dass die SPD 1918 einen historischen Fehler begangen habe, als sie die Reichswehr den rechts-nationalen Kräften überliess. Sie habe damals nicht erkannt, was für eine Bedeutung dem militärischen Apparat für die politische Herrschaft innewohne, so dass eben diese Reichswehr, die den Staat hätte verteidigen sollen, zur Keimzelle der Gegenrevolution geworden sei.<sup>251</sup> Daraus solle die SPS ihre Lehren ziehen:

Wir müssen uns fragen: Ist es machtpolitisch klug, dass wir diesen Militärapparat unter allen Bedingungen in den Händen des Bürgertums lassen? Übergeben wir dadurch nicht indirekt dem

<sup>250</sup> SPS-Parteitagprotokoll 1933, S. 70f.

<sup>251</sup> Als Reichswehr wurde seit 1921 die deutsche Berufsarmee bezeichnet, die im Versailler Vertrag definiert worden war. Aus der alten kaiserlichen Armee wurden nur 4000 von 34000 Offizieren übernommen. Die Generalität bestand jedoch weiterhin zu über 50% aus dem Adel. Einem konservativen Weltbild verhaftet, vertraten die Führer der Reichswehr monarchische Ideen. Der demokratischen Ordnung der Weimarer Republik standen sie zumeist distanziert bis ablehnend gegenüber. Loyalitätskonflikte gegenüber der Republik wurden während des sog. «Kapp-Putsches» im März 1920 offenkundig. Die Reichswehrgeneralität verweigerte der Reichsregierung ihre Unterstützung gegen die Putschisten unter dem Kommando des höchsten Reichswehrgenerals Walther Freiherr von Lüttwitz. «Truppe schießt nicht auf Truppe», skizzierte der Chef des Truppenamtes, General Hans von Seeckt, die Haltung der mehrheitlich mit den Putschisten sympathisierenden Reichswehrgeneralität. Keine Bedenken zeigte die Generalität hingegen, den während des Kapp-Putsches begonnenen linksgerichteten «Märzaufstand» in Sachsen und im Ruhrgebiet kompromisslos niederzuschlagen. Der als Folge des Kapp-Putsches vollzogene Wechsel an der Spitze des Reichswehrministeriums von Gustav Noske (SPD) auf Otto Gessler (Deutsche Demokratische Partei)



Bürgertum eine Machtposition, die uns später vielleicht einmal notwendig sein könnte? Und schliesslich kann man sich heute fragen: Sieht das Problem der Landesverteidigung dann, wenn die Schweiz im Norden, im Osten und im Süden von fascistischen Staaten umgeben ist, nicht anders aus als in jener Zeitperiode, da wir im Norden und Osten umgeben waren von abgerüsteten Staaten?<sup>252</sup>

Dem Parteitag wurde deshalb der Antrag gestellt, eine Kommission zu bestellen, welche die «politischen Aufgaben der sozialdemokratischen Partei unter besonderer Berücksichtigung der Militärfrage» behandeln sollte – dieser Antrag wurde vom Präsidenten Reinhard aus formalen Gründen zwar abgewiesen, er nahm aber das Thema in die Traktanden der Geschäftsleitung auf.<sup>253</sup> Es kam offenbar überhaupt nicht in Frage, die bestehende Kommission, die sich mit dem Kampf gegen den Militarismus beschäftigt hatte, mit dieser Aufgabe zu betrauen. Daraus liess sich erneut deren Bedeutungslosigkeit ablesen. Sofort wurden natürlich Vorbehalte angebracht, die Wehrfrage auch nur schon zu behandeln. Friedrich Schneider aus Basel meinte beispielsweise, dass es absolut falsch wäre, das Thema «Landesverteidigung» zu diesem Zeitpunkt wieder zur Diskussion zu stellen:

[W]eil dies ganz zweifellos nur in dem Sinne geschehen könnte, dass dasjenige, was heute in unserem Parteiprogramm steht, was seit dem Parteitag von 1917 zu Recht ist, im Sinne der Landesverteidigung revidiert würde. Herr Arnold [ein Vertreter der Kommunisten am Parteitag] hat gestern einige unangenehme Minuten

bedeutete den Rückzug der deutschen Sozialdemokratie aus der Militärpolitik. Gemäss der von Seeckt als neuem Chef der Heeresleitung vorgegebenen politischen Richtlinie verhielt sich die Reichswehr nach 1920 durchaus staatstreu. Unter Gessler und Seeckt vollzog sich eine «Entpolitisierung» der Reichswehr, die sich nicht in die innenpolitischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik hineinziehen lassen wollte. Dies führte zu einer Distanzierung und Loslösung der Armee vom politischen System der Weimarer Republik. Die Reichswehr entwickelte sich so zu einem autonomen und kaum kontrollierbaren «Staat im Staate». Vor allem viele sozialdemokratische Politiker hegten daher ein tiefes Misstrauen gegenüber der Armee, deren Offizierskorps zudem zahlreiche Querverbindungen zu rechtsgerichteten Organisationen und Wehrverbänden wie dem Stahlhelm aufwies. Heinrich August Winkler. *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten Deutschen Demokratie*. C.H. Beck: München, 1998, S. 13–143 und Kolb, *Weimarer Republik*, S. 178–195.

252 SPS-Parteitagsprotokoll 1933, S. 71.

253 Ebd., S. 73.

erlebt; aber als Genosse Dr. Walter sprach, ging ein Schmunzeln über sein Gesicht, weil er durchaus fühlte, dass eine Revision des Standpunktes der Partei in der Frage der Landesverteidigung eine Unterstützung der kommunistischen Bewegung sein müsste. Wie stehen wir denn in dieser Frage da? Diese Landesverteidigung im bürgerlich-kapitalistischen Staat könnte nichts anderes sein als eine Zur-Verfügung-Stellung des Proletariats für die Ziele dieses bürgerlich-kapitalistischen Staates.<sup>254</sup>

Schneider, der als Basler direkt mit den Kommunisten konfrontiert war, betrachtete also die Wehrfrage immer noch unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenz zur KPS.<sup>255</sup> Weitere Gründe, die gegen eine Neuauflage der Diskussion um die Wehrfrage sprachen, waren parteipolitisch und taktischer Natur. Die Parteileitung befürchtete eine Spaltung der SPS und eine Schwächung der Position der Partei in der Bundespolitik.<sup>256</sup> Auch waren die Genfer Unruhen noch frisch in Erinnerung, wodurch es schwer fiel, für ein Eintreten für die Landesverteidigung und damit direkt auch für die Armee zu werben:

Das kursiert weit herum, man müsse wieder die Landesverteidigung bejahen. Wir wissen, was dieses Vaterland ist, und wenn man es noch nicht gewusst hat, so haben die blauen Bohnen von Genf gezeigt, welche Bewandnis es damit hat.<sup>257</sup>

Der Parteitag traf dann keine konkreten Beschlüsse, welche die Wehrfrage betrafen, aber das Thema war neu lanciert worden. Während bis anhin die Opposition gegen die Politik der Parteileitung hinsichtlich der Wehrfrage immer aus den pazifistischen Kreisen gekommen war, die der SPS ungenügende Aktivität im Kampf gegen den Militarismus vorgeworfen hatten, so waren es nun also die evolutionär-demokratischen Kräfte, welche zusammen mit dem Gewerkschaftsbund

254 Ebd., S. 101.

255 Siehe dazu Huber, *Kommunisten und Sozialdemokraten*, S. 307–348 und 418–422.

256 Robert Grimm meinte dazu in der Parteivorstandssitzung vom 30. Juni: «Die SPS würde die Freiheit des Volkes gerade nicht wahren, indem wir unser Programm preisgeben, wie es Bundesrat Minger verlangt. An und für sich ist die Landesverteidigung keine grundsätzliche Frage. Es ist aber wesentlich, dass wenn wir in dieser Frage nur um Haaresbreite nachgeben, so wäre das eine Ermunterung für die Bürgerlichen, noch mehr zu verlangen.» Protokoll PV, 30.6./1.7.33.

257 Der Zürcher Ernst Walter am Parteitag 1933. SPS-Parteitagprotokoll 1933, S. 45.

eine positive Einstellung der SPS zur Landesverteidigung erwirken wollten.<sup>258</sup>

In einer Beilagenserie zur *Schweizerischen Metallarbeiterzeitung*, dem Organ des SMUV, nahm Fritz Marbach, ein Vertreter der Gewerkschaften, der früher der revolutionär-klassenkämpferischen Gruppierung angehört hatte und bis 1928 Mitglied der Geschäftsleitung der SPS gewesen war, das Thema nach dem Parteitag wieder auf. Er verlangte eine Revision zentraler ideologischer Elemente der SPS: Die «herkömmliche Klassenkampfforderung» der Partei sollte durch eine «Forderung nach einer Gemeinschaft allen arbeitenden Volkes» ersetzt werden. Im Zentrum der künftigen Politik der Sozialdemokratie müsse eine Verständigungsformel für die wichtigsten Lebensfragen sowohl für die Arbeiter wie für die Arbeitsbürger und die Bauern stehen; die Kommunisten blieben hier explizit ausgeschlossen. Voraussetzung für das Erreichen dieser Gemeinschaft wäre eine Überwindung des «absolut Trennenden in der Ideologie der arbeitenden Stände», wobei hier unter anderen die Fragen der Anerkennung der Demokratie und der Landesverteidigung zentral seien, wie auch die absolute Abgrenzung von den Kommunisten.<sup>259</sup>

258 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 201.

259 Die Artikelserie erschien im November 1933 in Buchform. Fritz Marbach. *Gewerkschaft – Mittelstand – Fronten. Zur politischen und geistigen Lage der Schweiz*. Bern: o.J. (1933), S. 3, 102, 116 sowie 127. Diese Forderungen entsprachen exakt jenen Vorbedingungen, welche die Richtlinienbewegung Ende 1936 der SPS für einen Beitritt abverlangen sollte.

## 2 Die Wehrfrage nach dem Frontenfrühling 1933

Mit dem Parteitag vom Frühling 1933 wurde die Wehrfrage neu lanciert. Gegenüber 1917 waren drei neue Argumentationszweige in die Diskussion eingeflossen: Erstens bedingte die angestrebte politische Zusammenarbeit der SPS mit links-bürgerlichen Kräften den Abbau wesentlicher programmatischer Hürden, welche die interparteiliche Zusammenarbeit behinderten. Zweitens beabsichtigte die Führung der SPS die Militärpolitik in der Schweiz wieder mitzugestalten, um Einfluss auf die Armee zu gewinnen und drittens sahen die Sozialdemokraten die Schweiz konkret durch die sie fast komplett umgebenden faschistischen Staaten bedroht, wobei eine allfällige Besetzung des Landes nicht nur das mögliche Ende der schweizerischen Eigenstaatlichkeit sondern auch klar das Ende der Arbeiterbewegung in der Schweiz bedeutet hätte. Dieses Kapitel zeigt auf, wie die SPS-Parteileitung der Basis eine neue Politik in der Wehrfrage nahe bringen wollte, ohne aber die Revision der bisherigen Position ernsthaft ins Auge zu fassen und wie die immer noch gesplattene Partei darauf reagierte.

### 2.1 Der Kurswechsel der SPS-Parteileitung zur konditionalen Befürwortung der Landesverteidigung im Herbst 1933

Die Parteileitung der SPS befand sich auch 1933 immer noch eindeutig in der Hand des revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügels. Deshalb versuchte sie im Anschluss an den Parteitag von 1933, die programmatischen Zentralwerte «Diktaturparagraf» und «Wehrfrage» gegen alle Angriffe von innerhalb und von ausserhalb der Partei zu verteidigen. Die bürgerlichen Parteien hatten die Neuauflage der Diskussion um die Wehrfrage natürlich nicht verpasst, und so tauchten die ersten Forderungskataloge auf, welche der SPS den Preis für eine interparteiliche Kooperation auflisteten. Im Juni verlangte sogar der EMD-Vorsteher Bundesrat Minger von der Sozialdemokratie eine Revision ihrer Stellungnahme zur Wehrfrage.<sup>260</sup> Robert Grimm wusste diese «wohlgemeinte» Einmischung von bürgerlicher Seite geschickt zu nutzen, indem er den Trotz der Genossen ansprach und verlangte, dass es keine Kapitulation, keine Versuche

260 Diese erfolgte in der sog. «Vindonissa-Rede» am 9.7.33. Vgl. Anmerkung 299. (Protokoll PV 30.6./1.7.33 und VR, Nr. 159, 10.7.33; Nr. 163, 14.7.33; Nr. 167, 19.7.33 sowie Nr. 172, 25.7.33).

der Anpassung der Theorie und des Programms geben dürfe, nur weil bürgerliche Wortführer dies verlangten.<sup>261</sup> Die Revisionisten innerhalb der Partei – wie etwa Fritz Marbach – wurden beschuldigt, den Sozialismus nicht nur verwässern, sondern völlig preisgeben zu wollen.<sup>262</sup> Als Antwort auf den innerparteilichen Revisionismus wie gegen die bürgerlichen Angriffe entwarf Grimm die Formel «Weder Provokation noch Kapitulation»:

Weder Provokation, auf die Scharfmacher im gegnerischen Lager heute warten und die ihnen den willkommenen Anlass zur Zerschlagung der Volksrechte und der Arbeiterbewegung bieten würde, noch Kapitulation, die durch ihre Anpassungsversuche die moralische Kraft der Arbeiterklasse beeinträchtigen müsste.<sup>263</sup>

Trotz dieser eingängigen Formel sah sich die Geschäftsleitung im Herbst 1933 durch die intensive Diskussion der Wehrfrage in der Parteipresse gedrängt, auf eine Behandlung des Themas am nächsten ordentlichen Parteitag, der im Frühjahr 1934 stattfinden sollte, einzutreten und sich entsprechend vorzubereiten. Die Geschäftsleitung bildete deshalb im Oktober 1933 einen Ausschuss, der sich mit der Ausarbeitung eines «Antrags über die Neuformulierung unserer Stellungnahme zur Landesverteidigung» beschäftigte. Mitglieder dieses Ausschusses wurden u.a. Robert Grimm, Ernst Reinhard und Ernest-P. Graber – vornehmlich Gegner der Landesverteidigung.<sup>264</sup> Die Tatsache, dass nicht die bestehende Kommission zur Bekämpfung des Militarismus mit dieser Aufgabe betraut worden war, zeigte klar deren Bedeutungslosigkeit und dekorativ-tarnenden Charakter. Im November reichte der Ausschuss bei der Geschäftsleitung einen Vorschlag mit dem Titel «Faschismus und Landesverteidigung» ein,

261 Robert Grimm. *Unser Kampf gegen Reaktion und Fronten. Rede am Parteitag der SP des Kantons Bern vom 22. Oktober 1933*. Bern: o.J. (1933), S. 7. Siehe auch Anmerkung 256.

262 «Genosse Marbach hat in der Metallarbeiterzeitung Artikel veröffentlicht, die nicht eine Verwässerung, sondern die Preisgabe des Sozialismus bedeuten.» Äusserung von Robert Grimm im Parteivorstand. Protokoll PV 30.6./1.7.33.

263 Robert Grimm. «Zur Taktik der Arbeiterbewegung». In: *RR*, 13. Jg., Nr. 3. Nov. 1933, S. 69 und Grimm, *Unser Kampf gegen Reaktion und Fronten*, S. 31 und 44.

264 Protokoll GL, 15.10.1933. SOZ, Ar. 1.111.6, Protokolle GL und PV, Aug.–Dez. 33.

mit dem der Parteileitung eine neue Haltung der SPS zur Wehrfrage vorgeschlagen werden sollte.<sup>265</sup>

Darin wurde zuerst festgehalten, dass sich durch das Aufkommen des Faschismus die politische Lage der Schweiz entscheidend geändert habe. Innenpolitisch werde die Schweiz durch den Frontismus und aussenpolitisch durch den faschistischen Staatenblock bedroht. Dadurch entstehe «eine ernste Bedrohung der Selbständigkeit und der territorialen Unversehrtheit der Schweiz».<sup>266</sup> Ferner wurde auf den Charakter des Faschismus eingegangen, wobei der Ausschuss zum Schluss kam, dass die Arbeiterklasse ohne Volksrechte weder für ihre wirtschaftlichen oder sozialen Interessen eintreten noch auf den Staat und seine Politik Einfluss nehmen könne. Deshalb müsse sich die SPS eindeutig entschliessen, den Kampf gegen den Faschismus zwar auf dem Boden der Demokratie zu führen, jedoch jeden Versuch des Faschismus, die politische Macht in der Schweiz zu übernehmen, mit allen Mitteln – also auch mit Gewalt – abzuwehren.

Der Abschnitt, welcher die Wehrfrage direkt betraf, wurde mit der Aussage eröffnet, die Landesverteidigung sei 1917 prinzipiell nur deshalb abgelehnt worden, weil die SPS damals erkannt habe, dass die Schweiz mit ihren bescheidenen militärischen Mitteln bei einem Angriff nicht hätte bestehen können, ohne in Verletzung des Prinzips der Neutralität mit einem Kriegsteilnehmer ein Bündnis einzugehen. Damit wäre die Schweiz zu einem Spielball imperialistischer Mächte geworden.<sup>267</sup> Diese Argumentation sprach dem Entscheid von 1917

265 *Faschismus und Landesverteidigung*, unpubliziertes Thesenpapier der SPS-Geschäftsleitung, 13.11.33. SOZ, Ar. 1.126.19, SP und Militär: Korrespondenz 1930–60. Die Thesen wurden im Anhang des Geschäftsberichts 1933 publiziert, der zusammen mit demjenigen von 1934 herausgegeben wurde. Vgl. SPS-Geschäftsbericht 1933/34, S. 57–59.

266 Ebd., S. 57.

267 «Der Weltkrieg hat gezeigt, dass die Schweiz gegen den ihre Neutralität missachtenden Willen angriffsbereiter Grossmächte aus eigener Kraft nicht vermocht hätte, ihre Unabhängigkeit zu schützen. Im Fall der Verwandlung des Landes in ein Durchmarschgebiet wäre sie der kriegstechnischen Überlegenheit des imperialistischen Angreifers erlegen, zumal sie infolge Mangels eigener Rohstoffe und genügender Lebensmittel auch der wirtschaftlichen Abwehrmittel entbehrt hätte. In dieser Lage hätte sich die Schweiz zwangsläufig an eine dem Angriff mitausgesetzte Grossmacht anlehnen müssen. Sie wäre in eine erzwungene Bündnispolitik hineingetrieben worden, dadurch ihrer Unabhängigkeit und Neutralität verlustig gegangen und zum Spielball imperialistischer Interessen geworden. Die Erkenntnis dieser Lage bildete für den Parteitag 1917 der SPS den entscheidenden Grund, die Landesverteidigung prinzipiell abzulehnen.» Ebd., S. 58.

jegliche pazifistische Motivation ab und stellt ihn als politischen Schachzug dar. Durch die Entstehung des faschistischen Staatenblocks habe sich die Lage von 1917 komplett verändert. Die SPS müsse nun dafür einstehen, dass alle Versuche faschistischer Übergriffe von aussen «mit allen Mitteln und im Notfall auch mit den Mitteln der militärisch organisierten Gewalt» abgewehrt würden.

Damit aber die Schweiz zu einer militärischen Landesverteidigung bereit sei, die auch von der SPS mitgetragen werden könne, müssten erst einige Voraussetzungen geschaffen werden:

Voraussetzung einer solchen Abwehr ist viel weniger die militärische Bereitschaft, als der auf der wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung fundierte Wille zur Verteidigung der Volksrechte. Darin unterscheidet sich die Sozialdemokratie in ihrer Stellungnahme zur Landesverteidigung von allen bürgerlichen Parteien.<sup>268</sup>

Den bürgerlichen Parteien wurde weiter vorgeworfen, sie nähmen die Volksrechte gar nicht ernst und wollten sie beschneiden. Ein weiterer Punkt in der bürgerlichen Landesverteidigung der kritisiert wurde, war die Frage der Finanzierung der Wehrlasten durch das Volk – hier hätten die Hochfinanz und die Industrie einen grösseren Beitrag zu leisten; überhaupt sei es an der besitzenden Klasse, die Wehrlasten zu tragen, denn es liege ja bei der Arbeiterklasse, das Menschenmaterial zur Landesverteidigung beizutragen. Der wichtigste Kritikpunkt betraf aber das älteste militärpolitische Anliegen der SPS, die Einsätze der Armee im Innern:

Die bürgerlichen Parteien betrachten in den sozialen Kämpfen die Armee als Schutztruppe der Unternehmer und der kapitalistischen Klassen. Die Sozialdemokratie fordert die Beseitigung dieses Missbrauchs, der die Armee zum Werkzeug und Büttel kapitalistischer Herrschaftsinteressen macht, weil nur dann die Landesverteidigung ihre psychologisch notwendigen Voraussetzungen findet, wenn die Armee nicht gegen das eigene Volk missbraucht wird.<sup>269</sup>

Daraufhin wurde eine neue, sozialdemokratische «Volksgemeinschaft» beschworen, die durch die Überwindung des bürgerlichen

268 Ebd., S. 58.

269 Faschismus und Landesverteidigung, SOZ, Ar. 1.126.19 SP und Militär: Korrespondenz 1930–60, S. 3.

Klassenstaates erreicht würde. Nur solch eine Gemeinschaft könne sich mit dem Maximum an Kräften dem drohenden Faschismus entgegenstellen. In diesem Sinne wurden fünf Forderungen an den Schweizer Staat zusammengestellt, die dieser erfüllen müsse, um die Einheit des Volkes und der Klassen herzustellen. Die politische Gleichberechtigung aller Bürger, eine gerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik und eine Kulturpolitik, deren Ziel der unbedingte Schutz der Freiheit des Geistes und der Forschung sein sollte. Erst wenn diese Forderungen erfüllt worden seien, würde die SPS der Landesverteidigung zustimmen, und folgende Grundsätze vertreten:

1. den entschiedenen Kampf gegen alle faschistischen Strömungen und gegen die hochverräterischen Treibereien einzelner Fronten im Inland,
2. die weitgehende Fürsorge für die Arbeitslosen, wobei als Ausgangspunkt die Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierung durch Anleihen in den Vordergrund zu stellen ist,
3. den wirksamen Schutz der Mittelschichten durch die planmässige Zusammenfassung des schweizerischen Aussenhandels, die staatliche Kontrolle der Kartelle und Trusts und die Förderung der genossenschaftlichen Selbsthilfe,
4. die Verstaatlichung der Banken und der Rüstungsindustrie sowie das Verbot des privaten Waffenhandels in jeder Form,
5. die schärfste progressive Besteuerung aller privaten Übergewinne und ihre Verwendung für sozialpolitische Zwecke.<sup>270</sup>

Dieser Forderungskatalog vereinte die zentralen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Anliegen der Sozialdemokratie und erschien in seiner Form fast unerhört, verlangte er doch nichts anderes als die *de facto*-Kapitulation des Bürgerblocks vor der SPS, nur um deren Integration in das Wehrwesen zu erreichen. Reinhard schwächte diese Forderungen in seiner erläuternden und weit ausholenden Publikation zur Wehrfrage vom Dezember 1933 zwar wieder ab, als er das Schweizer Stimmvolk darum bat, «es möge den Staat so schaffen, dass die Arbeiterschaft ihn verteidigen kann als einen Staat der Freiheit, der wirklichen Demokratie und des Sozialismus».<sup>271</sup> Die Grundforderungen blieben dennoch die Gleichen. Es scheint so, als ob die Mitglieder der Kommission – allesamt aus dem revolutionär-

<sup>270</sup> Ebd., S. 4.

<sup>271</sup> Ernst Reinhard, *Landesverteidigung?* (Flugschrift des VPOD Zürich, Nr. 6). Bern: 1934, S. 57. (Verfasst wurde die Schrift im Dezember 1933).



klassenkämpferischen Parteiflügel – die Schwelle für eine Revision der Haltung der SPS in der Wehrfrage absichtlich unerreichbar hoch gelegt hätten. Trotzdem enthielt das Papier ein wichtiges Zugeständnis: Es anerkannte die Verteidigungswürdigkeit der Demokratie.

Die Demokratiefrage wurde damit zur wesentlichsten Bedingung, welche die SPS an den Schweizer Staat und an den Bürgerblock richtete, bevor sie die Legitimität der Landesverteidigung wieder bestätigen würde, da nur ein demokratischer Staat die Verteidigung lohne. So stellte die SPS eine argumentative Verbindung zwischen der Abwehr eines faschistischen Angriffs von aussen und der Verhinderung eines faschistischen Umsturzes im Inneren her. Robert Grimm brachte diese Argumentationslinie treffend vor die Basis:

Bedingung der Abwehr des von aussen einbrechenden Faschismus ist die Abwehr des Faschismus im eigenen Lande.<sup>272</sup>

Die Thesen über Faschismus und Landesverteidigung wurden nach langer Beratung Ende November vom Parteivorstand gebilligt, worauf die Pazifisten geschlossen aus der offensichtlich bedeutungslos gewordenen Militarismuskommission austraten.<sup>273</sup>

Nun legte der Parteivorstand die Thesen der Parteibasis vor, womit die parteiinterne und die öffentliche Diskussion über die Haltung der Sozialdemokratie zur Wehrfrage neu eröffnet wurde. Eine Spezialkommission, die sich aus Vertretern aller Sektionen und Gruppierungen der Partei zusammensetzte, sollte über die Thesen der Parteileitung beraten und dem Parteivorstand und dem Parteitag einen Antrag vorlegen, um eine neue Beurteilung der Wehrfrage zu

272 Robert Grimm. «Zur Taktik der Arbeiterbewegung». *RR*, 9.Jg., Nr. 3, Nov. 1933, S. 65–72, S. 68.

273 Die religiös-sozialen Pazifisten um Ragaz hatten im Verlauf des Jahres 1933 ihren antimilitaristischen Standpunkt in der Broschüre «Dient das Milizheer dem Frieden?» erneut bestätigt. Darin wurde vehement bestritten, dass ein Milizheer demokratisch sein könne oder eine Art von Landesverteidigung begründen könne, die es auch der Sozialdemokratie ermöglichen würde, sie anzuerkennen: «Es kann keine grössere Illusion geben, als die Meinung, dass das Milizsystem eine Waffe gegen den Militarismus, ein Instrument des Friedens und eine Lösung des Abrüstungsproblems sei, da es vielmehr in allen Stücken das Gegenteil davon ist: eine Erziehung zum Militarismus, eine neue schwere Bedrohung des Friedensgeistes und ein bösartiges Hemmnis der Abrüstung.» Begründet wurde diese Meinung mit der Tatsache, dass das Milizsystem das Militär und den Militärgeist in alle Fasern des Volkslebens hineintrage und damit das Militärwesen popularisiere. *Dient das Milizheer dem Frieden?* Schweizerische Zentralstelle für Friedensarbeit (Hg.). Zürich: 1933, S. 7–9.

ermöglichen. Der Meinungswechsel in der Geschäftsleitung lief *de facto* also darauf hinaus, dass zwar die Landesverteidigung verklaustriert als Demokratieverteidigung anerkannt werden sollte, aber zu für die bürgerlichen Parteien unannehmbaren Bedingungen.

## 2.2 Die Motivationen für den Kurswechsels

Welche Motivationen die einzelnen Mitglieder der Kommission dazu bewegten, zu einer neuen Einstellung in der Wehrfrage zu gelangen, lässt sich leider nur erahnen. Sicher ist, dass alle vormals klare Gegner der Landesverteidigung waren. Es ist zu vermuten, dass es vornehmlich äussere Faktoren waren, wie die Verschärfung der Gangart der NSDAP gegen die SPD in Deutschland im Sommer 1933 und auch der Beginn des «Kalten Krieges» der Nationalsozialisten gegen Österreich, welche die Meinungen wesentlich beeinflusst haben.

Im Deutschen Reich wurde im Anschluss an den Brand des Reichstages am 27. Februar 1933 die Kommunistische Partei verboten, ihre Parlamentarier und Führer verhaftet und ihre Presseorgane geschlossen, da die nationalsozialistische Regierung der KPD die Schuld am Anschlag zuschob. Die SPD wurde zwar anfänglich der Mittäterschaft bezichtigt und ihre Organe für vierzehn Tage verboten, dann schien der nationalsozialistische Würgegriff die Sozialdemokratie aber doch zu verschonen, da vorläufig nichts mehr gegen die SPD unternommen wurde. In den Reichstagswahlen vom März 1933 konnte sie sogar nochmals antreten, wurde dabei aber massiv behindert – dennoch errang die SPD 18,3 Prozent der Stimmen. Die 12,3 Prozent der Kommunisten wurden aufgehoben. Die SPD-Abgeordneten sahen sich fortan aber einem steten Terror ausgesetzt, so waren etwa bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz 26 der 120 SPD-Abgeordneten entweder in «Schutzhaft» oder geflohen.<sup>274</sup> Am 22. Juni wurde die SPD unter einem Vorwand verboten und Tausende ihrer Mitglieder verhaftet.<sup>275</sup> Das Gesetz «Gegen die Neubildung von Parteien» vom 14. Juli 1933 zementierte die Einparteienherrschaft der NSDAP und verunmöglichte jede weitere politische Betätigung der Parteien der Arbeiterbewegung.<sup>276</sup>

274 «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich», vom 24.3.1933.

275 Den Grund dafür bot das Erscheinen des *Neuen Vorwärts* in der Tschechoslowakei. Der *Vorwärts*, das offizielle Publikationsorgan der SPD, war zuvor im Deutschen Reich verboten worden.

276 Vgl. Hildebrand, Das Dritte Reich, S. 6 und 11. Siehe weiter auch Kapitel II.1.1.

Neben den Ereignissen in Deutschland wurden in der Schweiz auch die Vorgänge in Österreich sehr aufmerksam beobachtet. Die führenden Sozialdemokraten meinten aus dem Vorgehen Hitlers gegenüber Österreich auf sein zukünftiges Vorgehen gegen die Schweiz schliessen zu können. Die SPS war mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Österreich freundschaftlich verbunden und das «Rote Wien» galt in vielerlei Hinsicht als Vorbild. Wenn nun Österreich und damit auch die SDAP massiven Angriffen von Seiten der Nationalsozialisten ausgesetzt waren, sah sich die SPS indirekt ebenfalls davon betroffen und man glaubte, einen Vorgeschmack davon zu bekommen, was der Schweiz noch blühen könnte.

In Österreich hatten sich seit der «Julirevolte» von 1927 starke politische Spannungen zwischen bürgerlichen und linken Kräften aufgebaut.<sup>277</sup> Auf beiden Seiten existierten bewaffnete und organisierte Verbände, die bürgerlich-faschistische «Heimwehr» und der marxistische «Republikanische Schutzbund», was die Lage zusätzlich verschärfte.<sup>278</sup> Seit 1932 wurde Österreich von einer rechts-konservati-

277 Im Sommer 1927 kam es im Anschluss an das Urteil im sog. «Schattendorfer Prozess» gegen rechtsgerichtete Milizen zu einer Arbeiterdemonstration in Wien gegen die «arbeiterfeindliche bürgerliche Klassenjustiz». In deren Verlauf wurde der Justizpalast in Brand gesteckt, worauf 85 Arbeiter von der Polizei erschossen und 300–500 verletzt wurden. Der 15.7.1927 war ein Bruch in der Entwicklung der SDAP und Österreichs. Die sog. «Julirevolte» bewirkte nicht nur ein starkes Anwachsen der «Heimwehr»-Bewegung (siehe Anmerkung 278) sondern vertiefte die Gräben zwischen den politischen Lagern derart, dass sie bis 1945 unüberbrückbar schienen. Vgl. Kindermann, Hitlers Niederlage, S. 90–94.

278 Mit dem Begriff «Heimwehr» wurden in Österreich zunächst überparteiliche bewaffnete und uniformierte Selbstschutzverbände bezeichnet, die sich unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs gebildet hatten. Sie wurden später organisatorisch zusammengeschlossen und von Grossindustriellen unterstützt, die in ihnen ein Gegengewicht zu den Organisationen der Arbeiterschaft sahen. Durch die Radikalisierung der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Österreich nach der «Julirevolte» 1927, wurde die zentralisierte «Heimwehr» zur bewaffneten bürgerlichen Kampforganisation gegen die «Austromarxisten». Während der «Februarkämpfe» 1934 gegen den sozialistischen Republikanischen Schutzbund und beim «Juliputsch» 1934 gegen die Nationalsozialisten wurde die «Heimwehr» als Hilfspolizei eingesetzt. Der «Republikanischer Schutzbund» war eine 1923/24 aus den Ordnerformationen der SDAP gebildete paramilitärische Organisation, die einheitlich uniformiert, militärisch gegliedert und mit Infanteriewaffen ausgerüstet war. Der «Schutzbund» sollte für die Sozialdemokratie ein Ersatz für das von den bürgerlich-klerikalen beherrschte Bundesheer und Zeichen «proletarischer Wehrhaftigkeit» sein. Seine grösste Stärke erreichte der Schutzbund 1928 mit 80 000 Mitgliedern.

ven Regierung unter dem Bundeskanzler Engelbert Dollfuss mit nur einer Stimme Mehrheit im Parlament regiert. Das erklärte Ziel der Dollfuss-Regierung war die Erhaltung der Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs gegen alle Anschlussbegehren und -bestrebungen von aussen und von innen. Seit die NSDAP in Deutschland an der Macht war, erhoben deutsch-nationale Kreise in Österreich und in Deutschland die Forderung, Österreich müsse ebenfalls nationalsozialistisch werden und sich dem Deutschen Reich anschliessen.<sup>279</sup>

Da die Regierung Dollfuss sich nicht von der deutschen Anschlussrhetorik beeindruckten liess, betrieb Hitler ab Mai 1933 die systematische politische und wirtschaftliche Destabilisierung Österreichs. Anfang Juni begann in Österreich eine Welle dauernden Terrors durch nationalsozialistische Kampfgruppen, begleitet durch deutsche Anschlusspropaganda. Darauf verbot Dollfuss die NSDAP in Österreich und begann sich an das faschistische Italien anzunähern. Mussolini verlangte für seine Unterstützung die Ausschaltung der Arbeiterbewegung in Österreich und die Bildung einer starken Regierung aus rechtsgerichteten Kräften.<sup>280</sup> Dollfuss bildete darauf die Vaterländische Front, die parteiübergreifende Trägerin einer neuen österreichischen Staatsidee wurde und einen autoritär-konservativen politischen Katholizismus vertrat.<sup>281</sup> Die österreichischen Sozialisten, die sogenannten «Austromarxisten»<sup>282</sup>, konnten

279 Der Staatsvertrag, den die Siegermächte des Ersten Weltkrieges mit Österreich am 10.9.1919 in Saint-Germain-en-Laye abgeschlossen hatten, verbot einen Anschluss an das Deutsche Reich. Die Nationalversammlung der Republik «Deutsch-Österreich» hatte am 12.11.1918 Österreich zum Bestandteil der Deutschen Republik erklärt und den Anschluss am 12.3.1919 neuerlich bestätigt.

280 Auf der Basis weiterer Verhandlungen mit Mussolini entstanden zwischen Italien, Österreich und dem ebenfalls von einer rechten Diktatur regierten Ungarn am 17.3.1934 die sog. «Römischen Protokolle», ein Konsultativpakt zum Schutz der Unabhängigkeit Österreichs.

281 Gottfried-Karl Kindermann. *Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehrsieg 1934*. Hamburg: Hoffmann und Campe, 1984, S. 61–75.

282 Die «Austromarxisten» bildeten keine eigene Schule innerhalb des Marxismus, obwohl sie sich teilweise vom typischen orthodoxen Marxismus unterschieden. Sie betonten z.B. stark die menschliche Seite des Marxismus und charakterisierten etwa die Gesellschaft der Zukunft weniger durch Begriffe der Macht und der institutionellen Veränderung als durch freie Selbstverwaltung des arbeitenden Volkes. Die Vergesellschaftung des Eigentums galt ihnen deshalb auch nur als Instrument für die sozialistische Umgestaltung und nicht als eine erschöpfende Definition des Sozialismus. Sie glaubten, dass das Kantsche Prinzip, welches das menschliche Individuum stets als Zweck und nie als Mittel behandelt, vollkom-

die Machtübernahme durch Dollfuss nicht mehr verhindern, da die Legislative durch ein taktisches Missgeschick ausgeschaltet worden war. Dollfuss konnte gestützt auf ein Notgesetz ohne Parlament weiterregieren.<sup>283</sup>

1932 wurde der «Republikanische Schutzbund» verboten, aber erst im Frühjahr 1934 brach ein kurzer Bürgerkrieg aus, der neben den österreichischen Industriezentren vor allem Wien erfasste. Da die Arbeitermiliz dem österreichischen Bundesheer und den «Heimwehren» hoffnungslos unterlegen war, mussten sie bereits nach vier Tagen kapitulieren. Die SDAP wurde verboten und alle sozialdemokratischen Organisationen aufgelöst. Mit der «Maiverfassung» von 1934 wandelte Dollfuss die erste österreichische Republik in einen von der Vaterländischen Front als Einheitspartei geführten Ständestaat um.

Die Tatsache, dass ab 1933 eine rechtsbürgerliche Minderheitsdiktatur die österreichische Unabhängigkeit verteidigte, lag in der Interpretation der SPS auch daran, dass alle Versuche, eine schwarzrote Abwehrfront gegen die NSDAP zu bilden, gescheitert waren und die Sozialdemokraten die rechts-bürgerliche Regierung mit aller Härte bekämpft hatten. Da in Österreich die Konsequenz der sozialdemokratischen Kooperationsverweigerung die Etablierung der Dollfuss-Diktatur war, meinte die Mehrheit der SPS-Parteileitung, dass eine verstärkte Kooperation mit dem Bürgerblock für die SPS unausweichlich sei, wenn sie nicht das Schicksal ihrer deutschen und österreichischen Schwesterparteien teilen wolle.

### 2.3 Die Reaktionen auf den Kurswechsel

Robert Grimm und Ernst Reinhard publizierten Beiträge zur neuen Diskussion um die Wehrfrage in der Presse, die für eine Revision der 1917er-Beschlüsse eintraten und die Landesverteidigung unter Bedingungen befürworteten. Grimm schrieb etwa in einer Artikelserie in der *Berner Tagwacht*, dass der Kampf gegen den Faschismus im Landesinneren automatisch auch zum Kampf gegen den Faschismus mit militärisch organisierter Gewalt gegen aussen verpflichte. Wenn

men mit den Grundsätzen des Sozialismus harmoniere und dass ein Sozialismus, der etwas anderes anstrebe als die freie Entfaltung miteinander vereinter Menschen, eine Parodie auf seine eigenen Grundsätze sei. Vgl. Kolakowski, Hauptströmungen, Bd. 2, S. 275–278.

283 Vgl. Kindermann, Hitlers Niederlage, S. 97–102.

die SPS weiter die Legitimität der Landesverteidigung bestreite, würde sie damit den Einfall der «faschistischen Horden» begünstigen, die kurzen Prozess mit den Volksrechten und der Arbeiterbewegung machen würden.<sup>284</sup>

Ernst Reinhard publizierte eine umfassende Schrift zur Wehrfrage, in welcher er alle Punkte des Thesenpapiers über Faschismus und Landesverteidigung nochmals erläuterte. Er erweiterte dabei die Argumentationslinie um einige Punkte, insbesondere denjenigen, dass die Machtmittel des bürgerlichen Staates von heute die Machtmittel der sozialistischen Demokratie von morgen sein würden. Aus diesem Grund lohne es sich, das Militär aufzubauen. Nur so könne der sozialistische Staat von morgen die Angriffe der faschistischen Nachbarn abwehren.<sup>285</sup>

Die Antimilitaristen im revolutionär-klassenkämpferischen Flügel der SPS reagierten mit Empörung auf diese Vorschläge und wiesen sie allesamt zurück. Ihre Argumentation beschränkte sich dabei nicht nur auf die alten Parolen sondern reagierte direkt auf die neuen Ansichten, welche die Parteileitung verbreitete:

Wenn unsere neugebackenen Sozialpatrioten darauf hinweisen, dass die Verteidigung der Demokratie gegen alle Angriffe Hitler-Deutschlands eine Lebensfrage für die schweizerische Arbeiterklasse sei, so ist darauf Vielerlei zu antworten. Erstens [...]: welcher Vorteil liegt für die Werkstätigen der Schweiz darin, sich gegen das übermächtige Deutschland zu verteidigen, da doch kein Zweifel bestehen kann über die schliessliche Niederlage der Schweiz? [...] Der Unterschied liegt bloss darin [...], dass im Falle der Gegenwehr *Hunderttausende von Schweizern hingschlachtet* würden [...]. Zweitens bringt der Tag der Mobilmachung sofort die *Diktatur*. [...] Die demokratischen Rechte schützen wollen durch die Mobilisierung der Militärmacht, das mutet ungefähr an wie eine Feuerlöscherei mit Benzin.<sup>286</sup>

Überhaupt wurde die ganze Argumentation zugunsten der Landesverteidigung zerzaust und abschliessend mit dem Kommentar

284 *Berner Tagwacht*, 271–274, 18.–22.11.33.

285 Reinhard, *Landesverteidigung?*, S. 62.

286 Hugo Jordi. *Finanzprogramm, Landesverteidigung und Sozialdemokratie*. (Neue Sozialistische Schriftenreihe, 1). Zürich: Proletarische Einheit, 1933, S. 5f. Hervorhebungen gemäss Original.

bedacht, dass sowieso alles nur Vorwände der Sozialpatrioten<sup>287</sup> seien, um eine «Anbiederung an das Bürgertum» zu erreichen. Die Gegner der Landesverteidigung – soweit sie im revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügel zu finden waren – machten alternative Vorschläge, wie man in geeigneter Weise auf den Faschismus reagieren sollte. Sie sahen das Heil in der Provokation, im Aufbau bewaffneter sozialistischer Selbstschutzorganisationen sowie im Generalstreik. Diese Mittel hätten sich schon 1918 bewährt, nur dass damals die SPS und die Gewerkschaften noch viel schwächer gewesen seien als 1933 – der SPS-Parteileitung fehle nur der Mut und die Entschlossenheit von damals, alle Kampfmittel der Arbeiterschaft konsequent einzusetzen, da sie um ihre politischen Posten bangte.<sup>288</sup> Diese Kritik richtete sich insbesondere gegen den gewerkschaftlichen und den evolutionär-demokratischen Parteiflügel, da deren Angehörige viele Ämter auf kommunaler und kantonaler Ebene innehielten.

Der pazifistische Flügel zeigte sich ebenfalls empört über den Kurswechsel der Parteileitung, lehnte aber eine neuerliche Diskussion der Wehrfrage nicht prinzipiell ab, solange diese nicht zu einer Bejahung der militärischen Landesverteidigung führe, sondern «bloss eine neue Erläuterung, Klärung und Konkretisierung ihrer Haltung» sei.<sup>289</sup> Die Pazifisten wollten nämlich eine Verteidigung der Schweiz nicht mehr ausschliessen, diese sollte aber nicht mit militärischen Mitteln erfolgen, sondern durch den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung:

[D]urch den Aufbau einer auf Solidarität und soziale Gerechtigkeit gegründeten Volksgemeinschaft und der Überwindung der Geldherrschaft, welche die Fundamente aller wirklichen Demokratie zerstört und damit die Schweiz aufhebt, in der Beseitigung eines auf Egoismus und Ausbeutung beruhenden Gesellschafts-systems, welches die grosse Mehrheit der Angehörigen aller Völker einer sozialen und kulturellen Knechtschaft unterwirft und der Ersetzung derselben durch eine neue Ordnung des menschlichen Zusammenlebens.<sup>290</sup>

287 Siehe Anmerkung 143.

288 Jordi, Finanzprogramm, S. 14–16.

289 *Thesen zum Militärprogramm der Sozialdemokratie*. Zentralstelle für Friedensarbeit (Hg.). Zürich: o.J. (1933), S. 1.

290 Ebd., S. 2.

Ansonsten deckten sich die Argumente der Pazifisten mit jenen des revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügels. Die Pazifisten, die vornehmlich aus der französischen Schweiz stammten, betonten allerdings die möglichen Opfer eines Krieges und die Gefahr einer Spaltung der Schweiz entlang der Sprachgrenzen stärker.<sup>291</sup>

Schon zu Beginn der neuen Diskussion der Wehrfrage hatten sich also die Grenzen innerhalb der Gruppierungen der SPS verschoben. Die revolutionär-klassenkämpferische Gruppierung spaltete sich in zwei Untergruppen auf. Die eine befürwortete die Landesverteidigung, solange es gegen den Faschismus ginge, während die andere auch dafür ihre antimilitaristische Haltung nicht aufgeben wollte. Diese Untergruppe unterschied sich aber dennoch von den Pazifisten, da sie keineswegs gegen Gewalt war, aber in einem Bekenntnis der SPS zum Konzept der bürgerlichen, nationalen Verteidigung nach wie vor Verrat an der Arbeiterschaft sahen. Der evolutionär-demokratische Parteiflügel gewann hingegen durch die Unterstützung der Gewerkschaften zusehends an Einfluss, auch weil die Spaltung des revolutionär-klassenkämpferischen Flügels ob der Wehrfrage diesen stark schwächte.

Die dominierenden Geschäftsleitungsmitglieder Robert Grimm und Ernst Reinhard äusserten sich im Herbst 1933 befürwortend gegenüber einer Revision der 1917er-Beschlüsse geäussert und schlugen sich damit auf die rechte Seite des revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügels. Es schien sich also abzuzeichnen, dass die SPS verstärkt einen integrativen Kurs gegenüber dem Schweizer Politsystem verfolgen würde, und dass die Hauptdifferenzpunkte zu den übrigen Schweizer Parteien in der Wehr- und der Demokratiefra­ge revidiert würden. Die bürgerliche Presse und auch Teile der SPS warteten deshalb gespannt auf den Parteitag vom Frühjahr 1934, der ein Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung erwarten liess, wenn nun doch auch die «zähesten Revoluzzer» wie der Landesstreikführer Robert Grimm schon gefallen waren.<sup>292</sup>

291 Ebd., S. 3–8.

292 Das Einschwenken Robert Grimms auf eine landesverteidigungsfreundliche Haltung wurde etwa als «Jubiläumsgeschenk auf dem Gabentisch der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG)», die gerade ihr 100-jähriges Bestehen feierte, bezeichnet. Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 149f.



## 2.4 Wehrfrage und Schweizer Innenpolitik 1933

Im Verlauf des Jahres 1933 beeinflussten zwei innenpolitische Themen die Diskussion der Wehrfrage in der SPS oder wurden von dieser selbst beeinflusst: Der Abstimmungskampf um die Lex Häberlin II und die «100 Millionen-Kreditforderung» des EMD. Wie bereits aufgezeigt, war die Lex Häberlin II im Umfeld der Genfer Unruhen entstanden und ihre ursprüngliche Kernforderung war die Unterstrafestellung der Aufforderung von Soldaten zu Ungehorsam und Meuterei. Obwohl die Sozialdemokraten dem Gesetz faschistische Züge unterstellten, schienen sie es anfänglich dulden zu wollen. Als aber ein weiterer Artikel in das Gesetz eingebracht wurde, der die kritische Berichterstattung der Presse über die Armee einschränken sollte, sah die sozialdemokratische Presse ihre Freiheit gefährdet, über Missstände in der Armee und über frontistische Umtriebe im Offizierskorps zu berichten. So bekam die Lex Häberlin II für die SPS einerseits den Anstrich eines «faschistischen Ausnahmegesetzes», für den Bürgerblock andererseits denjenigen eines Bekenntnisses zu einer schlagkräftigen Armee. Nach dem Scheitern der Vorlage in der Volksabstimmung im Frühjahr 1934 vermieden es aber beide Parteien, den militärischen Aspekt der Vorlage weiter zu betonen, da es eher die mögliche Einschränkung der Freiheit überhaupt gewesen war, welche die Ablehnung provoziert hatte.<sup>293</sup>

Die Ablehnung der Lex Häberlin II leitete die sogenannte «Märzkrise» ein, da das Votum des Volkes als Misstrauensvotum gegen den Bundesrat aufgefasst wurde. Infolgedessen trat Bundesrat Häberlin zurück und etwas später überraschenderweise auch der rechtskatholische Musy.<sup>294</sup> Als Nachfolger wurden die als gemässigt geltenden Johannes Baumann (FDP) und Philipp Etter (KK) gewählt. Damit war die Sozialdemokratie ihre zwei schärfsten Gegner im Bundesrat losgeworden. Auf der anderen Seite musste die SPS aber auch neue Bedrohungen verzeichnen: Die Fronten und ihr nahestehende rechtskatholische Gruppierungen nahmen die Märzkrise zum Anlass, eine Initiative zur Totalrevision der Bundesverfassung zu lancieren, die zu einer Neugestaltung der Schweiz nach dem christlich-korporatis-

293 Ebd., S. 145f.

294 Über die Affäre «Straumann», die den Rücktritt Musys wohl massgeblich beeinflusst, aber nicht verursacht hatte siehe Kaiser, Bundesrat Jean-Marie Musy, S. 208–215.

tischen Vorbild Österreichs führen sollte.<sup>295</sup> Dazu konnte der Bundesrat im Parlament eine Einschränkung der Pressefreiheit durchsetzen,<sup>296</sup> die vor allem gegen Kritik linker Blätter an den Zuständen in Deutschland und Österreich gerichtet war.<sup>297</sup>

Das Armeebudget war zwar seit 1930 *de facto* nicht mehr an das «85 Millionen-Budget» gebunden, das EMD hatte aber trotzdem nicht signifikant mehr Mittel bewilligt bekommen. Für das Jahr 1933

- 295 Die Initiative auf Totalrevision der Bundesverfassung war das erste Volksbegehren der rechtsradikalen Erneuerungsbewegung um die Fronten. Das Instrument der Totalrevision sieht vor, dass dieses Begehren weder parlamentarisch behandelt, noch vom Bundesrat abgesegnet werden muss. Auch ist in der Volksabstimmung nur das einfache Volksmehr entscheidend und das Ständemehr nicht erforderlich. Bei einem positiven Ausgang der Abstimmung werden National- und Ständerat neu gewählt, um über eine neue Bundesverfassung zu beraten. In der Tat schienen die Fronten vor allem an dieser Neuwahl interessiert gewesen zu sein, da sie nicht bis zu den ordentlichen Nationalratswahlen 1935 warten wollten und bei sofortigen Neuwahlen einen Erdrutschsieg nach nationalsozialistischem Vorbild erwarteten. Die «Nationale Tatgemeinschaft für das Volksbegehren auf Totalrevision der Schweizerischen Bundesverfassung», welche die Initiative lancierte, war eine Sammelbewegung der politischen Rechten. Einig waren sich die Initianten aber nur darüber, dass die Bundesverfassung revidiert werden sollte, über den Inhalt dieser Revision bzw. die anzustrebenden Ziele bestand Uneinigkeit zwischen den Fronten, die einen zentralisierten Führerstaat anstreben und dem rechten Flügel der Katholisch-Konservativen, die einen Ständestaat nach italienisch-österreichischem Vorbild erreichen wollten. Die Initiative wurde am 8.9.1935 mit 511 578 Nein- zu 196 135 Ja-Stimmen verworfen. Sigg, Die eidgenössischen Volksinitiativen, S. 176–179 und Schmid-Ammann, Unterwegs von der politischen zur sozialen Demokratie, S. 32f. Zur Entwicklung und dem Verlauf der Bewegung für die Totalrevision siehe Peter Stadler. «Die Diskussion um eine Totalrevision der schweizerischen Bundesverfassung 1933–1935». In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Nr. 1, 1969, S. 75–169.
- 296 Dieser Beschluss des Bundesrates sah Massnahmen gegen Presseorgane vor, deren Berichterstattung geeignet schien, die guten Beziehungen zur anderen Staaten zu gefährden. Der Massnahmenkatalog reichte von Verwarnung bis zu einem befristeten Verbot. Der Bundesratsbeschluss galt allgemein als Reaktion auf die kritische Berichterstattung der sozialdemokratischen Presse über die Vorgänge im Deutschen Reich und in Österreich.
- 297 Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, S. 239–242. Die SPS sah sich in ähnlichem Zusammenhang 1935 zur Lancierung der Pressefreiheits-Initiative gedrängt, da der Bundesrat am 26.3.1934 auf deutschen Druck hin Notstandsmassnahmen zur Einschränkung der Pressefreiheit in der Schweiz beschlossen hatte. Diese Beschlüsse trafen vor allem Blätter des linken politischen Spektrums. Die Initiative kam allerdings nie zur Abstimmung und wurde 1975 abgeschrieben. Sigg, Die eidgenössischen Volksinitiativen, S. 192–194.

wurde das Budget wegen der Wirtschaftskrise gegenüber 1932 sogar noch gekürzt.<sup>298</sup> Im Sommer desselben Jahres trat jedoch Bundesrat Minger überraschend mit der Forderung nach einer Erhöhung des Militärbudgets auf 100 Millionen Franken an die Öffentlichkeit, da die Kriegsgefahr nach dem Scheitern der Rüstungsbeschränkungskonferenz und der Machtübernahme Hitlers dramatisch gestiegen sei. Deshalb stellten Neutralität und militärische Landesverteidigung, sprich Kriegsbereitschaft, die einzige mögliche Friedensgarantie für die Schweiz dar.<sup>299</sup>

Die armeefreundlichen Kräfte in der Schweiz erstarkten unter dem Eindruck der erhöhten Kriegsgefahr. Die «vaterländische» und pro-militärische Stimmung wurde von Bundesrat Minger in seiner Augustrede am Rundfunk noch gefördert, indem er den «antimilitaristischen Kräften» den Kampf ansagte. Die erste Kredittranche für das Militär von 20 Millionen wurde unter dem Eindruck der Volkstimmung vom Parlament problemlos bewilligt. Die zweite Tranche von 87 Millionen Franken sollte im November beraten werden und galt von bürgerlicher Seite als eine Art Testfall, um die veränderte Einstellung der SPS in der Wehrfrage zu prüfen.

Allgemein wurde mit einer Zustimmung gerechnet, da ja Robert Grimm offen für die Landesverteidigung eintrat. Die SPS wurde im Nationalrat sogar förmlich dazu eingeladen, «mit den bürgerlichen Mitgliedern des Rates, mit der grossen Mehrheit des Volkes, die Landesverteidigung zu bejahen.»<sup>300</sup> Die SPS-Fraktion lehnte die bürger-

298 Zur Wirtschaftskrise siehe das Kapitel II.3.1.

299 Als Podium für die Bekanntgabe der Kreditforderung diente Minger dabei die von rechts-bürgerlich-patriotischen Vereinen organisierte Vindonissa-Tagung am 9.7.1933. Vgl. *NZZ*, Nr. 1146, 25.6.33 und *VR*, Nr. 159, 10.7.33; Nr. 163, 14.7.33; Nr. 167, 19.7.33 sowie Nr. 172, 25.7.33. Zur Entstehung der Vindonissa-Tagungen siehe Heller, Eugen Bircher, S. 61–64.

300 Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 152.

liche Einladung jedoch ab, was an den Fällen «Pointet»<sup>301</sup> und «Fonjallaz»<sup>302</sup> sowie am «Zürcher Flaggenstreit»<sup>303</sup> lag: Erstens sei die SPS nicht mit dem Budgetdefizit einverstanden, das wegen dem Kredit entstehen würde. Zweitens seien die Arbeitslosen zu wenig berücksichtigt worden und die sozial gerechte Verteilung der Rüstungskosten sei ebenfalls nicht garantiert. Drittens könne die SPS das EMD nicht unterstützen, solange Offizierskreise versuchten, die Armee zu einem Instrument der gegen die Arbeiter gerichteten Klassenpolitik zu machen und sich anmassten, das Parlament unter Druck zu stellen und zu bevormunden, wie dies im Fall «Pointet» geschehen sei. Trotz der Ablehnung der SPS-Fraktion wurde der Kredit jedoch problem-

- 301 Bei der Ersatzwahl für den neuenburgischen Staatsrat standen sich im November 1933 der antimilitaristische SPS-Nationalrat Graber und ein Liberaldemokrat gegenüber. Als ein gewisser Georges Pointet für Graber die Werbetrommeln schlug, wurde sein militärischer Vorgesetzter darauf aufmerksam und verlangte von Pointet, der im Militär den Rang eines Leutnants bekleidete, dass er als Offizier eine Deklaration unterschreibe, in der er sich zur bedingungslosen Landesverteidigung bekenne. Darin war auch ein Passus enthalten, in der Pointet bestätigen sollte, dass er den Schiessbefehl auch gegen eine von Graber geführte Menge ausführen würde. Als Pointet sich weigerte, dies zu unterschreiben, wurde er vom EMD unter Umgehung der Neuenburger Behörden aus der Armee entlassen. Der Fall des sog. «Leutnant des Marxismus» empörte weite Kreise der SPS, auch der landesverteidigungsfreundlichen, und galt als Beweis für den faschistischen Geist im Offizierskorps. Vgl. Perrenoud, *Face aux guerres*, S. 494.
- 302 Der Fall «Fonjallaz» drehte sich um eine Romreise des Obersten Arthur Fonjallaz, Lehrer an der militärwissenschaftlichen Abteilung der ETH, bei der dies Benito Mussolini als *Duce* gehuldigt hatte. Deshalb wurde Fonjallaz von der ETH entlassen. Er galt fortan in linken Kreisen als herausragendes Beispiel für die frontistische Gesinnung des Offizierskorps.
- 303 Beim «Zürcher Flaggenstreit» handelte es sich um einen Konflikt zwischen der SOG und der Stadtzürcher Regierung. Als die SOG am 25./26.11.1933 in Zürich ihr Jubiläum feierte, wurde in einem anonymen Presseartikel kritisiert, dass der sozialdemokratisch beherrschte Zürcher Stadtrat keine Beflaggung der öffentlichen Gebäude angeordnet habe, was als Affront gegen das Offizierskorps empfunden werde. In dem anschliessenden Streit zwischen öffentlicher Meinung, SOG und Stadtregierung kam es zum Eklat, als die Regierung wirklich beschloss, die städtischen Amtshäuser nicht zu flaggen. Dies war tatsächlich eine Provokation, weil die Gebäude des Bundes und die Kirchen beflaggt wurden. Die *NZZ* griff darauf den sozialdemokratischen Stadtpräsidenten Emil Klöti, der auch Oberleutnant war, persönlich an, und beschuldigte ihn der Feigheit, da er für seine Kameraden nicht seinen Genossen die Stirn geboten habe. Klöti und auch die SPS reagierten geharnischt auf diesen Vorwurf, so dass die Sache noch ein längeres Nachspiel hatte. Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 150.

los bewilligt, womit das Parlament dem EMD insgesamt 107 Millionen Franken zusprach.<sup>304</sup>

Die Diskussion um die Skandale «Pointet» und «Fonjallaz» hatte noch eine längerfristige Wirkung auf die Behandlung der Wehrfrage in der SPS. Sie wurden von der antimilitaristischen Seite immer wieder als Beispiele für die faschistische Gesinnung im Offizierskorps angeführt. Diese vermutete Verbindung zwischen Faschismus und Armee wurde innerhalb der SPS zu einem der wichtigsten Argumente gegen eine Befürwortung der Landesverteidigung.

### 3 Der Weg zur Programmrevision

Das folgende Kapitel fasst die weitere SPS-interne Diskussion bis zum Parteitag 1935 in Luzern zusammen und zeigt die Einflüsse der nationalen und der internationalen Politik auf die Behandlung der Wehrfrage auf. In den Jahren 1933 und 1934 passte sich die SPS in zwei Hauptpunkten programmatisch dem übrigen Schweizer Polit-system an: Erstens in ihrer Einstellung gegenüber der Demokratie und zweitens vorerst eingeschränkt gegenüber der Landesverteidi-gung. Diese Anpassungen sind eine direkte Folge des Konzeptions-wandels im Winter 1932/33. Während aber die Frage der Demokratie schon im Frühjahr 1934 geklärt werden konnte, verzögerte sich die Diskussion um die Landesverteidigung weiter. Damit wurde die Wehrfrage zum letzten Differenzpunkt gegenüber dem politischen System der Schweiz. Demgemäss verteidigten die Gegner einer Systemintegration, die vornehmlich im revolutionär-klassenkämpfe-rischen und im pazifistischen Lager zu finden waren, ihre letzte Position hartnäckig.<sup>305</sup> Bezüglich der Fragestellung dieser Studie ist in diesem Abschnitt vor allem von Interesse, warum die Parteileitung der SPS eine Programmrevision einleitete und wer oder was sie dazu veranlasste. Ferner sollen die Gründe für die Verknüpfung der Revi-sion der Position in der Wehrfrage mit einer totalen Programmrevi-sion beleuchtet werden.

304 Ebd. S. 152

305 Vgl. Scheiben, Krise und Integration, S. 191f.

### **3.1 Wirtschaftskrise und Abwehrfront gegen den Faschismus**

Bevor die weiteren Ereignisse innerhalb der SPS zur Sprache kommen, die zu einer Revision des Parteiprogramms von 1920 führten, soll die Idee zur Bildung einer Abwehrfront gegen die Bedrohung des Faschismus und zur Überwindung der seit 1931 anhaltenden Wirtschaftskrise beleuchtet werden, da sie den Ausschlag zu der Revisionsdiskussion gab.

#### *3.1.1 Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Schweiz*

Dem New Yorker Börsenkrach vom 24. und 29. Oktober 1929 folgte eine internationale wirtschaftliche Depression, die «Weltwirtschaftskrise». Der steilste Niedergang der Wirtschaft erfolgte zwischen 1929 und 1932, wonach in den meisten Ländern wieder ein zum Teil beachtliches Wachstum einsetzte. Die schweizerische Wirtschaft brach zwar 1931 erst verspätet und weit weniger ein als die deutsche oder amerikanische, dafür blieb der Aufschwung bescheidener, so dass die Gesamtbilanz der Schweiz im internationalen Vergleich zu den schlechteren gehörte. Das verspätete Einsetzen der Krise, die anfänglich vor allem die Exportwirtschaft betraf, erklärte sich durch die günstige Entwicklung der schweizerischen Binnenwirtschaft durch eine Reihe grosser Bauprojekte. Auf den Tiefpunkt von 1932 folgte eine bis 1936 anhaltende Stagnation, in der die Arbeitslosigkeit kontinuierlich auf über fünf Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung anstieg. Die anschliessende kurze Erholung war auf die internationale Rüstungskonjunktur im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges zurückzuführen.

Die Weltwirtschaftskrise hinterliess im Bewusstsein der politisch gespaltenen Bevölkerung tiefe Spuren. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten erhofften sich bis zu den Genfer Unruhen eine baldige Sozialisierung der Wirtschaft, während die politische Rechte das Heil in autoritären, korporativen und faschistischen Ideen sah. Die stärksten Auswirkungen hatte die 1933 einsetzende Auseinandersetzung über die Krisenursachen und die zu ergreifenden Gegenmassnahmen. Der Bundesrat sowie die etablierte Nationalökonomie gingen von der Überinvestitionstheorie aus und lehnten deshalb eine aktive Konjunkturpolitik ab. Die SPS und die gewerkschaftlichen Analytiker wie Max Weber und Fritz Marbach stützten sich hingegen auf die Unterkonsumptionstheorie und verlangten Staatsinterven-

tionen bis hin zur Einführung der Planwirtschaft. Ihren Höhepunkt erreichte die wirtschaftspolitische Debatte 1934/35 mit der Kriseninitiative.

Wegen der politischen Spannungen setzte der Bundesrat ab 1931 seine Krisenpolitik mit dem Mittel der Dringlichkeitsklausel durch, wodurch bis 1938 91 Bundesgesetze und Beschlüsse dem Referendum entzogen wurden. Dieses in sozialdemokratischen Augen undemokratische Vorgehen wurde von der SPS aufs Heftigste kritisiert.<sup>306</sup>

Die Sozialdemokratie wurde von der Krise letztlich völlig unvorbereitet getroffen. Obwohl der Marxismus in der Theorie das Auftauchen einer solchen Krise prophezeit hatte, fehlte eine klares alternatives Programm zur bürgerlichen Deflationspolitik. Ein sozialistisches Krisenprogramm, das die Arbeiterschaft einerseits vor Not bewahren und andererseits einen Ausweg aus der Krise weisen sollte, musste erst erarbeitet werden.<sup>307</sup>

Die Interpretation der Wirtschaftskrise durch die SPS war von zwei Punkten geprägt: Erstens von der Wahrnehmung der Krise als Überproduktionskrise und zweitens von deren Kennzeichnung als Krise des Kapitalismus und somit als Dauerkrise. Dies führte dazu, dass die SPS die Verwirklichung des Sozialismus nicht mehr als ein Resultat der kapitalistischen Prosperität, sondern als Resultat der kapitalistischen Krise interpretierte. Aus der Charakterisierung der Krise als Unterkonsumptions- oder Überproduktionskrise leitete sich der wichtigste Grundsatz der sozialdemokratischen Krisenpolitik her, die Erhaltung der Kaufkraft und die Bekämpfung der bürger-

306 Vgl. Jost, *Bedrohung und Enge*, S. 779–783; Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, S. 199–216 und *Historisches Lexikon der Schweiz*, Bernhard Degen, «Weltwirtschaftskrise».

307 Vgl. Hardmeier, *Geschichte der sozialdemokratischen Ideen*, S. 60–62.

lichen Deflationspolitik.<sup>308</sup> Diese Politik resultierte aus der Befürchtung, der Abbau der Preise und der Einkommen führe schliesslich nur zu einem Lohnabbau für die Arbeiterschaft. Der Misserfolg der deutschen Deflationspolitik förderte noch die ablehnende Haltung der SPS gegenüber allen Abbauplänen.<sup>309</sup>

### 3.1.2 Die SPS zwischen Kriseninitiative und «Plan der Arbeit»

Die SPS beschäftigte sich ab 1930 mit den Problemen der Wirtschaftskrise.<sup>310</sup> Zu den Nationalratswahlen 1931 veröffentlichte die Geschäftsleitung eine Resolution, in der sie nicht nur eine Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit, sondern auch den Übergang zur Planwirtschaft, die Organisation der Volkswirtschaft und die staatliche Kontrolle der Schlüsselindustrien sowie der Banken und Versicherungen forderte.<sup>311</sup> Im Sommer 1933 konkretisierten sich diese Ideen in einem Wirtschafts- und Aktionsplan, der von der Parteileitung zusammengestellt wurde und die wichtigsten Postulate der Arbeiterschaft zusammenfasste. Neben den Forderungen von 1931 beinhaltete der Plan die Errichtung von Aussenhandelsmonopolen

308 Die Deflation wurde durch den Zusammenbruch der schweizerischen Exportindustrie ab 1930 ausgelöst. Die Ausfuhr ging wegen der sinkenden Kaufkraft im Ausland und der protektionistischen Massnahmen vieler Länder stark zurück. Ab 1931 verschlimmerte der Übergang mehrerer Staaten zum Clearing die Situation zusätzlich. Besonders betroffen waren die Textil-, die Uhren- und die Metallindustrie sowie der Maschinenbau. Gut hielten sich dagegen ein Grossteil der Binnenwirtschaft sowie die exportorientierte chemische Industrie. Schwer getroffen wurden die Banken, deren Bilanzsumme bis 1934 um ein Fünftel sank – mehrere Banken gerieten in Schwierigkeiten und mussten schliessen. Auch die Landwirtschaft litt unter einem Zerfall der Preise, die 1935 fast wieder auf dem Niveau von 1914 lagen. Absatzschwierigkeiten für Milchprodukte auf dem Weltmarkt verlangten zudem eine Umorientierung auf den Binnenmarkt. Die Deflation beeinträchtigte ganz allgemein den Konsum, da die Verbraucher Kaufentscheide möglichst lange aufschoben, um vom zu erwartenden Preiszerfall zu profitieren. Erst die spät erfolgte Abwertung des Schweizer Frankens am 26.9.1936 durchbrach den deflationären Trend und erhöhte die Konkurrenzfähigkeit schweizerischen Unternehmen auf dem Weltmarkt wieder. Da der Bundesrat eine aktive Krisenpolitik ablehnte und den Preiszerfall sogar noch durch seine Sparmassnahmen förderte, wurde eine Wirtschaftspolitik von linker Seite als «Deflationspolitik» bezeichnet. Vgl. Historisches Lexikon der Schweiz, Bernhard Degen, «Weltwirtschaftskrise».

309 Vgl. Schmid-Ammann, Unterwegs von der politischen zur sozialen Demokratie, S. 38–40.

310 SPS-Geschäftsbericht 1930, S. 10f.

311 SPS-Parteitagprotokoll 1931, S. 158.



und einen umfassenden Arbeitsbeschaffungsplan. Weiter sollte auf die Vermögen eine Krisensteuer erhoben und die Bauern und das Kleingewerbe entschuldet werden. Die Grundlage für die erfolgreiche Durchsetzung des Aktionsplanes sollte ein Zusammenschluss der Arbeitenden aller Stände, also der Privatarbeiterschaft, der Kleinbauern und der Kleingewerbler in einer «Einheitsfront aller Werktätigen» bilden.<sup>312</sup>

Ab Januar 1934 bildete die SPS mit dem Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) eine paritätische Wirtschaftskommission, die sogenannte «16er Kommission», die den Aktions- und Wirtschaftsplan auf der Basis des konstruktiven Sozialismus von Hendrik de Man weiterentwickelte.<sup>313</sup> Unter der Federführung von Hans Oprecht wurde so der «Plan der Arbeit» geschaffen, ein Krisenprogramm, das eine weitgehende Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vorsah. Die Basis dafür sollte durch eine Änderung der politischen Machtverhältnisse und durch die Bildung einer «antikapitalistischen Einheitsfront», einer Volksbewegung aus Arbeitern, Bauern, Kleingewerblern und Intellektuellen, gelegt werden. Der «Plan der Arbeit» forderte die Organisierung des Kredits als öffentlichen Dienst, Verstaatlichung der Grossbanken und Versicherungen, die Sozialisierung der Grossunternehmen, den Schutz der Landwirtschaft durch Entschuldung der Kleinbauern, den Schutz der Handwerker und Kleingewerbetreibenden, die Durchsetzung einer sozialen Bau-, Boden-, und Mietpolitik sowie weitgehende Arbeitsbeschaffungsprogramme und die Einführung des Plans für die Exportwirtschaft.

312 SPS-Geschäftsbericht 1933 und 1934, S. 53–55.

313 Der konstruktive Sozialismus beruhte auf der Einsicht, dass die Industriearbeiterschaft alleine nicht imstande sei, in absehbarer Zeit auf demokratischem Wege die Macht zu erobern. Dennoch sollte sich die sozialistische Bewegung vorbehaltlos zur Demokratie bekennen und versuchen, verschiedene politische Kräfte unter ihrer Führung zusammenzufassen, so die Bauernbewegung und das Kleingewerbe, um eine tiefgreifende Umgestaltung der Wirtschaft zu erreichen, damit die Krise überwunden werden könnte. Der Staat sollte sodann das Wirtschaftsleben planen und damit wieder anregen, ohne allerdings die Produktionsmittel zu verstaatlichen. Siehe dazu Hendrik de Man. *Le socialisme constructif*. Paris: Alcan, 1933; *Der Plan der Arbeit. Ein Ausweg aus Krise und Not*. Parteitag der SPS in Luzern. o.O., 1935 und Kersten Oschmann. *Über Hendrik de Man. Marxismus, Plansozialismus und Kollaboration – ein Grenzgänger in der Zwischenkriegszeit*. Dissertation Universität Freiburg i.Br. Freiburg i.Br., 1990.

Da diese Forderungen dem SGB viel zu weit gingen und die Ideenskizze seines wirtschaftlichen Vordenkers Max Weber, die weit zurückhaltender formuliert war, keine Mehrheit fand, beschloss der SGB im Frühjahr 1934, eine eigene Initiative zu lancieren, ohne die SPS bei der Ausarbeitung oder im Abstimmungskampf zu beteiligen.<sup>314</sup> Infolgedessen wurde die SPS im April 1934 vor die Tatsache gestellt, dass der SGB zusammen mit der Bewegung um die Wochenzeitung *Die Nation*,<sup>315</sup> dem «Föderativverband des Personals öffentlicher Dienste» und der «Nationalen Aktionsgemeinschaft zur Bekämpfung wirtschaftlicher Krisen und Not (NAG)»<sup>316</sup> das «Volksbegehren zur Bekämpfung von Krise und Not», auch Kriseninitiative genannt, lancieren werde.<sup>317</sup> Dadurch wurde die Propagierung und Durchführung des «Plans der Arbeit» von vorneherein in Frage

314 An den Beratungen über die Lancierung der Kriseninitiative waren die Vertreter des SGB, der bürgerlichen Angestellten- und Beamtenverbände, der Schweizerischen Bauernheimatbewegung, der Zürcher und Bündner Demokraten und der Freiwirtschaftler beteiligt. Schmid-Amman, *Unterwegs von der politischen zur sozialen Demokratie*, S. 41f.

315 Siehe S. 90.

316 Der NAG gehörten u.a. an: Der Verband der Schweizerischen Angestelltenverbände, der Christlichnationale Gewerkschaftsbund, der Schweizerische Verband Evangelischer Arbeiter und Angestellter, der Schweizerische Lehrerverein und die Schweizerische Bauernheimatbewegung. Siehe *Überwindung der Krise durch die Kriseninitiative*. Schweizerisches Aktionskomitee zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise (Hg.). Bern: 1935, S. 69.

317 Die Kriseninitiative strebte eine Ergänzung der Bundesverfassung an, um die Wirtschaftskrise mit Hilfe folgender binnenstaatlicher Lenkungsmassnahmen überwinden zu können: a) Kampf gegen den Lohnabbau und die Senkung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugerpreise. b) Einführung eines Lohn- und Preisschutzes, Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen und Neuordnung der Arbeitsvermittlung. c) Entlastung unverschuldet in Not geratener Betriebe, Gewährung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung und Krisenhilfe, Förderung des Exports und des Fremdenverkehrs. Zur Durchführung dieses auf fünf Jahre beschränkten Notprogramms sollte der Bund sich Kredite durch Ausgabe von Prämienobligationen und Aufnahme von Anleihen beschaffen sowie zeitweise die Handels- und Gewerbefreiheit beschränken. Die Initiative wurde am 2.6.1935 mit 567 425 Nein- gegen 425 242 Ja-Stimmen abgelehnt und war die erste Initiativabstimmung, die zu einer Art Plebiszit über die Regierungspolitik des Bundesrates wurde, da beide Seiten eine grundsätzliche Entscheidung über die weitere Krisenpolitik suchten. Ein Abdruck des Initiativtextes findet sich in der *RR*, 13 Jg. Nr. 10, Juni 1934. Vgl. Max Weber. «Der Kampf um die Krisen-Initiative». In: Ulrich Kägi (Hg.). *Unterwegs zur sozialen Demokratie. Festschrift zum 75. Geburtstag von Hans Oprecht*. Zürich: Europa, 1969. S. 39–56 und Sigg, *Die eidgenössischen Volksinitiativen*, S. 184–188).

gestellt.<sup>318</sup> Dieser hätte zusammen mit dem neuen SPS-Parteiprogramm gebilligt und mit grossem Aufwand der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen. Da aber die Abstimmung über die Kriseninitiative, die mit einer Rekordzahl an Unterschriften erfolgreich eingereicht wurde, erst auf den 2. Juni 1935 fiel, war die SPS durch das Vorhaben des SGB blockiert.

Mit dem Eklat zwischen SPS und SGB wegen der Kriseninitiative sank die Stimmung zwischen den beiden Arbeiterorganisationen auf einen Tiefpunkt. Die Entzweiung hatte schon mit der Programänderung des SGB 1928 begonnen und sich in den unterschiedlichen Abstimmungsparolen zum eidgenössischen Finanzprogramm und zur Lex Häberlin II manifestiert.<sup>319</sup> Hauptsächlich äusserten sich die Spannungen in den Punkten Wehr- und Demokratiefrage, in denen der SGB die SPS zu schnellen Reformen drängte.

In Zusammenhang mit der Kriseninitiative ist auch der Aufstieg der überparteilichen gewerkschaftsnahen Zeitung und Bewegung *Die Nation* zu verstehen. Die Zeitung war 1933 gegründet worden und kann aufgrund ihrer politischen Aktivitäten und Zielsetzungen auch als Bewegung angesehen werden. Ihre Hauptprotagonisten waren die Bauernpolitiker Andreas Gadiet und Paul Schmid-Ammann, der Jungfreisinnige Fritz Zellweger und die beiden Sozialdemokraten und Gewerkschafter Max Weber und Fritz Marbach. Die *Nation* war hauptsächlich vom SGB getragen und schlug einen reformistischen, verständigungsorientierten und antifaschistisch-antiständischen Kurs ein. Sie versuchte, die Basis für eine neue «Volksgemeinschaft» zu bilden, um die wirtschaftliche wie die politische Krise zu überwinden. Die von der *Nation* angestrebte neue politische Allianz unterschied sich dabei wesentlich von der «antikapitalistischen Abwehrfront» der SPS, weil sie sich klar von

318 Siehe SPS-Geschäftsbericht 1935, S. 12. Vgl. auch Scheiben, Krise und Integration, S. 216–220 und, zum Verhältnis zwischen SPS und SBG, Kübler, Integration des Gewerkschaftsbundes, S. 370–378.

319 Der «Bundesbeschluss über die ausserordentlichen und vorübergehenden Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts im Bundeshaushalt» vom 13.10.1933 wurde durch die Aufnahme der Dringlichkeitsklausel der Volksabstimmung enthoben. Dem SBG war der Bundesbeschluss als annehmbarer Kompromiss erschienen, wogegen die SPS ihn als inhaltlich ungenügend beurteilte, aber vor allem den Abbau der Demokratie durch die Anwendung der Dringlichkeitsklausel beklagte. Im Nationalrat stimmten die gewerkschaftlich engagierten Mitglieder der SPS für den Beschluss und der Rest der Fraktion dagegen.

den Kommunisten abgrenzte und nur auf die links-demokratische bürgerliche Bewegung ausgerichtet war. Die *Nation* anerkannte die Landesverteidigung kompromisslos und begann ab 1934 durch Max Weber und Fritz Marbach publizistischen Einfluss auf die Revisionsdebatte in der SPS zu nehmen.<sup>320</sup>

### 3.2 Die Positionen in der Wehrfrage zu Beginn des Jahres 1934

Die Argumente der Gegner und Befürworter der Landesverteidigung zum Jahreswechsel 1933/34 sind bereits aufgezeigt worden. Im folgenden Abschnitt wird noch näher darauf eingegangen, welche Entwicklungen die Argumentationslinien der beiden Streitparteien bis zum in Aussicht gestellten Parteitag vom Frühjahr 1934 erfuhren.

Die Gruppe der Befürworter der Landesverteidigung setzte sich aus den Angehörigen der evolutionär-demokratischen Gruppierung und «konvertierten» Angehörigen der revolutionär-klassenkämpferischen Gruppierung zusammen. So wurde ein neuer Flügel innerhalb der Partei gebildet, der aus Kräften bestand, die eine Integration der SPS in die politischen Strukturen der Schweiz anstrebten, um so eine Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus zu bilden. Der so verstärkte evolutionär-demokratische und der gewerkschaftliche Parteiflügel gingen eine Allianz ein, die eine Revision des Parteiprogramms von 1920 in all den Punkten anstrebte, welche eine weitere Integration der SPS in das Schweizer Politsystem verhinderten. Die «konvertierten» Angehörigen der revolutionär-klassenkämpferischen Gruppierung standen aber nicht völlig hinter diesem Begehren. Ihnen schwebte eher eine Annäherung mittels einer Neuinterpretation des bestehenden Parteiprogramms vor, und keine Neupositionierung der SPS. Sie verlangten, dass die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie mindestens auf halbem Wege mit Zugeständnissen entgegenzukommen hätten.

Die Argumente der Befürworter der Landesverteidigung beinhalteten anfangs 1934 im Wesentlichen die Ansichten, dass erstens die gewaltsame Verteidigung der Schweiz nie abgelehnt worden sei, sondern nur die bürgerliche Form der Landesverteidigung, und dass

320 Zur Bewegung «Die Nation» und zum Begriff «Volksgemeinschaft» siehe Anmerkung 24 und Paul Schmid-Amman. *Unterwegs von der politischen zur sozialen Demokratie. Lebenserinnerungen von Paul Schmid-Amman*. Zürich: Morgarten, 1978, S. 29–33. Die Bewegung um die *Nation* war auch eine Vorläuferin der Richtlinienbewegung. Siehe dazu Morandi, *Krise und Verständigung*, S. 43–74.

zweitens die SPS sofort zu einer Befürwortung der Landesverteidigung übergehen müsse, wenn bestimmte Bedingungen von Seiten des Schweizer Staats erfüllt seien. Eine Umsetzung dieser Bedingungen hätte eine Umgestaltung des Schweizer Staatswesens in eine sozialistische Demokratie bedeutet.<sup>321</sup> Deshalb konnte Arthur Schmid etwa darauf hinweisen, dass es bei der Befürwortung der Landesverteidigung nur um die sozialistische Landesverteidigung ginge, weshalb sich auch kein Widerspruch durch die Ablehnung der Kredite der bürgerlichen Landesverteidigung ergeben würde.<sup>322</sup> Der gewerkschaftliche Parteiflügel wollte in diesem Punkt aber weitergehen: Er vertrat die Ansicht, es lohne sich nicht, nur eine sozialistische Schweiz zu verteidigen, sondern auch eine Schweiz, in der die SPS «gemeinsam mit den ihr nahestehenden Volksschichten an der Macht ist». Darunter verstanden die Gewerkschaften die Vision einer Schweiz, regiert von einer «Abwehrfront» zwischen Mittelstand, Bauern und Arbeitern, wie sie in Belgien an der Macht war.<sup>323</sup>

Die Gegner der Landesverteidigung fanden sich sowohl im Lager der Pazifisten und als auch im Lager des revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügels. Sie hatten deshalb gegenüber den Befürwortern einen gewaltigen Nachteil aufzuweisen: Beide Gruppen ihrer Allianz strebten zwar das gleiche Ziel an, hatten dafür aber verschiedene Motive. Während die Pazifisten die Landesverteidigung aus moralischen Gründen verwarfen, fand die revolutionär-klassenkämpferische Gruppierung ihre Vorbehalte in der marxistischen Ideologie verankert. Aufgrund der Stimmabgaben in der Militarismuskommission und der Äusserungen in der Presse kann festgestellt werden, dass die Gräben in der Wehrfrage noch weitere Verzweigungen ausserhalb der bisherigen Fronten aufwiesen. So waren zum Beispiel die

321 Ernst Reinhard wies sodann darauf hin, dass die Sowjetunion zum Jahreswechsel 1933/34 die «Ära des bürgerlichen Pazifismus» für beendet erklärt und der Welt ihre Kriegsbereitschaft verkündet habe. Sodann zog er eine Parallele von der Haltung der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion zu der antimilitaristischen Haltung des linken Flügels der SPS und der Kommunisten, um sie der Lächerlichkeit preiszugeben. Ernst Reinhard. «Zur Wehrfrage». In: *RR*, 13 Jg., Nr. 5, Jan. 1934, S. 129–135, S. 1 und 133.

322 Arthur Schmid. «Um die Revision der Beschlüsse des Parteitages 1917. Eine Betrachtung der heutigen Situation.» In: *RR*, 13 Jg., Nr. 5, Jan. 1934, S. 135–143, 141.

323 Hans Oprecht. «Der Krieg droht! – Was nun?» In: *RR*, 13 Jg., Nr. 5, Jan. 1934, S. 147–150, 149.

Französischsprachigen, die Frauen und auch die Jungsozialisten fast geschlossen gegen die Landesverteidigung eingestellt.<sup>324</sup> Es sollte die Parteileitung der SPS deshalb sehr überraschen, wie einig sich die Gegner in der Ablehnung der Programmrevision waren, obwohl ihre Gruppierung so heterogen zusammengesetzt war.

Die Argumente der Gegner der Landesverteidigung waren in etwa dieselben wie 1917. Sie lehnten jede Art nationaler Verteidigung als unsozialistisch ab und erkannten in einem Nachgeben in der Wehrfrage nur den verwerflichen Versuch der Parteileitung, mit dem Kapitalismus zu kollaborieren und somit die Arbeiterschaft zu verraten. Manche sahen in einem Nachgeben in der Wehrfrage auch einen «Patriotismus aus Angst».<sup>325</sup> Die Pazifisten glaubten ferner nicht daran, dass die Schweiz mit Gewalt das Hereinbrechen eines Krieges verhindern könnte, und erhofften sich von einer total abgerüsteten Schweiz eine Vorbildfunktion für Europa. Die Hauptargumente beider Gruppierungen gegen eine Unterstützung der Armee waren einerseits die faschistischen Umtriebe im Offizierskorps und andererseits die Einsätze der Armee gegen die Arbeiterschaft. Ludwig Frank etwa schrieb in der *Roten Revue*:

Der Sozialist, der für die militärische Landesverteidigung als Abwehr des Faschismus eintritt, wird im entscheidenden Augenblick die Erfahrung machen, dass es dieser «Landesverteidigung» gar nicht einfällt, ihn vor dem Faschismus zu bewahren.<sup>326</sup>

Die Geschäftsleitung übergab im November 1933 ihr Thesenpapier über Faschismus und Landesverteidigung einer Spezialkommission zur weiteren Prüfung.<sup>327</sup> Diese Kommission war aus Vertretern aus allen Landesgegenden und aus allen Gruppierungen der SPS zusammengesetzt. Im Januar 1934 legte sie unter dem Titel «SPS und Wehrfrage» zuhanden des Parteivorstandes und des Parteitages eine revidierte Fassung der Thesen der Geschäftsleitung vor. Allerdings

324 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 381, Anmerkung 82 und Roland Ruffieux. *La Suisse de l'entre-deux-guerres*. Lausanne: Payot, 1974, S. 249f.

325 So etwa die Jungsozialisten. (Brief der JSB an die SPS-Geschäftsleitung, 12.01.34. SOZ, Ar. 1.126.19, SPS und Militär, Korrespondenz 1930–60). Siehe auch Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistischen Bewegung (JSB). *Jungsozialisten zur Wehrfrage*. (Jungsozialistische Schriftenreihe, 1). Jungsozialistische Bewegung Zürich (Hg.). Zürich, o.J.

326 Ludwig Frank. «Militär gegen Faschismus?». In: *RR*, 13. Jg., Nr. 5, Jan. 1934, S. 143–146, S. 145.

327 Siehe Kapitel II.2.1.

konnte sich die Kommission nicht auf eine gemeinsame Version einigen, weshalb auch ein Text kursierte, der die Anträge der Minderheit beinhaltete. Der überarbeitete Text des Mehrheitsantrages war kürzer und konziser als derjenige der Geschäftsleitung, verzichtete jedoch ebenfalls nicht auf ein ideologisches und theoretisches Ornat. Die ursprünglichen, sich teilweise widersprechenden Forderungen waren zusammengefasst, aber keineswegs präzisiert worden. Zuerst wurde die durch den Faschismus veränderte Lage in Europa erörtert, um dann zu einer Analyse der innenpolitischen Situation der Schweiz zu gelangen:

In der Schweiz hat die fascistische Entwicklung des Auslandes ihren Niederschlag gefunden in der nationalistischen Frontenbewegung, in der Verschärfung des militaristischen Geistes, in den Anfängen der Fascisierung des Offizierskorps, in einer organisatorischen und technischen Erweiterung des Heeresapparates und in einer gewaltigen Steigerung der Rüstungsausgaben. Dieser Niederschlag ist begleitet durch den Versuch, das Parlament und die öffentliche Meinung unter die Botmässigkeit von antidemokratischen Offizierskreisen und der Fronten zu bringen, die parlamentarische Entschliessungsfreiheit durch ausserparlamentarische Druckmittel zu beseitigen, die Zugehörigkeit zur Armee von der politischen Einstellung des Bürgers abhängig zu machen und die unter bürgerlicher Ideologie und Leitung stehende Landesverteidigung zum obersten Gesetz zu gestalten, dem alle anderen Fragen unterzuordnen seien. Diesen Erscheinungen muss sich die werktätige Bevölkerung mit aller Entschiedenheit entgegensetzen.<sup>328</sup>

Einleitend hatte die Kommission also ihre Sicht der politischen Situation der Schweiz Ende 1933 klar einfließen lassen. Anschliessend stellte der Mehrheitsantrag der Kommission fest, dass die SPS gewillt sei, die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes gegen alle Angriffe von innen und aussen zu verteidigen, wobei der wirksamste Schutz gegen den Faschismus eine Politik des sozialen Fortschritts

328 SPS und Wehrfrage. Entwurf zuhanden des Parteitages der vom Parteivorstand eingesetzten Spezialkommission. SOZ, Ar. 1.111.6, Jan.–Mai 1934. Beilage zur Einladung zur Sitzung des Parteivorstandes vom 20./21.1.34. Die Thesen erschienen in gedruckter Form im SPS-Geschäftsberichte 1933/1934, S. 101f. und auch in der *Roten Revue*: «Die Thesen zur Wehrfrage». In: *RR*, 13. Jg., Nr. 5, Jan. 1934, S. 150–153.

im Innern sei. Falls diese Politik versagen sollte, dann wäre die SPS bereit, «im Interesse der proletarischen Klassenverteidigung» einer militärischen Notwehr zuzustimmen. Sogleich wurde noch weiter präzisiert:

Diese Einstellung bedeutet weder ein Bekenntnis zu den Grundsätzen der bürgerlichen Landesverteidigung, noch eine Preisgabe des Standpunktes des selbständigen proletarischen Klassenkampfes, also weder Sozialpatriotismus, noch Burgfriedenspolitik. Die SPS wird sich die eigene Stellungnahme zu allen Fragen der Heeresorganisation und der Heeresausbildung, der Truppenausrüstung und der Militärkredite vorbehalten und diese Fragen nicht zuletzt in ihrem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenhang würdigen.<sup>329</sup>

Wie die ursprünglichen Thesen bewahrte also auch dieser Text eine gewisse Unschärfe, was die Verhandlungsbasis für eine Zustimmung der SPS zur Landesverteidigung betraf. Geschickt wurde darauf hingewiesen, dass selbst bei einer Zustimmung zum Prinzip der Landesverteidigung der Handlungsspielraum für die SPS offen bleibe, von Fall zu Fall über alle einzelnen Aspekte der Landesverteidigung zu entscheiden.

Der Minderheitsantrag wurde unter dem Namen von Friedrich Schneider aus Basel vorgestellt. Er sollte in der folgenden Debatte zu einem der Hauptwortführer der Gegner einer Revision der Haltung der SPS in der Wehrfrage werden. In diesem Antrag wurde dem Parteitag vorgeschlagen, auf eine Diskussion der Wehrfrage überhaupt nicht einzutreten, da die SPS die Verantwortung für die militärische Landesverteidigung auch in der faschistischen Epoche der kapitalistischen Entwicklung ablehnen müsse. Dass die Sozialdemokratie eine sozialistische Schweiz verteidigen würde, verstehe sich von selbst, dazu sei keine Programmrevision nötig.<sup>330</sup>

Beide Anträge zur Wehrfrage hätten dem Parteitag im Frühjahr 1934 vorgelegt werden sollen, um die neue Haltung der SPS offiziell und verbindlich im Parteiprogramm zu verankern. Da der Widerstand gegen eine solche Revision aber sehr heftig ausgefallen war

329 SPS und Wehrfrage. Entwurf zuhanden des Parteitages der vom Parteivorstand eingesetzten Spezialkommission. SOZ, Ar. 1.111.6, Jan.–Mai 1934. Beilage zur Einladung zur Sitzung des Parteivorstandes vom 20./21.1.34.

330 S.P.S. und die Wehrfrage. Die Anträge der Minderheit. SOZ, Ar. 126.19, SPS und Wehrfrage, Korrespondenz 1930–60.



und eine Annahme des Mehrheitsbeschlusses der Spezialkommission fraglich erschien, beschloss die Parteileitung, das Traktandum kurzfristig wieder von der Tagesordnung des Parteitages zu streichen. Offenbar fürchtete die Parteileitung die Spaltung der Partei, da diese Drohung verschiedentlich geäußert worden war. Man beschloss deshalb, das Traktandum «Wehrfrage und Sozialdemokratie» gemeinsam mit dem «Plan der Arbeit», für dessen Durchführung «weite Kreise der Bevölkerung» gewonnen werden sollten, einem Sonderparteitag im Herbst 1934 vorzulegen.<sup>331</sup> Dieser taktische Zug wurde von den Gegnern der Landesverteidigung als «Schiebung» und «zweideutige Schlaumeierpolitik der Parteiführer» verurteilt, formal konnten sie aber nicht an dem Entscheid rütteln.<sup>332</sup>

Die Parteileitung hoffte, dass sich einerseits die neue Haltung in der Wehrfrage mit etwas mehr Zeit besser begründen und darlegen lasse und andererseits zusammen mit der «antikapitalistischen Abwehrfront», wie sie im Rahmen des «Plans der Arbeit» vorgesehen war, auch eher programmatisch verankert werden könnte. Die neue Position in der Wehrfrage, wie sie von der Parteileitung beschlossen worden war, sollte bis dahin durch eine Neuinterpretation der bestehenden früheren Beschlüsse vollzogen werden. Tatsächlich änderte sich nämlich die praktische Politik der SPS sofort, nachdem die Geschäftsleitung ihre Thesen zu Faschismus und Landesverteidigung vorgelegt hatte. Die sozialdemokratische Nationalratsfraktion verzichtete im Dezember 1933 erstmals darauf, einen formellen Antrag auf Ablehnung des Militärbudgets zu stellen, obwohl sie den ausserordentlichen Rüstungskredit von 82 Millionen Franken gleichzeitig ablehnte.<sup>333</sup>

Auf der bürgerlichen Seite wurden die «Thesen zur Wehrfrage» alles andere als gnädig aufgenommen. Die *NZZ* fasste die bürgerlichen Vorbehalte zusammen:

331 Der Antrag, ob überhaupt noch über die Wehrfrage diskutiert werden sollte fiel mit 34 zu 8 Stimmen positiv aus. Der Verschiebungsantrag wurde mit 36 zu 7 Stimmen angenommen. Protokoll PV, 16.1.34. SOZ, Ar. 1.111.6, Protokolle GL und PV, Jan.–Mai 34.

332 Hugo Kramer in der *St. Galler Volksstimme*, 23.1.34. Für diese Bemerkungen wurde er von der Geschäftsleitung scharf getadelt. Protokoll GL, 30.1.34. SOZ, Ar. 1.111.6, Protokolle GL und PV, Jan.–Mai 1934 und SPS-Geschäftsberichte 1933 und 1934, S. 62.

333 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 208.

Die Thesen, betitelt «S.P.S. und Wehrfrage», sind in der Tat der schlimmste und faulste Kompromiss, den die sozialistischen «Je nachdem»-Politiker bisher ausgeknobelt haben; von einem klaren und ehrlichen Bekenntnis zur Landesverteidigung, wie es heute gewiss auch weite Kreise der Arbeiterschaft von ihren Führern erwarten, ist darin keine Spur zu finden.<sup>334</sup>

Insbesondere störte sich die *NZZ* an der Einschränkung, dass die SPS die Demokratie nur gegen den Faschismus verteidigen wolle, da doch auch eine Bedrohung durch den Marxismus möglich sei. Damit könne einwandfrei bewiesen werden, dass es nur «die Angst vor dem Konzentrationslager» sei, welche die SPS zu diesen neuen Winkelzügen in der Wehrfrage veranlasst habe.<sup>335</sup> Da ja die Verfassung die Pflicht zur Verteidigung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz und zur Schaffung einer Armee vorschreibe, positionierte sich SPS ausserhalb der Verfassung: Wer die Mittel zur Schaffung einer Armee, welche für die Landesverteidigung auch brauchbar sei, nicht unbedingt bejahe, der verneine das Prinzip der Landesverteidigung und werde somit zum Landesverräter.<sup>336</sup> Die bürgerliche Seite nahm die Thesen zur Wehrfrage also als politisches Täuschungsmanöver wahr.

### **3.3 Die «Petition der Fünfhundert» – die SPS wird zur Programmrevision gezwungen**

Während des Jahres 1933 wurde innerhalb der SPS verschiedentlich der Wunsch geäussert, das Parteiprogramm von 1920 möge als Ganzes und insbesondere in den Punkten Demokratie und Wehrfrage angepasst werden. Es genüge nicht mehr, mit Thesepapieren die veralteten Programmpunkte neu zu interpretieren. Die Parteileitung wehrte sich jedoch stets gegen eine totale Programmrevision, weil sie befürchtete, eine Programmdiskussion könnte die Sozialdemokratie entscheidend schwächen. Robert Grimm, der «Chefideologe der Partei» erteilte am Parteitag 1934 allen eine Abfuhr, die glaubten, «man müsse eine geistige Umstellung vollziehen»:

Davon, dass wir uns in unserem sozialistischen Denken, in unserer sozialistischen Auffassung umzustellen hätten, kann keine

334 *NZZ*, Nr. 22, 5.1.34.

335 *NZZ*, Nr. 22, 5.1.34.

336 *NZZ*, Nr. 36, 8.1.34

Rede sein. Wir können höchstens in der Wertung der Tatsachen und der geschichtlichen Zusammenhänge, in die sie hineingestellt wurden, vielleicht etwas anders vorgehen, und wir können in den Propaganda- und Agitationsmethoden uns vielleicht umstellen.<sup>337</sup>

Die Parteileitung wollte also mit den Thesen zur Wehrfrage nur eine taktisch Neuinterpretation des bestehenden Programms festschreiben, ohne an diesem grundsätzlich zu rütteln. Damit sollte vermieden werden, dass gerade diejenigen Punkte im SPS-Parteiprogramm verändert würden, welche, so SCHEIBEN, der Differenzsetzung zur dominanten politischen Kultur dienen.<sup>338</sup>

Die Allianz zwischen den evolutionär-demokratischen Kräften und den Gewerkschaften wollte jedoch nicht von einer Programmrevision abrücken. Josef Henggeler, Verbandssekretär des VPOD und Präsident der SP des Kantons Zürich, legte der Geschäftsleitung im April 1934 die sogenannte «Petition der Fünfhundert» vor, eine Petition mit 502 Unterschriften, welche Folgendes verlangte:

Eine vom schweizerischen Gewerkschaftsbund und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz eingesetzte Kommission hat Auftrag, einen gemeinsamen Aktionsplan auszuarbeiten, für dessen Verwirklichung weiteste Schichten der werktätigen Bevölkerung, insbesondere die nationalen Arbeitnehmerverbände, die Bauern und die Kleingewerbetreibenden gewonnen werden sollen. Als Voraussetzung dafür halten die Unterzeichneten notwendig eine unmissverständliche Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zu fundamentalen Problemen der schweizerischen Demokratie. Wir betrachten als solche das unzweideutige Bekenntnis zur Demokratie unter Ablehnung jeder Diktatur und die vorbehaltlose Bejahung der Landesverteidigung. Deswegen beantragen wir, dass ein schweizerischer Parteitag spätestens im Mai 1934 einberufen wird, um die Revision des Parteiprogramms zu beschliessen zur Aufhebung der Beschlüsse des Parteitages 1917 betr. die Militärfrage und zur Beseitigung des Abschnittes im Parteiprogramm 1921 betr. die Diktatur des Proletariats.<sup>339</sup>

337 SPS-Parteitagprotokoll 1934, S. 119f.

338 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 211.

339 Materialien zur Diskussion über die politische Lage. Abschrift der Petition von Josef Henggeler, an die Geschäftsleitung der SPS vom 12.4.34. Beilage zum Protokoll PV, 21.4.34. SOZ, Ar. I.111.6, Protokolle GL und PV, Jan.–Mai 1934. Eine Liste der Unterzeichnenden fehlt leider.

Diese Petition löste in der Geschäftsleitung grosse Unruhe aus. Robert Grimm ärgerte sich darüber, dass die Diskussion doch wieder vor dem in Aussicht gestellten Parteitag im Herbst geführt werde, und dass die Parteipresse den ganzen Disput innerhalb der SPS den Gegnern vor Augen führe, womit die politische Position der Partei stark geschwächt werde. Damit nehme der Druck auf die SPS noch zu, das Parteiprogramm zu ändern:

Das Unangenehme dabei ist, dass wir unter dem Druck des Gegners stehen. Je mehr wir nach aussen Deklamationen über die Demokratie und dergleichen geben, um so stärker wird dieser Druck. Die Bedeutung der Frage der Landesverteidigung und der Diktatur wird im allgemeinen überschätzt. Man soll sich doch nicht einbilden, dass wir, wenn wir die Landesverteidigung bejahen und den Diktaturparagrafen streichen, damit viel gewonnen haben. Man würde nachher einfach von uns auch noch die Abschwörung des Klassenkampfes und der Internationalität verlangen.<sup>340</sup>

Auch Friedrich Schneider, in Vertretung der Antimilitaristen, unterstützte Grimm. Josef Henggeler und Max Weber wiesen vergeblich darauf hin, dass es im Zusammenhang mit dem «Plan der Arbeit»<sup>341</sup> nötig sei, neue Kreise für die SPS zu gewinnen, was ohne eine Programmrevision nicht möglich sei.

Die «Petition der Fünfhundert» hatte den Parteivorstand in einem ungünstigen Moment getroffen. Gerade war die SPS vom Gewerkschaftsbund gedemütigt worden, da dieser die Kriseninitiative ohne die SPS lanciert hatte, und damit deren führende Rolle in der Arbeiterbewegung in Frage gestellt sowie die Umsetzung des «Plans der Arbeit» praktisch verunmöglicht hatte. Die Petition von Henggeler drohte der Geschäftsleitung auch noch die Initiative in der Programmfrage aus der Hand zu schlagen. Gleichzeitig stand der SPS und der ganzen schweizerischen Arbeiterschaft das Schicksal der österreichischen Sozialdemokratie vor Augen, die mit einem Verbot belegt und nach einem kurzen Bürgerkrieg vom 12. bis 15. Februar 1934 untergegangen war.<sup>342</sup>

340 Protokoll PV 21.4.34. SOZ, Ar. I.III.6, Protokolle GL und PV, Jan.–Mai 1934.

341 Siehe Kapitel II.3.1.2.

342 Siehe dazu auch Willy Bretscher in der *NZZ*, 19.2.34: «Österreich als Beispiel und Warnung». Im Sturm von Krise und Krieg, S. 61–68 und Kindermann, Hitlers Niederlage, S. 133–138.

Die Parteivorstandssitzung nahm einen bedrohlichen Verlauf: Die völlige Isolation der Partei, die Spaltung und sogar deren Auflösung kamen zur Sprache. In dieser Situation suchte Robert Grimm den Mittelweg zu beschreiten. Er lehnte zwar die «Petition der Fünfhundert» ab, stellt jedoch zugleich von sich aus den Antrag auf eine Totalrevision des Parteiprogramms. Wie gefährlich eine Programmrevision für die Partei werden könnte, fasste Grimm klar zusammen:

Wird die Revision des Parteiprogramms abgelehnt, dann haben wir die Einheitsfront zwischen bürgerlichen Parteien und den Fronten. Wie die Wirkung auf unsere eigenen Leute sein wird, können wir nicht im voraus sagen. Immerhin haben wir schon das kleine Beispiel von Männedorf. Nehmen wir aber den umgekehrten Fall: die Anhänger der Petition würden durchdringen. Wenn mit einer geringen Stimmenmehrheit die Entscheidung fällt, so werden sich die Unterlegenen natürlich nicht unterziehen.<sup>343</sup>

Darauf rief Ernst Walter in die Runde: «Das ist die Spaltung. Ich wäre der erste, der da mitmachen würde.» Robert Grimm reagierte verärgert mit dem Vorwurf des Verrats. Darauf meinte Walter:

In Zürich teilen Tausende Genossen meine Auffassung und gerade auch auf dem Lande! Wenn das Programm verlassen wird, so werden zahlreiche Genossen die Partei verlassen und eine neue gründen; der Zusammenschluss mit der Gruppe um Bringolf und mit den Trotzlisten wird dann sofort zustande kommen, und zwar nicht nur in Zürich, sondern auch in Basel, Genf und anderswo.<sup>344</sup>

Trotz dieser Drohung beschloss der Parteivorstand mit 28 zu 16 Stimmen, auf den Antrag Grimms einzugehen und dem Parteitag im Herbst 1934, ein neues Programm vorzulegen. Die Unstimmigkeiten in der Wehrfrage trugen also wesentlich dazu bei, dass die SPS 1934

343 Die SP-Männedorf hatte sich, «eingeschüchtert von den Jungfreisinnigen», kurz vor der Parteivorstandssitzung öffentlich von der Parteilinie losgesagt. Offenbar hatten jungfreisinnige Kreise der Sektion Männedorf gedroht, in Bälde würden in der Schweiz die sozialdemokratischen Führer «gehenkt» werden, gleich wie das in Deutschland und Österreich geschehen sei. Protokoll PV 21.4.34. SOZ, Ar. 1.111.6, Protokolle GL und PV, Jan.–Mai 1934.

344 Mit der «Gruppe um Bringolf» ist die Kommunistische Partei Opposition (KPO), eine linke Splitterpartei von Walther Bringolf gemeint, die allerdings praktisch nur in Schaffhausen existierte. Protokoll PV 21.4.34. SOZ, Ar. 1.111.6, Protokolle GL und PV, Jan.–Mai 1934.

eine Programmrevision in Angriff nahm. Die taktische Verbindung der Wehrfrage mit einer totalen Programmrevision hatte zwei Gründe: Erstens wollte Grimm die Aufmerksamkeit von einer möglichen Positionsänderung in der Wehrfrage wegrücken und zweitens diese Positionsänderung programmatisch besser abstützen.

## **4 Die konditionale Befürwortung der Landesverteidigung im Programm von 1935**

Dieser Abschnitt ist der Darstellung der Diskussion über das neue Parteiprogramm unmittelbar vor und während des Parteitages 1935 in Luzern gewidmet. Denn nachdem die Programmrevision beschlossen worden war, arbeitete Robert Grimm ein neues Programm aus, in dem eine konditionale Anerkennung der Landesverteidigung enthalten war. Weiter werden die Argumente herausgearbeitet, mit denen die Programmrevision gerechtfertigt bzw. bekämpft wurde. Dabei ist es von Interesse, welche Faktoren die Diskussion um das neue Parteiprogramm, die durch die Dominanz der Wehrfrage auf diese reduziert wurde, beeinflusst haben.

### **4.1 Die Positionen in der Wehrfrage vor dem Luzerner Parteitag**

Die Gräben zwischen Befürwortern und Gegnern der angestrebten Programmrevision verliefen identisch wie in der Wehrfrage: Auf der einen Seite fanden sich der evolutionär-demokratische und der gewerkschaftliche Parteiflügel zusammen mit den konvertierten revolutionär-klassenkämpferischen Kräften. Dieser Teil der SPS sah in einer Anpassung des Parteiprogramms die Voraussetzung erstens für die Schaffung einer «antikapitalistischen Abwehrfront», der Gewinnung der Mehrheit auf demokratischem Weg und der Umsetzung des «Plans der Arbeit» sowie zweitens für die Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus. Im Wesentlichen standen deshalb die Positionen der SPS in der Demokratie- und der Wehrfrage zur Debatte, worin sich die Sozialdemokratie immer noch wahrnehmbar vom herrschenden System der schweizerischen Politik unterschied – SCHEIBEN bezeichnete deshalb die angestrebte Programmrevision als einen «ideologischen Ausverkauf systemalternativer Elemente».<sup>345</sup>

345 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 224f.

Die Gegner der Revision fanden sich bei den Pazifisten und dem revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügel, der sich nun links aussen in der SPS neu positionierte. Seine Vorbehalte gegen die Anpassung der Sozialdemokratie an die dominante politische Kultur der Schweiz rührten daher, dass jedes Abrücken von den alten Positionen als Verrat an der Arbeiterschaft angesehen wurde, insbesondere die angestrebte Koalition mit den Mittelschichten und den Bauern. Für den revolutionär-klassenkämpferische Flügel war eine mögliche Anerkennung der Legitimität der Verteidigung des bürgerlichen Staates und die Einbindung der SPS in die Verantwortung für die Schweizer Armee unmöglich mit dem Sozialismus zu vereinbaren. Die Pazifisten verweigerten hingegen die Anerkennung des Konzepts der militärischen Landesverteidigung überhaupt, ob es sich dabei um einen bürgerlichen oder um einen sozialistischen Staat handelte, spielte keine Rolle. Im Folgenden werden die Positionen der beiden sich gegenüberstehenden Gruppierungen näher erläutert, damit abschliessend die Vorgänge am Parteitag 1935 in Luzern besser zu verstehen sind.

Die Geschäftsleitung der SPS beschäftigte sich im Herbst 1934 vorläufig vor allem mit der drohenden Parteispaltung. Die dagegen ergriffenen Massnahmen waren aber auch taktische Vorbereitungen auf den Parteitag. Zuerst wurde die Situation in Zürich geklärt, wo seit längerem ein Machtkampf zwischen dem gewerkschaftlichen und dem revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügel schwärte. Der links aussen stehende Ernst Walter wurde auf betreiben der Geschäftsleitung mit neun weiteren Genossen aus der Partei ausgeschlossen, die Jungsozialistische Bewegung Zürich aufgelöst und der Vorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Zürich abgesetzt.<sup>346</sup> Fritz Bütikofer, der Vertreter der Jungsozialisten in der Geschäftsleitung und Gegner der Programmrevision, wurde durch Fritz Giovanoli ersetzt, der als zuverlässiger galt. Gerade diese Massnahme ist im Kontext der Revision der Wehrfrage zu sehen, wie auch die Einschüchterung der Frauenbewegung und der Jungsozialisten im Allgemeinen, waren doch diese beiden Gruppen fast geschlossen gegen die Landesverteidigung aufgetreten. Daneben wurde aber auch argumentativ der Boden für das neue Programm bearbeitet, indem in der sozialistischen Presse immer wieder die Notwendigkeit der Revision für die Verwirklichung des «Plans der Arbeit» und für die Gewinn-

346 Siehe SPS-Geschäftsbericht 1935, S. 5f.

nung der Volksmehrheit durch die «antikapitalistische Abwehrfront» betont wurde.<sup>347</sup>

Robert Grimm stellte an der Geschäftsleitungssitzung vom 9. September 1934 einen ersten Entwurf des Programms vor: Darin wurde die Landesverteidigung nicht mehr in einem eigenen Abschnitt behandelt, sondern fiel unter «Schutz der Demokratie». In diesem Abschnitt wurden innen- und aussenpolitische Gefahren für die Demokratie skizziert wie die Fronten oder die faschistische Grossraumpolitik. Während die Verteidigung gegen innen durch die Schaffung einer «antikapitalistischen Abwehrfront» gesichert werden sollte, musste die Verteidigung gegen aussen im Extremfall auch mit Waffengewalt erfolgen:

Zur Abwehr drohender Gefahren fascistischer Gewaltangriffe und zur Wahrung der schweizerischen Neutralität, solange sie eine Voraussetzung für die staatliche Selbstständigkeit bildet, anerkennt die Sozialdemokratie die Notwendigkeit eines bewaffneten Grenzschutzes, der nach den geschichtlichen Bedingungen und den politischen Verhältnissen des Landes in der Milizarmee seine Verkörperung findet und, um seine Aufgabe erfolgreich zu erfüllen, von dem Willen einer antikapitalistischen Volksgemeinschaft getragen sein muss. Für eine solche Wehr ist die sozialdemokratische Partei zur Verfügungsstellung der erforderlichen Mittel bereit.<sup>348</sup>

Diese sehr eingeschränkte Anerkennung der Milizarmee und ihrer finanziellen Bedürfnisse wurde noch weiter eingengt, indem aktuelle Kritikpunkte der SPS an der bestehenden Armee eingebracht wurden:

[Die SPS] bekämpft indes alle die Persönlichkeit des Wehrfähigen unterdrückenden militärischen Organisations- und Erziehungsmethoden und alle militärischen Aufwendungen, die ihrem demokratischen Defensivzweck zuwiderlaufen, die Gefahren kriegerischer Verwicklungen heraufbeschwören und deren Kosten nicht nach der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des einzelnen verteilt sind.<sup>349</sup>

347 Siehe Protokolle GL 8.5. und 27.12.34 sowie Protokoll PV 13.10.34.

348 *Programm der SPS. Entwurf der Geschäftsleitung vom 10. September 1934.* SOZ, Ar. I. III. 6. Juni–Dez. 34.

349 Ebd.



Um den Pazifisten etwas entgegenzukommen, wurde in einem weiteren Abschnitt festgehalten, dass die SPS den Kampf gegen Militarismus und Nationalismus weiterführen werde. Die Geschäftsleitung stimmte dem Entwurf zu und an der Parteivorstandssitzung vom 13. Oktober 1934 wurde erstmals in einem breiteren Gremium der SPS über den Entwurf des neuen Parteiprogramms diskutiert.<sup>350</sup> In der Eintrittsdebatte machte Robert Grimm noch einmal darauf aufmerksam, dass die Programmrevision zur Gewinnung der Volksmehrheit nötig sei und erteilte gleichzeitig den Plänen der *Nation* eine Abfuhr:

Was wir brauchen, ist die Unterhöhnung der gegenwärtigen Organisationen der Mittelschichten. Wir dürfen uns nicht mit den Verbänden der Bauern und der Gewerbetreibenden verbünden, sondern müssen uns ausschliesslich mit den Opfern der Krise solidarisieren; wir müssen unterscheiden zwischen den armen und den wohlhabenden Bauern und Gewerblern. Unser Programm [gemeint ist der Entwurf vom 10.9.34] trägt diesem Gegensatz Rechnung.<sup>351</sup>

Die Delegierten aus der französischen Schweiz versuchten noch mit einem Nichteintretensantrag die Programmrevision aufzuhalten. Graber machte auf die drohende Spaltung aufmerksam und betonte den «Röstigraben» in der Wehrfrage, indem er behauptete, die deutsche Schweiz wolle den Romands die Landesverteidigung aufzwingen. Auch Friedrich Schneider war nicht bereit zu akzeptieren, dass die Programmrevision durch Druck von aussen initiiert worden war und nicht durch die Parteibasis – dem schloss sich auch Arthur Schmid an, der zwar nicht gegen die Revision war, aber gegen die Eile, mit der sie vorangetrieben wurde. Mit dem Verweis auf die «Petition der Fünfhundert» und die Stimmung in der deutschen Schweiz, besonders in den grenznahen Gebieten wurde die Ansicht Schneiders von mehreren folgenden Rednern zurückgewiesen. Sie argumentierten, dass das derzeitige Programm nicht mehr zeitgemäss sei und dass so nicht mehr weitergemacht werden könne. Grimm wies alle Argumente gegen die Landesverteidigung und die Programmrevision von sich. Auch meinte er, eine Spaltung drohe sogar dann, wenn die Revision abgelehnt würde, wenn nämlich die Befürworter sich abspalteten.

350 Protokoll GL 9.9.34. SOZ, Ar. I.III.6 Protokolle GL und PV, Juni–Dez. 34.

351 Protokoll PV 13.10.34. SOZ, Ar. I.III.6 Protokolle GL und PV, Juni–Dez. 34.

Der Parteivorstand beschloss darauf mit 41 zu 12 Stimmen, auf die Revision einzutreten, aber den Parteitag auf den 26./27. Januar 1935 zu verschieben.<sup>352</sup>

Der Entwurf zum neuen Parteiprogramm sah also tatsächlich eine Revision der Haltung der SPS in der Wehrfrage vor. Die neue Position, die Grimm skizziert hatte, ging zwar etwas weiter als diejenige in den «Thesen zur Wehrfrage», stellte aber für eine Zustimmung zur Landesverteidigung immer noch die Bedingung, dass der Grenzschutz von einer «antikapitalistischen Volksgemeinschaft» getragen werden müsste. Insofern war die Zustimmung erneut nur konditionell für den Fall, dass die im «Plan der Arbeit» vorgesehene Abwehrgemeinschaft zustande kommen und die Macht im Staat erlangen würde. Weitere Einschränkungen wie diejenige, man werde Aufwendungen bekämpfen, welche dem «demokratischen Defensivzweck» der Armee widersprächen, erlaubten ferner eine weitgehende Interpretation der Position im politischen Kampf und wurden demgemäss auch von den bürgerlichen Parteien scharf kritisiert. Willy Bretscher kommentierte stellvertretend für deren Meinung in der *NZZ*:

*Jede Interpretation und somit auch jede opportunistische Wendung der sozialistischen «Wehrpolitik» ist möglich; sogar ein Ernst Walter kann seinen Radikalismus befriedigt fühlen, wenn er aus den Sätzen des neuen Entwurfs über die «antikapitalistische Volksgemeinschaft» als Basis eines wirksamen Grenzschutzes die Anerkennung seiner Forderung herausliest, dass die Sozialdemokratie aus unserer Armee ihr Parteiheer machen müsse [...].<sup>353</sup>*

Es ist zu vermuten, dass Robert Grimm mit der vorsichtig gewählten Formulierung die Entscheidungsfreiheit der SPS zu wahren suchte, weil diese Position alle Möglichkeiten zur Stellungnahme zur Landesverteidigung offenhielt und es der politischen Praxis überliess, je nach Fall zu entscheiden. Damit war ein Wortlaut gewählt worden, dem auch die weniger überzeugten Befürworter und Kritiker zustimmen konnten, um wenigstens die Unentschlossenen für die Revision zu gewinnen.

352 Protokoll PV 13.10.34. SOZ, Ar. 1.111.6 Protokolle GL und PV, Juni–Dez. 34.

353 W.(illy) Bretscher, *Sozialistische Programmrevision. Ein Separatabdruck aus der Neuen Zürcher Zeitung Nrn. 1855 und 1857, Oktober 1934.* o.O.u.J., S. 13f. Hervorhebungen gemäss Original.

### 3.1.1 Die Revisionsbestrebungen der SPS und die Schweizer Innenpolitik 1934

Im bürgerlichen Lager wurden die Revisionsbestrebungen in der SPS mit Aufmerksamkeit verfolgt. Die *NZZ* widmete etwa dem Programmentwurf Grimms mehrere Artikel. Darin wurde das halbherzige Zugehen der SPS auf eine konditionale Bejahung der Landesverteidigung mehrheitlich verurteilt und sogar mit dem Reizwort «Landesverrat» bedacht.<sup>354</sup> Vor allem aus Militärkreisen stammte die Ansicht, dass alles andere als eine bedingungslose Bejahung der Landesverteidigung einer Ablehnung derselben gleichkomme. Auch die Begründung der Revision mit dem «Plan der Arbeit» und nicht mit den drohenden äusseren Gefahren wurde mit Staunen und Ärger aufgenommen.<sup>355</sup> Die Verschiebung des Themas «Wehrfrage» vom Parteitag im Frühjahr 1934 wurde auch von bürgerlicher Seite als Reaktion auf die heftige Kritik an der Geschäftsleitung ausgelegt.<sup>356</sup>

Das Jahr 1934 war für die Sozialdemokratie vornehmlich durch den Kampf gegen die Lex Häberlin II und durch die Diskussion um die Programmrevision geprägt. Dennoch fand die SPS weiterhin die Kraft, zahlreiche Armeeaffären propagandistisch auszuschlachten. Die Stossrichtung war aber nicht mehr generell antimilitaristisch sondern eher antifaschistisch, da fast alle Militärskandale irgendwie mit der befürchteten faschistischen Unterwanderung des Offizierskorps zu tun hatten oder damit in Verbindung gebracht wurden.<sup>357</sup>

354 Im Januar 1935 erschien im *Volksrecht* ein treffender Artikel zu diesem Thema mit dem Titel «Die Landesverräter», der sich mit dem Vorwurf der bürgerlichen Kräfte auseinandersetzte, die SPS verrate die Schweiz, wenn sie die Landesverteidigung nicht bedingungslos befürworte. Er kam zu folgendem Schluss: «Unsere heutigen frontistischen und korporatistischen «Erneuerer», jene, die nicht müde werden, gegen uns mit dem Vorwurf des Landesverrats aufzutreten, bekennen sich, ihrem Lehrer Gonzague de Reynold folgend, zu jenem schweizerischen Föderalismus, der im Zusammenbruch der Helvetik militärisch vollständig versagte, weil er zuvor sozial und wirtschaftlich versagt hatte. Der Vorwurf des Verrats fällt auf die zurück, die da meinen, mit der alten Landamännerei und mit dem Kantonesentum, mit der wirtschaftlichen Volksausbeutung und mit dem politischen Vögtesystem eine schweizerische Freiheit erhalten zu können. Wer derartiges anstrebt, der hat die Demokratie und das Schweizervolk schon verraten. Gegen andere den Vorwurf des Landesverrats zu erheben, steht ihnen am wenigsten zu.» In: *VR*, Nr. 6, 9. I. 35.

355 *NZZ*, Nr. 16, 4. I. 34, Nr. 22, 5. I. 34 und Nr. 97, 18. I. 34.

356 Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 155.

357 Siehe dazu Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 156f.

Auf der anderen Seite betrieb die Leitung des EMD eine emsige Aufklärungstätigkeit zugunsten der Armee, insbesondere Bundesrat Mingers öffentliche Vorträge sind hier zu nennen.<sup>358</sup>

Die Diskussion um die Aufrüstung, Modernisierung und Reform der Schweizer Armee, die von Bundesrat Minger eröffnet worden war, fand 1934 ihre Fortsetzung und verlangte von der SPS eine Stellungnahme in einer Situation, in der sie für sich selber noch keine klare Definition ihrer Position hatte vornehmen können. Im Juni 1934 veröffentlichte der Bundesrat die schon 1933 angekündigte Botschaft über eine Verlängerung der militärischen Ausbildung, die im Kern eine Verlängerung der Rekrutenschulen von zwei auf drei Monate beinhaltete.

Die Haltung der sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission des Nationalrates, welche die Revision beriet spiegelte die Diskussion innerhalb der SPS: Es gelang ihnen nicht einmal einen gemeinsamen Standpunkt zu vertreten, ja sie lieferten sich sogar in der nationalrätlichen Kommission ein Streitgespräch über die Wehrfrage. Im Nationalrat verlas schliesslich Emil Klöti als klarer Befürworter der Landesverteidigung eine Fraktionserklärung, in der ein Zusammenhang zwischen der Vorlage zur Verlängerung der militärischen Ausbildungszeit und der grundsätzlichen Stellungnahme zur Frage der Landesverteidigung bestritten wurde. Bei der Verlängerung der militärischen Ausbildungszeit handle es sich um eine wehrpolitische Vorlage, über die auch Anhänger der Landesverteidigung verschiedener Meinung sein könnten. Der Nationalrat billigte die Revision auch ohne die SPS problemlos.

Die KPS war entschlossen, die Verlängerung der militärischen Ausbildungszeit mit einem Referendum zu bekämpfen – ein taktisch kluger Entscheid, denn damit riss die KPS die Meinungsführerschaft im landesverteidigungskritischen Lager klar an sich, wohl auch mit

358 Auch hochrangige Militärs wie Oberstkorpskommandant Henri Guisan und Oberstdivisionär Eugen Bircher zeigten sich sehr aktiv. Bircher war als Zentralpräsident der SOG und Redaktor der *ASMZ* in Armeekreisen sehr einflussreich. Er war während der Zwischenkriegszeit neben Bundesrat Minger einer der engagiertesten Kämpfer für eine Reform und Aufrüstung der Schweizer Armee. Als sein direkter Gegenspieler kann Arthur Schmid betrachtet werden. Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 157 und Graf, Rudolf Minger, S. 44–47. Zu Birschers Engagement für die Armee siehe Daniel Heller, *Eugen Bircher. Arzt, Militär und Politiker. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte*. Mit einem Vorwort von Hans Senn. Diss. Universität Zürich. Zürich: NZZ, 1988, S. 119–168.

der Hoffnung, so den einen oder anderen dissidenten Sozialdemokraten für ihre Partei zu gewinnen. In dieser Situation bot die KPS der SPS von neuem eine «allgemeine Einheitsfront» an, insbesondere zur Bekämpfung der Verlängerung der militärischen Ausbildungszeit. Dieses Angebot führte zu einer heftigen Kontroverse in der Parteivorstandssitzung der SPS vom 13. Oktober 1934. Es war zwar klar, dass man nicht auf eine «Einheitsfront» eingehen wollte, die Frage des Referendums entschied sich aber nur ganz knapp bei zweimaliger Abstimmung 25 zu 24 bzw. 27 zu 24 Stimmen gegen das Referendum.<sup>359</sup> Dabei wurde jedoch den Mitglieder der Partei die Unterstützung des Referendums freigestellt. Dieses kam denn auch zustande, wohl auch gerade wegen der Unterstützung durch zahlreiche Sektionen der SPS, insbesondere in der französischsprachigen Schweiz.<sup>360</sup>

Obwohl die Haltung der Sozialdemokratie in der Frage des Referendums gegen die Neuordnung der militärischen Ausbildung im Kontext des Einheitsfrontangebots der Kommunisten zu verstehen war und sich deshalb die Nichtbeteiligung – gerade auch durch die Freistellung der individuellen Unterstützung durch die Parteimitglieder – stark relativierte, bedeutete sie doch einen Bruch mit der konsequent antimilitaristischen Politik wie sie seit 1917 verfolgt worden war. Die bürgerliche Seite sah in der Zerstrittenheit der SPS über die Referendumsfrage zur Verlängerung der militärischen Ausbildungszeit die Bestätigung der Befürchtung, dass es mit den Revisionsbestrebungen in der Wehrfrage nicht weit her sei:

Wie weit die schweizerische Sozialdemokratie noch von einer grundsätzlichen Klärung [der Wehrfrage] entfernt ist, zeigt die Tatsache, dass der pompöse Beschluss über die Anhandnahme der Totalrevision des Parteiprogramms von einem Schauspiel vollkommener Uneinigkeit der leitenden Parteinstanzen über die Stellungnahme zu einer wichtigen Landesfrage begleitet wurde. Die Geschäftsleitung der Partei wollte das Referendum [...] ergreifen; der Parteivorstand lehnte diesen Antrag ab [...]. Wäre das neue Parteiprogramm schon in Kraft, so hätten beide Richtungen sich mit gleich viel Recht auf die neuen Formulierungen über die «Wehrfrage» berufen können. Von neuem

359 Protokoll PV 13.10.34. SOZ, Ar. I.III.6 Protokolle GL und PV, Juni–Dez. 34.

360 Vgl. Etter, Armee und öffentliche Meinung, S. 159.

enthüllen die Führer der marxistischen Sozialdemokratie in der Frage der Landesverteidigung ihr moralisches Unvermögen, die klare Sprache zu sprechen und die klare Politik zu verfolgen, die das Interesse der Nation fordert. Und diese Partei, die «Ja» und «Nein» sagt, wenn in einer Lebensfrage des Staates ein «Ja» oder «Nein» von ihr verlangt wird, will die schweizerische Demokratie retten!<sup>361</sup>

Die SPS erntete also nur Spott für ihren Bruch mit der antimilitaristischen Vergangenheit, denn dieser halbherzige Bruch war zu wenig symbolträchtig, um eine Wirkung auf die schweizerische Politlandschaft zu entfalten. Ganz im Gegenteil schienen die Zerstrittenheit der Partei und die vagen Zugeständnisse in der Wehrfrage das Misstrauen der bürgerlichen Seite eher noch verstärkt zu haben.

Die aufgezeigten Reaktionen des bürgerlichen Lagers auf das Referendum gegen die Militärorganisation veranlasste den Parteivorstand, die Frage der Abstimmungsparole neu zu diskutieren. Arthur Schmid verwies auf den oben zitierten Artikel von Bretscher und analysierte die Situation:

Man wird der Partei vorwerfen, sie betreibe eine irreführende Politik. [...] Man wird uns aber sagen, wenn wir theoretisch Ja, praktisch Nein zur Landesverteidigung sagen, wir begingen nicht nur Landesverrat, sondern auch Verrat an der Arbeiterklasse.<sup>362</sup>

Grabers Argumente hatten aber mehr Stichhaltigkeit, denn er machte darauf aufmerksam, dass erstens ein positiver Entscheid des Parteitags noch nicht sicher sei und zweitens die im neuen Parteiprogramm skizzierten Voraussetzungen für eine Zustimmung zur Landesverteidigung derzeit noch nicht gegeben seien. Der Parteivorstand folgte seiner Argumentation mit einer deutlichen Annahme des Antrags, dem Parteitag die Verwerfung der neuen Militärorganisation, sprich der Verlängerung der militärischen Ausbildungszeit, zu beantragen.<sup>363</sup>

Obwohl die Geschäftsleitung im Herbst 1934 noch für das Referendum gegen die Militärorganisation eingetreten war, zeigte sie sich alles andere als glücklich über die vom Parteivorstand gefasste Parole. Es wurde deshalb beschlossen, dass Grimm versuchen sollte, dem

361 Bretscher, Sozialistische Programmrevision, S. 14f.

362 Protokoll PV 12.1.35. SOZ, Ar. I.111.6 Protokolle GL und PV, Jan.–Aug. 35.

363 Ebd.

Partei Vorstand wenigstens eine Stimmfreigabe abzurufen, damit die SPS sich politisch nicht völlig ausmanövriere.<sup>364</sup> Damit wurde in der Geschäftsleitung eine deutliche Meinungsänderung zugunsten der Landesverteidigung spürbar, die sich gegen aussen auch in den Publikationen von Arthur Schmid und Robert Grimm zeigte.<sup>365</sup> Diese Meinungsänderung hatte jedoch weniger mit der Kritik am neuen Parteiprogramm zu tun, komme sie von bürgerlicher Seite oder von den Landesverteidigungsgegnern, sondern wurde von anderen Faktoren bestimmt, die im nachfolgenden Abschnitt erläutert werden.

### 3.1.2 Die Spaltung des Bürgerblockes

Zum Schluss soll noch kurz auf die Entwicklungen im politischen System der Schweiz eingegangen werden. Seit der Bildung des Bürgerblocks 1918 war die politische Konstellation in der Schweiz in etwa gleich geblieben. Die drei bürgerlichen Parteien, die Freisinnig-demokratische Partei (FDP), die Katholisch-konservative Volkspartei (KK) und die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) bildeten auch in der Legislaturperiode 1931–1935 eine solide Mehrheit von 67,4 Prozent im Nationalrat und stellten die Bundesräte.<sup>366</sup>

Erst 1934 kam eine gewisse Bewegung in die bürgerliche Mehrheit, da diese sich aufspaltete in Demokraten und Anhänger einer neuen Ordnung, welche die Schweiz nach österreichischem Vorbild in einen Stände- oder Korporationenstaat umgestalten wollten. Die Anhänger dieser Idee fanden sich vor allem bei der katholisch-konservativen Bewegung um den Freiburger Professor Jakob Lorenz, dem Herausgeber der Wochenzeitung *Das Aufgebot*. Hinter deren

364 Protokoll GL 15.1.35. SOZ, Ar. 1.111.6 Protokolle GL und PV, Jan.–Aug. 35.

365 Arthur Schmid. «Um die Revision der Beschlüsse des Parteitages 1917. Eine Betrachtung der heutigen Situation». In: *RR* 13. Jg., Nr. 5, Jan. 1934, S. 135–143; Arthur Schmid. «Zur Wehrfrage». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 3, Nov. 1934, S. 81–92 und Robert Grimm. «Randglossen zur Programmdebatte». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 5, Jan. 1935, S. 145–153.

366 In den Nationalratswahlen von 1933 hatte die SPS mit 28,7% der Stimmen 49 von insgesamt 187 Sitzen im Nationalrat gewonnen, die FDP bei 26,9% 52 Sitze, die KK bei 21,4% 44 Sitze und die BGB bei 15,3% 30 Sitze. Der Bundesrat setzte sich zusammen aus Giuseppe Motta (KK), Edmund Schulthess (FDP), Jean-Marie Musy (KK), Heinrich Häberlin (FDP), Marcel Pilet-Golaz (FDP), Rudolf Minger (BGB) und Albert Meyer (FDP). Musy und Häberlin wurden 1934 durch Johannes Baumann (FDP) und Philipp Etter (KK) ersetzt und Schulthess 1935 durch Hermann Obrecht (FDP).

Leitsätzen stand die Sozialenzyklika *Quadregesimo anno* von Papst Pius XI., in der ein christliches Ständestaatsprogramm entworfen worden war.<sup>367</sup> Die korporatistische Bewegung fand ihre Anhänger aber auch im rechtsbürgerlichen Milieu der Fronten und des Freisinns. Während erstere der Idee nach aber eher in der Verwirklichung eines autoritär-faschistischen Ständestaates ihr Heil sahen, wollten letztere die neue Ordnung ohne den politischen Faschismus und ohne christlich-katholische Verbrämung verwirklicht sehen. Einige waren alle diese Strömungen in dem Ziel der völligen Zerschmetterung des Sozialismus im ständisch organisierten Staat.<sup>368</sup>

Die ständestaatliche Bewegung bedeutete für die SPS einerseits eine neue, ernstzunehmende Bedrohung, andererseits liess sie

367 Die Enzyklika *Quadregesimo anno* vom 15.5.1931 war einem Rundschreiben des Papstes Pius XI. über «die gesellschaftliche Ordnung, ihre Wiederherstellung und ihre Vollendung nach dem Heilsplan der Frohbotschaft» zu entnehmen. Sie bildete die Grundlage für die katholische Ständestaatsidee und sah eine unmittelbare Anwendung des mittelalterlichen Staatsideal auf die Gegenwart vor. Demgemäss forderte sie nicht nur eine wirtschaftliche Neuordnung, sondern auch eine Wiederherstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse vor der liberalen Revolution. (Siehe dazu Anmerkung 368). Die katholischen Grundsätze sollten auf allen Gebieten des Lebens wieder massgebend werden und das ganze gesellschaftliche Leben wieder der römisch-katholischen Kirche untergeordnete werden. Zur Wahrnehmung der Idee von linker Seite siehe Schmid-Ammann, *Unterwegs von der politischen zur sozialen Demokratie*, S. 31. Zur Geschichte der Ständestaatsidee siehe Quirin Weber, *Korporatismus statt Sozialismus. Die Idee der berufsständischen Ordnung im schweizerischen Katholizismus während der Zwischenkriegszeit*. (Religion – Politik – Gesellschaft in der Schweiz, Bd. 3). Diss. Universität Zürich. Freiburg i. Ü.: Universitätsverlag, 1989.

368 Der Begriff des Korporatismus bezieht sich auf eine ältere, vorbürgerliche Staatsorganisation, den sog. «Ständestaat», in dem die öffentliche Gewalt auf gesellschaftliche Teilorganisationen, die Korporationen, übertragen war. Diese Idee wurde als autoritärer Korporatismus oder Korporativismus während der dreissiger Jahre von der katholischen Soziallehre sowie von der faschistischen Ideologie wieder aufgenommen. Das faschistische Modell des autoritären Korporatismus wies zwischen Liberalismus und klassenkämpferischem Sozialismus einen dritten Weg, in dessen Rahmen Kapital und Arbeit paritätisch in Korporationen organisiert werden sollten, wobei die Rolle des Staates zwischen Rahmenplanung und Kontrolle des «korporativen Eigentums» angesetzt war. Das Hauptmerkmal des autoritären Korporatismus ist denn auch die erzwungene Einbindung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Organisationen in hierarchische und autoritäre Entscheidungsverfahren. (Siehe auch Anmerkung 367).



aber auf ein mögliches Zerbrechen der bürgerlichen Mehrheit hoffen.<sup>369</sup> Der erste und auch grösste politische Erfolg der Ständestaatsbewegung war die Lancierung der Initiative für eine Totalrevision der Bundesverfassung durch die «Nationale Tatgemeinschaft».<sup>370</sup> Die sogenannte «Fronteninitiative» wurde auch von jungliberalen und liberalkonservativen Gruppierungen unterstützt. Die grossen Gegensätze zwischen all diesen Bewegungen verhinderten aber letztlich die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs, so dass am 8. September 1935 nur über eine allgemeine Anregung zur Verfassungsreform abgestimmt werden konnte.<sup>371</sup>

### 3.1.3 *Die internationalen Ereignisse und ihre Einflüsse auf die Revisionsdebatte*

Nachdem es sich gezeigt hat, dass die schweizerische Innenpolitik im Jahr 1934 der Debatte in der Wehrfrage keine entscheidenden Impulse zu geben vermochte, wird der entscheidende Einfluss der europäischen Ereignisse auf die Debatte analysiert.

In Deutschland zeichnete sich 1934 endgültig eine Konsolidierung der Macht der Nationalsozialisten ab, als Hitler nach dem Tod Hindenburgs auch noch das Amt des Reichspräsidenten übernahm, die Armee auf sich persönlich vereidigen liess und durch die Gleichschaltung der Länder das Reich zentralisierte. Gleichzeitig spitzte sich die internationale Lage weiter zu, denn Deutschland und Japan waren inzwischen aus dem Völkerbund ausgetreten und in Europa begannen die alten Gegner Deutschland und Frankreich, neue Allianzen gegeneinander zu schmieden. In der Wahrnehmung der Schweizer Öffentlichkeit schwoll die Kriegsgefahr bei jedem grösseren Zwischenfall, wie der Ermordung des Jugoslawischen Königs und des französischen Aussenministers in Marseille durch einen kroatischen Faschisten im Oktober 1934, dramatisch an. In Österreich wurde im Juli 1934 Bundeskanzler Dollfuß ermordet, und es kam erneut zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, als nationalsozialistische Kampfgruppen während des «Juliputsches» die Macht zu erobern versuchten. Die Abwehr dieses Putsches gelang zwar, Öster-

369 Ernst Reinhard. «Nach dem Parteitag: der Kampf». In: *RR*, 14 Jg., Nr. 5, Jan. 1925, S. 172–176, S. 172f.

370 Zur Initiative und zur «Nationalen Tatgemeinschaft» siehe Anmerkung 295.

371 Vgl. Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, S. 242–249.

reich blieb aber ein Ständestaat unter der austrofaschistischen Diktatur der «Vaterländische Front».<sup>372</sup>

Der Zusammenhang zwischen diesen aussenpolitischen Ereignissen und der Wehrfrage wurde der Arbeiterschaft vor allem durch das Engagement von Arthur Schmid nähergebracht, der sich im Verlauf des Jahres 1934 von einem Kritiker zu einem engagierten Befürworter der Landesverteidigung entwickelte. Dies geschah wohl durch die vertiefte Beschäftigung mit der Materie als auch im Kontext der Kriegsdebatte, die er in einer mehrfach neu aufgelegten und aktualisierten Publikation mit dem Titel «Wird morgen Krieg sein?» führte.<sup>373</sup> Diese Broschüre war jeweils in kurzer Zeit vergriffen und hatte grossen Einfluss auf die sozialdemokratische Wehrdebatte, da sie die Meinungsbildung in der Basis massgeblich beeinflusste, insbesondere auch durch Schmid's Aufnahme aktuellster Ereignisse in sein Argumentarium.<sup>374</sup>

Die Schweizer Sozialdemokraten verfolgten 1934 vor allem die Entwicklung in Spanien mit Sorge. Dieses war seit 1931 wieder eine Republik, die vorerst von einem Bündnis linksgerichteter Parteien regiert wurde. Nach dem Zerfall dieser Koalition gelangten rechtsgerichtete Parteien an die Macht, die daran gingen, die sozialistischen Reformen der ersten republikanischen Regierung wieder rückgängig zu machen, worauf in Asturien und Katalonien Arbeiteraufstände losbrachen, die erst nach zwei Wochen blutiger Kämpfe von der Armee niedergeschlagen werden konnten.<sup>375</sup> Dieses Eingreifen der Armee wurde von Reinhard in der *Roten Revue* auf eine überraschende Weise kommentiert:

*Der erbitterteste antimilitaristische Kampf hat keine Armee beseitigt. Er hat ihr überall in den Sattel geholfen. Die Armee hat sich automatisch darauf eingestellt, dass man nicht um sie, sondern auf jeden Fall gegen sie kämpfte. Sie hat die Tatsache einfach verzeichnet, dass der Sozialist ihr Verschwinden dekretierte. Sie hat sich vor dieser Bedrohung überall in die Verfügungsgewalt des Faschismus gerettet. Sie hat das sozialistische Unvermögen,*

372 Siehe S. 78.

373 Siehe Anmerkung 365.

374 Siehe Arthur Schmid. *Wird morgen Krieg sein?* 2. Auflage. Aarau: 1935. Schmid wurde mit seinen weiteren Publikationen (z.B. Arthur Schmid. *Österreich und die blutigen Februartage 1934*. Aarau 1934) quasi zum «Aussenminister» der SPS.

375 Für einen kurzen Abriss der Geschichte Spaniens in der Zwischenkriegszeit siehe Anmerkung 563.

die Armee zu erobern, sie zu einem Instrument des Demokratis-  
mus und des Sozialismus zu machen, überall damit quitiert, das  
sie Sozialismus und Demokratie ausgerottet und den Faschismus  
siegreich gemacht hat.<sup>376</sup>

Reinhard schob damit dem Pazifismus und dem Antimilitarismus die  
Schuld am Aufstieg des Faschismus in Europa in die Schuhe. Er spitz-  
te damit das Argument von Ernst J. Walter vom Parteitag 1933 zu,  
der den historischen Fehler der deutschen Sozialdemokratie in der  
Vernachlässigung der Armee erkannt hatte.<sup>377</sup> Auf die Schweiz ange-  
wandt, ergab dies noch einen weiteren überraschenden Zusammen-  
hang: Reinhard verurteilte die Pressekampagnen gegen die Armee,  
weil durch die Ehrverletzung der demokratisch gesinnten Offiziere  
die «Fascisierung» des Militärs gefördert werde. Der logische Schluss  
seiner Analyse lag im Aufruf, die SPS müsse neben der demokrati-  
schen Mehrheit auch die Armee erobern und anhand des jakobini-  
schen Verteidigungssystems umgestalten: «Eine neue Armee, die den  
neuen Staat verteidigt. Beides müssen wir gemeinsam erobern.»<sup>378</sup>

Die Wahrnehmung des Umsturzes in Österreich, der Konsoli-  
dierung der Macht der Nationalsozialisten in Deutschland und die  
blutigen Kämpfe in Spanien führten also die Anhänger einer kom-  
promisslosen und einer konditionalen Befürwortung der Landesver-  
teidigung näher zusammen, wobei beide Lager im Sinne eines Kom-  
promisses mit den Landesverteidigungsgegnern am Parteitag 1935  
weiterhin eine konditionale Befürwortung erreichen wollten.

### *3.1.4 Die Debatte in der sozialdemokratischen Presse unmittelbar vor dem Luzerner Parteitag*

Unmittelbar vor dem Parteitag in Luzern legten alle an der Diskus-  
sion beteiligten Lager der Parteibasis ihre Positionen nochmals in  
Artikeln in der Parteipresse dar. Da diese Artikel die Debatte am  
Parteitag direkt beeinflusst haben, wird ihr Inhalt kurz zusammenge-  
fasst und die Positionen einander gegenübergestellt.

Für die Befürworter einer Revision des Parteiprogramms und  
insbesondere der Haltung der Partei in der Wehrfrage fasste der

376 Ernst Reinhard. «Der Kampf um die Armee». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 3, Nov. 1934,  
S. 93–97, S. 94f. Hervorhebungen gemäss Original.

377 Siehe SPS-Parteitagsprotokoll, 1933, S. 71. und Kapitel II.1.2.

378 Reinhard, Kampf um die Armee, S. 96f.

Chefideologe der SPS, Robert Grimm, den Zweck des Parteitag zusammen: Ziel des neuen Parteiprogramms sei es, die Arbeiterschaft so schnell wie möglich an die Macht zu bringen, indem eine «weit über die Arbeiter hinausgreifende antikapitalistische Front» gebildet werden sollte. So seien denn nicht die Wehr- oder die Demokratiefrage für den Parteitag entscheidend, sondern die Frage nach der Einflussnahme auf den Staats- und Gesellschaftsapparat. Die Demokratie sei auf jeden Fall einer faschistischen Diktatur vorzuziehen und auch gegen faschistische Angriffe zu verteidigen. Die Anerkennung der Landesverteidigung betreffe vor allem die Verteidigung eines sozialistischen Staates, und solange dieser noch nicht verwirklicht sei, die Verteidigung der Volksrechte und der Neutralität. Grimm reagierte damit auf die Kritiker aus dem bürgerlichen Lager wie aus dem linken Flügel der SPS und führte gleichzeitig vor, wie weit die Interpretationen des neuen Programmabschnitts getrieben werden konnten.<sup>379</sup> In der gleichen Nummer der *Roten Revue* unterstrich Arthur Schmid die Argumente Grimms noch mit einer Analyse der militärischen Gefahren der Zeit und der faschistischen Bedrohung im In- und Ausland.<sup>380</sup> Er nahm die Ideen Reinhards und Ernst J. Walters auf, um die Notwendigkeit einer Einbindung der SPS in die Landesverteidigung aufzuzeigen:

Das Milizheer ist für die Demokratie keine Gefahr. Das Milizheer aber wird für die Demokratie in dem Moment eine Gefahr, in dem man die unbestrittene geistige Führung faschistischen Offizieren überlässt [Anspielung auf die Affäre «Wille»<sup>381</sup>], und

379 Robert Grimm. «Randglossen zur Programmdebatte». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 5, Jan. 1935, S. 145–153.

380 Schmid publizierte im Januar 1935 auch im *Volksrecht* eine Artikelserie mit dem Titel «Zur Wehrfrage», in dem er in etwas einfacherer Sprache alle seine Argumente für die vom Parteivorstand vorgeschlagene Form des Abschnittes über die Landesverteidigung nochmals anführte. *VR*, Nrn. 3–5, 7.1.35–10.1.35

381 Die Affäre «Wille» baute auf einer Anfrage aus dem Nationalrat an den Bundesrat auf, in dem um Auskunft über die Beziehungen des Oberstkorpskommandanten Wille mit dem Deutschen Reich gebeten wurde. Der Bundesrat antwortete darauf, dass Wille sich im Mai 1934 mit Rudolf Hess, dem späteren Führer-Stellvertreter, getroffen habe und dabei zufälligerweise auch Hitler begegnet sei. Durch diese Treffen und die verwandtschaftlichen Beziehungen Willes zu Deutschland leitete sich die Ansicht der sozialdemokratischen Presse her, dass Wille politisch nicht zuverlässig sei. Friedrich Schneider eröffnete durch die Publikation des sog. «Generalstäblerbriefes», der angeblich von einem Generalstabsoffizier verfasst worden war und in welchem schwere Anschuldigungen gegen Wille vorbracht wurden. Später stellte sich heraus, dass dieser Brief eine Fälschung des Oberleut-

in dem Moment, wo man sich für alle militärischen Dinge desinteressiert, und wo man erklärt: trotz faschistischer Kriegsgefahr lehnen wir die Landesverteidigung aus grundsätzlichen und pazifistischen Erwägungen ab.<sup>382</sup>

Schmid führt damit die Ansicht wieder ein, ein Milizheer könne der Demokratie am wenigsten gefährlich werden, nachdem sie seit der Diskussion um die SAI in Vergessenheit geraten war. Die SPS war zwar nicht die einzige Sozialdemokratische Partei Europas gewesen, welche die Landesverteidigung abgelehnt hatte, aber die meisten anderen Parteien hatten zumindest weniger weitgehende Beschlüsse in der Wehrfrage gefasst gehabt, die vornehmlich den Umbau der Heere in Milizheere oder die Abrüstung zum Ziel hatten.<sup>383</sup>

Mittlerweile stand die SPS aber völlig alleine da, wie etwa Friedrich Heeb ausführte. Er verlangte von der Schweizer Sozialdemokratie eine gewisse Beweglichkeit in ideologischen Punkten, was nicht Kapitulation vor dem Bürgertum sondern Anpassung an die Veränderungen der Zeit bedeute. Er verwies auf die sozialdemokratischen Parteien Dänemarks und der Niederlande sowie auf die englischen Gewerkschaften, die zwischen 1932 und 1934 mit der Begründung, die politische Lage in Europa habe sich verändert, alle ihre Haltung

nants Hermann Hagenbuch war, der deswegen aus der Armee ausgeschlossen wurde. Dennoch wurden die Auslandsvisiten Willes im Parlament besprochen, und er wurde ermahnt, zukünftig Zurückhaltung im Umgang mit den Führern des Nationalsozialismus zu zeigen. Obwohl Wille keine faschistische Gesinnung nachgewiesen werden konnte, blieben die Bedenken gegen seine Person in linken wie auch in bürgerlichen Kreisen erhalten. Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 170f.

382 Arthur Schmid. «Zur Wehrfrage». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 5, Jan. 1935, S. 153–161, S. 159f.

383 Siehe dazu «Gegen den Sozialpatriotismus». In: *VR*, Nr. 7, 5.1.35. In diesem Artikel werden die Vorwürfe der Minderheit gegen den Entwurf der Mehrheit treffend zusammengefasst: «Gegen jede Stellungnahme zur Militärfrage, sei sie militärisch, sei sie tolstojsch, oder sei sie sozialdemokratisch, lassen sich diese und jene Bedenken geltend machen. Den Anträgen der Kommissionsmehrheit zum nächsten schweizerischen Parteitag wird vorgeworfen, sie führten schnurstracks zum sogenannten Sozialpatriotismus, zur unsozialistischen Verirrung in den Nationalismus und Chauvinismus, zur Preisgabe aller sozialistischer Gesinnung im Kriegsfall, zur unbesehenen Zustimmung zu allen Militär- und Kriegskrediten, zur Gutheissung aller Missachtungen des Völkerrechts [...], zum Predigen des Durchhaltekrieges und des Burgfriedens, zur Übernahme der Losungen des Gegners und zur Preisgabe aller höherer Interessen der Menschheit so gut wie zur Preisgabe der Interessen der arbeitenden Volksklasse im Inlande für die Dauer des Krieges.»

in der Wehrfrage revidiert hätten. So solle auch die SPS in ihrem Programm nicht länger zurück in die Vergangenheit orientiert sein, sondern vorwärts in die Zukunft.<sup>384</sup> Damit stimmte auch ein Artikel aus dem *Volksrecht* überein, der eine äusserst anti-pazifistische Interpretation vornahm:

Gleichzeitig wird sie [die Politik der Anerkennung der Landesverteidigung] aber doch der heutigen weltgeschichtlichen Lage gerecht, die es nicht erlaubt, dass das Proletariat die Geschäfte des Faschismus besorgt, indem es die Landesverteidigung der nichtfaschistischen Staaten sabotiert und so den Sieg des Faschismus im Weltmassstabe vorbereiten würde!<sup>385</sup>

Diese waghalsige Behauptung führt zur Propaganda der Gegner der Programmrevision. Sie fand sich in den Publikationsorganen von Friedrich Schneider und Leonhard Ragaz,<sup>386</sup> aber auch in der *Roten Revue* und speziell herausgegebenen Broschüren. In Bezug auf die Waghalsigkeit ihrer Vorwürfe gegen den Entwurf der Mehrheit, stand sie den Argumentationslinien der Befürworter der Landesverteidigung in nichts nach.<sup>387</sup> Friedrich Schneider, ein Angehöriger der revolutionär-klassenkämpferischen Gruppierung alter Schule, hatte sich in der Zwischenzeit zum unbestrittenen Führer der Gegner einer Programmrevision emporgeschwungen, eine Position, die der Pazifist Ragaz nie hätte einnehmen können, da die Pazifisten eindeutig der schwächere Partner der zwei revisionsfeindlichen Gruppierungen waren. Vor dem Parteitag versuchte Schneider, die Kräfte der «Minderheit» zu bündeln, was wegen der Gegensätze zwischen den Pazifisten und dem linken Flügel der Sozialdemokratie nicht einfach war.<sup>388</sup>

Schneider kritisierte in seinen Publikationen vehement die Ansichten Grimms, Reinhards und der Gewerkschafter, indem er die Schuld am Untergang der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie deren Kompromissbereitschaft zuwies. Nur weil keine

384 Friedrich Heeb. «Zur Revision unseres Parteiprogramms. In: *RR*, 14. Jg., Nr. 2. Okt. 1934, S. 55–64, S. 61–64.

385 «Gegen den Sozialpatriotismus». In: *VR*, Nr. 7, 10.1.35.

386 Schneider redigierte die Basler *Arbeiter-Zeitung*, später *A-Z* (ab 1935) und Ragaz die Zeitschrift *Neue Wege* der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz.

387 Vgl. Anmerkung 383.

388 Friedrich Schneider. «Zur Wehrfrage». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 5, Jan. 1935, S. 164–172, S. 164.

Kraft vorhanden gewesen sei, «die wirklich und ernstlich eine sozialistische Lösung wollte», habe der Faschismus obsiegen können.<sup>389</sup> Wenn sich die SPS mit bürgerlichen Kräften zu einer Abwehrfront zusammenfinde, dann werde sie gemeinsam mit dem Kapitalismus untergehen, da die verratenen Arbeiter ihr angesichts der Alternative des Faschismus nicht die Treue halten würden. Die Abänderung der Beschlüsse von 1917 betreffend Landesverteidigung und Demokratie sei aber nichts anderes als ein Verrat am Sozialismus und an der Arbeiterschaft, nur weil einige Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nicht mehr den Mut zum Klassenkampf hätten.<sup>390</sup> Diese Führer hätten die Konsequenzen nicht bedacht, die aus einer Anerkennung der Landesverteidigung für die SPS erwachsen könnten, denn dies würde längerfristig auch bedeuten, dass die Sozialdemokratie die politische Verantwortung für die Armee mittragen müsse, auch wenn diese wieder gegen die Arbeiterschaft eingesetzt würde. Spätestens dann würde sich die Arbeiterschaft von der SPS abwenden. Schneider wandte sich jedoch nicht völlig gegen die Landesverteidigung, er war ja kein Pazifist. Er misstraute bloss den Vorbehalten, die Grimm ins Parteiprogramm einbauen wollte.<sup>391</sup> Für den Fall, dass die Schweiz sozialistisch würde, sah er kein Problem mehr für die Landesverteidigung:

Die Landesverteidigung ist für die Arbeiterklasse überhaupt kein politisches Problem mehr, denn dass sie ihre eigene Macht, ihren eigenen Staat gegen äussere und innere Feinde verteidigt, ist selbstverständlich.<sup>392</sup>

Genau in dieser Frage verlief der Bruch zwischen den zwei Gruppierungen, die eine Revision des SPS-Standpunktes in der Wehrfrage verhindern wollten. Leonhard Ragaz, der Führer der religiös-sozialen Pazifisten, wollte nämlich, wenn überhaupt, eine Verschärfung der entsprechenden Artikel über die Landesverteidigung in dem Sinne, dass die SPS jede Art von Gewaltanwendung verurteilen und ablehnen sollte. Ragaz verwies wie Schneider auf Deutschland und

389 Friedrich Schneider. *Hütet euch am Morgarten! Ein Mahnwort an die sozialistischen Arbeiter der Schweiz*. Basel: o.J., S. 8.

390 Ebd.

391 Schneider, *Zur Wehrfrage*, S. 164, 166 und 169–71. Schneider verwies auch auf die Schriften von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die schon 1915/16 davor gewarnt hätten, dem bourgeois Staat das Vertrauen auszusprechen, indem man seinen Wehrkrediten zustimme.

392 Schneider, *Hütet euch am Morgarten*, S. 30.

Österreich, wo die Heere keinen Finger zur Rettung der Arbeiterbewegung gerührt hätten. Die Verteidigung der Demokratie durch die Armee sei eine Illusion – überhaupt stimme es nicht, dass es die Wehrfrage sei, die zwischen der Volksmasse und der Sozialdemokratie stehe, da das Volk alles andere als militärfreundlich sei. Dieses Volk würde die SPS durch eine Aufgabe des Antimilitarismus nur in die Armee des Faschismus und Kommunismus treiben. Ragaz sah in der Abrüstung, der Verbreitung des Friedensgedanken und des wahren Sozialismus die beste Landesverteidigung für die Schweiz.<sup>393</sup>

Es zeigte sich also, dass die vermeintlichen Gegner der Landesverteidigung diese als solche nicht mehr grundsätzlich ablehnten. Sie konnten sich jedoch nicht darüber einigen, wie eine Landesverteidigung im Parteiprogramm definiert sein müsste, damit ihr die SPS ihre Zustimmung geben könnte. Die Gruppe um Schneider wollte auf keinen Fall eine Anerkennung der bürgerlichen Landesverteidigung, und die Pazifisten wollten verhindern, dass die militärische Form der Landesverteidigung ins Parteiprogramm aufgenommen würde.

#### 4.2 Der Parteitag 1935 in Luzern

Der Parteitag der SPS am 26. und 27. Januar 1935 in Luzern fand also schon im Vorfeld grosses Medienecho. Angesichts der wichtigen Entscheidungen, die für die weitere Zukunft der SPS getroffen werden sollten, erschien eine grosse Anzahl Delegierter,<sup>394</sup> nicht aber Robert Grimm, der wegen Krankheit verhindert war.<sup>395</sup> Auf den Traktanden stand unter anderem das Programm der SPS, wie es von der Geschäftsleitung vorgeschlagen worden war – der Mehrheitsantrag und mehrere Minderheitsanträge zum Parteiprogramm von Schneider, Graber, Kramer und anderen, die jeweils die Änderung einzelner Abschnitte im Entwurf der Geschäftsleitung verlangten. Daneben sollte auch der «Plan der Arbeit» verabschiedet und eine Parole zur Abstimmung über die Militärorganisation vom 24. Februar 1935 gefasst werden. Letztere wurde insbesondere von der bürgerli-

393 Leonhard Ragaz. *Revision oder Verrat? Zur sozialistischen Militärdebatte*. Separatabdruck aus der Zeitschrift «Neue Wege». Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz (Hg.). o.O.u.J., S. 2f, 5, 7f.

394 696 insgesamt; davon 607 der Sektionen, 65 des Parteivorstandes und 24 der Fraktion – Doppelmandate nicht berücksichtigt. Protokoll Parteitag SPS 1935, S. 71 und 258.

395 SPS-Parteitagsprotokoll 1935, S. 73.



chen Presse gespannt erwartet, weil sie diesen Beschluss als «Bewährungsprobe» der neuen Einstellung der SPS zur Landesverteidigung wertete.

Als erstes sprach Hugo Kramer, der dem Parteitag einen eigenen Entwurf zum Parteiprogramm vorgelegt hatte, der im Wesentlichen keine Änderungen der Abschnitte über Demokratie und Landesverteidigung vorsah:

Seit ein, zwei Jahren beobachten wir [...] in weiten Kreisen der Partei eine zunehmende Verwässerung, beinahe eine Verwahrlosung des sozialistischen Denkens und Wesens, eine Anpassung an gewisse vergängliche Zeitströmungen, ein Horchen auf gewisse suggestive Losungen, das oft geradezu an Kapitulation vor dem Gegner, an Preisgabe besten sozialistischen Gedankenguts grenzt. [...] Unser Entwurf macht da nun einmal nicht mit. Er verschmäht jede Revision des Programms nach rückwärts.<sup>396</sup>

Kramer vertrat damit die Ansicht der äussersten Linken in der SPS, die ein Festhalten am Klassenkampfgedanken wünschte. Da Kramer seinen Antrag aber zu spät eingereicht hatte, wurde dieser in Alternative zu demjenigen des Parteivorstandes gestellt und nicht wie der von Schneider als Minderheitsantrag eingebracht. Die Delegierten beschlossen deshalb mit grossem Mehr, nicht auf den Antrag Kramer einzugehen sondern den Antrag des Parteivorstandes zu beraten.<sup>397</sup>

Reinhard erläuterte noch einmal, warum eine Programmrevision nötig sei. Das Programm von 1920 sei nämlich in der Sicherheit beschlossen worden, dass die Weltrevolution vor der Tür stehe. Deshalb sei es kein Programm zur Eroberung der Macht, sondern für die Zeit danach, «ein Programm der sozialistischen Erfüllung, nicht des sozialistischen Weges».<sup>398</sup> Nun hätten sich die Umstände aber verändert und so müsse sich auch die Partei verändern:

396 Kramer führte weiter aus: «Er geht von der Überzeugung aus, dass die so notwendige, von uns schon seit Jahren ersehnte Erweiterung der sozialistischen Bewegung zur grossen Volkssache nur dann möglich ist, wenn sich der Sozialismus nicht abkapselt, wie jetzt das Schlagwort lautet, sondern indem er sich fest in seinem eigenen Erdreich verwurzelt, wenn er sich unablässig aus seinen tiefsten Kraftquellen nährt und sich dann, von seinem Standort aus natürlich wachsend, menschlich frei und weit entfaltet.» SPS-Parteitagprotokoll 1935, S. 93f., 96.

397 Ebd., S. 98.

398 Ebd., S. 100.

Wir verlangen heute vom Parteitag nichts anderes als jene Möglichkeit, die Partei elastisch in ihren Methoden für die heutige Kampfsituation auszubauen. Wir verlangen das Recht für uns, das alle sozialistische Parteien haben und das Russland und seine Kommunisten für sich rücksichtslos in Anspruch genommen haben.<sup>399</sup>

Weiter umriss Reinhard die Idee der «antikapitalistischen Volksfront» und begründete, warum es für die SPS nötig sei, zur Verwirklichung dieser Vision ihr Programm anzupassen:

Wir müssen hier, nicht nur weil wir vernünftiger sind, sondern als die, welche auf sich selbst, auf die Kraft ihrer Bewegung vertrauen, den ersten Schritt tun zur Überwindung des Misstrauens, zur Herstellung des Vertrauens zwischen Bauer und Arbeiter; denn die Schweiz kann nur sein ein Staat, der getragen wird von freien Arbeitern und freien Bauern. [starker Beifall] Und darum haben wir es nicht nötig, die Mittelschichten durch unsere Stellung zur Wehrfrage zu gewinnen. Wir haben nur nötig, sie nicht durch eine unklare Formulierung in der Wehrfrage abzustossen.<sup>400</sup>

Reinhard stellte auch klar, er wolle nicht davon abrücken, dass die Sozialdemokratie gegen das Militär sei, aber die Sorge um die Demokratie und der Zwang zur Notwehr verlangten nun einmal eine Bejahung der Landesverteidigung. Auch wenn die wirtschaftspolitischen Gedanken aus dem «Plan der Arbeit» konsequent zu Ende gedacht würden, käme man zum gleichen Schluss.<sup>401</sup> Sodann bestritt Reinhard den Vorwurf, Burgfriedenspolitik betreiben zu wollen oder vor den bürgerlichen Parteien zu kapitulieren:

Wir betreiben ja auch keine Burgfriedenspolitik. Was wir wollen, ist jene alte jakobinische Landesverteidigung: Aufräumen im Innern und Festhalten gegen die Feinde von aussen. Denn im Grunde genommen handelt es sich für uns ja nicht um die Verteidigung des Landes, sondern um die Verteidigung der Demokratie.<sup>402</sup>

Damit umriss Reinhard den Charakter einer sozialdemokratischen Idee von Landesverteidigung, die weniger das nationale als das

399 Ebd., S. 104.

400 Ebd., S. 108.

401 Ebd., S. 110.

402 Ebd., S. 112.

demokratische Prinzip verteidigte. Zum Schluss wandte er sich gegen die Pazifisten, denen das Vorbild der «heldenhaften Wehr» der österreichischen Sozialdemokratie und der Kämpfer von Asturien entgegenhielt, die nach der pazifistischen Ideologie hätten kampflos untergehen müssen. Deshalb sei es gerade angesichts dieser Beispiele nötig, den militärischen Machtapparat zu erobern und mitzukontrollieren.<sup>403</sup> Ein rhetorischer Geniestreich gelang dem SPS-Parteipräsidenten, als er seinen Hauptkontrahenten Friedrich Schneider direkt anfragte, ob er im Falle, dass Basel-Stadt eine Regierung mit sozialdemokratischer Beteiligung erhalte und er, Friedrich Schneider, bei einem Angriff als Militärdirektor die kantonalen Truppen unter Oberstdivisionär Eugen Bircher<sup>404</sup> aufbieten müsste, dieses Aufgebot unterschreiben würde oder nicht. Schneider blieb Reinhard die Antwort schuldig – der starke Beifall, der im Protokoll vermerkt ist, zeigt aber an, dass wohl verstanden wurde, dass Schneider in diesem Fall unterschreiben würde.<sup>405</sup>

Friedrich Schneider wiederholte als Sprecher der Minderheit ebenfalls die Argumente aus seinen Publikationen: Mit der Annahme des «Plans der Arbeit» sei das Ende der Ära des Reformismus gekommen. Nun gehe es nicht mehr darum, Verbesserungen am bestehenden System vorzunehmen, sondern den Kampf ums «Ganze, um die politische Macht» zu führen. Deshalb sei es sinnlos, sich mit dem untergehenden System noch zu verbinden:

Das Bekenntnis zum Plan der Arbeit bedeutet, dass sich die Partei auf eine kurze Perspektive festlegt; es bedeutet, dass die Partei aus dieser reformistischen Tätigkeit [...] herauskommen will. Es bedeutet, dass sie den Kampf ums Ganze, um die politische Macht zu führen bereit ist. Ist es nicht ein Widerspruch, wenn die Partei sich auf diese kurze Perspektive festlegen will und sich festlegt mit dem Bekenntnis zum Plan der Arbeit, dass sie dann in einer anderen Frage sich eigentlich mit dem gegenwärtigen

403 Ebd., S. 115f.

404 Oberstdivisionär Eugen Bircher war während der Zwischenkriegszeit einer der engagiertesten Kämpfer für eine Aufrüstung und Modernisierung der Schweizer Armee und galt zeitweilig als Faschist. Seit seiner Rolle als vermuteter Anstifter Hagenbuchs in der Affäre «Wille» war er aber von diesem Verdacht mehr oder weniger reingewaschen. Friedrich Schneider fuhr in der von ihm redigierten *Arbeiter-Zeitung* allerdings fort, Bircher als Faschisten darzustellen. Siehe Heller, Eugen Bircher, S. 119–168.

405 SPS-Parteitagprotokoll 1935, S. 114.

System verbinden will – ich will nicht sagen, verbünden, aber verbinden.<sup>406</sup>

Schneider warnte in logischer Weiterführung dieses Arguments davor, den gleichen Fehler wie die deutsche Sozialdemokratie zu machen. Wenn die SPS sich wie die SPD mit in die Verantwortung für den bestehenden Staat hineinziehen lasse, müsse sie ebenfalls für dessen Fehler Rechenschaft ablegen. Geschickt wies er weiter darauf hin, dass die Bedingungen, die im Programm der Mehrheit formuliert seien, gegenwärtig keine Zustimmung zu Wehrkrediten zulassen würden – trotzdem sei eine solche Zustimmung bereits erfolgt. Es gehe also in der Wehrfrage um das praktische Verhalten der SPS und darum, ob der «Bourgeoisie die Mittel für ihr ureigenes Kampfwerkzeug» bewilligt werden sollen.<sup>407</sup> Wenn die Mehrheit hätte ehrlich sein wollen, dann hätte sie die Vorbehalte gestrichen, da sie sowieso niemand einzufordern gedenke.<sup>408</sup> Weiter verurteilte er das Beharren auf der Neutralität, die im Ernstfall trotzdem von den bürgerlichen Parteien verraten würde, da die Schweiz wohl in einem zukünftigen Krieg eher an der Seite Deutschlands, in dem über drei Milliarden Franken an Schweizer Kapital investiert seien, kämpfen würde, als an der Seite der Demokratie. In diesem Fall würde eine Schweizer Armee, die mit sozialdemokratischer Unterstützung aufgebaut und finanziert wäre, an der Seite von SS und SA kämpfen. Das sei das Risiko der Zustimmung zur Landesverteidigung.<sup>409</sup>

Diesen Faden spann Schneider noch weiter, indem er darauf aufmerksam machte, dass von bürgerlicher Seite eine Zustimmung der SPS zu Wehr- und Rüstungskrediten gerne gesehen würde. Wenn es dann aber darum ginge, dass die SPS mitentscheiden wolle, wie das Geld ausgegeben werde oder gar die aktive Mitgestaltung der Armee betreiben wolle, dann werde man sehen, dass die bürgerliche Mehrheit das wohl zu verhindern wisse. So sei ja auch bis jetzt der Einsatz der Armee im Innern noch nicht verboten worden.

Im Protokoll der Rede Ernest-P. Grabers zur Wehrfrage glaubte ETTER die Andeutung des Protokollschreibers auf eine Westschweizer Claque zu erkennen, da die Rede immer wieder von Applaus und

406 Ebd., S. 127.

407 Ebd., S. 129.

408 Ebd., S. 138.

409 Ebd., S. 130.

Bravi-Rufen unterbrochen wurde.<sup>410</sup> Graber brachte nichts Neues mehr ein, hielt aber seine Rede vor allem für die Westschweizer, weshalb er die Argumente Schneiders wiederholte, aber stärker als jener betonte, die Armee sei unter faschistischer Kontrolle, weshalb man keine Wehrkredite sprechen dürfe. Reinhard spreche schon wie Minger, wenn er für die Armee werbe – ansonsten wandte er sich als überzeugter Pazifist gegen Krieg und Gewalt.<sup>411</sup>

Alle folgenden Redner wiederholten im Prinzip schon bekannte Standpunkte,<sup>412</sup> nur bei Arthur Schmidts Rede kam es zu Tumult, als er Schneider und Graber vorwarf, sie als Meinungsführer der Minderheit hätten ja auch für das Armeebudget 1935 gestimmt.<sup>413</sup> Die verschiedenen Positionen der Minderheit verbanden sich schliesslich in einem gemeinsamen Antrag «Baumann»: Der Abschnitt «Schutz der Demokratie» sollte aus dem Antrag des Parteivorstandes gestrichen und durch einen Abschnitt ersetzt werden, der gegen Militarismus, Nationalismus und Imperialismus als «ständige Quelle der Kriegsfahrt» gerichtet war und der die Legitimität von Landesverteidigung und Armee grundsätzlich bestritt.<sup>414</sup>

Die Abstimmung wurde in einiger Unruhe durchgeführt und ergab 382 Stimmen für den Antrag der Mehrheit und 294 Stimmen für den Antrag «Baumann». Ein Vorschlag auf Urabstimmung fand keine Mehrheit, da der Parteipräsident Reinhard die Delegierten eingehend davor warnte, die SPS durch einen Streit um die Urabstimmung nochmals in Lethargie zu stürzen.<sup>415</sup>

Anschliessend an die Programmdebatte wurde als nächstes «heisses Eisen» die Parole zur Abstimmung über die Verlängerung der

410 Ebd., S. 139–148 und Etter, Armee und öffentliche Meinung, S. 163.

411 SPS-Parteitagprotokoll 1935, S. 141.

412 Vgl. Scheiben, Krise und Integration, S. 236.

413 SPS-Parteitagprotokoll 1935, S. 155f.

414 Sie [die SPS] stellt gleichzeitig fest, dass die vom kapitalistischen Bürgertum beherrschte, in seinem Geiste geführte und für seine Zwecke verwendete Armee kein Werkzeug zum Schutze der Volksrechte und kein Mittel des sozialistischen Befreiungskampfes sein kann. Sie verweigert daher alle Mittel für deren Unterhalt und deren Ausbau. Die S.P.S. stellt die Verteidigung der schweizerischen Demokratie und Unabhängigkeit, der schweizerischen Rassen- und Völkergemeinschaft auf einen Boden, der ihr sicherer scheint und dem Menschheitsideal besser entspricht als der Militarismus: auf den Boden des sozialen Fortschritts der Sanierung und Umgestaltung des Wirtschaftslebens und der Abrüstung. Ebd., Antrag Baumann, S. 165f.

415 Ebd., S. 215f.

Rekrutenschulen beraten. Der Vertreter des Parteivorstandes, Fritz Giovanoli, legte dar, warum die Nein-Parole beschlossen worden war. Er machte auch darauf aufmerksam, dass durch die Programmänderung kein Zwang zur Ja-Parole in dieser Vorlage bestünde. August Huggler, der Parteisekretär, vertrat die Position der Geschäftsleitung und somit des kranken Robert Grimm: Es sei besser, die Stimmfreigabe zu beschliessen, um den Programmabschluss nicht zu kompromittieren. Aus dem gleichen Grund forderte Emil Klöti die Ja-Parole, da sonst «Schindluderei» mit dem Programm getrieben werde. Trotz dieser Ermahnung wurde von den Delegierten mit klarem Mehr von 343 gegen 220 Stimmen die Nein-Parole beschlossen.<sup>416</sup>

Die SPS hatte die vom Parteivorstand vorgeschlagene Programmrevision bewilligt, womit die Schweizer Sozialdemokratie zur konditionalen Anerkennung der Landesverteidigung überging. Das Datum des Parteitages markiert damit auch das Ende des aktiven Antimilitarismus der Zwischenkriegszeit. SCHEIBEN bewertete den Doppelbeschluss zur Landesverteidigung als kurzfristig günstig für die innerparteiliche Kohäsion der SPS, da so die unterlegenen Antimilitaristen Trost durch den anschliessenden Entscheid zu ihren Gunsten fanden und durch die Anwendung der Konditionen deren Griffigkeit gegenüber den kritischen Elementen der SPS demonstriert worden sei.<sup>417</sup> Tatsache ist, dass der Doppelentscheid für die ausenstehenden Beobachter, wie etwa die bürgerlichen Parteien und ihre Presse, eher ein Indiz der Schwäche der SPS, als ein Signal der Stärke war.<sup>418</sup>

### 4.3 Exkurs: Die Anerkennung der Demokratie durch die SPS

Nachfolgend soll kurz der Weg der SPS zur Anerkennung der Demokratie skizziert werden, da diese die Grundlage für das Bekenntnis zur Landesverteidigung darstellte, indem ja nicht von nationaler Verteidigung, sondern von Demokratieverteidigung gesprochen wird.<sup>419</sup>

Das Parteiprogramm der SPS von 1920 äusserte sich sehr zwiespältig zur Demokratie. Einerseits wurde die Idee der Verwaltung des Volkes durch sich selber begrüsst und auch die formal-demokratischen Prozeduren im Staat und in der Partei anerkannt.

416 Ebd., S. 217–231 (Debatte), S. 231 (Abstimmung).

417 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 238.

418 Siehe dazu Kapitel III.1.1.

419 Für den ganzen Abschnitt vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 193–198.

Die bestehende bürgerliche Demokratie in der Schweiz wurde aber grundsätzlich kritisiert, da sie den Makel des Klassencharakters aufweise und nicht gefestigt sei gegen einen Umsturz von rechts.<sup>420</sup> Damit alleine liesse sich noch nicht von einer Ablehnung des Prinzips der Demokratie sprechen. Im sogenannten «Diktaturparagrafen» war aber auch festgehalten, dass die SPS bereit sei, zeitweise andere politische Mittel und Prozeduren als die demokratischen anzuwenden. Damit war vor allem die «Diktatur des Proletariats» gemeint, die aber lediglich das revolutionäre Mittel zur Erringung der sozialistischen Demokratie sein sollte.<sup>421</sup> Von bürgerlicher Seite wurde der Diktaturparagraf als absolute Absage an das demokratische System der Schweiz verstanden und die SPS folglich als Feind der Demokratie angesehen.<sup>422</sup> Der Diktaturparagraf blieb in Folge unbestrittener Bestandteil des Programms der SPS. Einzig die Pazifisten und ab 1928 die Gewerkschaften drängten auf seine Revision. Solange die revolutionär-klassenkämpferische Gruppierung die Parteileitung dominierte, kam eine solche jedoch nicht zur Sprache. Robert Grimm sah noch im Herbst 1932 das Bekenntnis der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zur Demokratie als ein Grund für deren Scheitern:

Die Konterrevolution aber schlägt man mit den Mitteln des revolutionären Kampfes, nicht mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, an die jetzt die deutschen Genossen appellieren.<sup>423</sup>

Und der radikale Marxist Ernst Walter meinte am Parteitag im Frühjahr 1933:

420 «Der bürgerliche Staat ist und bleibt auch in seiner demokratischen Form und trotz dieser ein Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat. [...] Zudem zögert die Bourgeoisie keinen Augenblick, Gesetze des bürgerlichen Staates zu verletzen und die Freiheiten [...] aufzuheben oder durch skrupellose Anwendung der Regierungs- und Militärgewalt illusorisch zu machen, sobald sie ihre Klassenherrschaft bedroht glaubt.» Parteiprogramm SPS 1920, S. 4.

421 Ebd., S. 9.

422 Zur Diktatur des Proletariats und zum Klassenkampf in der Zwischenkriegszeit siehe weiter Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, S. 156–159 und Erich Gruner. *Die Parteien in der Schweiz*. Zweite, neu bearbeitete und erweiterte Auflage. (Helvetica Politica, ser. B, Vol. IV). Bern: Francke, 1977. Zum Begriff «Klassenkampf» siehe Anmerkung 48.

423 Robert Grimm. «Das Ende der deutschen Demokratie». In: *RR*, 12. Jg., Nr. 2, Okt. 1932, S. 45–53, S. 50f.

Das Zeitalter der Demokratie ist vorbei! [...] Es kommt das Zeitalter der Diktatur, und entweder ist es die fascistische Diktatur, oder es ist die proletarische Diktatur. Und wir haben uns entschuldigend einzurichten.<sup>424</sup>

Die Stimmung schien also nach der Machtergreifung Hitlers vorerst eher zu Ungunsten der Demokratie auszufallen. Einzig die Gewerkschafter versuchten eine Anerkennung der Demokratie in der SPS mehrheitsfähig zu machen. Die Parteileitung rang sich 1933 aber doch unter dem Druck der Ereignisse zu einer «lauwarmen Anerkennung der Demokratie» durch:<sup>425</sup>

In diesem Kampfe (für den Sozialismus) wird die Sozialdemokratie alle parlamentarischen und ausserparlamentarischen Möglichkeiten ausnützen, soweit sie geeignet sind, die Reihen des Proletariats zu stärken und das Vertrauen in seine Aktion zu heben. Die Sozialdemokratie lehnt illegale Kampfmethoden ab, solange die Bourgeoisie den Rahmen der Demokratie nicht sprengt und die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes unangetastet lässt. Stellt sich die Bourgeoisie selbst ausserhalb der Legalität, indem sie die allgemeinen demokratischen Volksrechte zu Klassenvorrechten der Herrschenden verfälscht, so hat die Arbeiterklasse das moralische Recht und die sittliche Pflicht der Notwehr, ihren Kampf mit anderen Mitteln fortzuführen.<sup>426</sup>

Um die Widerstände möglichst gering zu halten, unterschied die Parteileitung die von der SPS propagierte Demokratie möglichst stark von der existenten bürgerlichen Demokratie. So hielt etwa Reinhard fest, dass der Kampf für die Demokratie nicht in einer Behauptung der bürgerlichen Demokratie erstarren dürfe, sondern dass diese zur sozialistischen Demokratie weiterentwickelt werden müsse.<sup>427</sup> Im Verlauf des Jahres 1933 bauten sich die Gegensätze der SPS zu den Fronten immer weiter aus. Dementsprechend rückte die Parteileitung die SPS immer mehr ins Lager der Verteidiger der Demokra-

424 SPS-Parteitagprotokoll 1933, S. 76.

425 Vgl. Müller, Schicksal einer Klassenpartei, S. 69. Hier sind insbesondere der Frontenfrühling und später der Untergang des «Roten Wien», also das Verbot der SDAP durch die Regierung Dollfuß im Frühjahr 1934 zu erwähnen.

426 Zur Wirtschaftlichen und Politischen Lage. Thesen des Parteivorstandes an den Parteitag 1933. SPS-Geschäftsbericht 1933 und 1934, S. 48.

427 Beilage zum Protokoll GL, 22.5.33.



tie und hielt sukzessive fest, dass sich die SPS sowohl zum Prinzip der Demokratie wie auch zum politischen System der Schweiz und seinen Verfahrensregeln bekenne. Einzig das prinzipielle Nichtausschliessen anderer als durch die Verfassung vorgesehener Politikformen blieb vorerst bestehen:

Wenn es uns mit dem Kampf gegen den Faschismus ernst ist, dann hat die Partei und die Arbeiterbewegung zu erklären, dass sie auf dem Boden der demokratischen Volksrechte steht. Wenn sie auf diesem Boden steht, dann muss sie auf dem Boden der Verfassung stehen, wo diese demokratischen Rechte niedergelegt sind. [...] Wenn der Gegner die Verfassung missachtet, ist auch die Arbeiterschaft nicht an die Verfassung gebunden.<sup>428</sup>

Der Boden für eine Revision des Diktaturparagraphen schient sodann das erfolgreiche Referendum gegen die Lex Häberlin II gelegt zu haben, denn Reinhard wies anschliessend an den Abstimmungskampf darauf hin, dass die Gelegenheit zu einer Revision nie so günstig gewesen sei wie jetzt, «wo wir es als Sieger tun können».<sup>429</sup> Mit der starken Betonung der Demokratie durch die SPS im Kampf gegen die Lex Häberlin II war die Position der Partei im Diktaturparagraphen unhaltbar geworden. Ebenso wie für die Wehrfrage, drängte sich wegen der im «Plan der Arbeit» skizzierten «antikapitalistischen Abwehrfront», eine Positionsänderung auf. 1935 verschwand der Abschnitt über die «Diktatur des Proletariats» denn auch aus dem SPS-Parteiprogramm und wurde durch einen Abschnitt «Demokratie» ersetzt, der festhielt: «Die Grundlage der Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist die Demokratie.»<sup>430</sup> Dies bedeutete die endgültige Anerkennung der demokratischen Staatsform der Schweiz durch die SPS.

428 Robert Grimm am Parteitag 1934. SPS-Parteitagprotokoll 1934, S. 124 und 126.

429 Unmittelbar auf diese Erklärung kam es beinahe zur Entmachtung Reinhardts als Parteipräsident, da der Rest der Geschäftsleitung ihm eigenmächtiges Vorgehen in dieser Frage vorwarf. Protokoll GL, 15,3,33.

430 Parteiprogramm SPS 1935, S. 13.

## 5 Fazit

Mit der Revision ihres Parteiprogramms nahm die SPS 1935 eine neue Haltung in der Wehrfrage ein: Die Ablehnung der Landesverteidigung wurde durch eine konditionale Befürwortung ersetzt. Diese Programmrevision wurde nicht durch die Parteileitung initiiert, sondern durch die «Petition der Fünfhundert» erzwungen – die Forderung nach Revision kam also nicht von oben, sondern aus der Basis. Die Parteileitung war zwar zu einer Neuinterpretation des Paragraphen über die Wehrfrage im Rahmen des alten Parteiprogramms bereit gewesen, wollte aber aus Angst vor einer Parteisplaltung die SPS in ihrem Programm nicht auf eine Befürwortung der Landesverteidigung einchwören oder gar das Risiko einer Totalrevision des Parteiprogramms eingehen.

Die Befürwortung der Landesverteidigung im revidierten Programm wurde jedoch durch Bedingungen derart abgeschwächt, dass sich eine Mehrheit für die neue Position fand, da auch ein grosser Teil der antimilitaristischen Parteikreise ihr zustimmen konnte. Übergangen wurden dabei nur die Pazifisten und die äusserste, marxistische Linke der SPS. Diese wurde im Zuge der Verschiebung der Parteipolitik hin zu einer Allianz mit Kräften aus dem politischen Spektrum der Mitte an den Rand gedrängt. Das Parteiprogramm der SPS von 1935 ist deshalb als «Kompromiss nach rechts» zu verstehen, ähnlich wie das Programm von 1920 ein «Kompromiss nach links» war. Das Programm von 1935 hatte den Zweck, die Mittelschichten für die SPS zu gewinnen und ihr den Charakter einer Volkspartei zu geben. Dagegen sollte das marxistische Programm von 1920 die radikalisierte Arbeiterschaft in der Partei halten und sie von einem Übertritt in die KPS abhalten, weshalb sich die SPS als Klassenpartei definierte und demgemäss auch den Klassenkampf propagierte.

Die Gründe, die für eine Revision der Wehrfrage sprachen, waren vielschichtig. Die Parteileitung erhoffte sich von einer Annäherung der SPS an die politische Mitte die Bildung der «antikapitalistischen Abwehrfront», einer neuen Allianz mit der sie eine Mehrheit im Parlament erringen wollte. Die Befürwortung der Landesverteidigung ist in diesem Kontext nicht als ein Schritt hin zur Integration der SPS in das spätere Konkordanzsystem zu sehen, sondern als letzter Versuch, eine alternative Mehrheit zum Bürgerblock zu bilden und die Macht in der Schweiz zu übernehmen. Diese veränderte Strategie der

Mehrheitsbildung wurde begründet mit dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland, dem Zusammenbruch der Arbeiterbewegung in Österreich sowie dem Aufkommen der Fronten in der Schweiz und den damit einhergehenden revisionistischen Strömungen.<sup>431</sup> Die Bedingungen für die Befürwortung der Landesverteidigung erfüllten in diesem Zusammenhang den Zweck, eine «doppelte Abwehr» zu schaffen: Die geistige Abwehr des Faschismus im Inneren wurde als Voraussetzung für die militärische Abwehr des Faschismus gegen aussen festgeschrieben.

Die Parteibasis zeigte Verständnis für die Pläne der Parteileitung und liess sich eher von den Argumenten vereinnahmen, welche die durch den Faschismus veränderte Bedrohungslage der Schweiz anführten und eine neue Strategie der Partei vorsahen, als von Aufrufen zur militanten Gegenwehr, wie sie vor allem aus der Westschweiz kamen. Im Gegensatz zu Österreich konnten die militanten links-sozialistischen Kreise in der Schweiz nämlich keine Mehrheit für eine Intensivierung des politischen Kampfes mit dem Einsatz von Gewalt auf der Strasse finden. Einerseits waren die Unterdrückungsmechanismen des bürgerlichen Staates in der Schweiz weniger ausgestaltet bzw. die Einführung von Gesetzen zur Einschränkung der Demokratie scheiterten am Referendum. Andererseits nahm die wirtschaftliche Not auch nie solche Ausmasse an wie in Deutschland oder Österreich. Es fällt hingegen auf, dass gerade in den Städten, wo das Industrieproletariat am stärksten ausgeprägt war, also in Zürich, Basel und den Städten der Westschweiz der Widerstand gegen die Programmrevision am stärksten war. In den linken, revolutionär-klassenkämpferischen Kreisen der SPS wurde nämlich das Nachgeben in der Wehrfrage vor allem als Kapitulation vor den bürgerlichen Parteien aufgefasst und nicht im taktisch-politischen Kontext verstanden, wie es die Parteileitung zu erklären versuchte.<sup>432</sup> Es ist also anzunehmen, dass das Fehlen eines ausgeprägten Industrieproletariats in der Schweiz und die daraus folgende Schwäche des linken Flügels der SPS dazu beigetragen hat, dass eine Revision des Parteiprogramms und damit auch der Position in der Wehrfrage überhaupt möglich wurde.

431 Vgl. dazu *Referentenführer über die Parteiprogrammrevision*. SOZ, Ar. I.126.19, SP und Militär: Korrespondenz 1930–60.

432 Siehe dazu *Referentenführer über die Parteiprogrammrevision*. SOZ, Ar. I.126.19, SP und Militär: Korrespondenz 1930–60.

Es war also zusammengefasst das Auftreten des Faschismus im Innern wie auch im Äussern verbunden mit der Wirtschaftskrise, der letztlich die SPS zu einer ersten Revision ihrer Haltung in der Wehrfrage veranlasste. Diese beiden Krisenfaktoren zwangen die SPS, die Stagnation ihres Wähleranteils dergestalt zu interpretieren, dass es unbedingt nötig wurde, neue Strategien zur Bildung einer Volksmehrheit einzuschlagen. Ansonsten drohte die Sozialdemokratie in Gefahr zu laufen, dass der Faschismus auch in der Schweiz siegreich bleiben würde und dass die Wirtschaftskrise nur mit grossem Schaden für die Arbeiterschaft zu überwinden wäre.

## Teil III

# Auf dem Weg zur bedingungslosen Anerkennung der Landesverteidigung (1935–1939)

Im dritten Teil dieser Studie wird die Umsetzung der neuen Haltung der SPS zur Landesverteidigung nach dem Luzerner Parteitag untersucht. Dabei ist die Anpassung der Interpretation des Abschnittes «Schutz der Demokratie» an die Schweizer Tagespolitik wie auch an militärpolitische Forderungen der bürgerlichen Parteien oder an internationale Ereignisse von besonderem Interesse. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Beantwortung der Frage, weshalb das Thema «Wehrfrage» auch nach der Programmänderung von 1935 in der Diskussion verblieb und was 1936 die Gründe für eine neuerliche Veränderung der Haltung der SPS zur Landesverteidigung waren.

### 1 Die Lage nach der Programmrevision von 1935

Mit der Revision von 1935 schloss die Sozialdemokratie an eine frühere Epoche der Entwicklung der sozialistischen Ideen an, die durch das Programm von Albert Steck von 1888 geprägt gewesen war.<sup>433</sup> Doch im Unterschied zu damals, waren die neuen Positionen innerhalb und ausserhalb der SPS umstritten. Nach dem Parteitag musste sich das veränderte Programm erst im politischen Kampf bewähren, insbesondere der Abschnitt zur Landesverteidigung. Die dort aufgestellten Bedingungen waren fortan der Kern des Zwistes in der Wehrfrage, da auch die Antimilitaristen nach dem Parteitag die grundsätzliche Befürwortung der Landesverteidigung nicht mehr zur Debatte stellten. Im folgenden Abschnitt wird aufgezeigt, wie die konditionale Befürwortung der Landesverteidigung 1935 von den bürgerlichen Parteien aufgenommen worden ist und wie die SPS ihr neues Programm im politischen Kampf umgesetzt hat.

433 Hans Oprecht. *Der Zweite Weltkrieg und die Schweizerische Arbeiterschaft*. (Kultur und Arbeit. Schriften zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik). Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.). Zürich: 1941, S. 9.

## 1.1 Die Wahrnehmung der Parteitagebeschlüsse in der Presse

Die Wahrnehmung des Parteitages von Luzern in der Presse war vornehmlich durch die Nein-Parole zur neuen Militärorganisation geprägt. Die SPS-kritischen Zeitungen legten nunmehr die vor dem Parteitag geübte Zurückhaltung gegenüber der SPS ab:<sup>434</sup> Die *Nation* erklärte, dass ihr die Gratulation an der Wiege des totgeborenen Knaben im Hals stecken bleibe und die *NZZ* meinte, durch die Nein-Parole zur Verlängerung der militärischen Ausbildung sei das Bekenntnis der SPS zur Landesverteidigung zur reinen Komödie herabgewürdigt worden.<sup>435</sup> Die Argumentation, dass man zwischen einer grundsätzlichen Bejahung der Landesverteidigung und der Bejahung der einzelnen Wehrvorlagen unterscheiden müsse, überzeugte im bürgerlichen Lager nicht, da man dort beides untrennbar miteinander verband. Aber auch die *Nation* – mit der Stimme von Fritz Marbach – kritisierte diesen Punkt, denn wer die Landesverteidigung als Prinzip anerkenne, der müsse auch die notwendigen Mittel dafür bereitstellen. Die Politik, welche die SPS nunmehr eingeschlagen habe, bedeute «die allerschwerste Gefährdung der durch die Gewerkschaften vertretenen, konstruktiven und volksgemeinschaftlichen Krisenpolitik.»<sup>436</sup> Die *NZZ* sah ihre Vorbehalte vom Januar 1934 bestätigt und verkündete die «Krise der Sozialdemokratie in Permanenz»,<sup>437</sup> Sie bezichtigte die SPS, eine «Partei ohne Grundsätze» zu sein, da ihr Parteiprogramm die Landesverteidigung weder klar befürworte noch klar ablehne.<sup>438</sup>

Ernst Reinhard fasste für die offizielle Seite der SPS den Parteitag unter anderen Gesichtspunkten zusammen: Er betonte, dass nicht die Beschlüsse zur Wehrfrage das zentrale am neuen Parteiprogramm seien, sondern die neue Wirtschafts- und Staatspolitik der SPS. Mit der Annahme des «Plans der Arbeit» sei die Idee der «Diktatur des Proletariats» durch die Idee einer «Volksfront der Arbeit»

434 Siehe dazu etwa den Eintrag vom 2.1.1935 im Tagebuch von Markus Feldmann. *Markus Feldmann. Tagebuch 1923–1939*. Band XIII/1. Bearbeitet von Peter Moser unter Mitarbeit von Roger Sidler u.a. (Quellen zur Schweizer Geschichte. Neue Folge, III. Abteilung, Briefe und Denkwürdigkeiten, Bd. XIII). Schweizerische Gesellschaft für Geschichte (Hg.). Basel: Krebs, 2001, S. 316.

435 *Nation* Nr. 4, 1.2.35 / *NZZ*, Nr. 168, 28.1.35.

436 *Nation* Nr. 4, 1.2.35.

437 *NZZ*, Nr. 169, 29.1.35. Siehe auch Kapitel II.3.2

438 Ebd.

ersetzt worden. Die bedingte Befürwortung der Landesverteidigung sei in diesem Kontext als neuer Weg zwischen den «pazifistischen Beschlüssen von 1917» und der bürgerlichen Landesverteidigung zu sehen: als «sozialistische Verteidigung der Demokratie». Gerade der Aufschrei der bürgerlichen Presse nach dem Parteitag zeige, dass die Beschlüsse, die dort zur Wehrfrage gefasst worden seien, keine Kapitulation vor dem Bürgerblock bedeuteten, sondern eine Behauptung «unserer unbedingten geistigen Unabhängigkeit». Es sei an der SPS, ein diesem neuen Weg entsprechendes neues Wehrsystem zu entwerfen und der Schweizer Bevölkerung vorzustellen. Das nächste Ziel der SPS sei es deshalb, «in einem gewaltigen politischen Ringen» in den Nationalratswahlen vom 27. Oktober 1935 die politische Mehrheit zu erringen.<sup>439</sup>

Die Gegner der Landesverteidigung beklagten den neuen Paragraphen im Parteiprogramm lauthals – noch mehr enttäuscht waren sie aber darüber, dass die Urabstimmung nicht zustande gekommen war, da nur so das «Ränkespiel der Parteileitung» am Parteitag hätte entlarvt werden können. Es herrschte nämlich bei den Gegnern die Ansicht vor, dass der Parteitagsentscheid nur deshalb positiv für die bedingte Landesverteidigung habe ausfallen können, weil die Parteileitung einerseits die Parteipresse zu Ungunsten der Gegner zensuriert und andererseits Einfluss auf die Zusammenstellung der Delegationen genommen habe.<sup>440</sup> Immerhin konnten die Gegner für sich verbuchen, dass die Nein-Parole zur Verlängerung der militärischen Ausbildungszeit gefasst worden war. Wie die bürgerlichen Kritiker sahen sie aber den Widerspruch zum vorhergehenden Entscheid zur Landesverteidigung und beklagten den Umstand, dass man jetzt bei jeder neuen Militärvorlage nicht wisse, was gelte und jeweils die ganze Wehrdebatte neu aufgerollt werden müsse.<sup>441</sup>

439 Ernst Reinhard. «Der Parteitag hat gesprochen». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 6, Feb. 1935, S. 177–180.

440 Siehe dazu auch *NZZ*, Nr. 158, 28.1.35 und Nr. 169, 29.1.35. Die *NZZ* bestätigte aber auch die Meinung ETTERS, dass die Antimilitaristen ebenfalls über das Mittel der Delegiertenwahl versucht hätten, den Ausgang des Parteitages zu beeinflussen. Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 163.

441 Siehe Max Gerber. «Nach dem Parteitag». In: *Der Aufbau. Sozialistische Wochenzeitung*. 16. Jg., Nr. 5, 1.2.35 und *Der Sozialismus am Scheidewege. Ein ernstes Wort zur Militärfrage*. Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz (Hg.). Zürich: o.J. (1935).

Das Lager der Antimilitaristen erfuhr nach dem Parteitag von 1935 eine wichtige Veränderung: Da Leonhard Ragaz, der Führer der religiös-sozialen Pazifisten, sich nicht mit einer bedingten Annahme der Landesverteidigung abfinden konnte, trat er aus der SPS aus.<sup>442</sup> Damit wurden die Pazifisten entscheidend geschwächt, da die deutschschweizerische Fraktion der Pazifisten in der SPS jeden Einfluss verlor. Zwar verblieben die welschen Pazifisten unter Graber in der Partei, aber ihr «sozialistisch-idealistischer Pazifismus» grenzte sich zu undeutlich von den Argumentationslinien des antimilitaristischen Lagers um die marxistischen Dogmatikern Léon Nicole und Friedrich Schneider ab, als dass der Pazifismus weiter als bestimmende Kraft innerhalb der Sozialdemokratie bestehen konnte.

## **1.2 Der Abstimmungskampf um die Verlängerung der militärischen Ausbildungszeit**

Als erste Bewährungsprobe für die veränderte Einstellung der SPS zur Landesverteidigung war von allen politischen Spektren die Vorlage über die Verlängerung der militärischen Ausbildungszeit benannt worden. Nachdem die SPS das Referendum zwar nicht unterstützt hatte, beschlossen die Delegierten am Parteitag in Luzern, doch die Nein-Parole auszugeben. Der Abstimmungskampf verlief leidenschaftlich, da beide Seiten, die bürgerlichen Parteien wie die SPS und die Kommunisten, der Vorlage eine entscheidende Wichtigkeit zuschrieben. Das bürgerliche «Nationale Komitee» hob hervor, dass es von grösster Wichtigkeit sei, dass gegenüber dem Ausland die schweizerische Wehrbereitschaft demonstriert werde.<sup>443</sup> Die antimilitaristischen Kreise der SPS argumentierten demgegenüber, die Mehrausgaben seien wirtschaftlich nicht tragbar und mit einer Verlängerung der militärischen Ausbildung werde nur dem «Kultus des Wehrwillens» gehuldigt, der doch ein Merkmal des Faschismus sei.<sup>444</sup>

442 Siehe dazu Leonhard Ragaz. «Zu meinem Austritt aus der sozialdemokratischen Partei» (Faksimile). In: Leonhard Ragaz, religiöser Sozialist, Pazifist, Theologe und Pädagoge. Leonhard-Ragaz-Institut e.V. (Hg.). Darmstadt: Lingbach, 1986, S. 92–103.

443 Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 173f.

444 *Soll die Schweiz noch mehr aufrüsten?* Aktionsausschuss gegen die Aufrüstung der Schweiz (Hg.). Zürich: Zentralstelle für Friedensarbeit, o.J. (1935). Siehe weiter den Artikel «Soll die Schweiz noch mehr aufrüsten?» von Max Gerber im *Aufbau*, 16. Jg., Nr. 5, 1.2.35.



Das bürgerliche Aktionskomitee konnte in seiner Propagandatätigkeit auf die tatkräftige Unterstützung der Bundesräte Minger, Pilet-Golaz und Motta sowie der höheren Militärs zurückgreifen, die in Fortsetzung ihrer Werbetätigkeit für die Armee überall in der Schweiz Reden zugunsten der Vorlage abhielten, sogar am Radio.<sup>445</sup> Für die Antimilitaristen wirkte sich besonders der patriotische Anstrich der Kampagne der Befürworter negativ aus. «Patrioten» begannen die Veranstaltungen der Gegner der Vorlage zu stören und es gelang verschiedentlich, sie sogar zu verhindern. Dazu kam noch die offene Unterstützung der bundesrätlichen Vorlage durch den SGB. Für die SPS erwies es sich hingegen als günstig, dass ihre Haltung in diesem Abstimmungskampf nicht als einheitlich wahrgenommen wurde, da ja ein Emil Klöti oder ein Arthur Schmid sich für eine Stimmfreigabe eingesetzt hatten. So richtete sich die Kampagne der Befürworter vor allem gegen die Pazifisten und die Kommunisten.<sup>446</sup>

Das Abstimmungsergebnis fiel mit 507 434 zu 429 520 Stimmen zugunsten der Vorlage des Bundesrates aus. Überraschenderweise zeigte die Analyse des Resultats, dass es vor allem die konservativ-katholischen Stammlande gewesen waren, welche die Vorlage verworfen hatten und dass nur dank der Stimmen der dissidenten Sozialdemokraten aus den Städten ein Ja erreicht worden war.<sup>447</sup> Nach der harschen Kritik über die widersprüchliche Haltung der SPS nach dem Parteitag 1935 wurde nun von der bürgerlichen Presse eher deren Uneinigkeit in der Wehrfrage und das Vorhandensein eines armeefreundlichen Flügels betont.<sup>448</sup>

Interessanterweise kam gerade zu dieser Zeit, anlässlich des Rücktritts von Bundesrat Schulthess, die Diskussion um eine sozialdemokratische Beteiligung im Bundesrat wieder auf. Eigentlich war der Anspruch der SPS auf eine Vertretung in der Landesregierung mittlerweile auch bei den bürgerlichen Parteien unumstritten. Zudem galt es als sicher, dass die Sozialdemokraten in den Nationalratswahlen 1935 ihren Wähleranteil noch würden erhöhen können. Mit dem Hinweis auf die widersprüchliche Haltung der SPS

445 Dies löste grossen Protest in der Sozialdemokratischen Presse aus, weil diese sog. «Führerreden» die politische Meinung in einer Weise beeinflussten, die es den Gegner der Vorlage verunmöglichte, entsprechend zu kontern, da sich der Bundesrat den Rundfunk vorbehalten hatte. Vgl. auch Graf, Rudolf Minger, S. 45–47.

446 Vgl. Etter, Armee und öffentliche Meinung, S. 175f.

447 *NZZ*, Nr. 326, 25.2.35 und *Die Nation*, 5.7.35.

448 Vgl. Etter, Armee und öffentliche Meinung, S. 179–81.

in der Wehrfrage wurde aber eine Aufnahme der SPS in den Bundesrat abgeblockt, da bezüglich der Haltung eines SPS-Bundesrates zu einer möglichen künftigen wehrpolitischen Vorlage noch ausreichend Vorbehalte bestanden. In den Bundesratswahlen im April 1935 wurde deshalb der Freisinnige Hermann Obrecht als Nachfolger von Edmund Schulthess gewählt und die freisinnige Majorität erneut bestätigt.<sup>449</sup>

### 1.3 Das Scheitern der «antikapitalistischen Abwehrfront» und die Krise der SPS

Während des Jahres 1935 kamen zwei für die SPS wichtige Vorlagen zur Abstimmung: Die Kriseninitiative und die Initiative für eine totale Verfassungsreform. Obwohl erstere vom SGB lanciert worden war und die Sozialdemokratische Partei eigentlich nichts mit dieser Vorlage zu schaffen hatte, galt sie doch als ein Prüfstein für die neue linke Politik, die eine Allianz mit der politischen Mitte erreichen wollte. In beiden Vorlagen standen sich die Lager links und rechts unversöhnlich gegenüber. Die einen wollten mit ihren Reformen neue Wege zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit beschreiten, die anderen die Demokratie mit der Einführung autoritärer Spielregeln einschränken. Die linken Kräfte wurden im Kampf gegen die Verfassungsrevision vereint, denn eine Durchsetzung ihrer Reformvorhaben wie etwa des «Plans der Arbeit» oder der Kriseninitiative schien undenkbar, wenn die rechte Verfassungsreform gelingen würde. Umgekehrt glaubte die Rechte, dass gerade diese Verfassungsreformen nötig wären, um den Umbau der Schweiz in marxistischem Sinne zu verhindern. Die intensive Propaganda beider Seiten musste den Stimmbürger glauben lassen, dass die Verfassungsinitiative geradezu zum Faschismus bzw. die Kriseninitiative zum Marxismus führen müsse. Damit war genau der Fall eingetreten, den der SGB und die Bewegung um die *Nation* eigentlich durch das Aussenvorlassen der SPS vermeiden wollte: ein Rückfall des Abstimmungskampfes in den politischen Bipolarismus.<sup>450</sup>

Durch die Ablehnung der Kriseninitiative im Juni 1935 geriet die vom Gewerkschaftsbund angeführte «Front der Arbeit» in eine

449 Feldmann, Tagebuch 1923–1939, S. 325f.

450 Vgl. Morandi, Krise und Verständigung, S. 86.

Krise.<sup>451</sup> Diese Front aus Demokraten, Jungbauern und Gewerkschaftern, die zur Propagierung der Kriseninitiative gebildet worden war, stand zwar einerseits in einer gewissen Konkurrenz zur «antikapitalistischen Abwehrfront», welche die SPS mit ihrem «Plan der Arbeit» bilden wollte, andererseits hätte sie der SPS aber auch eine Plattform für den Aufbau einer alternativen Volksmehrheit bieten können.<sup>452</sup> Die SPS-Geschäftsleitung zeigte sich vom Ausgang der Abstimmung über die Kriseninitiative denn auch nur mässig enttäuscht – Grimm wertete das Resultat sogar als «durchaus befriedigend» –, da damit die Arbeiterbewegung mit ihren Verbündeten ihre Referendumsfähigkeit habe unter Beweis stellen können. Zudem war der Gewerkschaftsbund wieder etwas zurückgestutzt worden.<sup>453</sup>

Max Weber versuchte fortan, die SPS-Parteileitung zu Reformen zu bewegen, die auf eine Vereinigung der Gruppierungen der «Front der Arbeit» mit der von der SPS angestrebten alternativen Volksmehrheit hinzielten. Diese «neue Volksmehrheit» sollte nach den Ideen Webers einerseits durch den Zusammenschluss der «Front der Arbeit» mit der SPS und andererseits durch eine Linkswendung des Freisinns erreicht werden, nachdem sich der Bürgerblock über den Kampf um die Verfassungsreform geteilt haben würde.<sup>454</sup>

451 Die Kriseninitiative wurde bei einer hohen Stimmbeteiligung von 84,4% mit 425 242 Ja- zu 567 425 Nein-Stimmen abgelehnt.

452 Das Konzept für die «Front der Arbeit» wurde von dem Bündner Demokraten Andreas Gadiant 1934 erstmals vorgestellt. Gadiants Auffassungen sollten in der Folge den politischen Kurs der Bewegung und Wochenzeitschrift *Nation* prägen, wollte er doch «im Zeichen des Festhaltens an direkt demokratischen Traditionen und der Forderung nach grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Reformen einen Beitrag leisten zur Wiederherstellung der sich in einer tiefen gesellschaftlichen Krise befindlichen schweizerischen Volksgemeinschaft». Mit dem Konzept für die «Front der Arbeit» hatte Gadiant bereits die wichtigsten Punkte des nachmaligen Richtlinienprogramms vorweggenommen: Bekenntnis zur demokratischen Verfassung und ihren Spielregeln, überzeugte Verteidigung der verfassungsmässigen Rechte, Wunsch nach einem Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern und demzufolge Absage an den Klassenkampf sowie soziale Gerechtigkeit. Die «Front der Arbeit» sollte rechtzeitig alle loyalen Anhänger der demokratischen Verfassung sammeln – ob diese nun im bürgerlichen Lager stünden oder in jenem der Arbeiterbewegung. Dadurch liesse sich gemäss den Vorstellungen Gadiants die Isolierung der Arbeiterbewegung verhindern und die demokratische Staatsordnung retten. Vgl. Morandi, *Krise und Verständigung*, S. 49 und 78.

453 Protokoll GL, 2.6.35. SOZ, Ar. 1.111.6, Protokolle GL und PV, Jan.–Aug. 1935. Siehe auch SPS-Geschäftsbericht 1935, S. 2.

454 Vgl. Morandi, *Krise und Verständigung*, S. 98.

Der eigentliche Führer der SPS, Robert Grimm, nahm jedoch in der Partei jetzt das Heft noch energischer in die Hand als bisher und liess Max Weber und den Parteipräsidenten Ernst Reinhard hinter sich zurücktreten. Da Grimms Aufstieg in der Sozialdemokratie eng mit dem Untergang der sozialreformerischen Bewegung und des Grütlivereins verbunden war, konnte er schlecht als sozialistischer Reformator auftreten, weshalb er versuchte, die sozialdemokratische Tagespolitik grundlegend zu ändern.<sup>455</sup> Im Juni unterbreitete er ohne Absprache mit der Parteileitung den demokratisch gesinnten freisinnigen Kräften ein Angebot zur Zusammenarbeit, um die autoritären Kräfte und ihre Verfassungsreform abzuwehren. Dafür forderte er nichts weniger als einen Bundesratssitz.<sup>456</sup> Damit wollte Grimm die Gunst der Stunde nutzen und wie Weber von der Spaltung im bürgerlichen Lager profitieren.<sup>457</sup> Das Koalitionsangebot wurde auf bürgerlicher Seite zwar höflich registriert, aber von der SPS-Parteileitung nicht bestätigt, da die innerparteiliche Opposition gegen dieses eigenmächtige Vorgehen Grimms doch zu gross war.<sup>458</sup>

Als die Initiative auf Totalrevision der Verfassung sogar noch deutlicher scheiterte als die Kriseninitiative, was einen grossartigen Sieg der Demokraten und aller linken Kräfte bedeutete, erhoffte sich die SPS-Führung eine entsprechende Signalwirkung für die Nationalratswahlen am 27. Oktober 1935, um mit einem guten Resultat der SPS den Start zur Gewinnung der «neuen Volksmehrheit» geben zu können. Mit einem «Manifest des sozialdemokratischen Parteitages der Schweiz an die Nationalratswahlen» sollte die Bedeutung dieser Wahlen noch unterstrichen werden. Dieses enthielt erneut den Aufruf, eine politische Allianz unter der Führung der SPS zu gründen.<sup>459</sup> Dazu fehlte aber jede reale Aussicht auf einen bevorstehen-

455 Ebd., S. 126.

456 Das Angebot erfolgte während einer Rede im Nationalrat und wurde dann in der Berner Tagwacht publiziert. Robert Grimm. «Unser Programm nach dem 2. Juni» In: *Berner Tagwacht*, 24.6.35.

457 Die Ursache dieser Spaltung sahen Grimm und Weber im Zerfall des bis dahin wirksamsten Bindemittels des Bürgerblocks: der Abwehrhaltung gegenüber der SPS und des von ihr genährten Bipolarismus. Protokoll Parteiausschuss 23.6.35. SOZ, Ar. 1.III.6, Protokolle GL und PV, Jan.–Aug. 1935. Vgl. Morandi, Krise und Verständigung, S. 105.

458 Protokoll Parteiausschuss 23.6.35. SOZ, Ar. 1.III.6, Protokolle GL und PV, Jan.–Aug. 1935.

459 Siehe SPS-Geschäftsbericht 1935, S. 15f.

den Durchbruch der Sozialdemokraten in den nächsten Nationalratswahlen.<sup>460</sup> Es folgte denn auch eine allgemeine Ernüchterung in den Reihen der SPS-Geschäftsleitung, da sich das politische Spektrum nur geringfügig veränderte. Die Verluste der bürgerlichen Parteien hielten sich erstens klein und zweitens erhielt nicht die SPS diese Stimmen, sondern die Parteien der «Front der Arbeit».<sup>461</sup> Ernst J. Walter sah in einem kritischen Artikel in der *Roten Revue* die Ursachen des Stillstands der SPS darin, dass sie es noch nicht verstanden habe, klare wirtschaftliche und politische Entscheidungen zu treffen und aufgrund dieser Entscheidungen ein umfassendes, realisierbares Aktionsprogramm zu entwickeln.<sup>462</sup> Die SPS-Parteileitung interpretierte das Wahlergebnis optimistisch als Patt und folgerte, dass das Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratie und damit der «Plan der Arbeit» in der breiten Öffentlichkeit offenbar keinen Anklang finden würden.<sup>463</sup>

Die völlige innere Zerstrittenheit der SPS, was das weitere politische Vorgehen, den «Plan der Arbeit» und die nötigen wirtschaftlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise betraf, wurde deutlicher sichtbar in der Frage des eidgenössischen Finanzprogramms II, mit dem der Bundesrat vom Parlament weitgehende Vollmachten zur Krisenbekämpfung verlangte.<sup>464</sup> Die Parteileitung versuchte mehrmals gegenüber den bürgerlichen Parteien Kompromissbereitschaft und Wille zur Mitarbeit zu demonstrieren, was die innerparteiliche Opposition jeweils zu verhindern wusste. Tatsächlich befand sich die SPS Ende 1935 in einem Zustand «tiefgreifender

460 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 246f.

461 Resultat der Nationalratswahlen vom 27.10.35: FDP (Freisinnig-demokratische Partei): 48 Sitze (-4) bei 23,7% der Stimmen; KK (Katholisch-konservative Volkspartei): 42 Sitze (-2), 20,3%; SPS: 50 Sitze (+1), 28%; BGB (Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei): 21 Sitze (-9); 11%; LDS (Liberaldemokratische Partei der Schweiz): 7 Sitze (+1), 3,3%; KPS: 2 Sitze (±0), 1,4%; Demokraten: 4 Sitze (+2), 1,2%; EVP (Evangelische Volkspartei): 1 Sitz (±0), 0,7%; LdU (Landesring der Unabhängigen): 7 Sitze (+7), 4,2%; Jungbauern: 4 Sitze (+4); Nationale Front: 1 Sitz (±0). Gesamte Sitzzahl: 187.

462 Ernst J. Walter. «Ursachen des Stillstands». In: *RR*, 15 Jg., Nr. 5, Jan. 1936, S. 171–174.

463 Vgl. Morandi, *Krise und Integration*, S. 105.

464 Neben der Deflationspolitik störte sich die SPS vor allem an der Art des Bundesrates, die Finanzpolitik mit dem als antidemokratisch empfundenen Instrument der dringlichen Bundesbeschlüsse zu leiten. Vgl. SPS-Geschäftsbericht 1935, S. 17f. Zu den bundesrätlichen Vollmachten siehe Anmerkung 58; zur Wirtschaftskrise Kapitel II.3.1 und zur Deflationspolitik Anmerkung 308.

innerer Auseinandersetzungen von nachhaltig desorganisatorischer Wirkung».<sup>465</sup>

Robert Grimm versuchte die Parteikrise im Winter 1935/36 durch eine organisatorische Straffung zu überwinden, wobei ihm der Rücktritt Ernst Reinhards als Parteipräsident sehr zustatten kam.<sup>466</sup> Grimm erarbeitete weitgehende Vorschläge zur Reorganisation der SPS, an deren Umsetzung durch die Parteileitung er eine mögliche Annahme des Parteipräsidiums durch seine Person knüpfte.<sup>467</sup> Als die Parteileitung in einer langen und kontroversen Diskussion seinen Plänen jedoch nicht stattgab, verweigerte er das Präsidentenamt.<sup>468</sup> Dies kam indirekt den Wünschen der Gewerkschaften entgegen, da sie einen gemässigten und weniger vorbelasteten Kandidaten bevorzugten – Grimm war als Führer des Landesstreiks auf bürgerlicher Seite immer noch eine Reizfigur. Immerhin gab die Parteileitung gegenüber Grimm insofern nach, als eine Kommission zur Reorganisation der SPS gebildet wurde. Die Reorganisationsfrage kam dann zwar im März in der Politischen Kommission (PK) der SPS noch einmal zur Sprache, doch die Verhandlungen endeten in einem Patt, als je vier Stimmen für und gegen eine Revision abgegeben wurden.<sup>469</sup>

465 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 250f.

466 Ernst Reinhard trat aber nicht auf Druck Grimms zurück, sondern wegen seiner Wahl in den Gemeinderat der Stadt Bern. Reinhard hatte das Amt des Parteipräsidenten der SPS von 1919 bis 1936 bekleidet. Sein Rücktritt hatte einen gewissen symbolischen Charakter, da es das endgültige Ende der Dominanz des revolutionär-klassenkämpferischen Flügels in der SPS besiegelte. Reinhard selber hatte sich – wie bereits aufgezeigt – bereits 1934 von dessen Positionen in zentralen Punkten wie der Demokratie- und der Wehrfrage distanziert.

467 Grimm wollte einerseits die Umgestaltung der Parteileitung, um feste Mehrheiten zu erhalten, und andererseits eine Verbindung des Parteipräsidiums mit dem Fraktionsvorsitz im Nationalrat. Gerade die Schlagkräftigkeit der Gewerkschaften mit ihrer zentralen Organisation führte er als Vorbild für eine künftige, starke SPS an. Brief von Robert Grimm an die Geschäftsleitung der SPS sog. «Memorial Grimm», 14.12.35. SOZ, Ar. 1.113.1, Zirkulare 1935 und Protokoll GL, 19.12.35. SOZ, Ar. 1.111.6, Protokolle GL und PV, Sept.–Dez. 1935. Im Geschäftsbericht der SPS für das Jahr 1936 heisst es dazu: «Genosse Grimm, der vom Parteivorstand einmütig als neuer Präsident vorgeschlagen wurde, erklärte, das Amt nur annehmen zu können, wenn die Finanzen der Partei saniert, die innere Organisation klar umschrieben und die politische Linie der Partei einheitlich bestimmt würde. [...] Die weitere Entwicklung hing von den Entscheiden des Zürcher Parteitages ab.» SPS-Geschäftsbericht 1936, S. 5.

468 Protokoll PV 4.1.36. SOZ, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Jan.–März. 1936.

469 Protokoll PK, 7.3.36.

Damit waren die Bestrebungen zur Reorganisation der SPS vorerst gescheitert und die Partei zeigte schwere Zersetzungserscheinungen, die erstmals für alle sichtbar während der Wintersession in der Nationalratsfraktion offen zu Tage traten.<sup>470</sup>

An dieser Stelle muss die Aufmerksamkeit kurz auf ein neues Konzept des gewerkschaftlichen Vordenkers Max Weber gelenkt werden, mit dem er die Grundlage für eine interparteiliche Zusammenarbeit der SPS mit der FDP schaffen wollte.

#### 1.4 Die «Richtlinien» – die Idee einer neuen «Koalition der Mitte»

Die Idee zu den «Richtlinien» präsentierte Max Weber im August 1935 in der *Nation*. In einem Artikel über das Schicksal der Schweiz kam er zum Schluss, dass der Schweiz längerfristig ein Übergang von der liberalen zur autoritären Demokratie drohe, wenn sich die freisinnige Bewegung nicht wieder mehr auf ihre linken Ursprünge besinne. Wenn die sozialdemokratische Arbeiterbewegung die grosse Bedeutung des Kampfes für politische und geistige Freiheit anerkennen würde, dann müsste daraus ein Zusammengehen der FDP und bürgerlicher Linksgruppen mit der Sozialdemokratie resultieren.<sup>471</sup> Daraus ergab sich nach Weber für die Anhänger der Bewegung um die *Nation* und der «Front der Arbeit» die Aufgabe, zielstrebig die Hindernisse zu beseitigen, die zwischen Freisinn und Sozialdemokratie lagen.<sup>472</sup>

Als Grundlage einer möglichen Koalition zwischen der FDP und der SPS schlug Weber kein verbindliches Regierungsprogramm, sondern eine Übereinstimmung in gewissen «Richtlinien» vor:

Festhalten an unseren demokratischen Einrichtungen, Verteidigung der individuellen Freiheitsrechte auf geistig-kulturellem Gebiet, fortschrittliche Sozialpolitik, gerechte Vertretung in den Behörden, namentlich im Bundesrat. In einzelnen Fragen müsste in jedem Fall eine Einigung gesucht werden.<sup>473</sup>

Diese «Richtlinien» bildeten fortan die Grundlage für die Zusammenarbeit der Bewegung um die *Nation* und der «Front der Arbeit». Sie wurden von Max Weber im Frühjahr 1936 auch in die Reor-

470 Feldmann, Tagebuch 1923–1939, S. 422.

471 Max Weber. «Das Schicksal der Schweiz». In: *Die Nation*, 30.8.35.

472 Vgl. Morandi, Krise und Verständigung, S. 95.

473 Max Weber. «Das Schicksal der Schweiz». In: *Die Nation*, 30.8.35.

ganisationsdiskussion in der SPS eingebracht. Zwischen ihm und Friedrich Schneider wurde dadurch eine grundsätzliche Divergenz in den Vorstellungen über die weitere Zukunft der SPS deutlich: Während Weber aufgrund der «Richtlinien» von der SPS eine deutliche Abgrenzung von der KPS und eine bedingungslose Anerkennung der Landesverteidigung verlangte, befürchtete Schneider, eine Abgrenzung zu den Kommunisten bei gleichzeitiger Öffnung nach rechts würde zur Parteispaltung führen. Er sah das Heil der SPS nicht in einer Koalition mit bürgerlichen Kräften, sondern im Kampf, den er mit einer Volksinitiative im Sinne des «Plans der Arbeit» führen wollte.<sup>474</sup>

Die Grundlage für die neue «Koalition der Mitte» nach Weber sollte die SPS durch eine Verbreiterung ihrer Wählerbasis schaffen, was aber nur zu erreichen war, wenn nicht mehr ausschliesslich die traditionelle Arbeiterschaft – die ja auch die Basis für die KPS bildete – sondern alle, «die von der Arbeit lebten», für die Sozialdemokratie gewonnen werden könnten.<sup>475</sup> Dies bedingte einerseits eine Überwindung des engen politischen, sozialen und kulturellen Selbstverständnisses der traditionellen Wählerbasis der Sozialdemokratie, andererseits einen Abbau aller systemalternativer und klassenkämpferischer Positionen der SPS. D.h. eine unbedingte Befürwortung der Landesverteidigung, eine klare Abgrenzung gegenüber den Kommunisten und eine klar systemkompatible wirtschaftliche Linie.<sup>476</sup> Die «Richtlinien» hätten in ihrer Konsequenz eine endgültige Absage an die «Einheitsfront» mit den Kommunisten bedeutet, wie sie schon 1933 formuliert und im Sommer 1935 bestätigt worden war.<sup>477</sup> Gleichzeitig wären damit aber auch alle Diskussionen über eine mögliche «Volksfront» nach französischem

474 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 255.

475 Max Weber. «Das Schicksal der Schweiz». In: *Die Nation*, 30.8.35.

476 1935 war es verschiedentlich zu Wahlverbindungen mit den Kommunisten gekommen. Weber sah jedoch gerade in der Kooperation der SPS mit den Kommunisten das Haupthindernis für die Bildung eines starken demokratischen Blocks. Protokoll PK, 7.3.36. SOZ, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Jan.–März 1936. Der «Plan der Arbeit» kann als systemalternatives Programm verstanden werden, da er eine grundlegende Änderung der Wirtschaftspolitik auf der Basis der Planwirtschaft vorsah. Damit wurde der Plan für die bürgerliche Mehrheit eindeutig in die Nähe des Kommunismus gerückt. Vgl. Morandi, *Krise und Verständigung*, S. 128.

477 Siehe SPS-Geschäftsbericht 1935, S. 6–9.



Muster vom Tisch gewesen.<sup>478</sup> Die SPS sollte also in letzter Konsequenz den Wandel von einer «Klassen-» zu einer «Volkspartei» vollziehen.

Der Plan Webers war im Frühjahr 1936 noch nicht zu verwirklichen, da die Führungskrise der SPS anhielt und in der Parteileitung nur noch «prekäre interne Kompromisse» möglich waren. Erschwerend wirkten sich noch die anhaltenden Spannungen zwischen dem SGB und der SPS aus.<sup>479</sup> Friedrich Schneider war als Verfechter der «Einheitsfront» und später der «Volksfront» gegen jegliche Art der Zusammenarbeit mit der politischen Mitte, und auch Ernest P. Gruber wollte auf keinen Fall ein weiteres Nachgeben in der Wehrfrage.<sup>480</sup> Robert Grimm pendelte irgendwo dazwischen und sträubte sich gegen eine Einschränkung der Handlungsfreiheit der SPS. Er beabsichtigte, von Fall zu Fall mit den Kommunisten oder den links-

478 Im Frühjahr 1934 bewirkten führende Politiker der langjährigen Regierungspartei Frankreichs, der Radikalen, durch ihre Verwicklung in eine Veruntreuungsaffäre den fünften Sturz einer franz. Regierung in nur 18 Monaten. Vor diesem Hintergrund marschierten die Faschisten am 6.2.1934 bewaffnet zur französischen Nationalversammlung, um die Neubildung einer Regierung aus Radikalen und Sozialisten zu verhindern. Die Polizei siegte in einer blutigen Strassenschlacht, aber der neue Ministerpräsident Daladier trat dennoch zurück, um einer Regierung der rechten Einheit Platz zu machen. Diese halbfaschistische Regierung hatte die Bildung der «Volksfront» zur Folge, die einen bedingten Zusammenschluss der Kommunisten, Sozialisten, Radikalsozialisten und anderer Gruppen der bürgerlichen Linken für bestimmte abgegrenzte Ziele und Zwecke darstellte. Der «Volksfront» gelang im Mai 1936 der Wahlsieg und die Etablierung einer Regierung unter Léon Blum. Siehe dazu Heinz Köller. *Für Demokratie, Brot, Frieden. Die Volksfront in Frankreich 1935 bis 1938*. Pahl-Rugenstein: Bonn, 1996.

479 Vgl. Morandi, *Krise und Integration*, S. 131.

480 Die Kommunisten vollzogen im Anschluss an eine Erklärung Stalins im Mai 1935, in der er den französischen Kommunisten grünes Licht für eine Billigung des Prinzips der nationalen Verteidigung gegeben hatte, eine Wende hin zur «Volksfront», wie sie am siebten Weltkongress der Komintern skizziert worden war. Das bedeutete ein Ende des Kampfes gegen die SPS, wie er unter dem Vorwurf des «Sozialfaschismus» geführt worden war. Die KPS forderte die SPS deshalb zur Zusammenarbeit in einzelnen Themenbereichen auf, so z.B. im Kampf gegen den Faschismus und in den Nationalratswahlen. Später erklärte sich die KPS sogar bereit, in das Bündnis mit der SPS noch andere, linksbürgerliche Parteien aufzunehmen. Die SPS-Parteileitung beschied diesen Plänen eine Ablehnung. Am Parteitag von 1935 wurden aber Listenverbindungen der SPS mit der KPS in kantonalen Wahlen gebilligt. Alle weiteren Bestrebungen der KPS, diese Kooperation auf der nationalen Ebene nachzuvollziehen, scheiterten am Widerstand der Gewerkschaften und des evolutionär-demokratischen Flügels der SPS. Vgl. Huber, *Kommunisten und Sozialdemokraten*, S. 431–461.

bürgerlichen Kräften, denen er misstraute, zu koalieren.<sup>481</sup> Diese Position bildete die Basis für den Beschluss, in einer Resolution «die Äquidistanz» der Position der SPS zwischen den Kommunisten und den Linksbürgerlichen zu definieren, was eine Niederlage der gewerkschaftlichen Bewegung bedeutete, die besonderen Wert auf eine klare Abgrenzung gegenüber den Kommunisten legte.<sup>482</sup>

## 1.5 Das «Krisenjahr» 1935

Die Wahrnehmung des Jahres 1935 als «Krisenjahr» begründete sich auf der Aneinanderreihung von zwei grösseren internationalen Krisen, der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland und dem Abessinienfeldzug Italiens, die jeweils die Kriegsängste in der Schweizer Bevölkerung kurzfristig dramatisch steigerten. Verbunden mit dem starken Anstieg sogenannt «völkischer Propaganda» aus Italien und Deutschland, die eine Auflösung der Schweiz und einen Anschluss der Landesteile an die jeweiligen Nationalstaaten propagierte, bewirkten diese internationalen Krisen eine nachhaltige Stärkung des Prinzips der Landesverteidigung in der Schweizer Bevölkerung. Auch in der SPS-Basis wurde dadurch der Boden für eine bedingungslose Anerkennung der Landesverteidigung weiter vorbereitet. Daneben war die schweizerische Innenpolitik von einem wirtschaftlichen<sup>483</sup> und demokratiepolitischen<sup>484</sup> Krisendiskurs in Zusammenhang mit der Krisen- und der Fronteninitiative geprägt.<sup>485</sup>

481 «Viele Genossen glaubten, in der Front der Arbeit [...] das Mittel gefunden zu haben, um aus dieser Isolierung herauszukommen. Grosser Irrtum! [...] Die Nationalratswahlen sprengten diese Front ebenso auseinander wie die letzten Bundesratswahlen. Es ist zwar denkbar, dass die gleiche Gruppierung wieder einmal entstehen kann [...], aber an eine Dauerfront von landespolitischer Bedeutung vermag ich einstweilen nicht zu glauben. Warum nicht? Die Front der Arbeit zählt Partner, mit denen die SPS dauernd in heftigem Kampf liegt. Die Jungbauern sind nicht Sozialisten und wollen es nicht sein. [...] Die Demokraten vom Schlage Gadients mögen der SPS sozialpolitisch am nächsten stehen, aber auch sie treiben eine selbständige Politik gegen die Sozialdemokratie.» Protokoll PV, 4.1.36. SOZ, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Jan.–März. 1936.

482 Protokoll PK, 7.3.36. SOZ, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Jan.–März 1936.

483 Vgl. Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, S. 197–216.

484 Ebd., S. 216–258.

485 Über den Stellenwert der Berichterstattung über die einzelnen Krisenfelder in den vier wichtigsten Schweizer Tageszeitungen der Zwischenkriegszeit gibt die Medienergnishierarchie von Esther Kamber Auskunft. «Medienergnishierarchien 1930–1960». *Neue Zürcher Zeitung, Tages-Anzeiger, Tagwacht, Vaterland*. Bearbeitet von Esther Kamber. In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Konkordanz und*

Im Frühjahr 1935 konnte das nationalsozialistische Deutschland in der Saarabstimmung einen grossen aussenpolitischen Triumph feiern. Der Völkerbund liess durch einen Volksentscheid im Saarland feststellen, ob die Bevölkerung einen Verbleib bei Frankreich wünsche oder ins Deutsche Reich rückgegliedert werden wolle. 90,8 Prozent der Bevölkerung votierten für Deutschland, obwohl die Arbeiterparteien des Saarlandes einen Anschluss ans Reich aus Angst vor den Nationalsozialisten vehement bekämpft hatten. Der NSDAP galt gerade deswegen der Entscheid des Saarlandes als Beweis dafür, dass die Volkszugehörigkeit ein stärkeres Band darstelle als die Klassenzugehörigkeit und dass auch die «anderen Volksdeutschen» sich einen Anschluss an das Reich der deutschen Nation erwünschten.<sup>486</sup> Entsprechende Artikel in der deutschen Presse wurden in der Schweiz mit Unbehagen zur Kenntnis genommen, vor allem weil ähnliche Verlautbarungen aus Italien bezüglich des Tessins schon seit längerem vorlagen.<sup>487</sup> Es wurde befürchtet, dass wie im Tessin nun auch in der deutschsprachigen Schweiz eine Bewegung für einen «Anschluss» zustande kommen könnte.<sup>488</sup>

Als Hitler kurz darauf im März überraschend die allgemeine Wehrpflicht wieder einführte, glaubte man, England und Frankreich würden dies nicht tolerieren – doch ausser einer Schelte der deutschen Politik durch die sogenannte «Stresafront» geschah nichts.<sup>489</sup> England unterstützte die Revisionspolitik Hitlers gar noch mit einem Flottenabkommen. Deutschland befolgte damit offiziell nicht länger

*Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit.* (Krise und sozialer Wandel, 2). Zürich: Seismo, 1996, S. 249–265, S. 256f.

486 Aus der Sicht der Nationalsozialisten waren dies die Elsässer, die Sudetendeutschen, die Österreicher, die Danziger, die Südtiroler und nicht zuletzt auch die deutschsprachigen Schweizer. Andere deutsche Minderheiten in Europa, die nicht in geschlossenen Siedlungsgebieten lebten und vom deutschen Sprachgebiet räumlich getrennt waren, sollten grösstenteils durch Umsiedlung mit der «deutschen Nation» vereint werden.

487 Vgl. Edgar Bonjour. *Geschichte der Schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte Eidgenössischer Aussenpolitik.* Bd. III, 1930–1939. Dritte, durchgesehene Auflage. Basel: Helbing & Lichtenhahn, 1970, S. 55–57.

488 Ebd., S. 157f.

489 Die Westmächte, Grossbritannien, Frankreich und Italien, verurteilten das Vorgehen Hitlers an der Konferenz von Stresa 11.–14.4.1935, ohne dass Deutschland dadurch irgendwelche Sanktionen hätte befürchten müssen. Vgl. Hildebrand, *Das Dritte Reich*, S. 19f.

die Bestimmungen des Vertrages von Versailles.<sup>490</sup> Weiter waren die schweizerisch-deutschen Beziehungen von der Affäre «Jacob» geprägt, die aus der Verschleppung des staatenlosen Juden Berthold Jacob durch die Gestapo aus der Schweiz nach Deutschland ergab. Diese eklatante Verletzung der Souveränität fand in der schweizerischen Öffentlichkeit grosse Aufmerksamkeit und zwang den Bundesrat, diplomatisch entschieden gegen Deutschland vorzugehen. Die Affäre «Jacob» markierte denn auch einen Wendepunkt in den schweizerisch-deutschen Beziehungen, die sich fortan durch anhaltende Spannungen charakterisierten.<sup>491</sup>

Mit dem Angriffskrieg Mussolinis gegen Abessinien im Oktober 1935 zerbrach die gemeinsame «Abwehrfront» Frankreichs, Englands und Italiens gegenüber Deutschland.<sup>492</sup> Nachdem Hitler Mussolini die Souveränität Österreichs zugestanden hatte, näherten sich Deutschland und Italien einander an, womit sich bereits die Achse Berlin–Rom abzeichnete. Für die Schweiz bedeutete dies, dass sie nunmehr auf drei Seiten von sich gegenseitig wohlgesinnten faschistischen Staaten umgeben war. Das Verhältnis der Schweiz zu Italien war seit 1934 durch eine Akzentuierung des Irredentismus<sup>493</sup> gegen den Tessin belastet.<sup>494</sup> Die Sanktionen, welche der Völkerbund wegen des Abessinienfeldzuges gegen Italien verhängte, drohte die zwischenstaatlichen Beziehungen noch stärker zu belasten. Durch eine differentielle Anwendung der Sanktionen mit Hinweis auf die Neutralität gelang es jedoch der Schweiz, einen direkten Konflikt mit Italien zu vermeiden, ohne gleichzeitig wie Österreich oder Ungarn als ein Satellit Mussolinis eingestuft zu werden.<sup>495</sup> Dieses nachsichtige

490 Ebd.

491 Vgl. Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, S. 277–279. Zur Affäre «Jacob» siehe ausführlich Bonjour, *Geschichte der Schweizerischen Neutralität*, III, S. 58–85.

492 Das heutige Äthiopien. Italien hatte bereits im 19. Jahrhundert von seinen Kolonien Italienisch-Somaliland und Eritrea aus versucht, Abessinien zu unterwerfen, war aber gescheitert.

493 Die *Irredenta*-Bewegung entstand im Italien des 19. Jahrhunderts und verlangte eine Angliederung der «noch nicht zurückgegebenen» Gebiete an das italienische Königreich. Damit waren vor allem das Südtirol und Triest gemeint. Mussolini machte aber schon 1921 darauf aufmerksam, dass auch das Tessin und die Bündner Südtäler noch «befreit» werden müssten. Vgl. Bonjour, *Geschichte der Schweizerischen Neutralität*, III, S. 143.

494 Ebd., S. 154–157.

495 Die Schweiz befolgte das Waffenembargo, die Sperre der Kredite und das Ausfuhrverbot kriegswichtiger Waren. Im Sinne der Neutralität wurde das Waffen-

Verhalten brachte dem Bundesrat aber scharfe Kritik aus der linken Presse und von Seiten Frankreichs und Englands ein.<sup>496</sup>

Die Kriegsgefahr, die schon anlässlich der englischen Flottendemonstrationen vor dem Angriff Italiens als sehr hoch eingestuft worden war, beherrschte die Schweizer Presse, insbesondere als der Völkerbund die Sanktionen gegen Italien im Frühjahr 1936 noch verschärfen wollte. Deren überraschende Aufhebung kam auf Initiative der Schweiz zustande, was ein Nachlassen des irredentistischen Drucks Italiens nach sich zog.<sup>497</sup> Die Frage der Sanktionen gegen Italien brachte der Schweiz eine Neubelebung der Diskussion um die Neutralität und den Völkerbund, die auch in der SPS rege geführt wurde. Die Position des Bundesrates in der Abessinienfrage wurde in der SPS jedoch weniger als geschicktes Lavieren zwischen den Grossmächten, sondern vielmehr als Nachgiebigkeit gegenüber einem faschistischen Aggressor wahrgenommen.<sup>498</sup>

Im Frühjahr 1936 zeichnete sich ein Andauern der internationalen Krisen ab. Am 7. März besetzten deutsche Truppen das durch den Versailler Vertrag entmilitarisierte Rheinland und am 1. April führte Österreich die allgemeine Wehrpflicht wieder ein. Damit war die europäische Friedensordnung von Versailles endgültig zerbrochen. Die Spannungen zwischen Deutschland und der Schweiz wegen des Falles «Jacob» dauerten fort und wurden durch die Ermordung Wilhelm Gustloffs, des Leiters der Schweizer Landesgruppe der NSDAP, noch verstärkt. Sie äusserten sich in einem schweizerisch-deutschen Pressekrieg, der bis 1937 anhielt.<sup>499</sup> In diesen Kontext geriet die Veröffentlichung eines neuen Kreditgesuches des Bundesrates über 235 Millionen Franken für die Armee. Diese Vorlage löste die grösste und für die Thematik dieser Arbeit wichtigste Armeediskussion der Zwischenkriegszeit aus.

embargo aber auch auf das angegriffene Abessinien ausgedehnt. Der Warenverkehr insgesamt wurde auf den Umfang von 1934 begrenzt. Nach BONJOUR wurden diese Massnahmen nicht nur aus neutralitätsrechtlichen Gründen getroffen, sondern vor allem aus Rücksicht auf die Schweizer Wirtschaft. Ebd., S. 173 und Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, S. 266f.

496 Vgl. Bonjour, *Geschichte der Schweizerischen Neutralität*, III, S. 175f. und 179.

497 Ebd., S. 183–188.

498 Siehe dazu Arthur Schmid. «*Die Schweiz und der kommende Krieg*». 4. Auflage. *Als Anhang Briefwechsel Oberstdiv. Dr. Bircher–Dr. Schmid*. Aarau: 1936, S. 24–30.

499 Siehe dazu ausführlich Bonjour, *Geschichte der Schweizerischen Neutralität*, III, S. 91–111 (Gustloff) und S. 125–141 (Pressekonflikt).

## 2 Der Kampf um die Wehranleihe von 1936

Das Thema «Landesverteidigung» wurde in der SPS unmittelbar nach dem Parteitag von 1935 kaum mehr diskutiert, da sich wegen der anhaltenden Führungskrise keine Seite daran die Finger verbrennen wollte. Nur ein paar Unentwegte wie Arthur Schmid oder die Gewerkschafter fuhrten fort, die bedingungslose Anerkennung der Landesverteidigung durch die SPS zu fordern. Als der Bund im Frühjahr 1936 einen 235-Millionen-Kredit für das EMD vor das Parlament brachte, änderte sich dies schlagartig. In diesem Abschnitt wird der Kampf um diese neue Wehrvorlage dargestellt und analysiert, da er eine nachhaltige Erschütterung der SPS zur Folge hatte. Am Ende dieser Krise wurden eine neue Parteiführung und ein neuer Vorort bestimmt, was den Weg zur bedingungslosen Anerkennung der Landesverteidigung ebnete.<sup>500</sup>

Die SPS unterliess es bis ins Frühjahr 1936 eine eigene Militärpolitik auszuarbeiten. Seit 1917 war dies als unnötig angesehen worden, da ja die Landesverteidigung als Konzept abgelehnt worden war. Diesen Missstand beklagten sowohl Schmid wie auch Reinhard. Letzterer befand sich deswegen im Begriff, den Entwurf eines militärpolitischen Thesenpapiers zu redigieren, als das Kreditgesuch des Bundes für eine Aufrüstung der Armee bekannt wurde.<sup>501</sup>

### 2.1 Die SPS und die Wehranleihe von 1936

Am 17. April 1936 trat der Bundesrat mit einem Kreditgesuch von 235 Millionen Franken für die Armee an die Öffentlichkeit, nachdem die schweizerische Bevölkerung durch eine breit abgestützte bürgerliche Kampagne für die Aufrüstung sensibilisiert worden war. Gemäss der bundesrätlichen Botschaft betreffend die Verstärkung der Landesverteidigung würden diese Mittel für eine Modernisierung der Armee gebraucht. Eine moderne und schlagkräftige Armee

500 Die Wehranleihe von 1936 bzw. das sog. «Plebiszit mit dem Portemonnaie» wurde von DEGEN ausführlich besprochen. Er folgte dabei jedoch nicht der traditionellen Sichtweise wie ETTER, sondern beleuchtete das Thema aus einem nüchterneren Blickwinkel. Deshalb wird folgend für diese Thematik DEGENS Aufsatz massgebend sein. Siehe Bernhard Degen. «Plebiszit mit dem Portemonnaie oder Plebiszit des Portemonnaies?». In: *Studien und Quellen*, 26. Bern: Haupt, 2000, S. 123–156.

501 Siehe Ernst Reinhard. «Zur Aktion der Partei». In: *RR*, 15. Jg., Nr. 8, März 1936, S. 237.

sei nämlich mehr denn je notwendig, da die Grundlagen der internationalen Ordnung ins Schwanken geraten seien.<sup>502</sup> Die Schweizer Armee sollte deshalb mit der sich in Vorbereitung befindlichen neuen Truppenordnung, einer Aufrüstung der Luftabwehr, der Verstärkung des Grenzschutzes und der Beschaffung von Panzern wieder einsatzbereit gemacht werden. Die Kreditforderungen des Bundesrat waren für die damaligen Verhältnisse enorm. Sie entsprachen in etwa der Hälfte eines zeitgenössischen Bundesbudgets. Zusätzlich fiel das Kreditbegehren in eine finanzpolitisch schwierige Zeit. Trotz der bundesrätlichen Propaganda für die Aufrüstung wurde die bedrohliche aussenpolitische Lage in Europa durch die nochmalige Zuspitzung der Wirtschaftskrise in der Wahrnehmung durch die schweizerische Öffentlichkeit überdeckt.<sup>503</sup>

Walther Bringolf, seit 1935 in der SPS, redigierte unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Kreditbegehrens eine vorläufige Stellungnahme der Partei.<sup>504</sup> Darin torpedierte er das Rüstungsvorhaben zwar nicht direkt, stellte aber Forderungen, welche berücksichtigt werden müssten, sollte die SPS zusätzlichen Krediten für das EMD zustimmen:

Wir haben heute ein Interesse an der Sicherung und Verteidigung unserer Grenzen und unseres Landes gegen die faschistische Kriegsgefahr. Diese Bejahung der notwendigen Verteidigungsmassnahmen kann jedoch nicht vorbehaltlos geschehen. Wir müssen mit dem Eintreten für die Wehrvorlage u.a. unsere Forderungen klar und deutlich vertreten und popularisieren.[...] Der Kampf um die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz darf nicht verzögert werden. Die Opfer für die neuen militärischen Rüstungen sind in erster Linie von den Besitzenden zu tragen. Es müssen Garantien vorhanden sein, dass wirkliche und nicht nur scheinbare Opfer gebracht werden. Die Säuberungen des Offizierskorps von den faschistischen Elementen ist dringend und unerlässlich. Das eindeutige Verbot der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen, sämtlicher faschistischer Agenturen und Organisationen überhaupt, ist eine geradezu gegebene Selbstver-

502 Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 182f.

503 Vgl. Degen, *Plebiszit mit dem Portemonnaie*, S. 126–134.

504 Walther Bringolf war bis 1935 der Führer der Kommunistischen Partei Opposition (KPO), die politisch zwischen der KPS und der SPS positioniert war und in Schaffhausen die beiden anderen Arbeiterbewegungen überflügelte. Die KPO fusionierte 1935 mit der SPS. Wolf, *Walther Bringolf*, S. 102–106.

ständigkeit. [...] Die Rüstungsaufträge dürfen keine Rüstungs- und Kriegsgewinnler erzeugen und deshalb muss die Rüstungsindustrie verstaatlicht werden.<sup>505</sup>

Diese Forderungen Bringolfs reflektierten wie die Thesen Reinhardts zur Schweizerischen Aussenpolitik in der Zeit des Faschismus, die ebenfalls zuhanden derselben Parteivorstandssitzung verfasst wurden, die verschärfte aussenpolitische Bedrohungslage der Schweiz im Frühjahr 1936. Dabei schien insbesondere das Versagen des Völkerbunds beim Schutz Abessinien den grössten Einfluss ausgeübt zu haben.<sup>506</sup>

Obwohl sich die Thesenpapiere Bringolfs und Reinhardts grundsätzlich positiv zur militärischen Landesverteidigung und der Aufrüstung äusserten, verknüpften sie ein Einlenken der SPS in diesen politischen Vorhaben mit der Forderung nach Arbeitsbeschaffungsmassnahmen oder generell mit einer aktiveren wirtschaftlichen Krisenpolitik des Bundesrates und der Bekämpfung des Faschismus im Inland. Reinhardt stellte etwa die These auf, dass die militärische Landesverteidigung ohne die gleichzeitige Verwirklichung der wirtschaftlichen Landesverteidigung – sprich einer erfolgreichen Bekämpfung der Wirtschaftskrise bzw. der sozialverträglichen Finanzierung der Aufrüstung – gar nicht möglich sei. Die Krisenbekämpfung wurde damit auf die gleiche Ebene gehoben wie die Bekämpfung des faschistischen Gedankenguts in der Schweiz, die Reinhardt unter dem Stichwort «Geistige Landesverteidigung» propagierte:

Die Verteidigung dieser Grundlagen [Föderalistische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Achtung fremder Kulturen, Wahrung der politischen und sittlichen Freiheit, Sicherung der Demokratie, aktive Friedenspolitik, Respektierung der sozialen Gerechtigkeit] und der schweizerischen staatlichen Existenz

505 *Vorläufige Stellungnahme der SPS zur Wehrvorlage*. Resolution von Walther Bringolf zuhanden des SPS-Parteivorstandes. Beilage zum Protokoll PV, 18./19.4.36. SOZ, Ar. I.III.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936.

506 Siehe die Erläuterungen Reinhardts an der Sitzung der Politischen Kommission am 7.5.36. Zur internationalen politischen Situation siehe Kapitel III.1.5. Die links gesinnte Öffentlichkeit wurde gerade in dieser Zeit auch durch eine mehrmals neu aufgelegte Broschüre von Arthur Schmid über die Kriegsgefahren aufgeklärt. Die hohe Auflage reflektiert einerseits das damalige grosse Interesse der Arbeiter an internationalen Fragen und erlaubt auch Rückschlüsse auf den starken Einfluss Schmidts auf die Debatte um die Wehrfrage. Schmid, Die Schweiz und der kommende Krieg, S. 3–5.



geschieht A) durch die schweizerische Aussenpolitik und ihr Werkzeug, die schweizerische Diplomatie, B) durch die schweizerische Wehrorganisation. [...] Aufgabe der Wehrorganisation ist es, alle Kräfte des Volkes und des Landes für die Verteidigung der staatlichen Existenz bereitzustellen. Die Wehrorganisation darf nicht nur die militärischen Abwehrmassnahmen ergreifen, die allein niemals genügen können. Die Wehrorganisation verlangt die umfassende und rechtzeitige Organisation der wirtschaftlichen, der geistigen und der militärischen Landesverteidigung.<sup>507</sup>

Die wichtigste Vorbedingung für eine Verteidigung der Schweiz mit sozialdemokratischer Beteiligung sei aber, so Reinhard weiter, eine «Umbildung der Regierung und die gerechte Einbeziehung der Vertreter der Arbeiterschaft», da eine umfassende, «totale» Landesverteidigung unter der «alten bürgerlichen Parteienregierung» ein Ding der Unmöglichkeit sei.<sup>508</sup>

Bevor die SPS offiziell zur Wehrvorlage Stellung beziehen konnte, wurde sie von einem erneuten Alleingang des SGB überrascht. Dieser verlangte vom Bundesrat, die Vorlage über die Wehrkredite noch durch eine Vorlage zur Bekämpfung der Krise zu ergänzen und für beide zusammen einen Kreditrahmen von 500 Millionen zu sprechen.<sup>509</sup> Der SGB beabsichtigte damit, die Aufrüstung an die Aufgabe der bundesrätlichen Deflationspolitik zu binden.<sup>510</sup> Die Eingabe des SGB wurde in den Verhandlungen der nationalrätlichen Kommission auch von den Vertretern der SPS vertreten, weil sie die Basis für einen möglichen Kompromiss bildete, in dessen Rahmen auch die SPS der Wehrvorlage hätte zustimmen können. Trotzdem scheiterte die Eingabe in der Kommission.<sup>511</sup>

507 Ernst Reinhard. *Schweizerische Aussenpolitik in der Zeit des Faschismus*. Beilage zum Protokoll PV, 18./19.4.36. SOZ, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Apr.-Sept. 1936

508 Interessant ist ferner, dass Reinhard auch den Versuch unternahm, die nötige Stärke der Schweizer Armee zu definieren: «Die militärpolitische Aufgabe der Schweiz liegt darin, ihren Wehrwillen so zu gestalten, dass er im Rahmen der verfügbaren Kräfte ausreicht, einen Angriff zu verhüten oder gegebenenfalls einem Angreifer solange standzuhalten, bis anderweitige Hilfe zur Stelle ist.» Ebd.

509 Vgl. Degen, Plebiszit mit dem Portemonnaie, S. 132f.

510 Brief des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes an den Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 5.5.36. SOZ, Ar. 1.126.19, SP und Militär: Korrespondenz 1930–60.

511 Vgl. Degen, Plebiszit mit dem Portemonnaie, S. 133.

Durch die Ablehnung des gewerkschaftlichen Vorschlages sah sich die SPS-Führung gezwungen, wieder über eine eigene Stellungnahme nachzudenken. Eine Entscheidung über die Wehrkredite sollte die Parteivorstandssitzung vom 16. Mai fällen. Zuvor trat die Politische Kommission der SPS zusammen, in der die führenden Mitglieder der Geschäftsleitung über das weitere Vorgehen berieten. Der Noch-Präsident Ernst Reinhard erläuterte nochmals seine Thesen «Schweizerische Aussenpolitik in der Zeit des Faschismus» und setzte sie in Bezug zur aktuellen Wehrvorlage, die es anzunehmen gelte:

Reinhard verweist sodann zur Begründung der grundsätzlichen Einstellung zu diesen Krediten auf die militärische Niederlage Abessiniens. Es ist Tatsache, dass die Sanktionsaktion des Völkerbundes gescheitert ist, dass dadurch der Faschismus neuen Auftrieb erhalten hat [...] Abessinien hat durch seine militärische Schwäche vor allem dem Faschismus einen Dienst erwiesen. Aus diesen Tatsachen sind schwerwiegende Lehren zu ziehen. [...] Wir lehnen die Auffassung einer bloss militärischen Landesverteidigung ab. Parallel damit muss die geistige und wirtschaftliche gehen. Dementsprechend müssen unsere Forderungen lauten. Die Idee auch die wirtschaftliche Landesverteidigung ins Auge zu fassen, wird von den Bauern unterstützt. Die Kosten müssten vom Besitz und dem Kapital getragen werden. Die Spekulation der Rüstungsindustrie ist soweit als möglich zu verhindern. Geistige Landesverteidigung ist gegenüber der faschistischen Agitation notwendig. [...] Unter der Voraussetzung, dass diese Forderungen wenigstens in der Hauptsache beachtet werden, könnten wir der Vorlage zustimmen.<sup>512</sup>

Der Politischen Kommission lagen Stellungnahmen von Walther Bringolf, Arthur Schmid und Hans Nägeli zur Wehrvorlage vor.<sup>513</sup> Sie alle vertraten die Ansicht, die SPS müsse ihre Zustimmung zu den Wehrkrediten an gewisse Bedingungen knüpfen – uneins waren sie sich in der Art dieser Bedingungen. Nägeli formulierte seine Bedin-

512 Protokoll PK, 7.5.36. SOZ, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936

513 *Unsere Stellungnahme zu der neuen Militärvorlage. Anträge von Dr. Arthur Schmid; Stellungnahme zur neuen Wehrvorlage des Bundesrates. Vorschlag von Hans Nägeli, Zürich und Vorläufige Stellungnahme der SPS zur Wehrvorlage. Resolution von Walther Bringolf zuhanden des SPS-Parteivorstandes.* Beilagen zu Protokoll PK, 7.5.36. SOZ, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936.

gungen in einer Art, dass es absehbar wurde, dass die SPS der Vorlage nicht würde zustimmen können. Bringolf und Schmid zeigten sich eher kompromissbereit.<sup>514</sup> Beide waren nämlich der Ansicht, dass es für die Schweiz verheerend wäre, wenn die Vorlage abgelehnt würde. Schmid regte zudem an, dass die SPS nunmehr auch eine eigene Militärpolitik verfolgen müsse, da sie ja der Landesverteidigung grundsätzlich zugestimmt hatte. Deshalb sei es klüger, die Vorlage zu befürworten, aber Änderungen im Sinne der Partei zu verlangen.<sup>515</sup>

Die Vertreter des linken, revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügels, Nicole und Schneider, lehnten die Wehrvorlage mit Hinweis auf das Parteiprogramm grundsätzlich ab, da bis jetzt die Schweiz noch keineswegs von einer «antikapitalistischen Volksfront» regiert werde. Nicole verwahrte sich besonders gegen den Abschnitt über die Neutralität in Reinhards Thesen, da die Schweiz sich jetzt entscheiden müsse, welchem Block sie angehören wolle, dem faschistischen oder dem antifaschistischen.<sup>516</sup> Wenn sie sich nicht eindeutig zum französischen Block geselle, dann werde dieser keinen Finger rühren, wenn Hitler die Schweiz angreife. Alleine könne sich die Schweiz selbst dann nicht verteidigen, wenn ein vielfaches der geforderten Kredite für die Armee ausgegeben würde. Robert Grimm lehnte hingegen eine Verbindung der Themenbereiche «Neutralität» und «Wehrkredite» aus taktischen Gründen ab, schlug sich aber nicht

514 Für die Argumentation Bringolfs siehe oben. Schmid's Vorschlag war sogar noch milder ausgefallen: «Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz stimmt [...] den Forderungen zu, die der Bundesrat in militärpolitischer Hinsicht stellt, sie anerkennt die Notwendigkeit der Vermehrung des Grenzschutzes, der Steigerung des Luftschutzes, der Verbesserung anderer militärtechnischer Einrichtungen. Sie fordert aber ausser diesen Massnahmen weitere unerlässliche Vorkehrungen wie beispielsweise den geistigen Kampf gegen die fascistische Minierarbeit in unserem Lande sowie wirtschaftliche Vorbereitung eventl. Massnahmen für den Kriegsfall, die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, die Vermehrung des Einflusses der Arbeiter und Bauern in unserer Armee, etc.» *Unsere Stellungnahme zu der neuen Militärvorlage. Anträge von Dr. Arthur Schmid.* Beilage zu Protokoll PK, 7.5.36. SOZ, Ar. I.III.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936.

515 Protokoll PK, 7.5.36. SOZ, Ar. I.III.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936

516 In Punkt zwei und drei der Thesen definierte Reinhard die Bedingungen für eine Anerkennung der Neutralität durch die SPS, die im Wesentlichen die Gleichbehandlung aller Staaten (Beziehungen zur Sowjetunion) und in der wehrhaften Verteidigung der Schweiz gegen jeden Angreifer, also auch gegen Deutschland oder Italien, bestanden. Ernst Reinhard. *Schweizerische Aussenpolitik.* Beilage zum Protokoll PV, 18./19.4.36. SOZ, Ar. I.III.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936.

eindeutig auf eine der beiden Seiten. Er verwies darauf, dass es unter allen Umständen zu vermeiden sei, «dass wir am Anfang Nein sagen, und nach einiger Zeit dann doch Ja sagen müssen. Diese Haltung würde uns ausserordentlich schädigen.»<sup>517</sup>

Darauf zersauste Reinhard die Argumente Nicoles und Schneiders in der Frage der Neutralität mit dem Hinweis, dass es bis jetzt nur deshalb keinen «antifaschistischen Block» gebe, da Frankreich mit Italien freundschaftlich verbunden sei und England gegenüber Deutschland eine tolerante Haltung einnehme. Die unklare Stellungnahme in Luzern 1935 bringe die Partei jetzt wieder in Verlegenheit, da sich nach dem Ende der Friedenspolitik des Völkerbundes die Grundlagen des Entscheides von damals völlig geändert hätten. Fritz Giovanoli stimmte Reinhard zu und fügte an, die SPS würde sich politisch völlig isolieren, wenn sie sich gegen die Wehrvorlage stelle. Als Nicole bemerkte, dass er und Schneider in die Minderheit geraten waren, brachte er wie 1935 das Argument des «Röstigrabens» – also der «unterdrückten welschen Antimilitaristen» – vor, um dann anzufügen, dass die Frage der Landesverteidigung unter einem andern Stern stünde, wenn die Schweiz endlich Beziehungen zu Sowjetrußland aufnehmen würde. Es zeichnete sich schliesslich ab, dass einerseits Nicole als Bedingung für eine Zustimmung zur Wehrvorlage eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion und andererseits Schneider die Aufgabe der Neutralität verlangte. Die Politische Kommission der Geschäftsleitung entschied darauf, die Thesen Reinhardts zu billigen, wie dies Nicole und Schneider wünschten, und die Zustimmung zur Wehrvorlage nur an Forderungen zu knüpfen, nicht an Bedingungen.<sup>518</sup>

In der Parteivorstandssitzung vom 16. Mai, die über die Themen «Aussenpolitik» und «Wehrvorlage» zu entscheiden hatte, erklärte Ernst Reinhard in Rechtfertigung seiner Thesen, dass die SPS in eine neue Phase ihrer Einstellung gegenüber der Landesverteidigung kommen müsse:

Die pazifistische Ära ist abgeschlossen. Wir haben unsere Aufgabe erfüllt; solange es sich irgendwie machen liess, haben wir die Abrüstung in den Vordergrund gestellt. Es ist die Schuld derjenigen, die in dieser Periode mutlos waren, besonders der

<sup>517</sup> Protokoll PK, 7.5.36. SOZ, Ar. I.III.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936

<sup>518</sup> Ebd.

kapitalistischen Klasse, dass die Abrüstung nicht durchgeführt werden konnte. [...] Es ist für uns selbstverständlich, dass jede Aussenpolitik und jede Wehrpolitik ihre Wurzeln in der Innenpolitik hat. Daher haben wir uns auf keinen Burgfrieden eingelassen, sondern wie seinerzeit die Jakobiner die Wehrforderungen mit den Machtforderungen verbunden.<sup>519</sup>

Die apologetischen Ausführungen beeindruckten den Parteivorstand jedoch nicht sonderlich. Die Gegenvorschläge Nägelis und Schneiders erhielten viel mehr Zuspruch. Sie verlangten, dass die SPS gegenüber den Wehrkrediten eine ablehnende Haltung einnehmen und insbesondere die Neutralität der Schweiz nicht zu ihrem Ziel mache solle.<sup>520</sup> Dieser Antrag bekam unverhofft viel Zuspruch, was auch an der eben bekannt gewordenen Abwertung des Schweizer Frankens durch den Bundesrat lag.<sup>521</sup> Die Debatte lief trotzdem darauf hinaus, dass ein baldiger Krieg als sicher gelte und dass eine Aufrüstung einfach unumgänglich sei. Eine Verweigerung der Mittel zur Aufrüstung lief auch in den Augen vieler Sozialdemokraten auf eine Sabotierung der Abwehr gegen den Faschismus hinaus.

Würdet Ihr die Mobilisierung gegen einen faschistischen Staat sabotieren? Nein. Ihr opfert also die Leben, aber Ihr verweigert die materiellen Mittel. Unser Wille und unser Ziel bleiben unverändert für eine Friedensorganisation und für einen Völkerbund, der mehr taugt als der heutige. Die Politik der Allianz der demokratischen Staaten gegen die faschistischen ist der kürzeste Weg zur Abrüstung.<sup>522</sup>

Die Abstimmung fiel nach diesem Schlusswort mit 30 zu 14 Stimmen zugunsten der Wehrvorlage des Bundesrates aus. Die Thesen «Aussenpolitik und Wehrfrage» wurden mehrheitlich gebilligt, und sollten in redigierter Fassung dem Parteitag vom 6. und 7. Juni 1936 in Zürich vorgelegt werden. Darin wurden nunmehr sieben Forderungen aufgestellt, welche die Zustimmung zu den Wehrkrediten begleiten sollten:

519 Protokoll PV, 16.5.36. SOZ, Ar. I.III.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936.

520 Beilage Protokoll PV, 16.5.36. SOZ, Ar. I.III.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936.

521 Die Abwertung des Schweizer Frankens wurde von der SPS als unsoziale Krisenmassnahme verurteilt, da die Kosten der Krisenbekämpfung vor allem von der arbeitenden Bevölkerung zu tragen seien.

522 Protokoll PV, 16.5.36. SOZ, Ar. I.III.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936.

Die Wehrvorlage des Bundesrates, für die ein Kredit von 235 Millionen Franken gefordert wird, ist rein militärisch gedacht und angelegt. Sie lässt die wirtschaftliche und geistige Landesverteidigung ausser Betracht und sieht keinerlei Massnahmen vor, ihr gerecht zu werden. Aus diesem Grunde erachtet die SPS diese Vorlage als ungenügend. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz stimmt zwar den für die Landesverteidigung notwendigen Krediten zu; sie fordert aber, weil für eine umfassende Landesverteidigung unerlässlich:

- a) Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und die staatliche Kontrolle der für die Rüstungszwecke arbeitenden Nebenindustrien;
- b) die Indienstellung der für Heereslieferungen arbeitenden Fabriken, unter Ausschluss von Sonderprofiten;
- c) eine Wirtschaftspolitik schon in der Friedenszeit, die den Bürger vor Not und Entbehrung schützt und ihm auch in der Krisenzeit eine ausreichende Existenz ermöglicht;
- d) eine Finanzpolitik, die die grossen Vermögen und Einkommen für die Kostendeckung der neuen Wehrmassnahmen heranzieht, sei es in der Form einer besonderen Wehrabgabe oder in der Form einer umfassenden Wehranleihe zu niedrigem Zinsfuss zugunsten der militärischen oder der wirtschaftlichen Landesverteidigung;
- e) Ausmerzung aller faschistischen Einflüsse in der Armee und auf dieser Grundlage Gleichberechtigung aller Wehrpflichtigen zur Bekleidung von militärischen Chargen nach Eignung und Fähigkeiten;
- f) Verbot aller faschistischen und halbfaschistischen Organisationen, die andere Staaten im Interesse ihrer höheren Kriegsbereitschaft auf Schweizer Boden unterhalten;
- g) Bekämpfung aller innerpolitischen Tendenzen, die im Widerspruch zum schweizerischen Volkswillen, eine Verkümmern der demokratischen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte der Bürger und die Ausschaltung des Einflusses der verfassungsmässigen Instanzen auf den Staat und seine Politik anstreben.<sup>523</sup>

523 *Anträge des Parteivorstandes: Aussenpolitik und Wehrfrage*. SOZ, Ar. I.113.1, Zirkulare 1936.

Diese Anträge stellten die erste gesammelte Form der militärpolitischen Forderungen der SPS seit 1917 dar. Im Wesentlichen zielten sie erstens auf eine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie sowie auf eine sozialverträgliche Finanzierung der Aufrüstung und zweitens auf eine verstärkte Bekämpfung faschistischer und antidemokratischer Elemente in Armee und Politik. Die Absicht der Parteileitung war es, diese wehrpolitischen Forderungen über die Plattform der Diskussion um die Wehrkredite in die allgemeine politische Diskussion einzubringen. Die Aufstellung von Forderungen anstelle von Bedingungen wurde jedoch von den Gegnern der Landesverteidigung nicht als kluger politischer Schachzug sondern als eine verklausulierte Zustimmung zu den Wehrkrediten verstanden. Dies entsprach der parteipolitischen Realität, da die SPS-Parteiführung ihre Absicht nicht klar kommunizieren konnte und aus Schwäche auch nicht wollte.

## 2.2 Der «Parteitag der Wehrkredite»<sup>524</sup> 1936

*Vorwärts immer, rückwärts, nimmer  
Für Arbeit und Brot, gegen Krise und Not  
Unser der Sieg trotz alledem.*

(Motto des SPS-Parteitages vom 6./7. Juni 1936 in Zürich)<sup>525</sup>

Unmittelbar vor ihrem Parteitag im Juni konnte die SPS bereits erste Früchte ihrer vorerst positiven Einstellung gegenüber den Wehr-

524 Dieser Ausdruck wurde vor dem Parteitag von Ernst Nobs in einem hoffnungsvollen Artikel in der *Roten Revue* geprägt: «Der Parteitag wird, nach den Beschlüssen des Parteivorstandes vom 16. Mai zu schliessen, zum Parteitag der Wehrkredite werden. Mit dieser Kennzeichnung soll die Bedeutung der übrigen Traktanden keineswegs herabgesetzt werden, da der Parteivorstand aber, einem mit vielen Unterschriften bedeckten Antrag Arthur Schmids folgend, die ausdrückliche und durch keine Bedingungen verklausulierte Annahme der neuen Wehrkredite [...] mit der überraschenden Mehrheit von 39 gegen 14 Stimmen beschlossen hat, so kann die Beschlussfassung des kommenden Parteitages nicht mehr in Frage stehen. Erst unlängst hat Helveticus in der überaus lesenswerten Schrift «Siegreiche Demokratie» die Wendung der schweizerischen Arbeiterschaft in der Frage der Landesverteidigung als «das wichtigste staatspolitische Ereignis in der Geschichte der Eidgenossenschaft seit dem Weltkrieg» bezeichnet. Die Neuorientierung, die durch den Luzerner Parteitag 1935 eingeleitet worden ist, wird ihre abschliessende und alle Zweideutigkeiten vermeidende Formulierung erst durch den Parteitag von Zürich erhalten.»[!] Ernst Nobs. «Der Parteitag der Wehrkredite». In: *RR*, 15. Jg., Nr. 10, Jun. 1936, S. 337–342, S. 337.

525 *VR*, Nr. 132, 8.6.36.

krediten ernten. Als der Bundesrat Vorschläge zur Amortisation des 235 Millionen-Kredites machte, die der SPS-Geschäftsleitung völlig inakzeptabel erschienen, signalisierte diese den Krediten nicht mehr zustimmen zu können. Darauf gab die nationalrätliche Kommission den Forderungen der SPS wenigstens in einem Punkt nach: Die Kredite sollten über eine Wehranleihe mit niedrigem Zinsfuss finanziert werden. Eine Amortisation und Verzinsung durch eine «Landesverteidigungsabgabe» auf grosse Einkommen und Vermögen fand dagegen keine Mehrheit.<sup>526</sup> Die Frage der Finanzierung der Wehrkredite wurde schliesslich noch vor dem Parteitag der SPS von der grundsätzlichen Beratung der Vorlage des Bundesrates getrennt und auf später verschoben.<sup>527</sup>

Kurz vor dem Parteitag trat auch die KPS versöhnlich an die SPS heran und unterbreitete ihr ein neues Angebot zu einer «Einheitsfront», für das sie alle Bedingungen akzeptierte, die früher von der Sozialdemokratie für eine solche Zusammenarbeit aufgestellt worden waren. Die KPS verkündete, sie bekenne sich zur Demokratie und zur Verteidigung der Schweiz gegen den Faschismus, teile aber in der Frage der Wehrkredite die Ansichten der Minderheit in der SPS,<sup>528</sup> stütze also deren Ablehnung.<sup>529</sup> Das erste Traktandum des Parteitages, «die allgemeine Politik der SPS», stand deshalb ganz unter dem Eindruck dieses Angebots der KPS. Robert Grimm erklärte einleitend, dass nicht mehr die Rede davon sein könne, dass die SPS alleine oder in Verbund mit anderen Parteien in der Schweiz die Macht erobern könne. Er verkündete also das Scheitern der Koalitionspolitik der SPS. Im Folgenden entbrannten heftige Rededuelle zwischen Grimm, Nicole und Graber um die Frage der «Einheitsfront», die ein recht tiefes Niveau erreichten und grosse Unruhe unter den Delegierten verbreiteten. Die Mehrheit der Partei folgte aber den Ansichten der Geschäftsleitung, dass sich die KPS auflösen und der SPS anschliessen solle. Damit war das Thema «Einheitsfront» mit der KPS endgültig erledigt.<sup>530</sup>

526 Protokoll GL, 26.5.36. SOZ, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936.

527 Vgl. Degen, Plebiszit mit dem Portemonnaie, S. 136.

528 Der Antrag der Minderheit war zwischenzeitlich in einer Broschüre unter das Parteivolk gebracht worden. Friedrich Schneider. *Zum «Parteitag der Wehrkredite»*. *Ein neuer Raubzug gegen das Volk*. o.O.u.J. (1936).

529 Vgl. Scheiben, Krise und Integration, S. 262f. und Rauber, Histoire du mouvement communiste, S. 396–403.

530 SPS-Parteitagsprotokoll 1936, S. 31–43.



Zum zweiten wichtigen Traktandum «Aussenpolitik und Wehrfrage» referierte Ernst Reinhard. Er vertrat die Mehrheit des Parteivorstandes, hatte sein Amt als Präsident aber schon abgelegt, so dass nun der Vizepräsident Konrad Ilg *ad interim* den Parteitag leitete. Reinhard hatte sich an manchem Parteitag schon als glänzender Rhetoriker hervorgehoben, insbesondere wenn es um theoretische Fragen ging. Er begann mit einer Analyse der internationalen Lage und der Bedrohung der Schweiz durch den Faschismus, um sich sodann in einem abenteuerlichen Gedankengebäude zu versteigen, nach dem gemäss Parteiprogramm 1935 zwar eine «antikapitalistische Volksgemeinschaft» die Voraussetzung für die Bewilligung der Mittel für die Landesverteidigung sei, aber dass nirgends stehe, dass eine «antikapitalistische Regierung» die Schweiz regieren müsse. Die «antikapitalistische Volksgemeinschaft» existiere zwar noch nicht, wenn man nur das Gefüge der schweizerischen Parteien ins Auge fasse, aber sie habe sich «zu verschiedenen Malen» als Referendumsmehrheit deutlich manifestiert und den Bundesrat in die Schranken verwiesen.<sup>531</sup> Deshalb müsse man dem Volk und nicht dem Bundesrat die Wehrkredite bewilligen:

Wir haben heute eine Volksmehrheit, die antikapitalistisch ist. Sie ist nicht organisiert und nicht politisch erfasst, aber wir sehen diese Entwicklung und sehen vor uns den Weg. [...] Aus dem Glauben an die Entwicklung, aus dem Glauben an eine neue Regierung des Volkes haben wir uns entschlossen, dem Bundesrat zu sagen, wir vertrauen dir nicht, wir geben die Kredite nicht dir, sondern dem Volke, damit es den Faschismus schlage, Sozialismus und Demokratie verteidige.<sup>532</sup>

Reinhard endete mit der Feststellung, die Verwirklichung des Sozialismus stehe so unmittelbar bevor, dass dieser als schon existierend betrachtet werden müsse. Aus diesem Grund könne die SPS auch die Wehrkredite bewilligen, da sie dereinst zur Verteidigung des Sozialismus verwendet würden.<sup>533</sup> Der Referent der Minderheit, Fried-

531 Damit spielte Reinhard auf die Abstimmungen über die Kriseninitiative, die Initiative zur Totalrevision der Bundesverfassung und die Lex Häberlin II an. Wenngleich nicht alle Abstimmungen hatten gewonnen werden können, so hatte es sich doch jeweils abgezeichnet, dass die Resultate nur knapp zustande gekommen waren. Ebd., S. 43–47.

532 SPS-Parteitagprotokoll 1936, S. 48.

533 Ebd., S. 48.

rich Schneider, hatte ein leichtes Spiel, gegen diese abenteuerlichen Behauptungen Reinhardts vorzugehen. Zuerst wies er nach, dass weder das Volk, noch die SPS-Parteileitung einen Einfluss auf die Verwendung der Mittel habe, die man mit den Wehrkrediten spreche. Nur der Bundesrat und der Generalstab könnten darüber verfügen. Ferner könne keine Rede davon sein, dass auch nur eine der «Bedingungen» des Parteiprogramms von 1935 erfüllt seien: Weder gebe es eine «antikapitalistische Mehrheit», noch sei die Deckung der Kredite sozial. Auch der faschistische Geist im Offizierskorps sei nicht einmal ansatzweise bekämpft worden. Also seien die Wehrkredite abzulehnen oder nicht nur an «Forderungen» sondern an «Bedingungen» zu knüpfen, die darauf hinausliefen, dass die Konditionen des Parteiprogramms von 1935 für eine Bewilligung der Finanzierung der Landesverteidigung erfüllt würden. Entsprechende Abänderungsanträge von Nägeli würden dem Parteitag vorliegen.<sup>534</sup> Die übrigen Referenten aus dem revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügel stützten die Meinung Schneiders. Ernest P. Graber machte insbesondere noch einmal darauf aufmerksam, dass auch in Zukunft Armeeeinsätze im Inneren zu erwarten seien. Dann würden die jetzt bewilligten Panzer gegen die Sozialdemokratie selbst rollen.<sup>535</sup>

Die Minderheit bot zwar der Mehrheit die Hand zur Bewilligung der Wehrvorlage, allerdings nur, solange die Forderungen in Bedingungen umgewandelt würden. Der entsprechende Minderheitsantrag lautete folgendermassen:

Die SPS stimmt den Wehrkrediten nur unter der Bedingung zu, dass gleichzeitig sichergestellt wird:

1. Die Mittelbeschaffung durch die Besitzenden,
2. die Nationalisierung der Rüstungsindustrien,
3. Ausschaltung faschistischer Offiziere aus der Armee,
4. die aktive Krisenbekämpfung durch umfassende Arbeitsbeschaffung über die Rüstungsarbeiten hinaus und eine wirksame Kleinbauernhilfe,

534 Ebd., S. 49–52.

535 Ebd., S. 54–56 (Graber, Contra-Mehrheitsbeschluss), S. 56f. (Nägeli, Abänderungsantrag), S. 58f. (Dicker), S. 61f. (Dellberg).

5. dass der Bundesratsbeschluss über die Wehrkredite in die Form des Gesetzes gekleidet und dem Referendum unterstellt wird.<sup>536</sup>

Nachdem der Standpunkt der Minderheit klar umrissen worden war, sprachen Bringolf und Schmid zugunsten der Kredite. Der erstere verwies auf die Schwammigkeit der Luzerner Beschlüsse und der zweite brachte seine altbekannten militärpolitischen Argumente vor, die eine Aufrüstung der Schweiz als unbedingt nötig darstellten.<sup>537</sup> Als letzter Redner für den Vorschlag der Mehrheit trat Robert Grimm auf, der offenbar sichtlich verärgert und nervös war.<sup>538</sup> In einer polemischen Rede griff er die Standpunkte der Minderheit aufs Schärfste an und hielt ihr vor, dass die Schweiz nunmehr alleine dastehe und dass «in Zukunft keine Hilfe von aussen mehr kommen werde». Grimm überschritt die gekürzte Redezeit massiv und als Ernest-P. Graber ihn bat, er möge seine Rede beenden, weigerte er sich, wurde aber durch «Pfuirufe» und Schmähungen an einer Weiterführung der Rede gehindert.<sup>539</sup> Die Intervention Grabers war wohl als Vergeltung für das Verhalten der Befürworter der Landesverteidigung gedacht, die am Vortag einen Unterbruch der Verhandlungen erzwungen hatten, da sie geschlossen den Saal verlassen hatten, als Graber zu seinem Referat ansetzen wollte.<sup>540</sup>

Die Unruhe hielt nach dem unfreiwilligen Ende der Rede Grimms an und wurde noch durch einen taktischen Zug des Interimspräsidenten Ilg angeheizt. Dieser unterbreitete dem Plenum einen Ordnungsantrag, nach dem nur über die Hauptanträge abzustimmen sei und nicht über die Zusatzanträge, die der Minderheit als Kompromissformel vorschwebten. Ilg wollte wohl auf diese Weise einen Entscheid zugunsten des Antrags der Mehrheit erzwingen. Er setzte sich auch mit 300 zu 208 Stimmen durch, womit sich der Parteitag nur noch zwischen den Hauptanträgen entscheiden konnte, die

536 Ein zweiter Antrag war kürzer verfasst: «Die Forderungen sind in Bedingungen umzuwandeln. Wird mit der Vorlage die Dringlichkeitsklausel verbunden, so hat die Fraktion dagegen Stellung zu nehmen.» Ebd., S. 52 und 66.

537 Ebd., S. 57f. (Schmid) und 60f. (Bringolf).

538 Dies bestätigen McCarthy, Robert Grimm, S. 279, Etter, Armee und öffentliche Meinung, S. 186 und Scheiben, Krise und Integration, S. 266.

539 SPS-Parteitagprotokoll 1936, S. 65.

540 Ebd., S. 53.

ein «Ja mit Forderungen» bzw. ein «klares Nein» beinhalteten. Das aufgewühlte Plenum gab darauf mit 255 zu 263 Stimmen dem Minderheitsantrag den Vorzug, verweigerte also mit einem Zufallsmehr von acht Stimmen eine Zustimmung zu den Wehrkrediten.<sup>541</sup> Die welschen Delegierten sangen daraufhin begeistert die «Internationale».

Der Antrag Arthur Schmidts auf eine Urabstimmung ging unter wie 1935 der entsprechende Antrag der Gegner der Landesverteidigung. Auf eine Initiative Reinhardts hin wurde wenigstens den SPS-Nationalräten Rede- und Stimmfreiheit für die Debatte um die Wehrkredite gewährt, auf dass die Parteieinheit nicht gefährdet würde. Es herrschte Klarheit darüber, dass die militärfreundlichen SPS-Nationalräte sich in solch einer entscheidenden Vorlage nicht an die Fraktionsdisziplin halten würden.<sup>542</sup>

Die zweite Ablehnung einer Wehrvorlage durch einen SPS-Parteitag seit der Programmänderung von 1935 bedeutete für die entstehende Militär- und Wehrpolitik der SPS eine schwere Krise. Sogar das Bekenntnis der SPS zur Landesverteidigung, das schon unter dem Doppelentscheid von 1935 schwer zu leiden gehabt hatte, schien nun endgültig unglaubwürdig geworden zu sein.

### 2.3 Reaktionen und Wirkungen des Zürcher Parteitags von 1936

Die Ablehnung der Wehrkredite durch den Zürcher Parteitag von 1936 wurde im bürgerlichen Lager als schlagender Beweis für das Versagen der Sozialdemokratie in der damaligen Krise gewertet. Die Entscheidung von Zürich löste aber nicht nur im bürgerlichen Lager eine Vertrauenskrise gegenüber der SPS aus, sondern stürzte auch die SPS selbst in eine schwere Führungskrise und machte sie ein halbes Jahr lang aktionsunfähig.

Die SPS-nahen Medien, welche auf der Seite des evolutionär-demokratischen Parteiflügels standen, reagierten vornehmlich negativ auf die Ablehnung der Wehrkredite. Das *Volksrecht* z.B. bedauerte den Entscheid, da er die extremen Strömungen in der SPS stärke und so eine einheitliche Aktion verunmögliche. Der Grund für die Ablehnung wurde interessanterweise in der schlecht organisierten

541 Ebd., S. 66f.

542 Ebd., S. 67f. und Protokoll PV und Nationalratsfraktion, 7.6.36. SOZ, Ar. I.III.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936. Siehe dazu auch Etter, Armee und öffentliche Meinung, S. 186.

Propaganda der Befürworter der Landesverteidigung gesehen. Diese hätten sich in ihrer Einschätzung der innerparteilichen Kräfte einem sträflichen Optimismus hingegeben. Der Entscheid des Parteitags sei aber nicht als Ablehnung der Landesverteidigung, sondern nur als Misstrauensvotum an den Bundesrat zu verstehen:

Der Parteitag hat sich nicht gegen die Landesverteidigung gewendet, sondern gegen diese Regierung, der man nicht zutraut, dass sie fähig und willens sei, von den bewilligten Mitteln im Sinne der Erhaltung der Volksrechte und der Volksfreiheiten, im Sinne des Kampfes gegen den kriegsdrohenden Faschismus Gebrauch zu machen.<sup>543</sup>

Die Taktik des Parteivorstandes wurde sogar speziell gelobt: Da er es abgelehnt habe, die Zustimmung zur Wehranleihe an Bedingungen zu knüpfen, habe er eine «neue Unehrllichkeit» vermieden. Es wäre wohl möglich gewesen, dadurch vom Parteitag eine «konditionale» Zustimmung zu erhalten, was aber doch nichts anderes gewesen wäre als eine Ablehnung mit anderen Mitteln. Eine klare Ablehnung sei immer noch sympathischer als eine heuchlerische Zustimmung! Diese Anspielung galt dem Entscheid von Luzern. Der Artikel spannte den Bogen noch weiter, indem er darlegte, dass das Problem der Landesverteidigung für die SPS noch nicht gelöst sei, wenn die Schweiz wirklich einen Beitrag zur kollektiven Sicherheit der Demokratien Europas leisten solle.<sup>544</sup>

Aufsehen erregte die Reaktion Ernst Reinhards in der *Berner Tagwacht*, da er die Legitimität des Entscheides in Frage stellte: Weil nämlich die SP-Genf seit längerem die Beiträge nicht bezahlt und trotzdem 36 Delegierte geschickt habe, die alle kein Stimmrecht hätten haben dürfen, sei die Abstimmung ungültig. Er habe zudem die Information erhalten, dass die temperamentvollen Stimmungsausbrüche während des Parteitages nicht spontan, sondern organisiert gewesen seien.<sup>545</sup> Der Parteitag sei also einem «zielbewussten

543 VR, Nr. 132, 8.6.36.

544 Ebd.

545 Dieses Thema kam auch in der Sitzung des Parteivorstandes und der Nationalratsfraktion vom 7.6.1936 zur Sprache. Protokoll PV und Nationalratsfraktion, 7.6.36. SOZ, Ar. I.III.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936.

Stimmungsterror» ausgesetzt gewesen, was mit demokratischen Grundsätzen nicht zu vereinbaren sei. Aus diesen Gründen sei der Entscheid für die SPS nicht bindend. Der Parteivorstand der SP-Bern folgte ihm in dieser Interpretation.<sup>546</sup>

Die fehlende Legitimität des Entscheides wurde auch von anderen Befürwortern der Landesverteidigung angeprangert. Arthur Schmid beklagte in dem von ihm redigierten *Freien Aargauer*, dass «gegenseitige Toleranz und Freiheit der Diskussion und der Stimme» der einzige Ausweg aus der Misere seien, da die SPS nicht zu einem einheitlichen Entscheid in der Wehrfrage kommen könne:

So bedauerlich es ist, so ist es doch momentan so: Die Schweizerische Sozialdemokratische Partei kann sich in der Wehrfrage zu keiner geschlossenen und bindenden Entscheidung bekennen, ohne die Partei zu zerreißen.<sup>547</sup>

Schmid analysierte weiter – jedoch weniger hoffnungslos als Reinhard –, die Minderheit sei wohl selbst von dem für sie positiven Entscheid überrascht gewesen. Für die Zukunft sei ein Bekenntnis zur Landesverteidigung immer noch möglich, da die ablehnende Gruppierung relativ heterogen zusammengesetzt sei. Man müsse nur Schneider und seine Genossen für die Landesverteidigung gewinnen, dann stünden die Pazifisten alleine und isoliert da, so dass sie einen Umschwung in der Wehrfrage nicht mehr verhindern könnten.<sup>548</sup>

Die siegreiche Minderheit verurteilte alle Versuche, dem Parteitagsentscheid seine Legitimität abzuspochen, aufs Schärfste.<sup>549</sup> Gerade auch deshalb, weil Robert Grimm unvorsichtigerweise – wohl in Erwartung eines umgekehrten Ausgangs – vor dem Parteitag erklärt hatte, dass der Parteitagsentscheid von allen befolgt werden müsse. Dieser Widerspruch entlarve die Führer der Sozialdemokratie als

546 «Nachdem der Parteitag seinen Entschluss unter dem Einfluss von tumultartigen Szenen stimmungsmässig fasste, nachdem von einer Geschlossenheit der Aktion bei zwei gleichstarken Hälften des Parteitages nicht gesprochen werden kann, ermächtigt der Parteivorstand [der SP-Bern] die bernischen Vertreter im Parlament, entsprechend ihrer Haltung in der Eintretensfrage für die Wehrvorlage zu stimmen.» *Berner Tagwacht*, Nr. 132, 10.6.36.

547 Aus dem Pressespiegel des *VR*, Nr. 133, 9.6.36.

548 Ebd.

549 Siehe dazu die Broschüre *Staatsstreich oder Demokratie? Der Disziplinbruch der 24*. Basel: o.J. (1936), S. 3–6.

Schwindler und es sei nur recht, wenn sie jetzt abtreten würden.<sup>550</sup> Friedrich Schneider sah in dem Parteitagsentscheid sogar eine Stärkung der SPS als Bewegung, «die zur Erneuerung unseres Staats- und Wirtschaftslebens führt», weil man sich nunmehr klar vom System abgegrenzt habe.<sup>551</sup>

Die bürgerliche Presse verurteilte die Ablehnung der Wehrkredite durchgehend. Sie sah darin eine Verminderung des Ausdrucks des Wehrwillens der ganzen Schweiz, für welche die Sozialdemokratie die Verantwortung zu tragen habe. Die Niederlage der Parteiführung wurde aber allgemein als Zufall interpretiert, insbesondere da sich die linken Kräfte in der Partei in der Frage der «Einheitsfront» mit den Kommunisten nicht durchgesetzt hatten. Zwar wurde der Zürcher Entscheid erneut als eine Bestätigung der Unzuverlässigkeit der Sozialdemokratie gewertet, jedoch waren die bürgerlichen Stimmen hinsichtlich der Zustimmung zur Landesverteidigung zuversichtlicher als noch 1935, da es jetzt als sicher galt, dass mindestens die Hälfte der SPS für die Landesverteidigung einstehe. Diese Ansicht wurde noch durch das Stimmverhalten der SPS-Nationalratsfraktion bestätigt.<sup>552</sup> Einig waren sich die bürgerlichen Kommentatoren in der zutreffenden Analyse, dass die SPS durch die eminente Führungskrise auf längere Zeit gelähmt sein würde. Erst ein klarer Entscheid in der Wehrfrage würde die Sozialdemokratie in der Schweiz wieder politisch handlungsfähig machen.<sup>553</sup>

Die bereits mehrfach erwähnte Führungskrise der SPS war eine direkte Folge der Desavouierung der Parteispitze durch den Zürcher Parteitag. Robert Grimm, der designierte Parteipräsident, hatte noch am Parteitag 1936 im Anschluss an die negativ ausgefallene Abstimmung über die Wehrkredite vor dem verblüfften Plenum den Rücktritt des grössten Teils der Geschäftsleitung bekanntgegeben:

Der Parteitag hat gegen uns entschieden. [...] Der Parteitag muss aber auch wissen, dass dieser Entscheid von politischen Konsequenzen begleitet ist. Die Partei hat heute mehr denn je eine Führung nötig. In einer Reihe von Fragen ist das Vertrauen zu

550 *Der Aufbau*, Nr. 24, 12.10.36.

551 Aus dem Pressespiegel des VR, Nr. 133, 9.6.36.

552 Siehe dazu die Ausführungen weiter unten in diesem Kapitel.

uns vorhanden. In der Frage der Wehrkredite ist es uns verweigert worden. Sie haben eine Bedeutung über die sachliche Tragweite hinaus. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ich nach Bern zurückkehre, um dort das Gegenteil von dem zu machen, was ich letzte Woche tat. [...] Ich werde der Partei so wie in der Vergangenheit dienen. Ich werde es aber nicht tun als Parteipräsident und als Mitglied der Geschäftsleitung. Die Mehrheit muss die Führung der Parteigeschäfte übernehmen. Die Erklärung, eine Wiederwahl in die Geschäftsleitung nicht mehr anzunehmen, gebe ich auch für die Genossen Frau Bögli, Giovanoli, Ilg und Reinhard.<sup>554</sup>

Damit endete der Parteitag von Zürich mit dem vorläufigen Rückzug der langjährigen Führer der SPS, Grimm und Reinhard, aus der aktiven Parteipolitik, was faktisch auch das Ende der Vororterschaft von Bern bedeutete. Grimm und Reinhard erklärten in der Parteivorstandssitzung vom 7. Juni auf den Versuch, sie noch umzustimmen, dass sie schon vorgängig den Entscheid gefasst hätten, im Falle der Ablehnung des Mehrheitsantrages ihre Ämter zur Disposition zu stellen. Der Grund dafür liege in der aussichtslosen Lage, in die sich die SPS durch diesen Entscheid manövriert habe, da nun ein Konflikt mit den Gewerkschaften unausweichlich sei. Deshalb sei eine erfolgreiche Politik der SPS auf absehbare Zeit nicht mehr möglich.<sup>555</sup>

Der Konflikt zwischen der Gesamtpartei und der SP-Bern als Vorortspartei verschärfte sich noch anlässlich der Abstimmung über die Wehrkredite im Parlament. 24 SPS-National- und Ständeräte stimmten für die Vorlage, darunter Grimm, Reinhard, Ilg, Bratschi, Huber und Schmid, also der gesamte landesverteidigungsfreundliche Teil der ehemaligen Geschäftsleitung, die sich vornehmlich aus der SP-Bern rekrutiert hatte.<sup>556</sup> Zudem scheiterten alle sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Versuche, die bundesrätliche Vorlage durch gleichzeitige Arbeitsbeschaffungsmassnahmen oder eine

553 Aus dem Pressespiegel des VR, Nr. 133, 9.6.36 und NZZ, Nr. 986, 8.6.36

554 SPS-Parteitagprotokoll 1936, S. 70.

555 Protokoll PV und Nationalratsfraktion, 7.6.36, SOZ, Ar. I.III.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936.

556 Staatsstreich oder Demokratie?, S. 7. Zu den Eingaben der SPS-Nationalratsmitgliedern in der Debatte siehe VR, Nr. 134, 10.6.36.



«Landesverteidigungsabgabe» noch sozialverträglicher zu gestalten, wie zuvor in den Kommissionen auch in den Räten.<sup>557</sup>

Der Parteiausschuss, also der Parteivorstand erweitert um die Nationalratsfraktion, beschloss anfangs Juli 1936 definitiv, den Vorort von Bern nach Zürich zu verlegen, da der Parteivorstand der SP-Bern sich auf so demonstrative Art und Weise in der Wehrfrage über den Parteitag hinweggesetzt habe und damit für die Gegner der Wehrkredite untragbar geworden sei.<sup>558</sup> Der linke Parteiflügel um Schneider, Graber und Nicole erwies sich jedoch trotz seinem Sieg am Parteitag als zu schwach, um die Führung der Partei zu übernehmen. Als neuer Parteipräsident wurde deshalb Hans Oprecht, der geschäftsleitende Sekretär des VPOD, bestimmt und die Geschäftsleitung wurde ergänzt durch Emil Klöti, Paul Meierhans, Fritz Heeb, Walther Bringolf, J. Kägi und Frau M. Kissel.<sup>559</sup> Die neue Geschäftsleitung gliederte die Zuständigkeiten der einzelnen Mitglieder nach Ressorts, wobei das Militärressort Bringolf zufiel.<sup>560</sup> Damit war die neue Geschäftsleitung alles andere als eine Parteiführung der «Mehrheit», die in Zürich die Wehrvorlage abgelehnt hatte. Ganz im Gegenteil bestand sie nur noch aus offenen Befürwortern der Landesverteidigung, die sich aber alle bisher noch nicht in der Parteipolitik exponiert hatten.

Als die Wehranleihe schliesslich zur Zeichnung freigegeben wurde, erlebte die Schweiz eine der aufwendigsten Propagandaaktionen der Zwischenkriegszeit. Sie hatte ihren Anfang bereits in der erwähnten Bewerbung der Aufrüstung gefunden und wurde durch ein eigens gegründetes Aktionskomitee für die Wehranleihe durchgeführt. Der grosse Erfolg der Anleihe, die mit 335 Millionen Franken stark überzeichnet wurde, galt den Zeitgenossen als Versöhnung des Schweizer Volkes mit der Landesverteidigung und als starkes

557 Vgl. Degen, Plebiszit mit dem Portemonnaie, S. 136f.

558 Zum Verhalten der SP-Bern siehe Seite 147 in dieser Studie. Zu den Forderungen des linken Parteiflügels siehe die Broschüre Staatsstreich oder Demokratie?, S. 9–13.

559 Protokoll Parteiausschuss (PA), 4./5.7.1936. SOZ, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936. Heeb und Klöti wurden noch im gleichen Jahr durch W. Spühler und M. Arnold ersetzt. SPS-Geschäftsbericht 1936, S. 3.

Signal gegen aussen, dass das Schweizer Volk gesammelt und zur Abwehr bereit sei. Das gute Resultat der Anleihe rührte aber nicht nur daher, dass die Arbeiterschaft sie ebenso zahlreich zeichnete wie das Bürgertum oder an einer «patriotischen Aufwallung» – wie die ältere Literatur meinte –,<sup>561</sup> sondern dass sie längerfristig eine gute Anlage darstellte und dass die aufwendige Werbekampagne ihr Ziel nicht verfehlt hatte.<sup>562</sup>

### **3 Der Neubeginn im Juli 1936: Neue Parteileitung – neue Position in der Wehrfrage**

Mitte 1936 brach in der SPS mit der Einsetzung der neuen Parteileitung die letzte Runde im Kampf um die Wehrfrage an. Nachdem die Gegner der Landesverteidigung innerhalb der SPS zweimal wehrpolitische Forderungen der bürgerlichen Mehrheit erfolgreich hatten abwehren können und damit eine eindeutige Stellungnahme der Partei zur Landesverteidigung verhindert hatten, galt es nunmehr, in dieser Frage eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. Die bedingungslose Anerkennung der Legitimität der Landesverteidigung am SPS-Parteitag im Januar 1937 geschah jedoch nicht in dem zu erwartenden Rahmen der vorhergehenden Auseinandersetzungen an den Parteitagen 1935 und 1936, sondern eher schlicht und beiläufig durch den Beitritt der SPS zur Richtlinienbewegung. Der nachfolgende Abschnitt beleuchtet die Umstände und Ursachen dieses Beitritts, insbesondere im Zusammenhang mit der Wehrfrage.

560 Protokoll GL, 11.7.36. SOZ, Ar. 1.III.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936.

561 Vgl. etwa Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 195f.

562 Der Zinsfuss der Anleihe lag mit 3% etwas unter demjenigen zeitgenössischer Staatsanleihen, entsprach aber demjenigen von Spareinlagen. Zudem bestanden verschiedene Erleichterungen (keine Stempelabgabe, eidgenössisches Schuldbuch, kleine Stückelung, kurzfristige Rückzahlung). Nach der noch innerhalb der Zeichnungsfrist erfolgten Abwertung von 1936 wandelte sich die Wehranleihe von einer mittelmässigen zu einer guten Anlage. Die Investition in das Wertpapier, dessen Börsenkurs meist über 100% lag, war deshalb in finanzieller Hinsicht interessant. Die Wehranleihe war also keineswegs ein «patriotische Opfer». Vgl. Degen, *Plebiszit mit dem Portemonnaie*, S. 150–154.

### 3.1 Die Situation vor dem ausserordentlichen Parteitag von 1937

Vor dem Beitritt der SPS zur Richtlinienbewegung am Parteitag 1937 veränderten sich die internationale Lage und die innerparteiliche Situation der SPS nochmals massgeblich. Erstens ist hier der Spanische Bürgerkrieg und seine Wirkungen auf die Schweiz zu nennen und zweitens das Auftreten der Richtlinienbewegung. Diese zwei Faktoren bewirkten eine Neugruppierung der Positionen der verschiedenen Parteiflügel in der Wehrfrage. Diese veränderte Situation ermöglichte und erzwang eine neuerliche Auseinandersetzung der SPS mit der Wehrfrage nur ein halbes Jahr nach dem Parteitag von Zürich im Juni 1936.

#### 3.1.1 Spanischer Bürgerkrieg und schweizerische Innenpolitik 1936

Im Juli 1936 erhob sich in Spanien das Militär unter der Führung des Generals Francisco Franco gegen die sozialistische Volksfrontregierung.<sup>563</sup> Aus dem Ausland erhielt die Volksfrontregierung zunächst kaum direkte Unterstützung, obwohl Frankreich, die USA, Grossbritannien und die Sowjetunion deutlich ihre Sympathie für die Republik bekundeten; lediglich die Sowjetunion belieferte ab Oktober 1936 die Republik mit Waffen und Panzern, die anderen Staaten

563 Die zweite spanische Republik bestand seit 1931 und wurde von einer Koalition von Parteien des linken republikanischen Flügels und den Sozialisten regiert, die 1933 ob der Schwierigkeiten bei der Durchsetzung grundlegender sozialer Reformen wieder zerbrach. Darauf übernahmen Parteien des rechten Flügels die Macht, wodurch die Regierungspolitik grundlegend geändert wurde. Daher kam es zu Spannungen mit den linken Kräften, die sich im Oktober 1934 in einem Arbeiteraufstand in Asturien manifestierten, der blutig niedergeschlagen wurde und 1935 zum Ende der rechten Koalition führte. Bei den Wahlen im Februar 1936 errang eine neue, linksgerichtete Koalition unter dem Prinzip der «Volksfront» einen knappen Sieg. Diese Koalition war weniger gemässigt als die vorhergehende, was einerseits auf eine Radikalisierung der spanischen Sozialisten wie auch auf die Mitwirkung der Kommunisten in der Regierung zurückzuführen war. In Folge wurden in Spanien mit Nachdruck soziale Reformen durchgesetzt, die grosse gesellschaftliche Spannungen auslösten. In Kreisen des Militärs kamen darauf Putschgedanken auf, die am 17.7.1936 zu dem von General Francisco Franco initiierten Aufstand des Militärs gegen die Volksfrontregierung führten. Aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit konnten die Aufständischen in den folgenden zwei Monaten weite Teile Spaniens unter ihre Kontrolle bringen. Sie errichteten noch im Sommer 1936 eine Gegenregierung in Burgos und ernannten Franco zu ihrem Staatsoberhaupt und Führer. Siehe Andrew Forrest. *The Spanish Civil War*. London: Routledge, 2000 und Nic Ulmi und Peter Huber. *Les combattants suisses en Espagne républicaine (1936–1939)*. Lausanne: Antipodes, 2001.

bekanntem sich zum Prinzip der Nichteinmischung. Auf Anregung französischer und belgischer Kommunisten entstanden Freiwilligenverbände, die sogenannten «Internationalen Brigaden», welche die Republik entscheidend unterstützten. Die Aufständischen unter Franco erhielten dagegen seit Beginn des Bürgerkrieges vom nationalsozialistischen Deutschland und vom faschistischen Italien massive militärische Unterstützung in Form von Truppen und Kriegsgerät. Im November 1936 anerkannten Hitler und Mussolini zudem die Regierung Franco offiziell.<sup>564</sup> Der vorläufige militärische Höhepunkt des Bürgerkrieges, der auch in der Schweiz ein grosses Medienecho erhielt, war die Belagerung von Madrid durch die Truppen des Militärs von November 1936 bis Januar 1937.

Der Spanische Bürgerkrieg wirkte aber nicht nur auf der internationalen Ebene als eine Art Polarisator, sondern auch in der schweizerischen Innenpolitik. Während die linksbürgerliche und sozialdemokratische Presse vorbehaltlos für die spanische Republik eintrat, begrüßte die bürgerliche und rechte Presse den Putsch Francos gegen die als kommunistisch geltende «Volksfront». Der Bundesrat versuchte vergeblich, mässigend in die Debatte einzugreifen.

Der Basler Nationalrat Friedrich Schneider, bisher Wortführer der Gegner der Landesverteidigung, machte sich zum Führer einer sozialistischen Solidaritätskampagne, die eine materielle und finanzielle Unterstützung der Republikaner propagierte. Einige Gruppen von Kommunisten und begeisterten Sozialisten beabsichtigten im August 1936 sogar, nach Spanien zu reisen, um aktive Unterstützung zu leisten.<sup>565</sup> In dieser Situation sah sich der Bundesrat aus neutralitätsrechtlichen Überlegungen gedrängt, am 14. August 1936 die Ausreise aus der Schweiz zur Teilnahme an den Feindseligkeiten in Spanien sowie der Unterstützung und Begünstigung der Feindseligkeiten von der Schweiz aus zu untersagen.<sup>566</sup> Dieser Erlass wurde von der linken Presse aufs Schärfste verurteilt und der Bundesrat als

564 Die deutsch-italienische Zusammenarbeit in Spanien führte im November 1936 zur Errichtung der Achse Berlin–Rom.

565 Insgesamt zogen gegen 800 Schweizer nach Spanien um vorab in den Internationalen Brigaden die republikanische Regierung zu verteidigen. Damit stellte die Schweiz im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl eines der grössten Freiwilligenkontingente. Rund 170 der Schweizer «Spanienfahrer» sind gefallen. Wegen des bundesrätlichen Ausreiseverbots wurden die rückkehrenden Spanienfreiwilligen bis Ende 1939 strafrechtlich verfolgt.

566 Vgl. Bonjour, Geschichte der Schweizerischen Neutralität, III, S. 204f.

faschistischer Parteigänger beschimpft. Léon Nicole, neben Friedrich Schneider der zweite Führer des revolutionär-klassenkämpferischen Flügels der SPS, rief sogar offen zur Missachtung des Verbots auf und empfahl mit Verweis auf die Schweizer Wehrleihe die finanzielle Unterstützung der spanischen Republik:

L'argent qu'ils versent pour les miliciens espagnols sera certainement plus profitable à la défense de notre pays contre le fascisme que celui qui ira à l'emprunt pour les 235 millions.<sup>567</sup>

Daraufhin verschärfte der Bundesrat sein Vorgehen indem er alle Druckerzeugnisse, die eine Zuwiderhandlung gegen seine Erlasse propagierten, verbot und eine Bewilligungspflicht für alle Arten von Kundgebungen in Zusammenhang mit dem Spanischen Bürgerkrieg verhängte. Dieses hin und her zwischen der Schweizer Regierung und den Sympathisanten der Republik, die sich in ihrer militantesten Form vor allem bei der KPS fanden, führte Ende 1936 sogar zu einem völligen Verbot aller aus dem Ausland in die Schweiz eingeführten kommunistischen, anarchistischen, antimilitaristischen sowie religionsfeindlichen Propagandamaterialien.<sup>568</sup>

Neben dem Spanischen Bürgerkrieg beschäftigte sich die schweizerische Öffentlichkeit 1936 vor allem mit der Krisenpolitik des Bundesrates, die am 26. September 1936 in einer Abwertung des Schweizer Frankens um 30 Prozent mündete. Diese Abwertung war höchst umstritten und sollte mittels Ankurbelung der Exporte zu einer Erholung der schweizerischen Gesamtwirtschaft führen. Gleichzeitig gab der Bundesrat auch die verhängnisvolle Deflationspolitik auf, die von der Sozialdemokratie stets bekämpft worden war. Damit wurde der Beginn einer neuen Phase der Schweizer Innenpolitik eingeleitet, der «Nationalen Sammlung», die bis 1939 dauern sollte. Sie war insbesondere von einer starken Führungspolitik des Bundesrates, einem Abbau der innenpolitischen Gegensätze und der sozialen Spannungen sowie der aufkommenden «Geistigen Landesverteidigung» geprägt.<sup>569</sup>

567 Léon Nicole im *Travail*, Nr. 195, 21.8.1936, zit. nach Bonjour, Geschichte der Schweizerischen Neutralität, III, S. 206.

568 Vgl. Bonjour, Geschichte der Schweizerischen Neutralität, III, S. 208.

569 Vgl. Ruffieux, La Suisse de l'entre-deux-guerres, S. 280–370,

### 3.1.2 Die Positionen nach dem «Parteitag der Wehrkredite»

Mit der Ablehnung der Wehrvorlage durch den Parteitag von 1936 und dem damit verbundenen Rücktritt der Geschäftsleitung war das Thema «Landesverteidigung» noch lange nicht erledigt. Die Befürworter der Landesverteidigung drängten nun um so mehr auf eine Stellungnahme der SPS zu ihren Gunsten, während die siegreiche Minderheit um Friedrich Schneider den *Status quo* zu erhalten suchte.

Die Wehrfrage wurde nach dem Parteitag von 1936 in der sozialdemokratischen Presse nochmals ausgiebig diskutiert. Neben dem Streit um die Rechtmässigkeit des Parteitagsentscheides ging die sachliche Diskussion ebenfalls rege weiter. Während die ablehnende Mehrheit des Parteitages vorerst schwieg, platzierte die unterlegene Minderheit im parteitheoretischen Organ, der *Roten Revue*, einen Artikel von Ernst Nobs, der die strategische Lage in Europa nach dem Ende des Versailler Systems der kollektiven Sicherheit analysierte:

Wir können uns nicht wünschen, dass Europas Kleinstaaten [...] abrüsten und zum Spielball der Grossstaaten werden. Indem die Kleinstaaten sich wehrhaft halten zur Verteidigung ihrer Grenzen – indem sie nach Kräften zur kollektiven Sicherheit gegen jeden Angreifer beitragen, können sie in Europa zu einem nicht zu unterschätzenden Faktor der Erhaltung des Friedens und des Rechts werden.<sup>570</sup>

Nobs fuhr fort, dass der Parteitagsentscheid im Schatten der wirtschaftspolitischen Forderungen der SPS gefallen sei, also nur unter Berücksichtigung der innenpolitischen Situation der Schweiz und nicht der internationalen Lage. Der Entscheid verhülle die Tatsache, dass ein grossflächiges Umdenken in der Partei bezüglich der Landesverteidigung stattgefunden habe, weshalb die Diskussion nun erst richtig beginne:

Der Zürcher Zufallsbeschluss hat die Frage keinesfalls endgültig entschieden. Jedermann weiss, dass die Diskussion weitergeht.

570 Ernst Nobs. «Partei und Wehrfrage». In: *RR*, 15. Jg., Nr. 11, Jul. 1936, S. 369–374, S. 371.

Noch ist die Klärung der Probleme in der Parteimitgliedschaft und vor den Arbeitermassen nicht durchgeführt. Es gilt, sie an die Hand zu nehmen.<sup>571</sup>

Hans Oprecht äusserte sich dagegen als designierter Parteipräsident konzilianter, war sich aber mit Nobs darin einig, dass die frühere, ablehnende Haltung der SPS rein ideologischer Natur gewesen und mit einer aktiven Rolle der Sozialdemokratie im politischen System der Schweiz unvereinbar war:

Allzulange hinderten und erschwerten programmatische Festlegungen die Politik der Sozialdemokratie in der Schweiz. Es besteht jetzt bei niemandem mehr ein Zweifel darüber, dass die sogenannte «Diktatur des Proletariats» des alten Parteiprogramms nicht nur ein Schönheitsfehler war, sondern ein schweres Hemmnis für eine wahrhaft sozialistische Politik in der Schweiz gebildet hat [...] Auch die Haltung der Sozialdemokratie in der Militärfrage war in der Vergangenheit nichts weniger als politisch. Wer die Macht im Staat erobern will, der darf in der Wehrfrage nicht einem Schein-Pazifismus huldigen [...].<sup>572</sup>

Oprecht schützte jedoch den Entscheid des «Parteitages der Wehrkredite», indem er für die SPS das Recht in Anspruch nahm, nicht jede wehrpolitische Vorlage des Bundesrates *tel quel* akzeptieren zu müssen.<sup>573</sup> Er wollte auf jeden Fall die Wehrfrage nicht ohne Not vor dem ausserordentlichen Parteitag im Frühjahr 1937 neu aufwerfen. Diesem Parteitag oblag es, die neue Geschäftsleitung der SPS zu bestätigen, wobei die Gefahr bestand, dass diese Bestätigung mit einer Klärung der Wehrfrage verbunden würde. Aus diesem Grund lehnte die Geschäftsleitung im Oktober Emil Klötis Vorschlag ab, die Landesverteidigung wieder zur Sprache zu bringen. Die neue Geschäftsleitung ging grundsätzlich anders mit dem Problem «Wehrfrage» um, als die Berner Geschäftsleitung. Anstelle der Einsetzung einer Kommission schuf sie ein neues Ressort «Militärwesen», das Walter Bringolf zufiel. Dieser wurde beauftragt, ein neues internes Thesenpapier zur Thematik zu verfassen.<sup>574</sup> Im Herbst 1936 domi-

571 Ebd., S. 374.

572 Hans Oprecht. «Der Weg der Sozialdemokratie». In: *RR*, 15. Jg., Nr. 12, Aug. 1936, S. 401–405, S. 401.

573 Ebd., S. 402.

574 Protokoll GL, 10.10.36. SOZ, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936.

nierte ansonsten in den verschiedenen Parteigremien weiterhin der Themenbereich «Wirtschaftskrise» und später die «Abwertung des Schweizer Frankens» bevor mit dem Auftreten der Richtlinienbewegung auch das Thema «Landesverteidigung» wieder in eine ähnliche Relevanz gerückt wurde wie vor dem «Parteitag der Wehrkredite» im Juni 1936.<sup>575</sup>

### 3.1.3 Die SPS und die Richtlinienbewegung

Die Idee, eine zwischenparteiliche Bewegung zu schaffen, die auf der Basis von «Richtlinien» beruhte, war bereits 1935 von der Bewegung um die Zeitung *Die Nation* verfochten worden. Nachdem die Bemühungen dieser Bewegung, die SPS zu einem eindeutigen Bekenntnis gegen die «Einheitsfront» mit den Kommunisten und für die Landesverteidigung zu gewinnen, am Parteitag der SPS im Juni 1936 nur teilweise erfolgreich gewesen waren, wurde auf Initiative von Max Weber, eine eigene Bewegung auf der Basis der bereits erwähnten «Richtlinien» begründet. Am 20. August 1936 konstituierte sich der sogenannte «Arbeitsausschuss der Richtlinienbewegung» und formulierte die «Richtlinien» von 1935<sup>576</sup> genauer aus:

1. Vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie; Ablehnung jeder Bindung oder Zusammenarbeit mit irgendeiner antidemokratischen Organisation oder Bewegung.
2. Positive Einstellung zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung.
3. Achtung der religiösen Überzeugungen der Volksgenossen als Voraussetzung des religiösen Friedens in der Heimat.
4. Verpflichtung auf ein gemeinsames Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Lösung der sozialen Probleme, das die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und nach gegenseitiger Solidarität im Wirtschaftsleben zu verwirklichen sucht, ohne die eine wahre Volksgemeinschaft nicht bestehen kann.<sup>577</sup>

575 Siehe Protokoll PV, 15.10.36. SOZ, Ar. I.111.7, Protokolle GL und PV, Okt.–Dez. 1936. Zur Wirtschaftskrise siehe Kapitel II.3.1.

576 Siehe Kapitel III.1.4.

577 Paul Schmid-Amman. *Richtlinienbewegung. Ihr Ziel und ihre Arbeit.* (Schriftenreihe der Richtlinienbewegung). Bern: o.J. und SPS-Parteitagprotokoll 1937, S. 60–64.



Diese vier «Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie» definierten die Bedingungen, die eine politische Partei oder Organisation zu erfüllen hatte, um sich der Richtlinienbewegung anzuschliessen.<sup>578</sup> Sie enthielten in ihrem Kern die hauptsächlichen Forderungen der Gewerkschaften an die SPS: Eine klare Distanzierung von den Kommunisten, die wie die Fronten als *per se* antidemokratisch wahrgenommen wurden, sowie eine klares Bekenntnis zur Landesverteidigung. Dies waren nicht nur die Forderungen des Gewerkschaftsbundes, sondern auch der Jungbauern und Angestellten aus der «Front der Arbeit».<sup>579</sup> Die SPS wollte mit ihrem Vertreter Hans Oprecht durchaus auch an der weiteren Ausformulierung des Programms der Richtlinienbewegung teilnehmen, sie wurde aber düpiert, als ihr die übrigen Partner mitteilten, dass sie es «nicht als opportun betrachteten», dass sich die SPS der Aktion sofort anschliesse – zu einem späteren Zeitpunkt sei dies aber möglich.<sup>580</sup>

Die fast einstimmige Annahme der «Richtlinien» durch den SGB im Oktober 1936 bedeutete den ersten spektakulären Erfolg der Bewegung.<sup>581</sup> Obwohl sich Weber bemüht hatte, die SPS anfänglich ausserhalb der Richtlinienbewegung zu halten und alle Verweise auf den Sozialismus zu vermeiden,<sup>582</sup> verweigerte jedoch dann der vorgesehene grosse Partner aus der politischen Mitte, der Freisinn, den Anschluss an die Richtlinienbewegung, nachdem anfänglich die Frage wenigstens geprüft worden war.<sup>583</sup>

578 Diese «Richtlinien» bildeten nur die Grundsätze der Politik der Richtlinienbewegung. Daneben gab es auch noch ein Programm, das in groben Zügen die künftige Wirtschafts-, Kredit-, und Währungspolitik wie die Finanz- und Sozialpolitik entwarf, wie sie die Richtlinienbewegung zu gestalten dachte. Dieses Programm fand Ende 1936 jedoch noch keine grosse Beachtung, da die Grundvoraussetzungen für das Zustandekommen der Bewegung zentraler waren. Siehe dazu Ernst Meierhans. «Richtlinien und Sozialdemokratie». In: *RR*, 16. Jg., Nr. 4., Dez. 1936, S. 113–120. Das Programm der Richtlinienbewegung findet sich im Anhang des SPS-Parteitagprotokolls 1937, S. 60–64.

579 Protokoll gemeinsame Sitzung SGB und SPS. *SOZ*, Ar. 1.610.1, Korrespondenz mit dem SBG 1930–1949.

580 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 270. Siehe auch SPS-Geschäftsbericht 1936, S. 10.

581 Siehe dazu Friedrich Heeb. «Sicherung der Demokratie». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 3, Nov. 1936, S. 94–102.

582 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 270.

583 Vgl. Morandi, *Krise und Verständigung*, S. 231f., S. 240–244 und S. 248f.

Die Zusammenarbeit zwischen der Richtlinienbewegung und der SPS gestaltete sich ebenfalls schwierig, da sich zwischen den Gewerkschaften und der SPS wegen der Propaganda in der Spanienfrage erneut Differenzen ergeben hatten.<sup>584</sup> Da die SPS-Geschäftsleitung aber eine Abspaltung der Gewerkschaften von der Partei befürchteten, setzte sie sich intensiv mit der Frage eines Beitritts zur Richtlinienbewegung auseinander. Das Haupthindernis für einen solchen Beitritt war die Richtlinie zwei, die eine positive Einstellung zur Landesverteidigung verlangte. Dabei stellte sich jedoch weniger die Grundsatzfrage, da diese ja in Luzern gelöst worden war, sondern die Einstellung zu den einzelnen wehrpolitischen Vorlagen, wie Bringolf zuhänden des Parteivorstandes ausführte:

Zur zweiten Frage, aktive Bejahung der militärischen Landesverteidigung, hat der Luzerner Beschluss grundsätzlich entschieden. Nicht entschieden ist, wie wir uns zu deren praktischen Einzelproblemen von Fall zu Fall einstellen sollen. (Verlängerung der Rekrutenschulen, Vorlage über Wehkkredite sind von Parteitag abgelehnt worden, teils mit Gründen, die den Wert der grundsätzlichen Bejahung in Frage stellen). Prinzipiell müsste aus Punkt zwei keine Schwierigkeit entstehen, wenn auch zugegeben ist, dass eine starke Minderheit (hauptsächlich welsche Delegierte) gegen unsere grundsätzliche Einstellung auftrat. [...] Für uns gilt, dass eine Abklärung der umstrittenen Fragen selbst dann notwendig ist, wenn wir der Arbeitsgemeinschaft nicht beitreten, um Streit und Lähmung innerhalb der Partei zu verhindern.<sup>585</sup>

Der Parteivorstand äusserte sich vorsichtig positiv gegenüber einem Beitritt zu den «Richtlinien», war aber vorläufig vor allem mit der Krisenbekämpfung beschäftigt.<sup>586</sup> Die Gründung der Richtlinienbewegung wurde jedoch nicht nur positiv beurteilt, da man in ihrem Programm einen Erpressungsversuch des SGB, insbesondere aber Max Webers sah, der schon im Frühjahr 1936 von der Partei ähnli-

584 Die Gewerkschaften distanzieren sich von der Unterstützung der Republikaner durch den linken Flügel der SPS um Nicole und Schneider.

585 Protokoll PV, 15.10.36. SOZ, Ar. I.111.7, Protokolle GL und PV, Okt.–Dez. 1936.

586 Die SPS war 1936 u.a. mit der Bekämpfung des Finanzprogramm II, der Propagierung der Initiative gegen die Private Rüstungsindustrie und der Arbeitsbeschaffungsinitiative beschäftigt. SPS-Geschäftsbericht 1936, S. 8–10.

ches verlangt hatte.<sup>587</sup> Tatsächlich hätte eine Annahme der «Richtlinien» für die SPS die Kapitulation vor den Forderungen der Gewerkschaften bedeutet. Die Vertreter des linken Flügels, Ernest-P. Graber und Friedrich Schneider, meinten sogar, der SGB behandle die SPS wie «Hitler Frankreich im Spanienhandel», und spielten damit auf die Machtlosigkeit Frankreichs und seine Demütigung durch Hitler im Spanischen Bürgerkrieg an.<sup>588</sup>

Die Geschäftsleitung der SPS diskutierte alle möglichen Optionen, auch eine Parteispaltung, bzw. den Ausschluss der Parteilinken. Graber wollte darauf aber nicht eingehen und meinte, man müsse einen *modus vivendi* für die Minderheit finden.<sup>589</sup> Vorläufig wurde jedenfalls jegliche antimilitaristische Propaganda eingestellt und die SPS-Nationalratsfraktion stimmte der Truppenordnung 1936 zu. Unter diesem Vorzeichen bildete die SPS-Geschäftsleitung eine Subkommission zur Ausarbeitung von Thesen zuhanden eines ausserordentlichen Parteitages im Januar 1937, die Klarheit schaffen sollten in der Frage der Landesverteidigung und im Verhältnis zu den Kommunisten.<sup>590</sup>

Max Weber nahm sowohl in der Subkommission wie auch in der Geschäftsleitung aktiv Einfluss auf die Gestaltung und Ausformulierung dieser Thesen, um eine möglichst grosse Übereinstimmung mit den «Richtlinien» zu erreichen. Beide Gremien fügten sich schliesslich gegen den Widerstand der Parteilinken und der Pazifisten den Wünschen Webers, so dass der Text der Thesen in allen Punkten fast gänzlich mit der Begrifflichkeit der «Richtlinien» übereinstimmte.<sup>591</sup>

587 Weber hatte in der Aprilsitzung des Parteivorstandes verlangt, dass die SPS eine klare Stellung gegenüber der KPS einnehme. Dieser Vorstoss richtete sich gegen Listenverbindungen der SPS mit der KPS in Genf, Basel und Zürich. Protokoll PV, 18./19.4.36. SOZ, Ar. 1.III.7, Protokolle GL und PV, Apr.–Sept. 1936.

588 Protokoll PV, 15.10.36. SOZ, Ar. 1.III.7, Protokolle GL und PV, Okt.–Dez. 1936.

589 Protokoll GL, 24.10.36. SOZ, Ar. 1.III.7, Protokolle GL und PV, Okt.–Dez. 1936.

590 Protokoll GL, 27.10.36. SOZ, Ar. 1.III.7, Protokolle GL und PV, Okt.–Dez. 1936.

591 Insbesondere Friedrich Schneider und Ernest-P. Graber wehrten sich. Ersterer sah in einer Zustimmung zum Entwurf eine Zuwiderhandlung gegen das SPS-Parteiprogramm und letzterer sprach von einer förmlichen Kapitulation der SPS vor dem Gewerkschaftsbund und der Aufgabe der Unabhängigkeit der Partei. Auch Schneider sah die Selbstständigkeit der SPS gefährdet: «Im Gewerkschaftsbund haut man scheinbar auf die Kommunisten und meint die SPS. [...] Es geht um die Erhaltung oder Liquidation einer selbstständigen sozialdemokratischen Partei.» Protokoll PV, 15.10.36. SOZ, Ar. 1.III.7, Protokolle GL und PV, Okt.–Dez. 1936.

Dies wurde von der Parteilinken und den Pazifisten als Kapitulation vor den «Richtlinien» und damit dem Gewerkschaftsbund gesehen. Für die Mehrheit der Vertreter des Parteivorstandes stellte sich die Sachlage jedoch anders dar. Bringolf machte etwa darauf aufmerksam, dass die Partei so oder so in der Wehrfrage und in den Beziehungen zu den Kommunisten zu einer Entscheidung hätte kommen müssen, wenn sie ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen wollte. Eigentlich – so Bringolf weiter – hätte eine Initiative wie die der «Richtlinien» ja von der SPS ausgehen müssen. Die «Richtlinien» seien eigentlich nur eine Weiterentwicklung der Vision der «antikapitalistischen Abwehrfront». Eine linke Alternative zu den «Richtlinien» nach dem Vorbild der französischen «Volksfront» sei momentan in der Schweiz leider unmöglich.<sup>592</sup>

Die Thesen lagen der Subkommission im Dezember 1936 vor unter dem Titel «Die Politik der SPS nach der Abwertung des Schweizerfrankens». Unter anderem enthielt diese Thesen einen Abschnitt, der die bedingungslose Anerkennung der Landesverteidigung bedeutete:

Die SPS. anerkennt grundsätzlich die Notwendigkeit der Neutralität als aussenpolitische Voraussetzung der staatlichen Selbständigkeit der Schweiz. Sie betrachtet die Zusammenarbeit mit allen demokratischen und für eine aktive Friedenspolitik einstehenden Staaten im Rahmen des Völkerbundes als notwendige Ergänzung der schweizerischen Aussenpolitik. Eine solche Aussenpolitik der Schweiz setzt den entschlossenen Willen zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung voraus. Die SPS. steht grundsätzlich auf dem Boden der Landesverteidigung. Sie ist bereit, die dafür erforderlichen Mittel zu bewilligen. Die SPS. behält sich indessen das Recht vor, die Militärvorlagen auf ihre Notwendigkeit und Tragbarkeit zu überprüfen. Wehrhaft wird die schweizerische Demokratie vor allem durch ihren inneren Gehalt, nicht durch ihre äusseren Machtmittel. [...] Die SPS. bekämpft jeden Missbrauch der Armee und der militärischen Machtmittel zum Zwecke der Unterdrückung einer mit verfassungsmässigen Mitteln für ihre Rechte und Freiheiten sich wehrenden Volksgruppe.

Die SPS. fordert ferner:

592 Ebd.

- a) Die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie [...];
- b) Gleichberechtigung aller Wehrpflichtigen zur Bekleidung von militärischen Chargen nach Eignung und Fähigkeiten;
- c) Sicherungen zugunsten der Wehrmänner gegen Verlust der materiellen Existenz infolge Erfüllung der Wehrpflicht;
- d) Verbot aller faschistischen und halbfaschistischen, aus Ausländern bestehenden und vom Auslande abhängigen Organisationen.

Im Bewusstsein, dass die schweizerische Arbeiterschaft in jedem Augenblick bereit sein muss, Angriffe auf die Unabhängigkeit der Schweiz abzuwehren, anerkennt die SPS die Notwendigkeit der militärischen Landesverteidigung. [...] Dieser Beschluss ist für alle kantonalen und lokalen Sektionen verbindlich.<sup>593</sup>

Bemerkenswert ist, dass diese Thesen neben der grundsätzlichen Anerkennung der Landesverteidigung und der für sie nötigen Mittel auch wehrpolitische Forderungen enthielten, die an die Militärpolitik der SPS vor 1917 anschlossen: Die Forderung nach Chancengleichheit für die militärische Laufbahn, die Schaffung einer Militärsatzversicherung und die Einschränkung der Armeeeinsätze im Innern. Ansonsten entsprachen die Forderungen denjenigen, die schon im Zusammenhang mit der Wehranleihe zusammengestellt worden waren, damals aber wegen der Ablehnung des Antrags des Parteivorstandes nicht in die politische Diskussion hatten eingebracht werden können.<sup>594</sup> Der wohl wichtigste Passus fand sich am Schluss und erklärte die Anerkennung der Landesverteidigung für alle Sozialdemokraten für verbindlich. Damit wurde die Linksopposition der

593 Entwurf siehe Beilage Protokoll PV, 12./13.12.36. SOZ, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Okt.–Dez. 1936. Definitive Fassung siehe die Flugschrift *Die Politik der SPS nach der Abwertung. Beschluss des Schweizerischen Parteivorstandes vom 12./13. Dezember 1936*. SOZ, Ar. 1.255.20, Flugblätter, Flugschriften, 1930–39 und SPS-Parteitagprotokoll 1937, S. 7–9. Dort finden sich auch die Minderheitsanträge von Graber/Dellberg, Kramer und Schneider.

594 Für den Forderungskatalog in Zusammenhang mit der Wehranleihe von 1936 siehe S. Kapitel III.2.2.

SPS vor die Entscheidung gestellt, entweder auf den Kurs der Partei einzuschwenken oder auszutreten.<sup>595</sup>

Der Parteivorstand beriet die Thesen «Die Politik der SPS nach der Abwertung» Mitte Dezember. Vergeblich brachte Graber das alte Argument der Pazifisten und Antimilitaristen vor, dass auch die Schweizer Armee letzten Endes nur dem Faschismus dienen werde. Gerade dieses Argument wurde nämlich durch die verminderte Wahrnehmung der Gefahr des Faschismus im Innern entkräftet. Die Fronten und die Ständestaatsbewegung hatten Ende 1936 bereits viel von ihrer früheren Kraft eingebüsst, und es zeichnete sich ab, dass in der Schweiz keine Basis für eine faschistische Staatsumwälzung vorhanden war. Die Befürworter der Landesverteidigung und des Beitritts zu den «Richtlinien» konnten dagegen darauf verweisen, dass für die SPS jede weitere Politik ohne die Anerkennung der Landesverteidigung unmöglich wäre.<sup>596</sup> Insbesondere verwies Nobs darauf, dass der Antimilitarismus letztlich dem Faschismus zum Sieg verhelpe, wenn er eine Integration der SPS in die Richtlinienbewegung und damit in eine künftige Mitte-Links-Koalition verhindere.<sup>597</sup>

Am meisten engagierte sich natürlich Max Weber für eine Annahme der Thesen durch den Parteivorstand. Er versprach sich dadurch eine grössere Strahlkraft der Richtlinienbewegung hin zur politischen Mitte:

Nachdem sich die Partei unzweideutig für die militärische Landesverteidigung und für die Demokratie erklärt hat, können die bürgerlichen Mitglieder unserer Gemeinschaft in weiteren Kreisen für unsere Forderungen werben. [...] Die einzige Möglichkeit, Einfluss auf den Staat zu gewinnen, liegt darin, zu verhüten, dass

595 Verschiedentlich wurde darauf verwiesen, dass die grundsätzliche Entscheidung der SPS für die Landesverteidigung ja schon 1935 gefallen sei. Wenn die Pazifisten damals nicht aus der Partei ausgetreten seien, weil sie erkannt hätten, dass die Wehrfrage nicht ihr wichtigstes Gut in der Partei sei, dann sollten sie nunmehr den Beitritt der SPS zur Richtlinienbewegung auch nicht an der Wehrfrage scheitern lassen. Fritz Schmidlin. «Neue Wege in der Politik». In: *RR*, 16. Jg., Nr. 4, Dez. 1936, S. 120–127, S. 124.

596 Dies war die Stellungnahme von Arthur Schmid: «Ohne die Zustimmung zur militärischen Landesverteidigung sind heute politische Erfolge nicht möglich.» Protokoll PV, 12./13.12.36. *SOZ*, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Okt.–Dez. 1936.

597 «[...] wir müssen verhindern, dass als Folge des Antimilitarismus der Faschismus siegt. [...] In Italien vermochte der kühnste Antimilitarismus den Sieg des Faschismus nicht verhindern.» Ebd.

die Armee das Instrument des Fascismus wird. Dazu gehört die Anerkennung der militärischen Landesverteidigung. Nachdem die internationale Rechtsordnung noch nicht möglich ist, ist auch der Pazifismus für uns nicht haltbar.<sup>598</sup>

Weber vertrat also die Ansicht, dass nach dem Ende der Vision der kollektiven Sicherheit unter dem Völkerbund, was spätestens mit dem Abessinienfeldzug Mussolinis eingetreten war, auch die pazifistische Vision des ewigen Friedens nicht mehr haltbar sei. Diese Erkenntnis bedeutete den ersten Schritt zur völligen Auflösung der Restbestände revolutionärer Durchbruchphantasien in der SPS. Der zweite Schritt lag in der endgültigen Verabschiedung von der Vision einer «Volksfront» mit kommunistischer Beteiligung auf der Basis des «Plans der Arbeit».<sup>599</sup> So gelang es schliesslich sogar Friedrich Schneider von der Unausweichlichkeit der Anerkennung der Landesverteidigung zu überzeugen. Vermutlich spielte aber bei ihm auch ein Umdenken im Zusammenhang mit dem Spanischen Bürgerkrieges eine gewisse Rolle.<sup>600</sup>

Mit der Zustimmung Schneiders zu den Thesen «Die Politik der SPS nach der Abwertung» war es dem evolutionär-demokratischen und dem gewerkschaftlichen Parteiflügel gelungen, die Allianz der verbliebenen Teile des revolutionär-klassenkämpferischen mit dem pazifistischen Flügel zu sprengen, so dass letzterer in der Wehrfrage vor dem Parteitag im Januar 1937 isoliert dastand. Dazu kam noch eine zusätzliche Schwächung der Parteilinken durch die Niederlage der SPS unter Léon Nicole in Genf in den Wahlen im November 1936.<sup>601</sup> Nicole selber kündigte an der Parteivorstandssitzung vom Dezember 1936 an, die «Richtlinien» ebenfalls anerkennen zu wollen.<sup>602</sup> Der Parteivorstand verabschiedete also die Thesen «Die Politik

598 Protokoll PV, 12./13.12.36. SOZ, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Okt.–Dez. 1936.

599 Vgl. Scheiben, *Krise und Integration*, S. 273.

600 Siehe zur Debatte auch den Aufsatz von Ernst Meierhans in der *Roten Revue*. Darin werden die verschiedenen Argumente dafür und dawider nach Themengebieten gegliedert wiedergegeben. Natürlich nimmt Meierhans für die «Richtlinien» Stellung, zeigt aber die Probleme, welche die parteiinternen Gegner mit den «Richtlinien» haben, gut auf. Ernst Meierhans. «Richtlinien und Sozialdemokratie». In: *RR*, 16. Jg., Nr. 4., Dez. 1936, S. 113–120, S. 118 (Landesverteidigung).

601 Diese Ansicht vertritt FELDMANN in seinem Tagebuch. Feldmann, *Tagebuch 1923–1939*, S. 476.

602 Protokoll PV, 12./13.12.36. SOZ, Ar. 1.111.7, Protokolle GL und PV, Okt.–Dez. 1936.

der SPS nach der Abwertung» und beschloss den Beitritt der SPS zur Richtlinienbewegung. Nun musste nur noch der ausserordentliche Parteitag am 31. Januar 1937 diese wegweisende Entscheidung absegnen.<sup>603</sup>

### **3.2 Die «bedingungslose Anerkennung» der Landesverteidigung im Zuge des Beitritts zur Richtlinienbewegung 1937**

Dem ausserordentlichen Parteitag der SPS am 31. Januar 1937 in Zürich, der über die Neuwahl der Geschäftsleitung zu entscheiden hatte, lagen gemäss den Beschlüssen des Parteivorstandes vom Dezember die Thesen «Die Politik der SPS nach der Abwertung» und damit der Beitritt der SPS zur Richtlinienbewegung vor.<sup>604</sup> Neben den Anträgen der Mehrheit reichte die in der Parteivorstandssitzung vom Dezember 1936 unterlegene Minderheit weitere Anträge ein, von denen sich derjenige von Ernest-P. Graber und Karl Dellberg auf die Wehrfrage bezog. Darin wurde der Beitritt der SPS zur Richtlinienbewegung mit der Streichung der Richtlinie zwei, Anerkennung der Landesverteidigung, verknüpft.<sup>605</sup> Ein weiterer Minderheitsantrag, eingereicht von Hugo Kramer, verfolgte eine ähnliche Stossrichtung, blieb aber in seiner Ausformulierung allgemeiner.<sup>606</sup>

In seiner Eröffnungsrede betonte der designierte Parteipräsident Hans Oprecht die besonderen Umstände des Parteitages. In Anbetracht des umstrittenen Ausganges des letzten Parteitages sei

603 Ernest-P. Graber fasste diesen Neuanfang, der sich Ende 1936 abzeichnete und die Vorgänge während des Jahres im Geschäftsbericht 1936 treffend zusammen: «Gelegentlich herrschte in diesem arbeitsreichen Jahre etwas Fieberstimmung [!]. Aber nach seinem Ablauf steht die Partei da als Organisation, welche bedeutende Anstrengungen erfolgreich unternahm, um den neuen Verhältnissen und neuen Ansprüchen des inneren und des äusseren Parteilebens gerecht zu werden. Die Partei erwies sich als durchaus fähig und lebenskräftig genug, um neue und ungewohnte Aufgaben anzupacken, ohne die innere Einheit zu gefährden. Sie ging dabei mit der gebotenen Vorsicht zu Werke, aber sie hat gleichzeitig auch den Beweis ihrer Entschlossenheit und Beweglichkeit, ihrer klaren Einsicht und ihres festen Willens geleistet.» SPS-Geschäftsbericht 1936, S. 4.

604 Siehe SPS-Parteitagprotokoll 1937, S. 3.

605 «Unter den in der «Einleitung» genannten vier Bedingungen soll die zweite gestrichen werden. Dies gestattet der Partei, auf dem Boden der Beschlüsse des Luzerner Parteitages zu verbleiben. Wenn diese Streichung nicht zugestanden wird, beantragen wir im Hinblick auf die moralische Unmöglichkeit diese Bedingung anzunehmen, in der Schlussabstimmung Nein zu stimmen.» SPS-Parteitagprotokoll 1937, S. 7.



es erstaunlich, dass nur ein halbes Jahr später ein anderer Parteitag zusammenkomme, um geeinigt über Beschlüsse von historischer Bedeutung zu beraten.<sup>607</sup> Er betonte weiter, dass die Krise und die Stagnation der schweizerischen Politik eine Folge des Ausschlusses der SPS von der Mitbestimmung und Mitsprache sei. Die bürgerlichen Parteien seien immer mehr gezwungen, auf verfassungswidrigem Weg zu regieren, weil sie ohne die Arbeiterschaft nicht verfassungsmässig regieren könnten.<sup>608</sup>

Nach der Bestätigung der Geschäftsleitung und der Behandlung der anderen Traktanden füllten die Verhandlungen über den Anschluss an die Richtlinienbewegung und die Thesen der Geschäftsleitung beinahe den ganzen Tag. Walther Bringolf, der Referent der Mehrheit, eröffnete die Diskussion mit der Feststellung, dass drei wichtige Entscheidungen anstünden: erstens über das Verhältnis der SPS zur Demokratie, zweitens zur Landesverteidigung und drittens zu den «Richtlinien». Die neuerliche Beratung der Wehrfrage sei zwar mit den «Richtlinien» verbunden, wäre jedoch auf jeden Fall nötig gewesen:

Wir wollen uns jedoch jetzt schon Rechenschaft geben darüber, dass die zweite Frage, die Entscheidung über die positive Stellung, über die Bejahung der militärischen Landesverteidigung, auch notwendig wäre ohne die Richtlinien, [...]. Die Beschlüsse des Luzerner Parteitages vom Januar 1935 haben, trotzdem sie grundsätzlich die Bejahung der militärischen Landesverteidigung

606 «Der Parteitag der SPS. stimmt dem sachlichen Forderungsteil der «Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie» als einem vorläufigen Tätigkeitsprogramm zu. Die SPS ist bereit, mit anderen Bewegungen zur Verwirklichung dieses Programms zusammenzuarbeiten, lehnt aber alle politischen Vorbedingungen für die Annahme in eine solche Arbeitsgemeinschaft als mit der Würde und Selbständigkeit der Partei unvereinbar ab.» Ebd., S. 7.

607 «Niemand hätte damals [am Parteitag 1936] geglaubt, dass schon ein halbes Jahr später ein ausserordentlicher Parteitag unter ganz veränderten Verhältnissen tagen müsste. Nichts illustriert so sehr den raschen Fluss der Ereignisse, wie der Umstand, dass heute schon ein Parteitag zusammentreten kann, um geeinigt Beschlüsse von vielleicht historischer Bedeutung für die Geschichte unseres Landes zu fassen. [...] Ich mache diese Feststellung schon eingangs, um gegenüber unseren Freunden und Feinden zu dokumentieren, dass die Partei sich gross und stark fühlt und demgemäss handeln wird.» Ebd., S. 14.

608 Mit «verfassungswidrig» waren die ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates in der Finanzpolitik sowie das Mittel der dringlichen Bundesbeschlüsse gemeint. Ebd., S. 14.

enthalten, so viele Unklarheiten und Missverständnisse, ja auch Missstimmung erzeugt, oder hinterlassen, dass eine verantwortliche Parteiführung alles daransetzen musste, die erforderliche Klarheit endlich zu schaffen. Der Entscheid des Zürcher Parteitages vom Juni 1936, der um die Wehrkredite ging, und bei dem in Wirklichkeit erneut die grundsätzliche Haltung der Partei zur militärischen Landesverteidigung im Vordergrund der Debatte stand, bestätigte die über den Luzerner Beschluss gemachte Feststellung.<sup>609</sup>

Im Unterschied zu Reinhard und Grimm vermied es Bringolf, seine Rede mit ideologischen Phrasen auszuschnücken und das angestrebte neue Verhältnis der SPS zur Landesverteidigung irgendwie ideologisch begründen zu wollen. Er verwies auf den Freiheitskampf der Republikaner in Spanien und auf die Rolle der Armee zu Beginn des Bürgerkrieges. Die SPS dürfe gerade angesichts dieses Vorbildes nicht länger darauf verzichten, direkt auf die Armee Einfluss zu nehmen.<sup>610</sup> Der zweite Referent der Mehrheit, Max Weber, sah sich gedrängt zu betonen, dass die SPS wie der Gewerkschaftsbund in der Richtlinienbewegung ihre Unabhängigkeit bewahren würden. Seine Argumente für eine bedingungsloses Eintreten der SPS für die Landesverteidigung bestanden darin, die Unmöglichkeit des Pazifismus zu betonen. Er führte dazu die veränderte internationale Lage nach dem Ende des Systems der kollektiven Sicherheit an und setzte den Pazifismus gar mit einer Förderung des Faschismus gleich: Wer sich nicht gegen die Gewalt zur Wehr setze, der fördere sie.<sup>611</sup> Dieser Feststellung schloss sich auch Bringolf an, indem er auf drastische Weise die letzte Konsequenz des Pazifismus illustrierte:

Wenn man den konsequenten Pazifismus vertritt, dann muss man es auch für richtig finden, dass im März 1933 sich die deutsche Arbeiterschaft nicht gewehrt hat gegen die Angriffe der Nazi; dort waren sie konsequent pazifistisch. Mit welchem Erfolg? Warum haben die Ereignisse in Österreich einen gewissen Impuls gegeben? Deshalb, weil sich dort die Arbeiterschaft mit den Waffen in der Hand für die Freiheitsrechte gewehrt hat. Warum

609 Ebd., S. 35f.

610 Ebd., S. 36f. und 40.

611 Ebd., S. 55f.

begeistert Spanien? Weil man dort die Freiheit mit Gewalt gegen Gewalt verteidigt. [Beifall]<sup>612</sup>

Die Mehrheit verwendete in ihren Ausführungen oft das Beispiel Spanien, um die Notwendigkeit der bewaffneten Wehr zu betonen. Den dokumentierten Reaktionen der Delegierten ist zu entnehmen, dass dieses Beispiel seine Wirkung nicht verfehlte.

Die Minderheit wurde von Ernest-P. Graber vertreten, der auf die Rede Bringolfs entgegnete, dass auch er eine Rückkehr der SPS zur politischen Realität wünsche, aber ohne die Prinzipien der Sozialdemokratie verraten zu wollen.<sup>613</sup> Die negative Einstellung der SPS zur Landesverteidigung entspringe der Verbindung des Kampfes gegen den Militarismus mit dem Kampf gegen den Kapitalismus, eine Verbindung, die logischerweise aus dem Kampf gegen den Imperialismus entsprungen sei. Deshalb könne man nicht den Militarismus fördern, wie das die SPS ja jetzt zu tun gedenke, ohne den Nationalismus zu fördern. Dieser Nationalismus könne dann aber von der Presse ebensogut gegen eine Bedrohung aus einem kommunistischen Frankreich wie gegen den Faschismus gelenkt werden. Gerade das Beispiel Spanien zeige, dass die Armee eine sozialistische Regierung nur allzu bereitwillig verrate. Aus diesem Grund dürfe die SPS sich nicht dafür hergeben, der Armee ihre Mittel zu bewilligen, da diese ja später wieder gegen die Arbeiterschaft eingesetzt würden.<sup>614</sup> Der zweite Referent der Minderheit, Kramer, betonte dies ebenfalls:

Es genüge der Hinweis, dass die herrschenden Klassen heute offener und schamloser als jemals die Demokratie untergraben und die Unabhängigkeit der Schweiz nach aussen preisgeben.<sup>615</sup> Ihre Behauptung, die von ihnen beherrschte Armee diene der Verteidigung der Demokratie und dem Schutze der Unabhängigkeit des Landes gegenüber Hitler und Mussolini, ist deshalb eine freche Unwahrheit. Die Armee ist vielmehr zur Hauptstütze der wankenden Machtstellung der kapitalistischen Klasse geworden. Die Genossen, die noch vor einem halben Jahr so leidenschaft-

612 Ebd., S. 57f.

613 «Je tiens à dire que sur l'entrée en matière, nous voterons <Oui>, parce que nous aussi, nous voulons nous placer sur le terrain de la réalité. Mais nous croyons que cette réalité demande que nous ne fassions pas le sacrifice de nos principes. Le sacrifice de notre conscience socialiste mène le parti à sa perte.» Ebd., S. 43.

614 Ebd., S. 43–45.

lich gegen die Wehrkredite waren, heute aber «positiv» zum Militär stehen, hätten rechtzeitig eine Umfallversicherung [sic] eingehen sollen.<sup>616</sup>

Graber und Kramer wiederholten also – genauso wie Bringolf für die Mehrheit – in etwa die gleichen Argumente wie im Juni 1936. Friedrich Schneider hielt den Vorwürfen von Kramer entgegen, dass der Antimilitarismus keine Grundsatzfrage sei, für die es sich lohne, eine möglich neue Allianz gegen den Faschismus scheitern zu lassen. Die grundsätzliche Bejahung der Landesverteidigung sei schon in Luzern entschieden worden und die SPS könne und werde auch weiterhin jede wehrpolitische Frage einzeln beraten.<sup>617</sup> Unerwartet kam darauf die Stellungnahme von Léon Nicole, der bestritt, dass die Genfer Sektion sich für die «Richtlinien» und damit für die Landesverteidigung ausgesprochen hätte – dies beruhe auf einer Falschmeldung. Die Genfer würden der Argumentation Kramers folgen. Er, Nicole, stelle sich aber wie Schneider auf den Standpunkt, dass die Beschlüsse von Luzern bereits im Sinne einer Bejahung der Landesverteidigung zu verstehen seien.<sup>618</sup> Diese Wendung konnte aber das Resultat nicht mehr beeinflussen: Die Delegierten erklärten mit 370 zu 77 Stimmen den Beitritt zur Richtlinienbewegung und die bedingungslose Anerkennung der Landesverteidigung.<sup>619</sup>

615 Damit verweist Kramer auf die Handhabung der Neutralität und auf das als undemokratisch wahrgenommene Regime der dringlichen Bundesbeschlüsse in der Finanzpolitik.

616 Damit sind eindeutig Léon Nicole und Friedrich Schneider gemeint. SPS-Parteitagsprotokoll 1937, S. 47.

617 «Genosse Kramer hat die Kampfgemeinschaft, die mit uns in Luzern und Zürich bestand, angeführt. Es tut mir leid, dass sie an den harten Tatsachen gescheitert ist. Er irrt sich aber, wenn er sagt, dass wir nun unsern Frieden mit Bern gemacht hätten. [...] Die Frage der Landesverteidigung ist nur eine Frage unter vielen. Wenn es sich darum handelt, alle antikapitalistischen Kräfte zu sammeln, um den Faschismus zu schlagen, dann stelle ich diese Frage zurück um des Ganzen willen.» Ebd., S. 50.

618 Ebd., S. 54 und S. 58. Dort erklärte Nicole seine Haltung deutlicher, nachdem Bringolf ihn auf seine Äusserungen an einer Funktionärskonferenz in Bern ansprach, in denen er eine positive Haltung zu Landesverteidigung an den Tag gelegt habe. Nicole sah sich zur Klärung gezwungen: «Il est exact, qu'à l'assemblée de fonctionnaires à Berne, j'ai parlé dans un sens affirmatif pour la défense nationale. La question militaire est provisoirement réglée par le congrès de Lucerne qui s'est réservé le droit d'examiner les crédits militaires.»

619 Ebd., S. 59.

Der Entscheid des Parteitages 1937 bewirkte das vorläufige Ende jeder antimilitaristischer Tätigkeit oder Aktion der SPS und beendete damit auch den Einfluss der Pazifisten um Graber und Kramer auf die Parteipolitik. Für die Schweizer Politik bedeutete diese Positionsänderung die Auflösung des Links-rechts-Gegensatzes in der Frage der Landesverteidigung und der militärischen Aufrüstung. Damit zeichnete sich der Beginn einer neuen Phase der Schweizer Geschichte ab: Die Phase der «Sammlung der nationalen Kräfte» ging in die Phase der «Geistigen Landesverteidigung» über. Dass diese Wende so problemlos zustande gekommen war, konnte im Kontext des Spanischen Bürgerkrieges dem Einlenken der Gruppe um Friedrich Schneider zugeschrieben werden. Während die Initiative für die «bedingungslose» Anerkennung der Landesverteidigung also von der Richtlinienbewegung ausging, wurden die Voraussetzungen dafür durch die Auswirkungen des Spanischen Bürgerkrieges auf die Schweiz geschaffen.<sup>620</sup>

620 Siehe Ruffieux, *La Suisse de l'entre-deux-guerres*, S. 298–300 und Zimmer, *Volksgemeinschaft*, S. 86f.

## 4 Die Umsetzung der bedingungslosen Anerkennung der Landesverteidigung ab 1937

Der folgende Abschnitt verschafft einen Überblick über die direkten Folgen des endgültigen Wandels der sozialdemokratischen Haltung in der Wehrfrage. Die positive Einstellung der SPS zur Landesverteidigung bewirkte längerfristig die Aufnahme der SPS in das politische System der Schweiz durch die Wahl von Ernst Nobs in den Bundesrat 1943.<sup>621</sup> Daneben ermöglichte sie auch die «Geistige Landesverteidigung», die nach 1937 als gesellschaftliche Bewegung alle Schichten der Schweizer Bevölkerung erfasste. Am Ende dieses Abschnittes wird dieser Aspekt der ausgehenden Zwischenkriegszeit und seine Beziehung zur Behandlung der Wehrfrage in der SPS dargestellt.

### 4.1 Die Militärpolitik der SPS nach dem Parteitag von 1937

Es wurde bereits aufgezeigt, dass die SPS bis zum Zürcher Parteitag 1937 im Prinzip keine Militärpolitik verfolgte, sondern sich auf die Infragestellung des Prinzips der nationalen Verteidigung beschränkte. Die wenigen wehrpolitischen Positionen der SPS bezogen sich auf die Themenbereiche Militärstrafrecht und Abrüstung. Unmittelbar nachdem sich die Sozialdemokratie zur Landesverteidigung bekannt hatte, drängte sich die Ausformulierung einer sozialdemokratischen Militärpolitik auf, da es nunmehr galt, konstruktiv zu den wehrpolitischen Themen Stellung zu beziehen. Die Definition der Ziele, welche die SPS in der Militärpolitik erreichen wollte, war schon in den Forderungen von 1936 enthalten, die damals für die Befürwortung der Landesverteidigung aufgestellt worden waren.

Kurze Zeit nach dem Zürcher Parteitag von 1937 erhielt die SPS eine Einladung zum Beitritt zur «Schweizerischen Wehraktion»<sup>622</sup>,

621 Vgl. Manuel Eisner. ««Wer sind wir?» Wandel der politischen Identität in der Schweiz 1840–1987». In: *Bilder und Leitbilder im Sozialen Wandel*. Schweizerisches Sozialarchiv (Hg.). Zürich: Chronos, 1991, S. 29–65, S. 55 und Degen, Wer darf mitregieren?, S. 155f.

622 Das erklärte Ziel der «Schweizerischen» oder auch «Nationalen Wehraktion» war «die Vorbereitung der Schweizer Jugend auf Landesverteidigung», also die Förderung der militärischen Vorbildung und die Verbreitung des Gedankens der «Geistigen Landesverteidigung». Der Bewegung um Traugott Büchi schlossen sich u.a. der Schweizerische Offiziersverein, der Unteroffiziersverein, der Kadettenverein und die Jungliberalen an. SPS-Geschäftsbericht 1937, S. 20.

einer politisch neutralen Vereinigung, die eine «ständige, hauptsächlich geistig sich auswirkende Wehraktion» durchführen wollte.<sup>623</sup> Die Geschäftsleitung war vorerst unentschlossen, ob sie einen Beitritt befürworten sollte. Es zeigte sich auch anlässlich einer Diskussion über die Organisation der Schweizer Armee, dass die SPS dringend einen zuverlässigen und kompetenten Sachverständigen für Armeefragen benötigte.<sup>624</sup> Der Parteipräsident, Hans Oprecht liess sich vorerst von Hermann Hagenbuch beraten.<sup>625</sup> Im Oktober teilte die Geschäftsleitung der «Wehraktion» dann mit, dass die SPS zwar nicht beitrete, aber «von Fall zu Fall» eine Mitarbeit prüfen werde. Dieser Entscheid kam zustande, weil die Forderung der «Nationalen Wehraktion», dass den Wehrmännern aus der Erfüllung ihrer Dienstpflicht keine finanziellen Nachteile erwachsen dürften, der Geschäftsleitung als geeignet erschien, um als Plattform für die militärpolitischen Forderungen der SPS zu dienen.<sup>626</sup>

Politisch schien sich der Beitritt der SPS zur Richtlinienbewegung auszuzahlen. Die FDP erklärte sich zur Zusammenarbeit mit der SPS bereit und stellte ihr einen Bundesratsstiz in Aussicht.<sup>627</sup> Viel mehr Aufsehen erregte aber das «Friedensabkommen» der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Maschinen- und Metallindustrie, das am 19. Juli 1937 unterzeichnet wurde. Der SMUV verzichtete damit auf Initiative von Konrad Ilg auf das Kampfmittel des Streiks und

623 Protokoll GL, 3.5.37. SOZ, Ar. 1.111.8, Protokolle GL und PV, Jan.–Aug. 1937

624 Die Frage nach dem Sachverständigen stellte sich der Politischen Kommission anlässlich einer Diskussion über eine bevorstehende Intervention Hitlers in Österreich oder der Tschechei . Robert Grimm verlangte dabei eine bessere Wehrorganisation: «Für uns stellt sich die Frage: Was tun wir dieser Situation gegenüber? [Intervention Hitlers in Österreich] Unsere positive Einstellung zur Landesverteidigung, die sich ja aus der gegebenen internationalen Lage aufgedrängt hat, muss konsequent weiter verfolgt werden. Unsere Nordgrenze ist besser zu schützen. Dazu bedarf es nicht neuer Wehrkredite, sondern einer Umlagerung der Wehrorganisation. Die Kavallerie ist heute zum grössten Teil nutzlos. Die für sie verwendeten grossen Kosten sollten entsprechend dem Plan von Oberst Gertsch zur Motorisierung der Armee und zur Ausrüstung mit Maschinengewehren verwendet werden. Diese Frage muss von uns in Verbindung mit kompetenten Militärsachverständigen unbedingt und ohne Verzug geprüft werden.» Protokoll GL, 11.8.37. SOZ, Ar. 1.111.8, Protokolle GL und PV, Jan.–Aug. 1937.

625 Hermann Hagenbuch war der Verfasser des Generalstäblerbriefes, was im Rahmen der Affäre «Wille» zu seinem Ausschluss aus der Armee und dem Verlust seiner Stelle bei der NZZ zur Folge hatte. Siehe Anmerkung 381.

626 Protokoll PV, 30.10.37. SOZ, Ar. 1.111.8, Protokolle GL und PV, Aug.–Dez. 1937.

bekannte sich zum Instrument der Schlichtungsstelle für Arbeitskonflikte. Als Gegenleistung versprachen die Arbeitgeber, die Arbeiter am beginnenden Wirtschaftsaufschwung teilnehmen zu lassen.<sup>628</sup> Den Kommunisten hingegen wehte ein rauher Wind ins Gesicht: Im April wurde die KPS in Neuenburg und im Juni in Genf per Volksabstimmung verboten, und der Bund schritt in Basel energisch gegen die kommunistische Werbezentrale für Spanien ein – dennoch zogen bis zum Ende des Spanischen Bürgerkrieges über 800 Schweizer gegen Franco ins Feld.<sup>629</sup>

Die Beziehungen der SPS mit dem Bundesrat entspannten sich erst im Frühjahr 1938, als durch Hitler der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich erzwungen wurde. Sichtbarste Zeichen für die Entspannung war die Zusammenarbeit der SPS mit dem Bundesrat im März 1938 hinsichtlich der Erklärung zum Anschluss Österreichs ans Deutsche Reich sowie das Entgegenkommen des Bundesrates im Mai in der Frage der Initiative für ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm.<sup>630</sup> Dieses Einvernehmen, von MÜLLER fälschlicher-

627 Der Parteitag der FDP hatte am 11.7.37 beschlossen, sich für die nationale Zusammenarbeit aller auf demokratischem Boden stehenden Parteien einzusetzen. SPS-Geschäftsbericht 1937, S. 18f.

628 Siehe Bernhard Degen. «Von «Ausbeutern» und «Scharfmachern» zu «Sozialpartnern». Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern im Wandel. In: *Bilder und Leitbilder im Sozialen Wandel*. Schweizerisches Sozialarchiv (Hg.). Zürich: Chronos, 1991, S. 231–270, S. 255–259.

629 Siehe SPS-Geschäftsbericht 1937, S. 20–22 und 13f. Die Kommunistische Partei wurde 1938 auch in der Waadt und 1940 auf gesamtschweizerischer Ebene verboten. Sie formierte sich neu im Oktober 1944 unter dem Namen «Partei der Arbeit». Die bundesrätlichen Massnahmen gegen die extreme politische Linke wurden durch entsprechende Massnahmen auf der Rechten ergänzt. Am 5.12.1938 wurde durch die Verordnung «betreffend Massnahmen gegen staatsgefährdende Umtriebe und zum Schutze der Demokratie» gegen die Fronten vorgegangen, die am 8./19.11.1940 endgültig zerschlagen wurden. Siehe dazu auch Jost, Bedrohung und Enge, S. 795.

630 Zur Erklärung des Bundesrates über den Anschluss an Österreich siehe Bonjour, Geschichte der Schweizerischen Neutralität, Bd. 3, S. 230–241 bzw. Protokolle GL und PK, 18.3.38. SOZ, Ar. 1.111.8, Protokolle GL und PV, Jan.–Mai 1938. Dass diese Erklärung als Startzeichen zu einer neuen Zusammenarbeit zwischen SPS und Bundesrat aufgefasst wurde, um die eidgenössische Wehrpolitik auf eine breitere politische Basis zu stellen, geht aus den Ausführungen Hans Oprechts in der *Roten Revue* hervor. Hans Oprecht. «Zur politischen Lage». In: *RR*, 17. Jg., Nr. 8, Apr. 1938, S. 249–251. Zur Initiative für ein nationales Arbeitsbeschaffungsprogramm siehe den Brief von Bundesrat Obrecht (EVD) an Hans Oprecht, 31.5.38. SOZ, Ar. 1.113.2, SPS Parteikorrespondenz, Zirkulare, 1937–38.



weise als Neuauflage der Burgfriedenspolitik von 1914 deklariert,<sup>631</sup> wurde aber sogleich durch die Affäre «Hagenbuch-Luternau» wieder getrübt, der sich bis ins Frühjahr 1939 hinzog.<sup>632</sup> Die Diskreditierung des Parteipräsidenten Oprecht durch seinen militärischen Berater, Hermann Hagenbuch, war auf Dauer nicht hinzunehmen, weshalb die SPS Kontakt mit Hauptmann Hans Hausamann aufnahm, der mit Einwilligung von Bundesrat Minger fortan als militärpolitischer Berater der SPS fungierte.<sup>633</sup> Auch die interparteiliche Zusammenarbeit wurde noch im Sommer 1938 wieder in Frage gestellt, als die bürgerlichen Parteien ein Entgegenkommen in der Frage der Finanzreformvorlage verweigerten.<sup>634</sup> Diese kurze Krise der interparteilichen

631 Vgl. Müller, Schicksal einer Klassenpartei, S. 116.

632 Hermann Hagenbuch hatte im Januar 1938 unter dem Pseudonym Jürgen Luternau in der *Nation* den Artikel «Vom Nachrichtenwesen der Armee» veröffentlicht, in dem er die Absenz militärischer Aufklärung in Deutschland und Italien kritisierte und über die längst überfällige Schaffung der Stelle eines Militärattachés in den Botschaften in Paris, Berlin und Rom berichtete. Eine Intervention des Nachrichtendienstes bewirkte, dass die folgenden Artikel der Serie vom Nachrichtendienst zensuriert wurden. Dennoch entspannte sich eine Pressekampagne gegen Hagenbuch wegen angeblichen Landesverrats, so dass dessen Pseudonym von Hans Oprecht gelüftet werden musste. Daraufhin weitete sich die Kampagne auch auf Oprecht aus. Walther Bringolf interpretierte die Kampagne, die zwar einige Untersuchungen nach sich zog, aber keine strafrechtlichen Folgen weder für Oprecht noch für Hagenbuch hatte, als Torpedierung der interparteilichen Zusammenarbeit durch rechtsgerichtete Kräfte. Siehe den Bericht von Oprecht zuhanden der Geschäftsleitung in Protokoll GL, 13.8.38. SOZ, Ar. 1.111.8, Protokolle GL und PV, Jun.–Aug. 1938. Über den weiteren Verlauf des Falles gibt eine Broschüre von Hans Oprecht Auskunft: Hans Oprecht. *Der Fall Oprecht*. VPOD (Hg.). o.O.u.J. (1939).

633 Protokoll GL, 29.10.38. SOZ, Ar. 1.111.8, Protokolle GL und PV, Sept.–Dez. 1938.

634 Die Finanzreformvorlage sollte das Finanzprogramm III vom Oktober 1937 ersetzen. Die SPS forderte insbesondere, dass das Regime der dringlichen Bundesratsbeschlüsse in der Finanzpolitik aufhören müsse. Als der Nationalrat nicht auf dieses Begehren einstieg, stimmte die SPS gegen die Vorlage, die am 24.6.1938 knapp verworfen wurde. Die SPS kam aber dennoch den bürgerlichen Parteien insofern entgegen, als dass sie einer dreijährigen, der Volksabstimmung unterstellten Übergangslösung zustimmte, die am 27.11.1938 vom Volk gutgeheissen wurde. Hardmeier, Geschichte der Sozialdemokratischen Ideen, S. 129f. und SPS-Geschäftsbericht 1938, S. 21–24.

Zusammenarbeit führte letztlich zur Nichtwahl von Emil Klöti in den Bundesrat im Dezember 1938.<sup>635</sup>

Die Septemberkrise 1938,<sup>636</sup> welche durch die Aufteilung der Tschechoslowakei im Münchner Abkommen ausgelöst wurde, verhalf der sozialdemokratischen Militärpolitik zum Durchbruch. Die SPS verlangte vom Bundesrat die Verstärkung der Landesverteidigung, insbesondere eine Verstärkung der Luftwaffe und des Luftschutzes. Aus diesem Grund befürwortete sie die Initiative zur Verstärkung der Landesverteidigung im Frühjahr 1939. Diese sogenannte «1000-Flugzeuge-Initiative» des Landesrings der Unabhängigen (LdU) wurde zwar nicht eingereicht, ebnete aber der bundesrätlichen Vorlage zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zugunsten der Landesverteidigung den Weg, die einen Kredit von 213 Millionen für die Armee und 202 Millionen Franken für die Arbeitsbeschaffung verlangte.<sup>637</sup> Die SPS stellte sich bedingungslos hinter diese Vorlage, da ihr der Bundesrat hinsichtlich ihrer alten Forderung nach Arbeits-

635 Am 15.12.1938 wurde Ernst Wetter (FDP) zum Nachfolger des Bundesrates Albert Meyer (FDP) gewählt. Die Kandidatur von Emil Klöti (SPS) scheiterte damit bereits zum zweiten Mal. Zur Krise der interparteilichen Zusammenarbeit siehe Anmerkung 634 und Hans Oprecht. «Fiasko der interparteilichen Zusammenarbeit?». In: *RR*, 17. Jg., Nr. 12, Aug. 1938, S. 401–406.

636 Die ständigen Nationalitätenkonflikte, die sich seit der Staatsgründung am 28.10.1918 innerhalb der Tschechoslowakei aus der Benachteiligung der rund drei Millionen Sudetendeutschen ergaben, nutzte Hitler ab 1938 konsequent für seine Pläne aus. Er forderte die Abtretung des Sudetengebiets an das Deutsche Reich nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. An der Münchner Konferenz am 29.9.1938 brachte Hitler Frankreich und Grossbritannien unter Zuhilfenahme der Vermittlung Italiens dazu, die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland abzusegnen, ohne die Tschechoslowakei zu konsultieren. Die Sudetenkrise gilt als der Höhepunkt der *Appeasement*-Politik, die vom britischen Premierminister Arthur Neville Chamberlain vertreten wurde.

637 Das Volksbegehren des LdU über die Verstärkung der Landesverteidigung, insbesondere der Flugwaffe und der Bodenabwehr, sowie die Förderung einer leistungsfähigen Flugzeugindustrie sah die sofortige Beschaffung von 1000 neuen Flugzeugen durch die Schweizer Armee und die Ausbildung von 3000 neuen Piloten, die Beschaffung neuer Flugabwehrgeschütze und den Aufbau einer Schweizer Flugzeugindustrie vor. Die Finanzierung sollte über ein Wehropfer von 1% auf das Vermögen als «Versicherungsprämie» erfolgen. Die Initiative wurde trotz der gesammelten 92000 Unterschriften nicht eingereicht. Die Idee des Wehropfers wurde vom Bundesrat 1940 wieder aufgenommen und durch Vollmachtenbeschluss umgesetzt. Vgl. Sigg, Die eidgenössischen Volksinitiativen, S. 217f. und Etter, Armee und öffentliche Meinung, S. 210f. Für den Initiativtext siehe SPS-Geschäftsbericht 1938, S. 20f. Zu den bundesrätlichen Vollmachten siehe Anmerkung 58.

beschaffung entgegengekommen war. Die Annahme dieser Vorlage erst durch die Parteien und später durch das Volk galt als «Manifest der totalen Landesverteidigung» und als «Selbstdisziplinierung der Parteien».<sup>638</sup>

Die Integration der Sozialdemokratie in die Wehrpolitik kann im Frühjahr 1939 als abgeschlossen gelten, als die SPS in ihrem neuen Aktionsprogramm die sozialdemokratischen Forderungen und Ziele in der Wehrpolitik in allgemeiner Weise festlegte:

Unabhängigkeit und Neutralität des Staates bedürfen des Volksheeres zu ihrem Schutze: Volk und Armee sind dasselbe. Darum ist im Heer kein Platz für die Feinde des Volkes und der Demokratie. Darum freie Bahn dem tüchtigen Soldaten aus allen Schichten des Volkes. Darum im Militärdienst gerechte Entschädigung, Ersatz des Lohnausfalles und Verhütung des Existenzverlustes. Grossbesitz und Grossverdienst sind mit den Kosten der Verstärkung der Wehrkraft zu belasten.<sup>639</sup>

Die Militärpolitik der SPS enthielt also erstens die zentrale Forderung der Zwischenkriegszeit, nämlich die Säuberung der Armee von faschistischen Offizieren, zweitens die Forderung nach der Demokratisierung der Armee, also der Chancengleichheit für alle Bevölkerungsschichten für eine militärische Karriere, drittens die Forderung nach der Schaffung einer Erwerbsersatzordnung und viertens nach einer «sozial verträglichen» Finanzierung der Aufrüstung. Diese Forderungen wurden durch das Manifest «An die Arbeiterschaft der Schweiz» unmittelbar nach der Generalmobilmachung deutlich kundgetan und noch präzisiert:

Unser dringender Appell geht aber auch an alle Behörden in Bund und Kantonen, an alle Männer, welche die Regierung des Landes in dieser tragischen Zeit bestimmen. *Gerechtigkeit* muss jetzt der Leitstern der Landesführung sein. *Gerechtigkeit* gegenüber *allen* Schichten des Volkes. Gerechtigkeit und soziale Hilfsbereitschaft vor allem gegenüber den Tausenden von Familien, die durch den Militärdienst des Ernährers in ihrer Existenz gefährdet sind. Aufgabe des Bundesrates ist es, seine

638 Vgl. Etter, *Armee und öffentliche Meinung*, S. 211–213.

639 SPS-Parteitagprotokoll 1939, S. 78f. und Beilage zum Protokoll GL, 15.4.39. SOZ, Ar. I.111.9, Protokolle GL und PV, Jan.–Jul. 1939 und SPS-Geschäftsbericht 1939, S. 24f.

Vollmachten zu gebrauchen, um hier Hilfe zu bringen, die nicht ein Almosen sein darf, sondern eine Pflichterfüllung des sozialen Staates gegenüber jenen, die das Land beschützen mit *allem*, was sie besitzen. *Das Opfer des Besitzes* zum Schutze der Heimat darf kein leeres Wort bleiben. Und wer jetzt aus der Zerrüttung der Welt und der Not des Landes materiellen Vorteil zöge, würde zum Landesverräter.<sup>640</sup>

Die SPS konnte trotz der Zustimmung zum Vollmachtenregime des Bundesrates 1939 die Durchsetzung ihrer wesentlichsten militärpolitischen Forderungen verzeichnen.<sup>641</sup> Mit der Erhebung eines Wehropfers auf die Vermögen und der Einführung einer Kriegsgewinnsteuer 1940 wurden die Besitzenden zur Finanzierung der Kriegslasten herangezogen, und der Bundesrat revidierte noch 1939 eine Erwerbsersatzordnung gemäss den Vorstellungen der Sozialdemokratie.<sup>642</sup> Auch die Behandlung der Soldaten während des Aktivdienstes unterschied sich merklich von derjenigen während des Ersten Weltkrieges.<sup>643</sup>

Eine antimilitaristische Entwicklung der SPS wie 1914 war 1940 undenkbar, verkündete doch der Parteitag der SPS zu Beginn des

640 «*An die Arbeiterschaft der Schweiz*». 1. September 1939. Beilage zum Protokoll GL 1.9.39. SOZ. Ar. 1.1111.9, Protokolle GL und PV, Aug.–Dez. 1939. Abgedruckt im SPS-Geschäftsbericht 1939, S. 26f. Hervorhebungen gemäss Original.

641 Zum Vollmachtenregime siehe Anmerkung 58. Zu den militärpolitischen Forderungen siehe *Materialsammlung für Vertrauensleute*. Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (Hg.). Zürich: 1939, IV. Die Armee, S. 2.

642 Der Bundesrat beschloss am 20.12.1939 eine Lohnersatzordnung zur Regelung des Erwerbsersatzes für Militärdienstleistende, um soziale Spannungen wie zwei Jahrzehnte zuvor zu vermeiden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanzierten die eine Hälfte der entsprechenden Versicherung, des «Wehrmannsschutzes», durch je 2% Abgaben auf den Löhnen, während der Bund die andere Hälfte der Ausgaben trug. Siehe auch Anmerkungen 60 und 55. Zum Wehropfer und zur Kriegsgewinnsteuer siehe *Daten aus der Geschichte der Bundessteuern*. (Steuerinformationen der Interkantonalen Kommission für Steueraufklärung, A, Geschichte). Interkantonale Kommission für Steueraufklärung (Hg.). Bern: 2000, S. 6–10. Zur Geschichte der Schweizer Sozialwerke im Allgemeinen siehe Jürg H. Sommer. *Das Ringen um soziale Sicherheit in der Schweiz: eine politisch-ökonomische Analyse der Ursprünge, Entwicklungen und Perspektiven sozialer Sicherung im Widerstreit zwischen Gruppeninteressen und volkswirtschaftlicher Tragbarkeit*. (Arbeits- und Sozialwissenschaft, 1). Diss. Hochschule St. Gallen. Diessenhofen: Rüegger, 1978.

643 Das war zumindest die Ansicht Robert Grimms. Vgl. Robert Grimm. «Die Arbeiterschaft in der Kriegszeit. Eine Rede vor dem Parteitag der bernischen Sozialdemokratie vom 18. Februar 1940». Unveränderter Nachdruck in: *Robert Grimm und die 200*. o.O.: 1946.

Krieges, dass die Demokratie, die Landesverteidigung und die staatliche Neutralität die Fundamente des Schweizer Staates bildeten.<sup>644</sup> Die Integration der SPS in die Landesregierung 1943 ist demgemäss nicht als Folge ihrer ideologischen Angleichung und der bis an Selbstaufgabe grenzenden Zurückstellung ihrer Forderungen und Interessen in den Sachfragen zu verstehen, wie es der Zeitgenosse Valentin GITERMANN sah,<sup>645</sup> sondern unter dem Eindruck der politischen Erfolge der Sozialdemokratie und der linksbürgerlichen Bewegung.<sup>646</sup> Nach dem beträchtlichen Wahlerfolg in den Nationalratwahlen von 1943 formulierte die SPS das Programm «Neue Schweiz»,<sup>647</sup> mit dem eine neue Epoche in der Geschichte der sozialdemokratischen Partei begann und die Zeit der ideologisch-programmatischen Kämpfe der Zwischenkriegszeit ihren Abschluss fand.<sup>648</sup>

#### 4.2 Die Sozialdemokratie und die «Geistige Landesverteidigung»

Das Phänomen der «Geistigen Landesverteidigung» wurde von der älteren schweizerischen Geschichtsschreibung für die bürgerliche Schweiz vereinnahmt, weshalb an dieser Stelle der Frage nachgegangen werden soll, ob und wie die Sozialdemokratie zur «geistigen» Verteidigung der Schweiz beigetragen hat. Diese Frage wurde im Prinzip schon von MOOSER in positivem Sinne beantwortet,<sup>649</sup> weshalb vor allem den Zusammenhängen zwischen der Behandlung der Wehrfrage in der SPS und der «Geistigen Landesverteidigung» nachgegangen wird.

644 *Forderungen der Arbeiterschaft*. Anhang in Grimm, *Die Arbeiterschaft in der Kriegszeit*, S. 27.

645 Gitermann, *Die Historische Tragik*, S. 353f.

646 Noch 1939 war die Geschäftsleitung der SPS zum Schluss gekommen, es sei besser, nicht in den Bundesrat hineingezogen zu werden, da dadurch jede Oppositionspolitik völlig verunmöglicht würde. Zu der Wahl von Ernst Nobs siehe Degen, *Sozialdemokratie*, S. 50–52. Die These der Integration als Folge der politischen Erfolge vertrat zuerst Scheiben, *Krise und Integration*, S. 191–209 und 271–281, insbesondere S. 237f.

647 Siehe dazu Hardmeier, *Geschichte der sozialdemokratischen Ideen*, S. 167–175. Die Forderungen der SPS für die Nachkriegszeit finden sich in einem gedruckten Referat von Walther Bringolf. *Die Nationalratswahlen im 5. Kriegsjahr. Der Kampf um die Neue Schweiz. Referat gehalten am Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz am 4./5. September 1943 in Winterthur*. o.O.u.J., S. 20–22.

648 Die SPS konnte in den Wahlen von 1943 28,6% der Stimmen auf sich vereinigen und zog mit 56 Nationalräten als stärkste Fraktion in den Nationalrat ein. Degen, *Zwischen Opposition und Bundesratsbeteiligung*, S. 382–384.

649 Vgl. Mooser, *Geistige Landesverteidigung*, S. 685–708.

Die Wurzeln der «Geistige Landesverteidigung» lagen noch im Ersten Weltkrieg, der den totalen Charakter des modernen Krieges offenbart hatte und Verteidigungsanstrengungen auch in nichtmilitärischen Bereichen wie Wirtschaft und Kultur notwendig erscheinen liess. Die russische Revolution und die *Irredenta*-Bewegung aus dem faschistischen Italien sowie die neuen Möglichkeiten, die Radio und Film zur Verbreitung totalitärer Ideologien boten, bestätigten in den zwanziger Jahren die Notwendigkeit, den demokratischen Rechtsstaat bereits in Friedenszeiten zu verteidigen.<sup>650</sup> Der Begriff «Geistige Landesverteidigung» tauchte zwar schon vor 1933 auf, aber erst die Bedrohung der Schweiz durch das nationalsozialistische Deutschland gab der «Geistigen Landesverteidigung» ihre primär antideutsche Prägung mit Schwergewicht in der deutschsprachigen Schweiz. Ab 1933 verlangten Parlamentarier, Intellektuelle und Medienschaffende Massnahmen zur Stärkung der kulturellen Grundwerte der Schweiz. Ihr Ziel war ein Schulterschluss über alle Parteien hinweg und die Überwindung der Klassengegensätze. Damit nahmen sie im Prinzip die Forderung der SPS und der Fronten nach der Schaffung einer neuen schweizerischen «Volksgemeinschaft» auf.

Mit der bundesrätlichen Botschaft vom 9. Dezember 1938 gab Bundesrat Philipp Etter der «Geistigen Landesverteidigung» einen offiziellen Rahmen:<sup>651</sup> Rassismus, völkischer Nationalismus, staatliche Kulturpropaganda und der Führerstaat wurden kategorisch abgelehnt, und die Grundwerte der Schweiz als Gegenpositionen aufgebaut. Dazu gehörten die Zugehörigkeit der Schweiz zu drei europäischen Kulturräumen, ihre kulturelle Vielfalt, der bündische Charakter ihrer Demokratie und die Ehrfurcht des Schweizer Staates vor der Würde und Freiheit des Menschen. Die Verteidigung dieser geistigen Werte wurde jedoch primär als Aufgabe des Bürgers und nicht des Staates deklariert.<sup>652</sup>

Seit 1935 verlangte die SPS vom Bundesrat, dass er eine «Geistige Landesverteidigung» verfolgen solle und meinte damit, dass die Armee und die Politik der Schweiz von faschistischem und frontistischem Gedankengut und Personal gereinigt werden müssten. In

650 Zur *Irredenta* siehe Anmerkung 493.

651 MOOSER bezeichnet die bundesrätliche Kulturbotschaft gar als «Magna Charta» der «Geistigen Landesverteidigung». Vgl. Mooser, *Geistige Landesverteidigung*, S. 690 und 692f.

652 Vgl. *Historisches Lexikon der Schweiz*, Marco Jorio, «Geistige Landesverteidigung» und Mooser, *Geistige Landesverteidigung*, S. 690–693.

zweiter Linie sollten Zugeständnisse der bürgerlichen Regierung im sozialen Bereich zur Überbrückung der Klassengegensätze beisteuern, so dass das Ziel der SPS, die Schweizer wieder zu einer «Volksgemeinschaft» zusammenzuführen, erreicht werden könne. Drittens sollte die von faschistischer Ideologie durchdrungene Propaganda abgewehrt werden.<sup>653</sup> Die «geistige» Verteidigung der Schweiz war im Prinzip die Hauptbedingung, welche die SPS den bürgerlichen Parteien abverlangte, damit sie die militärische Landesverteidigung mittragen würde.

Nach dem Anschluss Österreichs ans Deutsche Reich gewann der Begriff «Geistige Landesverteidigung» eine leicht anders gewichtete Bedeutung. Gerade am Beispiel der «friedlichen Annexion» Österreichs konnte bestens illustriert werden, weshalb es unerlässlich sei, den Unabhängigkeitswillen der Schweizer durch eine «geistige» Abwehr zu stärken. Einen «freiwilligen» Anschluss, der nur die Aufspaltung der Schweiz zwischen den angrenzenden Grossmächten hätte bedeuten können, galt es um jeden Preis zu verhindern.<sup>654</sup> Folglich stand die Betonung der Schweizer Eigenarten, wozu auch Demokratie und Neutralität gehörten, eher im Zentrum des Sammelbegriffs der «Geistigen Landesverteidigung». Unter diesen Vorzeichen raufte sich eine Volksbewegung zusammen, welche die nationale Sammlung unter linken wie auch bürgerlichen politischen Aspekten und die Überwindung der Sprach- und Klassengegensätze zur Abwehr der nationalsozialistischen, faschistischen und auch der kommunistischen Bedrohung propagierte. Arthur Schmid fasste den Zweck und den Charakter dieser «geistigen Verteidigung» der Schweiz treffend zusammen:

Das Schweizervolk ist souverän und frei. Es verteidigt seine Freiheit und Unabhängigkeit militärisch an der Grenze des Landes, es verteidigt seine Eigenart und Freiheit auf geistigem Gebiete im Innern des Landes. Das Schweizervolk ist unabhängig und frei und will es auch in Zukunft bleiben.<sup>655</sup>

653 Werner Stocker. «Geistige Landesverteidigung». In: *RR*, 18. Jg., Nr. 4, Dez. 1938, S. 113–117.

654 Siehe Jakob Bühler. «Geistige Landesverteidigung und einheimische Literatur». In: *RR*, 18. Jg., Nr. 1, Sept. 1938, S. 1–5.

655 Arthur Schmid. «Geistige Abwehr, ein Stück Verteidigung des Landes». In: *RR*, 19. Jg., Nr. 4, Dez. 1939, S. 129–134, S. 134.

Diese Aussage bringt den Charakter der «Geistigen Landesverteidigung» zum Ausdruck, den die ältere traditionelle und heroisierende schweizerische Geschichtsschreibung betonte. Sie würdigte die «Geistige Landesverteidigung» in ihrer Funktion für den Widerstand und als Produkt einer vom Unabhängigkeitswillen gestärkten Schweiz. Die neuere, «revisionistische» Geschichtsschreibung entwarf demgegenüber ein weit weniger positives Bild. Sie verurteilte die wirtschaftliche und politische Anpassung der Schweiz ans Dritte Reich sowie den «Verrat» der Sozialdemokratie, die sich um den Preis der Aufgabe ihrer Prinzipien ins System integriert habe.<sup>656</sup>

Während die Wirkung der «Geistigen Landesverteidigung» gegen aussen besonders in der deutschen Schweiz in einer Abgrenzung gegen den restlichen, vom Nationalsozialismus beherrschten deutschen Sprach- und Kulturraum bestand, hatte sie nach innen eine integrierende und gesellschaftsstabilisierende Wirkung.<sup>657</sup> Das sichtbarste Zeichen der «Geistigen Landesverteidigung» war die Selbstinzenierung der Schweiz durch die kulturellen, geistigen und politischen Eliten des Landes, die in der Landesausstellung 1939 oder dem Rütliapparat ihre sichtbarsten Ausdrücke fand.<sup>658</sup>

Die ältere Geschichtsschreibung suchte den Ursprung der «Geistigen Landesverteidigung» eher in der geistigen Elite des Bürger-

656 In der Historiographie wurde die «Geistige Landesverteidigung» ab den siebziger Jahren negativ beurteilt und auf ihre rechtsbürgerliche Spielart reduziert (siehe etwa JOSTS These vom «demokratischen Totalitarismus» – Anmerkung 662). Allgemein gesprochen galt sie bis in die neunziger Jahre als Inbegriff für den Réduitgedanken und schweizerische Engstirnigkeit, weshalb vor allem rechtsbürgerliche und faschistische Werte mit dem Begriff «Geistige Landesverteidigung» verbunden wurden. Erst IMHOF und MOOSER brachten in den neunziger Jahren die antitotalitäre Stossrichtung der «Geistigen Landesverteidigung» und ihr breites politisches Spektrum wieder zum Vorschein. Eine Gesamtdarstellung der Thematik bleibt bis dato ein Desiderat. Siehe Imhof, *Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung*, S. 19f. und Mooser, *Geistige Landesverteidigung*. Das modernste Werk der revisionistischen Geschichtsschreibung ist der Schlussbericht der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg. *Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht*. Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Hg.). Zürich: Pendo, 2002.

657 In der italienischen Schweiz existierte eine Sonderform der «Geistigen Landesverteidigung», der sog. «*Elvetismo*» – «Helvetismus» –, der die Tessiner Eigenart gegenüber Italien betonte.

658 *Die Schweiz, der Nationalsozialismus*, S. 76



tums,<sup>659</sup> wohingegen Kurt IMHOF sie als «Durchsetzung einer anti-totalitären Gemeinschaftssemantik» verstand, die ihren Ursprung in linksliberalen, jungbäuerlichen, gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Kreisen um die Zeitungen *Die Nation* und *Tagwacht* gehabt habe. Diesen Kreisen sei es gelungen, ihr Bild von der «Volksgemeinschaft» gegen die Vorstellungen bürgerlicher oder frontistischer Provenienz durchzusetzen.<sup>660</sup> Die Stossrichtung dieses linken Bildes einer «Volksgemeinschaft» sei im Kern vor allem anti-totalitär und demokratisch gewesen, habe sich aber auch mit volksumsideologischem und historisierend-verklärendem Gedankengut aufgeladen.<sup>661</sup>

Nach Kriegausbruch habe nach Hans-Ulrich Jost die Idee der «Volksgemeinschaft» sich in eine Art Blut- und Bodenkult gewandelt, dem «helvetischen Totalitarismus». Dieser habe seinen Ausdruck in der Anpassung breiter Volksschichten, Teilen der Eliten und des politischen Systems an den nationalsozialistischen Gegner gefunden, indem für die Abwehr wesentliche Elemente der politischen Kultur des Gegners übernommen wurden. Damit griff Jost allerdings verkürzt nur die bürgerlichen Strömungen der «Geistigen Landesverteidigung» auf.<sup>662</sup>

Der Ansatz von Joseph MOOSER war demgegenüber vielschichtiger. Er grenzte die neukonservative, die liberale und die linke Form der «Geistigen Landesverteidigung» voneinander ab und bescheinigte jeder eine gewisse Eigenständigkeit. Die Divergenzen in den Erwartungen zwischen diesen verschiedenen Auffassungen von «Geistiger Landesverteidigung» seien neben anderen Faktoren hauptsächlich für die Vertrauenskrise in die Staatsführung von 1940 verantwortlich gewesen.<sup>663</sup> Die linke Form der «Geistigen Landesverteidigung» verband nach MOOSER die Bereitschaft zur militärischen Verteidigung der Demokratie und der «Volksgemeinschaft» mit dem Gebot der sozialen Gerechtigkeit und der Forderung, die organisier-

659 Hier wären etwa die Professoren Karl Meyer und Hans Nabholz sowie Leonhard von Muralt, J.R. von Salis und Werner Näf zu nennen.

660 Imhof sah beispielsweise das späte Einschwenken des katholisch-konservativen Milieus auf die «Geistige Landesverteidigung» geradezu als Beweis seiner These. Vgl. Imhof, *Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung*, S. 21.

661 Ebd., S. 20f.

662 Vgl. Jost, *Bedrohung und Enge*, S. 761 und 804f. und Mooser, *Geistige Landesverteidigung*, S. 688.

663 Ebd., S. 700–708.

te Arbeiterschaft stärker an der Macht zu beteiligen.<sup>664</sup> Er bestritt in diesem Sinne die These IMHOFS nicht, betonte aber weniger den ausschliesslichen Charakter der dominanten linken und liberalen Form der «Geistigen Landesverteidigung».

Diese Ansicht MOOSERS kann vollumfänglich gestützt werden. Erstens wird aus den Quellen klar ersichtlich, dass es eine alternative sozialdemokratische Vorstellung einer «Geistigen Landesverteidigung» gegeben hat, wie sie eingangs dieses Abschnitts skizziert worden ist. Zweitens kann der Verzicht der SPS auf eine weitere Konfrontation mit dem politischen System durchaus als Strategie zur Etablierung ihrer Vorstellung einer «Volksgemeinschaft» und zur Durchsetzung ihrer Forderungen für eine «Geistige Landesverteidigung» im Sinne einer antitotalitären Demokratieverteidigung gesehen werden. Und drittens ist darauf hinzuweisen, dass das ausgeprägt antifaschistische und pro-demokratische Element der «Geistigen Landesverteidigung», also die geistige Abwehr, insbesondere aus dem linken politischen Milieu kam, betonte doch das bürgerliche Milieu vor 1938 eher die militärischen Aspekte der Abwehr und verschante sich hinter der Neutralität.

Auch hinsichtlich der Wirkung der «Geistigen Landesverteidigung» können die Thesen MOOSERS gestützt werden.<sup>665</sup> Die Integration der Sozialdemokratie in das politische System der Schweiz ist nämlich nicht als Folge der «Geistigen Landesverteidigung» zu sehen. Wenn dies so wäre, dann hätte die bürgerliche Seite viel früher ebenfalls auf eine integrative Politik umschwenken und spätestens 1939 die SPS in den Bundesrat aufnehmen müssen. Vielmehr ist das ganze Phänomen der «Geistigen Landesverteidigung» als Folge der Integration der SPS in das politische System zu verstehen, womit eine klassenübergreifende kulturelle und geistige Bewegung überhaupt erst möglich wurde. Die bedeutendste längerfristige Wirkung der «Geistigen Landesverteidigung» lag deshalb gerade in der Verwirklichung der sozialdemokratischen Forderungen im sozialpolitischen Bereich in der Kriegs- und der Nachkriegszeit. Hier wären etwa die Schaffung der Erwerbsersatzordnung oder der AHV zu nennen.<sup>666</sup>

664 Ebd., S. 702–707. Zum Begriff «Volksgemeinschaft» siehe Anmerkung 24.

665 Ebd., S. 706.

666 Siehe die vertrauliche Analyse *Zur Lage des schweizerischen Sozialismus*, ca. 1939. SOZ, Ar. 1.255.10, SP-Flugblätter, 1930–39, S. 7.

## 5 Fazit

Die Initiative für eine neuerliche Auseinandersetzung der SPS mit der Wehrfrage ging 1936 zwar von der SPS-Parteileitung aus, war aber letztlich von äusseren Faktoren bestimmt. Die starke Verschlechterung der Bedrohungslage der Schweiz nach dem Ende des Systems der kollektiven Sicherheit des Völkerbundes bewegte den Bundesrat dazu, die Modernisierung und Aufrüstung der Schweizer Armee mit Nachdruck zu verfolgen. Um die nötigen Mittel dafür zu beschaffen, wählte er das Mittel einer Wehranleihe bei der Bevölkerung. Obwohl die Bedingungen, die 1935 für die Annahme einer Wehrevorlage durch die SPS aufgestellt worden waren, 1936 nicht erfüllt waren, versuchte die Parteileitung der SPS, auf verklausuliertem Wege eine Befürwortung der bundesrätlichen Wehranleihe von der Partei zu erreichen und im gleichen Zuge militärpolitische Forderungen zu formulieren. Diese Strategie stürzte die Sozialdemokratie in eine tiefgehende Führungskrise. Dass der «Parteitag der Wehrkredite» von 1936 der Parteileitung das Gefolge mit einem umstrittenen Zufallsmehr verweigerte, ist als Misstrauensvotum an eine Führung zu verstehen, die zuvor 13 Jahre lang den Antimilitarismus propagiert, ja ihn letztlich 1917 sogar in das Parteiprogramm eingebracht hatte. Die Parteileitung hatte durch ihre Kehrtwende in der Wehrfrage gegenüber der Basis ihre Glaubwürdigkeit verspielt.

Der Rücktritt der Berner Parteileitung nach dem Parteitag von 1936 bedeutete für die SPS einen klaren Bruch mit der antimilitaristischen Vergangenheit und der personellen Kontinuität in der Parteiführung. Die neue Geschäftsleitung unter Hans Oprecht bestand dementsprechend aus Parteimitgliedern, die sich in der Wehrfrage nicht so stark exponiert hatten wie etwa Hans Reinhard und Robert Grimm. Deshalb konnten sie von einem gewissen Vertrauensvorschuss profitieren. Die wesentlichste Folge der Parteikrise von 1936 war letztlich die Unfähigkeit der SPS, als Motor der von ihr selbst im Rahmen des «Plans der Arbeit» propagierten «kapitalistischen Abwehrfront» zu fungieren. Deswegen wurde ihr die politische Initiative bei der Bildung einer alternativen politischen Allianz vom Gewerkschaftsbund abgenommen, der mit den «Richtlinien» erfolgreich eine neue Vision einer «Allianz der politischen Mitte» entwarf.

Die endgültige Klärung der Wehrfrage musste aus verschiedenen Gründen die erste Priorität der neuen SPS-Geschäftsleitung

sein. Einerseits konnte die politische Handlungsfähigkeit der Partei nur durch eine klare Entscheidung der Wehrfrage wiederhergestellt werden. Andererseits wuchs durch die Richtlinienbewegung in der Wehrfrage der Druck von aussen dramatisch. Dass die Entscheidung für eine bedingungslose Befürwortung der Landesverteidigung am Parteitag 1937 relativ geschlossen und unbestritten erfolgte, war eine Folge der Verschiebung der Positionen der innerparteilichen Gruppierungen der SPS. Die Allianz der Pazifisten mit der Parteilinken, dem revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügel, zerbrach, als letzterer wegen des Spanischen Bürgerkrieges den Antimilitarismus nicht mehr länger befürworten wollte. Anderenfalls hätte sich der Kampf der spanischen Sozialisten gegen Franco nicht länger vertreten lassen. Zusätzlich verlor der Pazifismus gerade durch den Spanischen Bürgerkrieg und die dramatische Verschlechterung der internationalen Lage zunehmend an Bedeutung, um im Gefolge des Parteitages von 1937 innerhalb der SPS vorerst in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden.

Der Entscheid von 1937 wurde oft als eine «bedingungslose» Befürwortung der Landesverteidigung durch die SPS interpretiert, was nur teilweise richtig ist. Im Zuge der Befürwortung wurde ein Katalog militärpolitischer Forderungen der SPS in die politische Diskussion eingebracht – in einer so polarisierenden Frage war aber der Unterschied zwischen Bedingungen und Forderungen entscheidend. Während erstere einer kompromisslosen Kampfposition der politischen Stärke entsprachen, liessen sich letztere eher als Ausdruck der Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit oder – je nach Standpunkt –, der politischen Schwäche interpretieren. Die Formulierung dieser Forderungen erlaubte es aber der bürgerlichen Seite, auf die Anliegen der Arbeiterschaft einzugehen und so auch ihren Beitrag zur Schaffung der «Volksgemeinschaft» im Zeichen der «Geistigen Landesverteidigung» zu leisten.

Der Ursprung des Konzepts der «Geistigen Landesverteidigung» lag im politischen Milieu der Sozialdemokratie und linksbürgerlicher Kräfte, die seit Beginn der dreissiger Jahre die geistige Abwehr des Nationalsozialismus und des Faschismus propagiert hatten. Mit dem Abbau der systemalternativen Positionen in ihrem Parteiprogramm, wozu als letzte die Wehrfrage gehörte, ermöglichte die SPS den Anschluss der bürgerliche Schweiz an die Vision einer neuen Schweizer «Volksgemeinschaft», die den ideellen Kern der Richtlini-

enbewegung ausmachte. Die Unmöglichkeit, weiter gegen die Sozialdemokratie zu regieren, zwang bei Kriegsbeginn die bürgerlichen Parteien, wesentliche militär- und sozialpolitische Forderungen der SPS zu erfüllen und somit die Arbeiterschaft in das politische System der Schweiz zu integrieren. Die «Geistige Landesverteidigung» war also eine direkte Folge der Integration der SPS in das politische System der Schweiz. Diese erfolgte demnach nicht «im Zeichen der <Geistigen Landesverteidigung>».

Die Parteikrise von 1936 erwies sich so nachträglich als Glücksfall für den evolutionär-demokratischen und den gewerkschaftlichen Parteiflügel, denn eine Integration der SPS in das bestehende politische System der Schweiz wäre mit Robert Grimm, dem Landesstreik-General von 1918, wohl undenkbar gewesen.



## Schlusswort

Das Hauptziel dieser Studie war die Analyse der Veränderungen in der Einstellung der SPS zur Landesverteidigung in den Jahren 1920 bis 1939. Die Ursachen, Wirkungen und Urheber dieses Veränderungsprozesses wurden ausgehend vom negativen Entscheid von 1917 bzw. 1920 über die 1935 und 1937 in zwei Etappen erfolgte Revision der Haltung der Partei in der Wehrfrage identifiziert.

Die Ursache für die Abwendung der SPS von der Landesverteidigung 1917 war die Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts während des Ersten Weltkriegs. Die SPS wurde von radikal-marxistischen Kräften innerhalb der Partei deshalb zu einer Abgrenzung vom dominanten bürgerlichen System gedrängt. Dies brachte eine Radikalisierung des antimilitaristischen Kampfes mit sich, weil die Symbolik der Ablehnung der Landesverteidigung dazu geeignet war, sowohl innerhalb der Partei integrativ zu wirken, als auch gegen aussen die SPS von dominanten politischen System abzugrenzen. Dazu entsprach sie in gewissem Sinne auch dem Zeitgeist, der von Kriegsmüdigkeit, Pazifismus und Antimilitarismus geprägt war. Letzterer war in der Schweiz vornehmlich als Reaktion auf Missstände in der Armee vor und während des Ersten Weltkrieges entstanden.

Während der zwanziger Jahre gelang es der innerhalb der SPS dominierenden Allianz zwischen dem revolutionär-klassenkämpferischen und dem pazifistischen Parteiflügel, den «antimilitaristischen Kampf» in die Tagespolitik einzubringen. Dies blieb für die Schweiz jedoch praktisch folgenlos, da die politische Realität durch die Formation des Bürgerblocks die Umsetzung der sozialdemokratischen Vorhaben wie Reduktion des Armeebudgets, Abrüstung der Schweiz oder Abschaffung der Armee verunmöglichte. Gerade weil seine Umsetzung politisch unmöglich war, konnte der Antimilitarismus als Lippenbekenntnis und als gegen die Mitte abgrenzender Identifikationsmoment seine Funktion als Bindeglied zwischen den Pazifisten, den linksradikalen Kräften und dem Rest der SPS erfüllen. Mit dem Ausscheiden des Grütlivereins aus der SPS war ja die grösste in der Wehrfrage nicht mit der Parteilinie konforme Bewegung innerhalb der SPS ausgeschaltet worden.

Spätestens mit dem Scheitern der Abrüstungsbewegung 1932 machte sich in der Parteibasis eine gewisse Ernüchterung betreffend der Erreichbarkeit der pazifistischen und antimilitaristischen Ideale breit. Die SPS-Geschäftsleitung, die sich immer noch in der Hand des revolutionär-klassenkämpferischen Parteiflügels befand, übte sich schon seit längerem in einem gewissen Zynismus, was die Ablehnung der Landesverteidigung betraf. Sie musste einerseits zur Erhaltung der integrativen Wirkung der antimilitaristischen Position ständig öffentlich die Ablehnung der Landesverteidigung bestätigen, andererseits wegen der politischen Realitäten jede konkrete politische Aktion mit antimilitaristischer Stossrichtung verwässern oder ganz verhindern.

Die Allianz zwischen dem revolutionär-klassenkämpferischen und dem pazifistischen Flügel der SPS riss wegen dieses Antagonismus. Zudem büssten beide Gruppen an Einfluss ein. Erstere durch die Mässigung der Gewerkschaften und den Kampf gegen die Kommunisten und letztere durch das Scheitern der Abrüstungsbewegung und der Versailler Friedensordnung in Europa. Die Genfer Unruhen vom November 1932 brachten deshalb nur oberflächlich betrachtet einen Rückfall der Schweizer Parteien in die Positionen des Landesgeneralstreikes. Die parteiinterne Situation der SPS hatte sich entscheidend verändert, wodurch eine neuerliche Intensivierung des antimilitaristischen Kampfes wie 1918 als nicht mehr opportun angesehen wurde.

Das Einsetzen der Weltwirtschaftskrise in der Schweiz ab 1930 bewirkte zwar eine wesentliche Verschärfung der Klassengegensätze und damit auch eine Intensivierung der politischen Kämpfe. Die SPS markierte jedoch gerade im Rahmen der Genfer Unruhen ihre Abkehr von der Militanz und der politischen Radikalität. Dies war das Resultat der Abgrenzung der SPS von den Kommunisten, welche die Geschäftsleitung über zehn Jahre systematisch betrieben hatte.

Die Machtübernahme der NSDAP in Deutschland und der Frontenfrühling veränderten 1933 die innen- wie auch die aussenpolitische Situation der Schweiz grundlegend. Linksbürgerliche Kräfte signalisierten der SPS die Möglichkeit einer Defensivallianz zur Abwehr radikaler Kräfte wie Faschismus und Kommunismus. Vorbedingung für eine mögliche Integration der SPS in die politische Verantwortung auf Bundesebene war jedoch der Abbau der systemalternativen Positionen in der Wehr- und der Demokratiefrage.



Diese Anreize von rechts bildeten die Basis für den Wiederaufstieg des rechten, evolutionär-demokratischen Flügels der SPS. Die Vorhut und auch das Zugpferd für die Integration der Sozialdemokratie in das politische System der Schweiz war dabei der SGB, der schon 1928 den antidemokratischen und antimilitaristischen Standpunkten der SPS entsagt hatte.

Die Geschäftsleitung der SPS beschleunigte im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Fronten und einem befürchteten Verbot der Arbeiterparteien durch bürgerliche Ausnahmegesetze den Abbau radikaler Positionen. Dies geschah zuerst in der Frage der Demokratie: Die Erhaltung der demokratischen Verfassung der Schweiz wurde zur Garantin gegen Umsturzpläne von rechts hochstilisiert. Dabei stellte sich automatisch auch die Frage nach der militärischen Verteidigung der Demokratie.

Die Konsequenz aus diesem Paradigmenwechsel war die umfassende Revision des Parteiprogrammes. Diese wurde jedoch nicht von der Führung der SPS um Robert Grimm initiiert, die mit dem «Plan der Arbeit» am Traum einer neuen demokratische Mehrheitsbildung in der Schweiz unter der Führung der SPS festhalten wollte. Es war vielmehr der wiedererstarke evolutionär-demokratische Parteiflügel, der aus der Basis heraus den Umschwung erzwang. Die Parteileitung war zwar zu einer Neuinterpretation des Paragraphen über die Wehrfrage bereit, wollte aber aus Angst vor einer Parteispaltung keine Totalrevision des Programms von 1920 riskieren. Die Befürwortung der Demokratie fand jedoch in der Partei eine breite Mehrheit und als über den stark einschränkenden Charakter der Bedingungen für eine Befürwortung der Landesverteidigung Klarheit herrschte, konnte eine Mehrheit für die Programmrevision gefunden werden. Einzig der religiös-soziale Teil der Pazifisten trat in der Folge aus der SPS aus. Das Parteiprogramm von 1935 war also genauso ein «Kompromiss nach rechts» wie das Programm von 1920 ein «Kompromiss nach links» gewesen war.

Die Anpassung an das dominante politische System der Schweiz brachte den Umbau der SPS von einer Klassen- zu einer Volkspartei mit sich. Der Zweck des neuen Parteiprogramms war demgemäss die Gewinnung der Mittelschichten für die SPS, genauso wie ein Zweck des Programms von 1920 die Gewinnung der kommunistischen Arbeiter gewesen war. Die Vision einer neuen politischen Allianz unter sozialdemokratischer Führung, der sogenannten

«antikapitalistischen Abwehrfront», war 1935 die Hauptmotivation für die Änderung der Haltung der SPS in der Wehrfrage. Die «antikapitalistische Abwehrfront» war deshalb nicht ein Schritt hin zur Integration der SPS in das spätere Konkordanzsystem, sondern – wie dies SCHEIBEN und IMHOF bereits erkannten – der letzte Versuch der Geschäftsleitung der SPS, eine alternative Mehrheit zum Bürgerblock zu bilden und die Macht in der Schweiz auf demokratischem Weg zu übernehmen. Da diese Strategie jedoch eine direkte Folge der faschistischen Bedrohung bzw. der Krisenpolitik des Bundesrates war, wurde 1935 der Umschwung in der Wehrfrage doch in gewissem Sinne durch die «Schwere der Zeit» ausgelöst, sprich durch das Auftreten von Faschismus und Weltwirtschaftskrise.

Der Wechsel von der bedingten zur bedingungslosen Befürwortung der Landesverteidigung wurde dann allerdings nicht von der Parteibasis sondern von der Geschäftsleitung initiiert. Letztlich gaben dafür nicht parteiinterne Gründe den Ausschlag, sondern die Wehranleihe von 1936. Die Geschäftsleitung unter Grimm und Reinhard versuchte gegen den Widerstand des linken Parteiflügels eine Befürwortung der Wehranleihe durchzusetzen, obwohl die Bedingungen von 1935 für die Annahme einer Wehrvorlage durch die SPS zu dieser Zeit noch nicht erfüllt waren. Im Austausch für die Befürwortung der Wehranleihe sollte eine Reihe gleichzeitig formulierter militärpolitischer Forderungen der SPS in die Bundespolitik eingebracht werden. Damit wäre zum ersten Mal seit 1917 wieder eine sozialdemokratische Militärpolitik eingeleitet worden.

Diese Strategie der Geschäftsleitung stürzte die SPS in eine Führungskrise, da der sogenannte «Parteitag der Wehrkredite» von 1936 der Geschäftsleitung die Gefolgschaft verweigerte. Diese war jedoch weniger Ausdruck eines fortbestehenden Antimilitarismus, als eines tiefgehenden Misstrauens der Parteibasis gegenüber einer Führung, die zuvor jahrelang den Antimilitarismus propagiert, ja ihn sogar letztlich 1917 in fast gleicher personeller Besetzung in das Parteiprogramm eingebracht hatte. Da sie ihre Glaubwürdigkeit eingebüsst hatte und die SPS sich im Anschluss an die Ablehnung der Wehranleihe politisch in eine unmögliche Lage begeben hatte, trat die Parteispitze um Grimm und Reinhard noch 1936 geschlossen zurück. Damit war auch gegen aussen sichtbar der Bruch der SPS mit ihrer radikal-marxistischen Vergangenheit vollzogen.

Die Krise der SPS im Anschluss an den Parteitag von 1936 entriss ihr endgültig die Führerschaft der politischen Sammlungsbewegung links der Mitte. Die im selben Jahr auf der Basis gewerkschaftlicher und linksbürgerlicher Bewegungen gegründete Richtlinienbewegung konnte sich deshalb als Gefäss für eine neue, alternative politische Mehrheit in der Schweiz etablieren. Die Sozialdemokratie verlor dadurch die Initiative für eine neuerliche Diskussion der Wehrfrage, da die bedingungslose Befürwortung der Landesverteidigung eine der Konditionen für einen Beitritt der SPS zur Richtlinienbewegung war. Somit wurde der SPS die endgültige Entscheidung für oder wider die Landesverteidigung doch von aussen aufgezwungen, was Grimm immer hatte verhindern wollen.

Die neue Parteileitung aus Zürich, die vom evolutionär-demokratischen und gewerkschaftlichen Parteiflügel dominiert wurde, versuchte deshalb eine Klärung der Wehrfrage zu erreichen. Da die Parteikrise sich ja an der Wehrfrage entzündet hatte, galt es sie auch an derselbigen wieder zu entschärfen. Dennoch hätte ohne den Druck der Richtlinienbewegung der Entscheidungsprozess sicher noch einige länger gedauert, gerade weil die neue Parteiführung in der Wehrfrage keine Risiken mehr eingehen wollte.

Der klare Wille der Zürcher Parteileitung, eine Wende in der Wehrfrage herbeizuführen, der Druck der Richtlinienbewegung und der Gewerkschaften sowie eine Neuorientierung im linken, revolutionär-klassenkämpferischen Flügel der SPS, die wegen des Spanischen Bürgerkrieges erfolgte, führte schliesslich zu einer Annahme der «Richtlinien» am Parteitag von 1937. Damit akzeptierte die SPS unbestritten die bedingungslose Befürwortung der Landesverteidigung. Die verbliebenen idealistischen Pazifisten hatten alleine den Umschwung in der Wehrfrage nicht ernsthaft gefährden können. Ihre Bewegung war nach dem Abessinienkrieg Mussolinis und dem Spanischen Bürgerkrieg durch das Endes des europäischen Systems der kollektiven Sicherheit gelähmt.

Es wäre aber falsch, den Entscheid der SPS von 1937 uneingeschränkt als «bedingungslose» Befürwortung der Landesverteidigung darzustellen. Die Parteileitung benutzte nämlich die Resolution, mit der die Zustimmung der Partei zur Landesverteidigung besiegelt wurde, als Vehikel, um einen Katalog militärpolitischer Forderungen in die politische Diskussion einzubringen. Auf diese Weise wurde eine neue Ära sozialdemokratischer Militärpolitik eingeleitet. Die

Erfüllung des grössten Teils dieser Begehren durch die bürgerliche Mehrheit bekräftigte in Folge die Aufnahme der SPS in das politische System der Schweiz und trug wesentlich zur Schaffung der schweizerischen «Volksgemeinschaft» im Zeichen der «Geistigen Landesverteidigung» bei. So leistete die Diskussion um die Wehrfrage innerhalb und ausserhalb der Sozialdemokratie einen entscheidenden Beitrag zur Entstehung des Konzepts der «Geistigen Landesverteidigung».

## Personenverzeichnis

**BIRCHER, Eugen.** 1882–1956. Schweizer Militär und Politiker (BGB/BVH). 1931–1937 Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft. 1932–1945 Redaktor der *ASMZ*. 1934–1942 Oberstdivisionär.

**BLUM, Léon.** 1872–1950. Französischer Politiker. 1902 Mitbegründer der Sozialistischen Partei Frankreichs und ab 1919 deren Vorsitzender. 1930 Führer der «Volksfront» aus Kommunisten, Sozialisten, Liberalen und Gewerkschaften. 1936–1937 und März/April 1938 französischer Ministerpräsident der sog. «Volksfrontregierung». 1946–1947 erneut Ministerpräsident.

**BRATSCHI, Robert.** 1891–1981. Schweizer Politiker (SPS, gewerkschaftlicher Flügel). 1920–1953 Präsident des Schweizerischen Eisenbahnverbandes. 1934–1954 Präsident des SGB. 1922–1967 Nationalrat SPS.

**BRETSCHER, Willy.** 1897–1992. Schweizer Journalist und Politiker (FDP). 1933–1967 Chefredaktor der *NZZ*.

**BRINGOLF, Walther.** 1895–1981. Schweizer Politiker (KPO/SPS, evolutionär-demokratischer Flügel). 1935 Übertritt von der KPO in die SPS. Nationalrat SPS 1925–1971. Stadtpräsident Schaffhausen 1933–1968. Parteipräsident SPS 1953–1962.

**BRIAND, Aristide.** 1862–1932. Französischer Politiker, Rechtsanwalt und Journalist. 1902–1932 Abgeordneter. Minister für Unterricht und Kultus 1906–08. Zwischen 1906 und 1932 mehrfach Minister, u.a. für Justiz und

Äusseres. Ministerpräsident 1909–11, 1915–17, 1921–22, 1925–26 und 1929. Mitinitiator der Locarno-Verträge 1925 und des Briand-Kellogg-Paktes 1928. Zusammen mit Gustav Stresemann Träger des Friedensnobelpreises 1925.

**BRUPBACHER, Fritz.** 1874–1945. Schweizer Politiker (SPS, revolutionär-klassenkämpferischer Flügel / KPS). Mitbegründer der Antimilitaristischen Liga. Anhänger des revolutionären Syndikalismus. 1920 Austritt aus der SPS, 1921–1933 Mitglied der KPS.

**BÜCHI, Traugott.** 1907–1961. Schweizer Politiker (Jungliberalen/ FDP). Gründer und Präsident der Bewegung «Schweizerische Wehraktion». 1943/44 Initiant der Aktion «Nationale Disziplin» gegen Gerüchtemacherei und Hamsterei. 1951–1961 Nationalrat FDP.

**CERESOLE, Pierre.** 1879–1945. Religiös-sozialer Pazifist und Kämpfer für den Weltfrieden. Mitgründer des Service civil international und der Zentralstelle für Friedensarbeit in Zürich.

**CHAMBERLAIN, Arthur N.** 1869–1940. Britischer Politiker (Konservative). Britischer Minister 1922–1937. Premierminister 1937–1940.

**DALADIER, Edouard.** 1884–1970. Französischer Politiker. 1933/34 und 1938–1940 französischer Premierminister.

**DELLBERG, Karl** 1886–1978. Schweizer Politiker (SPS, revolutionär-klassenkämpferischer Flügel). Nationalrat SPS 1935–1947 und 1951–1971. Historische Persönlichkeit der SP-Wallis, auch «Löwe von Siders» genannt.

DOLLFUSS, Engelbert. 1892–1934.  
Österreichischer Politiker. 1932–1934  
Bundeskanzler und Aussenminister.  
Begründer der Vaterländischen Front.

DÜRR, Karl 1875–1928.  
Schweizer Politiker (SPS, revolutionär-klassenkämpferischer Flügel).  
1918 Gründungsmitglied des Oltener Aktionskomitees. Ab ca. 1920 gewerkschaftlicher Flügel). 1906–1909 Sekretär des SMUV. 1909–1916 SMUV-Zentralsekretär. 1916–1928 Sekretär des SGB und Führer der gemässigten Bewegung des SMUV.

DUTTWEILER, Gottlieb. 1888–1962.  
Schweizer Unternehmer und Politiker (LdU). Gründer und Leiter des Migros-Genossenschafts-Bundes und des Landesrings der Unabhängigen (LdU).  
Nationalrat LdU 1935–1940.

ETTER, Philipp. 1891–1977.  
Schweizer Politiker (KK). 1934–1959  
Bundesrat (EDI)

FELDMANN, Markus. 1897–1958.  
Schweizer Politiker (BGB). 1928–1945  
Chefredaktor der *Neuen Berner Zeitung*. 1935–1945 Nationalrat BGB.  
Bundesrat 1952–1958 (EJPD).

FONJALLAZ, Arthur. 1875–1944.  
Schweizer Militär. Oberst und  
1931–1933 Dozent für Kriegsgeschichte an der ETH. 1933–1936 Leiter und  
Gründer der Faschistischen Bewegung der Schweiz.

FRANCO, Francisco. 1892–1975.  
Spanischer Militär und Politiker. Chef  
des spanischen Generalstabs 1934–1936.  
Generalissimus und Oberbefehlshaber  
des spanischen Militärputsches. Gründer  
und Führer der Falange-Partei  
1937–1973. 1938–1973 spanischer  
Staats- und Regierungschef sowie Oberbefehlshaber der Armee.

GADIANT, Andreas. 1892–1976.  
Schweizer Politiker (DP). 1925–1959  
Nationalrat DP.

GERBER, Max. 1909–1969.  
Schweizer Geistlicher und Journalist.  
Engagement in der religiös-sozialen  
Vereinigung. Pfarrer in Feldis 1913–  
1920 und in Langenthal 1920–1937.  
Hauptamtlicher Redaktor der Zeitschrift *Aufbau*.

GESSLER, Otto. 1875–1955.  
Deutscher Politiker (Deutsche Demokratische Partei). 1920–1928 deutscher  
Reichswehrminister.

GRABER, Ernest-Paul. 1875–1956.  
Schweizer Politiker (SPS, pazifistischer Flügel).  
Welschschweizer Sekretär der SPS und Redaktor der *Sentinelle*.  
1912–1943 Nationalrat SPS.

GREULICH, Hermann. 1842–1925.  
Schweizer Politiker (SPS, evolutionär-demokratischer Flügel).  
Pionier der Schweizer Arbeiterbewegung.  
Sekretär der Züricher Sektion der International Working Men's Association.  
1869 Redaktor der ersten sozialistischen Zeitung der Schweiz, der Zürcher *Tagwacht*.  
Beteiligung an der Gründung verschiedener Gewerkschaften und der gescheiterten Versuche einer Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der Schweiz 1870 und 1880.  
Mitgründer der SPS 1888. 1902–1925 Nationalrat SPS.

GRIMM, Robert. 1881–1958.  
Schweizer Politiker (SPS, revolutionär-klassenkämpferischer, ab ca. 1934 evolutionär-demokratischer Flügel).  
1918 Gründungsmitglied und Präsident des Oltener Aktionskomitees.  
Führer des Landesgeneralstreiks. 1911–1955  
Nationalrat SPS. 1938–1946 Berner Regierungsrat.

GUISAN, Henri. 1874–1960. Schweizer Militär. 1926 Oberstdivisionsär, 1932 Oberstkorpskommandant, 1939–1945 General und Oberbefehlshaber der Schweizer Armee.

GUSTLOFF, Wilhelm. 1895–1936. Deutscher Staatsbürger. Leiter der Landesgruppe Schweiz der NSDAP. Am 4.2.36 in Davos ermordet.

HÄBERLIN, Heinz. 1868–1947. Schweizer Politiker (FDP). Bundesrat 1920–1934 (EJPD). Urheber der sog. «Lex Häberlin».

HAGENBUCH, Hermann. Schweizer Publizist. Militärischer Berater von Hermann Oprecht 1936–1937. Verfasser des Generalstäblerbriefes (Fall «Wille»). Unter dem Pseudonym Jürgen Luternau Verfasser militärpolitischer Artikel in der *Nation*.

HAUSAMANN, Hans. 1897–1974. Schweizer Militär. Leiter des Nachrichtenbüros Ha. Militärpolitischer Berater der SPS. 1940 Mitwirkung bei der sog. «Offiziersverschwörung» und Mitbegründer der «Aktion Nationaler Widerstand».

HEEB, Friedrich. 1911–1994. Schweizer Politiker (SPS, revolutionär-klassenkämpferischer Flügel) und einflussreicher Parteitheoretiker bis zum Parteiausschluss 1944. Mitbegründer der Partei der Arbeit (PdA).

Henggeler, Josef. 1889–1950. Schweizer Politiker (SPS, evolutionär-demokratischer/gewerkschaftlicher Flügel). Präsident der SP-Zürich, Verbandssekretär des VPOD. Regierungsrat des Kantons Zürich. 1943–1948 Nationalrat SPS. Initiator der «Petition der Fünfhundert».

HENNE, Rolf. 1901–1966. Schweizer Politiker. 1933–1934 Schaffhauser Gauführer der Neuen Front.

1934–1938 Landesführer der Nationalen Front. 1940 Mitbegründer der Nationalen Bewegung der Schweiz.

HINDENBURG, Paul von. 1847–1934. Preussischer bzw. deutscher Militär. Sieger der Schlacht bei Tannenberg 1914, 1916–1918 Generalfeldmarschall, Oberste Heeresleitung des deutschen Heeres. Urheber der sog. «Dolchstoßlegende». 1925–1934 Präsident des Deutschen Reiches.

HITLER, Adolf. 1889–1945. Deutscher Politiker. 1919–1945 Führer der NSDAP. 1933–1945 deutscher Reichskanzler, ab 1934 in Personalunion Reichspräsident. 1945 Selbstmord.

ILG, Konrad. 1877–1954. Schweizer Politiker (SPS, gewerkschaftlicher Flügel). 1918 Gründungsmitglied und Vizepräsident des Oltener Aktionskomitees. Präsident des SMUV 1917–1954. Führend beteiligt am Friedensabkommen der Sozialpartner in der Schweiz am 19.7.1937. 1922–1947 Nationalrat SPS.

JACOB, Berthold. 1898–1944. Seit 1932 deutscher Emigrant in Strassburg. Am 9.3.35 von Nationalsozialisten nach Deutschland verschleppt und nach Klage der Schweiz beim Internationalen Gerichtshof am 17.9.35 wieder den Schweizer Behörden übergeben.

KAUTSKY, Karl. 1854–1938. Autor und wichtiger marxistischer Theoretiker der Zweiten Internationalen. Schöpfer und Hauptvertreter der marxistischen Orthodoxie.

KELLOGG, Frank B. 1856–1937. Amerikanischer Politiker. Aussenminister der USA 1925–1929. Mitinitiator des Briand-Kellogg-Paktes 1928. Träger des Friedensnobelpreises für 1929.

- KLÖTI, Emil. 1877–1963.  
Schweizer Politiker (SPS, evolutionär-demokratischer Flügel). Parteipräsident SPS 1916–1917. 1928–1942 Stadtpräsident Zürich. 1930–1955 Ständerat SPS.
- KRAMER, Hugo. 1890–1969.  
Schweizer Politiker (SPS, 1923–1951, revolutionär-klassenkämpferischer Flügel). Redaktor der St. Galler *Volksstimme* 1926–1940. Mitbegründer und Redaktor des *Zeitdienstes*, Mitarbeit an der Zeitschrift *Neue Wege*.
- LANG, Otto. 1863–1936.  
Schweizer Politiker (SPS, evolutionär-demokratischer Flügel). Zürcher Stadtrat. Autor des SPS-Parteiprogramms von 1904.
- LAUR, Ernst. 1871–1964.  
Schweizer Politiker. 1897–1939 Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes.
- LENIN, Wladimir. 1870–1924.  
Sowjetischer Politiker. Gründer der Sowjetunion, marxistischer Theoretiker und Revolutionär. Begründer des Marxismus-Leninismus. Nach der Spaltung der Sozialdemokratie auf dem zweiten Kongress in Brüssel und London 1903 Führer der Bolschewiki («Mehrheitler»). Initiator der Russischen Revolution von 1917 und Vorsitzender des sowjetischen Rates der Volkskommissare; faktischer Diktator der Sowjetunion 1917–1924.
- LÜTTWITZ, Walther von. 1859–1942.  
Deutscher Militär. 1919–1920 Oberbefehlshaber aller Truppen auf dem deutschen Reichsgebiet. Zusammen mit Wolfgang Kapp treibende Kraft beim sog. «Kapp-Putsch» 1920.
- MINGER, Rudolf. 1881–1955.  
Schweizer Politiker (BGB). Mitgründer der BGB und Nationalrat BGB 1919–1929. 1929–1940 Bundesrat (EMD).
- MOTTA, Giuseppe. 1871–1940.  
Schweizer Politiker (KK). 1912–1940 Bundesrat (EPD).
- MÜLLER, Gustav. 1860–1921.  
Schweizer Politiker (FDP/seit 1893 SPS, evolutionär-demokratischer Flügel). Übertritt zur SPS von der FDP 1893 im Gefolge der sog. «Käfigturmkrawalle» in Bern. 1918–1920 Berner Stadtpräsident. Parteipräsident der SPS 1919.
- MUSSOLINI, Benito. 1883–1945.  
Italienischer Politiker. 1919–1945 Gründer und Führer der Faschistischen Partei Italiens. 1922–1943 italienischer Regierungschef.
- MUSY, Jean-Marie. 1876–1952.  
Schweizer Politiker (KK). 1919–1934 Bundesrat (EFZD).
- NICOLE, Léon. 1887–1965.  
Schweizer Politiker (SPS, revolutionär-klassenkämpferischer Flügel/PdA), Ausschluss aus der SPS 1939. Nationalrat SPS 1919–1939, Nationalrat PdA 1939–1941, 1947–1955), Redaktor der Zeitung *Le Travail*. Genfer Staatsrat 1933–1936. Präsident und Mitbegründer der PdA 1944–1952.
- NOBS, Ernst. 1886–1957.  
Schweizer Politiker (SPS, revolutionär-klassenkämpferischer, ab ca. 1934 evolutionär-demokratischer Flügel). 1915–1935 Redaktor des *Volksrechts*. Mitbegründer und Redaktor der *Roten Revue* 1921–1941. 1919–1943 Nationalrat SPS. 1935–1942. Zürcher Regierungsrat. 1942–1943 Stadtpräsident von Zürich. 1943–1951 erster Bundesrat der SPS (EFZD).
- OBRECHT, Ernst. 1882–1940.  
Schweizer Politiker (FDP). 1935–1940 Bundesrat (EVD).
- OLTRAMARE, Georges. 1896–1960.  
Schweizer Politiker. 1932–1940 Gründer und Führer der Union Nationale Genf.



OPRECHT, Hans. 1894–1978.  
Schweizer Politiker (SPS, gewerkschaftlicher Flügel), Geschäftsleitender Sekretär des VPOD. 1925–1963 Nationalrat SPS. 1936–1952 Präsident der SPS.

PILET-Golaz, Marcel.  
1889–1958. Schweizer Politiker (FDP). Bundesrat 1929–1944 (EPD).

RAGAZ, Leonhard. 1868–1945.  
Schweizer Politiker (SPS, 1913–1935, pazifistischer Flügel). Evangelischer Theologe und Mitbegründer der religiös-sozialen Bewegung in der Schweiz. 1908–1921 Professor für Systematische und Praktische Theologie an der Theologische Fakultät der Universität Zürich. Schärfster theologischer Kritiker der faschistischen und nationalistischen Bewegungen in Europa. Initiator und Autor des Aufrufs der Internationalen religiös-sozialistischen Vereinigung gegen Nationalsozialismus und Nationalismus.

REINHARD, Ernst. 1889–1947.  
Schweizer Politiker (SPS, revolutionär-klassenkämpferischer, ab 1934 evolutionär-demokratischer Flügel). 1919–1936 Präsident SPS. 1931–1947 Nationalrat SPS.

REYNOLD, Gonzague de. 1880–1970.  
Schweizer Akademiker und Publizist. Prof. für Literatur und Kulturgeschichte der romanischen Sprachen an der Universität Freiburg i. Ü. Publizist und geistiger Führer der konservativ-aristokratischen Ständestaatsbewegung.

SCHLEICHER, Kurt von. 1882–1934.  
Deutscher Militär und Politiker. 1931 Generalleutnant. 1932 Reichswehrminister. Dez. 1932–Jan. 1933 Deutscher Reichskanzler. 1934 ermordet.

SCHMID, Arthur. 1889–1958.  
Schweizer Politiker und Journalist (SPS, revolutionär-klassenkämpferischer,

ab 1934 evolutionär-demokratischer Flügel). Redaktor des *Freien Aargauer*. 1919–1958 Nationalrat SPS.

SCHMID-Ammann, Paul. 1928–1989.  
Schweizer Politiker und Journalist (SPS, 1949–1980). Schaffhauser Bauernsekretär und Redaktor des *Schaffhauser Bauern*. 1933 Mitgründer der Wochenzeitung *Die Nation*. 1934 Mitinitiant der Kriseninitiative, später der Richtlinienbewegung. 1935 fraktionsloser Nationalrat. 1949 Übertritt in die SPS und Redaktor des *Volksrechts*, 1950–1964 Chefredaktor.

SCHNEIDER, Friedrich. 1886–1966.  
Schweizer Politiker und Journalist (SPS, revolutionär-klassenkämpferischer Flügel). 1918 Gründungsmitglied des Oltener Aktionskomitees. 1923–1937 Redaktor der Basler *Arbeiter-Zeitung*. 1919–1939 Nationalrat SPS.

SCHULTHESS, Edmund. 1868–1944.  
Schweizer Politiker (FDP). Bundesrat 1912–1935 (EVD).

SCHÜRCH, Ernst. 1875–1960.  
Schweizer Politiker und Journalist (FDP). 1925–1941 Chefredaktor des *Bund*.

SEECKT, Hans von. 1866–1936.  
Deutscher Militär. Seit 1919 Chef des Generalstabes der deutschen Armee und Chef des «Truppenamtes im Reichswehrministerium». 1920 nach dem Kapp-Putsch Chef der Heeresleitung bis 1926.

SONDEREGGER, Emil. 1868–1934.  
Schweizer Militär. 1918–1920 Oberstdivisionär. Während des Landesgeneralstreiks 1918 Kommandant der Zürcher Ordnungstruppen. 1920–1923 Generalstabschef. 1933–1934 Propagandatätigkeit für die Nationale Front und andere rechtsgerichtete Gruppierungen.

STALIN, Josef. 1879–1953.  
Sowjetischer Politiker. 1924–1953  
Generalsekretär der Kommunistischen  
Partei und *de facto* Staatschef der  
Sowjetunion.

STECK, Albert. 1843–1899.  
Schweizer Politiker (SPS). Gründer der  
SPS.

TOLSTOI, Leo. 1828–1910.  
Russischer Adliger, Schriftsteller und  
Philosoph.

WALTER, Emil J. 1897–1984.  
Schweizer Politiker (SPS, evolutionär-  
demokratischer Flügel).

WEBER, Max. 1897–1974.  
Schweizer Politiker und Journalist (SPS,  
gewerkschaftlicher Flügel). Redaktor  
der sozialdemokratischen *Volksstimme*  
(St. Gallen), 1926–1940 Mitarbeiter  
der *Gewerkschaftlichen Rundschau*.  
Wissenschaftlicher Berater und Begrün-  
der einer wissenschaftlich fundierten  
Wirtschaftspolitik des SGB. 1927–1944  
Sekretär der Schweizerischen Arbei-  
terbildungszentrale. Mitinitiant der  
Richtlinienbewegung. 1948 Professor  
an der Universität Bern. 1939–1951 und  
1955–1971 Nationalrat SPS. 1951–1953  
Bundesrat (EFD).

WILLE, Ulrich (I.). 1848–1925.  
Schweizer Militär. 1914–1918 General  
und Oberbefehlshaber der Schweizer  
Armee .

WILLE, Ulrich (II.). 1877–1959.  
Schweizer Militär. 1931–1942 Oberst-  
korpskommandant, Ausbildungschef  
der Schweizer Armee.

# Bibliographie

## 1 Quellen

### 1.1 Ungedruckte Quellen

#### *Sozialarchiv (zitiert SOZ)*

Ar. I.100.6	Klöti, Emil;	Korrespondenz	1937–51
Ar. I.100.8	Nobs, Ernst;	Korrespondenz	1905–35
		Korrespondenz	1936–42
		Reden, Zeitungsartikel	
Ar. I.100.9	Oprecht, Hans;	Mappe 1	
		Mappe 2	
		Zeitungsartikel, Zirkulare SPS	
Ar. I.III.4	Protokolle GL und PV,	Jan.–Jul. 1929	
		Aug.–Dez. 1929	
		Jan.–Jun 1930	
		Jul.–Dez. 1930	
		1931	
Ar. I.III.5	Protokolle GL und PV	Jan.–März 1932	
		Apr.–Sept. 1932	
		Okt.–Dez. 1932	
		Jan.–Mär. 1933	
		Apr.–Jul. 1933	
Ar. I.III.6	Protokolle GL und PV	Aug.–Dez. 1933	
		Jan.–Mai 1934	
		Juni–Dez. 1934	
		Jan.–Aug. 1935	
		Sept.–Dez. 1935	
Ar. I.III.7	Protokolle GL und PV	Jan.–März. 1936	
		Apr.–Sept. 1936	
		Okt.–Dez. 1936	
Ar. I.III.8	Protokolle GL und PV	Jan.–Aug. 1937	
		Aug.–Dez. 1937	
		Jan.–Mai 1938	
		Jun.–Aug. 1938	
		Sept.–Dez. 1938	

Ar. I.I11.9	Protokolle GL und PV	Jan.–Jul. 1939 Aug.–Dez. 1939
Ar. I.I13.1	SPS Parteikorrespondenz, Zirkulare	1932–34 1935 1936
Ar. I.I13.2	SPS Parteikorrespondenz, Zirkulare	1937–38
Ar. I.I16.1	Parteitagsunterlagen	1888–1900
Ar. I.I16.2	Parteitagsunterlagen	1918–1938
Ar. I.I26.17	a) Geistige Landesverteidigung	
Ar. I.I26.18	Sozialistische Pressestimmen zu Militärfragen Broschüren und Flugblätter: SPS zur Militärfragen	
Ar. I.I26.19	SPS und Militär, Korrespondenz	1917–29 1930–60
Ar. I.255.10	SP-Broschüren bis 1939	
Ar. I.255.20	SP-Flugblätter	1920–1929 1930–1939 undatiert
Ar. I.610.1	Korrespondenz mit dem SBG	1930–1949.

### *Schweizerische Zentralstelle für Friedensarbeit*

Ar. I.25.10.1	Tätigkeitsberichte 1933–65
Ar. I.25.10.3	Korrespondenz 1928–40
Ar. I.25.10.4	Broschüren

## **1.2 Gedruckte Quellen**

### *Sozialarchiv*

#### *a) Parteitagsprotokolle*

(zitiert als SPS-Parteitagsprotokoll mit jeweiligem Jahr)

Ar. I.I16.11	Gedruckte Protokolle: Sammelbände	Bd. 1: 1902–12 Bd. 2: 1913–15 Bd. 3: 1904–13
Ar. I.I16.12	Gedruckte Protokolle: Sammelbände	Bd. 4: 1916–20 Bd. 5: 1921–28 Bd. 6: 1929–37
Ar. I.I16.13	Gedruckte Protokolle: Sammelbände	Bd. 7: 1920–26 Bd. 8: 1928–35

- Bd. 9: 1929–37
- Ar. I.116.14 Gedruckte Protokolle: Einzelbände 1926  
1928  
1931
- Ar. I.116.15 Gedruckte Protokolle: Einzelbände 1934–38  
1939
- b) *Geschäftsberichte der SPS 1921–1939*  
(zitiert als SPS-Geschäftsbericht mit jeweiligem Jahr)
- Ar. I.255.1 Geschäftsberichte SPS 1915–1934  
Ar. I.255.2 Geschäftsberichte SPS 1934–1956
- c) *Parteiprogramme der SPS*  
(zitiert als SPS-Parteiprogramm mit jeweiligem Jahr)
- Ar. I.335.210

#### *Zeitgenössische Publikationen, Broschüren und Zeitschriftenartikel*

AMREIN, Alfred. *Volk ohne Führung. Betrachtungen zur innen- und ausenpolitischen Lage der Schweiz*. (Schriftenreihe des Landesringes der Unabhängigen, 1). o.O.: Im Selbstverlag des Verfassers, o.J. (ca. 1937).

*An die Arbeitende Bevölkerung der Schweiz! Sozialdemokratische Partei der Schweiz* (Hg.). o.O.u.J. (1929)

*Anträge, Beschlüsse und Gutachten zur Militärfrage*. Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.). Zürich, 1917.

ARBEITSGEMEINSCHAFT der Jungsozialistischen Bewegung (JSB). *Jungsozialisten zur Wehrfrage*. (Jungsozialistische Schriftenreihe, 1). Jungsozialistische Bewegung Zürich (Hg.). Zürich, o.J.

BAECHI, W. *30 Jahre Grimm. Ein Beitrag zur politischen Lage*. Affoltern a. A.: J. Weiss, 1942.

BAUMANN, Fritz. «Jawohl, eine Abrüstungsinitiative!». In: *RR*, 10. Jg., Nr. 1, Sept. 1930, S. 29–32.

BRETSCHER, W.(illy). *Sozialistische Programmrevision. Ein Separatabdruck aus der Neuen Zürcher Zeitung Nrn. 1855 und 1857, Oktober 1934*. o.O.u.J.

BRINGOLF, Walther. Die Nationalratswahlen im 5. Kriegsjahr. Der Kampf um die Neue Schweiz. Referat gehalten am Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz am 4./5. September 1943 in Winterthur. o.O.u.J.

Ders. *Die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Einheit oder Spaltung?* Referat gehalten vor dem Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz am 9. Juli 1944. o.O.u.J.

BÜHRER, Jakob. «Geistige Landesverteidigung und einheimische Literatur». In: *RR*, 18. Jg., Nr. 1, Sept. 1938, S. 1–5.

*Der Plan der Arbeit. Ein Ausweg aus Krise und Not.* Parteitag der SPS in Luzern. o.O., 1935.

*Der Sozialismus am Scheidewege. Ein ernstes Wort zur Militärfrage.* Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz (Hg.). Zürich: o.J. (1935)

*Die Blutnacht und der Monteurenstreik in Zürich Juni 1932.* Landesleitung der RGO (Hg.). Basel: 1932.

*Die Blutnacht von Genf, 9. November 1932.* Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.). Bern: o.J.

*Die Flugzeugvorlage von 20 Millionen.* o.O. u. J. (1930)

*Die Politik der SPS. Nach der Abwertung. Beschluss des Schweizerischen Parteivorstandes vom 12./13. Dezember 1936.* o.O.u.J.

*Die Verwendung von Truppen bei den Vorfällen vom 9. November 1932 in Genf. Darstellung des Eidgenössischen Militärdepartementes auf Grund der militärgerichtlichen Untersuchungen.* Bern: 1933.

*Dient das Milizheer dem Frieden?* Schweizerische Zentralstelle für Friedensarbeit (Hg.). Zürich: 1933.

EGGER, August. *Die deutsche Staatsumwälzung und die schweizerische Demokratie.* (Schweizerische Vereinigung für den Völkerbund, 13). Bern u.a.: Paul Haupt, 1934.

FRANK, Ludwig. «Militär gegen Faschismus?». In: *RR*, 13. Jg., Nr. 5, Jan. 1934, S. 143–146.

*Für die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz. Ein Sofortprogramm der Richtlinienbewegung.* Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie (Hg.). Bern: 1939.

GERBER, Max. *Demokratie und Militarismus. Betrachtungen über die Voraussetzungen schweizerischer Militärpolitik.* (Sozialpolitische Zeitfragen der Schweiz, 24/25). Zürich: Verlag der Buchhandlung des Schweizerischen Grütlivereins, 1913.

GITERMANN, Valentin. *Die Historische Tragik der Sozialistischen Idee.* Zürich und New York: Oprecht, 1937.

GRABER, Ernest-Paul. *Commentaire du programme du Parti Socialiste Suisse.* (Lire – Reflechir – Agir). La Chaux-de-Fonds: 1928.

GREULICH, Hermann. *Zur Landesverteidigung.* Sonderdruck aus dem Volksrecht. Zürich: 1917.

GRIDAZZI, Mario. *Die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz bis zum Ausbruch des Weltkrieges.* Zürich: 1935.

GRIMM, Robert. «Das Ende der deutschen Demokratie». In: *RR*, 12. Jg., Nr. 2, Okt. 1932, S. 45–53.

Ders. «Randglossen zur Programmdebatte». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 5, Jan. 1935, S. 145–153.

Ders. «Zur Taktik der Arbeiterbewegung». *RR*, 9. Jg., Nr. 3, Nov. 1933, S. 65–72.

Ders. *Ab Traktandum mit der Militärfrage?* Bern: 1917.

Ders. *Das sozialdemokratische Arbeitsprogramm. Eine Vortragsreihe von Robert Grimm.* Bern: 1925.

Ders. *Die Arbeiterschaft in der Kriegszeit. Eine Rede vor dem Parteitag der bernischen Sozialdemokratie vom 18. Februar 1940.* Unveränderter Nachdruck in: *Robert Grimm und die 200.* o.O.: 1946.

Ders. *Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen.* Unveränderter Nachdruck der 1920 erschienenen Ausgabe, ergänzt mit einem Vorwort von Felix Müller. Zürich: Limmat, 1976.

Ders. *Geschichte der Sozialistischen Ideen in der Schweiz.* Oprecht & Helbling: Zürich: 1931.

Ders. *Sozialdemokratie und Völkerbund.* Herausgegeben von der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Bern: 1920.

Ders. *Unser Kampf gegen Reaktion und Fronten*. Rede am Parteitag der SP des Kantons Bern vom 22. Oktober 1933. Bern: o.J. (1933).

HEEB, Friedrich. «Sicherung der Demokratie». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 3, Nov. 1936, S. 94–102.

Ders. «Zur Revision unseres Parteiprogramms. In: *RR*, 14. Jg., Nr. 2, Okt. 1934, S. 55–64.

HUNZIKER, Otto. *Braucht die Schweiz noch eine militärische Landesverteidigung?* Sonderdruck aus der Politischen Rundschau 6/1930. (Schriften der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, 20). Rorschach: 1930.

*Im Kampf um den Staat der Arbeit*. Handbuch für den sozialdemokratischen Vertrauensmann. Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (Hg.). o.O.: 1935.

JORDI, Hugo. *Finanzprogramm, Landesverteidigung und Sozialdemokratie*. (Neue Sozialistische Schriftenreihe, 1). Zürich: Proletarische Einheit, 1933.

Ders. *Umbau und Aufbau. Schicksalsfragen der Schweizerischen Sozialdemokratie*. Bern: Sozialistische Erneuerung, 1936.

KÖCHLIN, Franz A. (Hg.). *Der Sturmvogel. Politische Kampfschrift eines unabhängigen Schweizers*. o.O.u.J. (1933).

KRAMER, H[ugo] und Franz Schmidt. *Sozialist und Krieg. Zur Militärfrage in der Sozialdemokratie*. Separatabdruck einer Artikelserie, erschienen in der «*Volksstimme*», St. Gallen. St. Gallen: Volksstimme, 1931.

LEVI, Paul. *Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie*. Berlin: Internationale Verlagsanstalt, o.J. (1929).

MAN, Hendrik de. *Le socialisme constructif*. Paris: Alcan, 1933.

MARBACH, Fritz. *Gewerkschaft – Mittelstand – Fronten. Zur politischen und geistigen Lage der Schweiz*. Bern: o.J. (1933)

MARTI, Hans . *Der Vollmachtenbeschluss vom 30. August 1939*. Zürich: 1944.

*Materialsammlung für Vertrauensleute*. Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (Hg.). Zürich: 1939.



MEIERHANS, Ernst. «Richtlinien und Sozialdemokratie». In: *RR*, 16. Jg., Nr. 4., Dez. 1936, S. 113–120.

MÜLLER, Kurt. *Kritische Betrachtungen zur Sozialdemokratie*. In Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat, Kurt Wild und weiteren Mitarbeitern. Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz (Hg.). (Schriftenreihe des Generalsekretariats, 72). o.O.: 1959.

Ders. *Schicksal einer Klassenpartei. Abriss der Geschichte der schweizerischen Sozialdemokratie*. Zürich: NZZ, 1955.

NOBS, Ernst. «Besinnung auf die Schweiz». In: *RR*, 18. Jg., Nr. 3, Nov., 1938, S. 73–81.

Ders. «Der Parteitag der Wehrkredite». In: *RR*, 15. Jg., Nr. 10, Jun. 1936, S. 337–342.

Ders. «Dokumente zur Militärfrage». In: *RR*, 10. Jg., Nr. 7, März 1931, S. 203–209.

Ders. «Partei und Wehrfrage». In: *RR*, 15. Jg., Nr. 11, Jul. 1936, S. 369–374.

OPRECHT, Hans. «Der Krieg droht! – Was tun?». In: *RR*, 13. Jg., Nr. 5, Jan. 1934, S. 147–150.

Ders. «Der Weg der Sozialdemokratie». In: *RR*, 15. Jg., Nr. 12, Aug. 1936, S. 401–405.

Ders. «Fiasko der interparteilichen Zusammenarbeit?». In: *RR*, 17. Jg., Nr. 12, Aug. 1938, S. 401–406.

Ders. «Zur Geschichte der Programme der SPS». In: *RR*, 38. Jg., Nr. 9/10, Sept./Okt., 1959, S. 270–292.

Ders. «Zur politischen Lage». In: *RR*, 17. Jg., Nr. 8, Apr. 1938, S. 249–251.

Ders. *Der Fall Oprecht*. VPOD (Hg.). o.O.u.J. (1939)

Ders. *Der Zweite Weltkrieg und die Schweizerische Arbeiterschaft*. (Kultur und Arbeit. Schriften zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik). Sozialdemokratische Partei der Schweiz (Hg.). Zürich: 1941.

RAGAZ, Leonhard. «Zu meinem Austritt aus der sozialdemokratischen Partei» (Faksimile). In: *Leonhard Ragaz, religiöser Sozialist, Pazifist, Theologe und Pädagoge*. Leonhard-Ragaz-Institut e.V. (Hg.). Darmstadt: Lingbach, 1986, S. 92–103.

Ders. *Revision oder Verrat? Zur sozialistischen Militärdebatte*. Separat-  
abdruck aus der Zeitschrift «Neue Wege». Religiös-soziale Vereinigung  
der Schweiz (Hg.). o.O.u.J.

Ders. *Die Abrüstung als Mission der Schweiz*. Separatdruck aus der  
Zeitschrift «Neue Wege». Zentralstelle für Friedensarbeit (Hg.). o.O.:  
1924.

REINHARD, Ernst. «Der Kampf um die Armee». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 3,  
Nov. 1934, S. 93–97.

Ders. «Der Parteitag hat gesprochen». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 6, Feb. 1935,  
S. 177–180.

Ders. «Nach dem Parteitag: der Kampf». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 5, Jan. 1935,  
S. 172–176.

Ders. «Zum Parteitag». In: *RR*, 8. Jg., Nr. 1, Sept. 1928, S. 1–7.

Ders. «Zur Aktion der Partei». In: *RR*, 15. Jg., Nr. 8, März 1936,  
S. 235–240.

Ders. «Zur Wehrfrage». In: *RR*, 13. Jg., Nr. 5, Jan. 1934, S. 129–135.

Ders. *Landesverteidigung?* (Flugschrift des VPOD Zürich, Nr. 6). Bern:  
1934.

Ders. *Die Sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz von ihren  
Anfängen bis zur Gegenwart*. Appenzell: 1926.

SCHMID, Arthur. «*Die Schweiz und der kommende Krieg*». 4. Auflage. *Als  
Anhang Briefwechsel Oberstdiv. Dr. Bircher–Dr. Schmid*. Aarau: 1936.

Ders. «Geistige Abwehr, ein Stück Verteidigung des Landes». In: *RR*,  
19. Jg., Nr. 4, Dez. 1939, S. 129–134.

Ders. «Um die Revision der Beschlüsse des Parteitages 1917. Eine  
Betrachtung der heutigen Situation». In: *RR*, 13. Jg., Nr. 5, Jan. 1934,  
S. 135–143.

Ders. «Was lehrt uns die Entwicklung in Deutschland?» In: *RR*, 12. Jg.,  
Nr. 1, Sept. 1932, S. 14–22.

Ders. «Was uns die Entwicklung in Deutschland lehrt.» In: *RR*, 12. Jg.,  
Nr. 8, April 1933, S. 265–270.

Ders. «Zur Wehrfrage». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 3, Nov. 1934, S. 81–92.

- Ders. «Zur Wehrfrage». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 5, Jan. 1935, S. 153–161.
- Ders. *Wird morgen Krieg sein?* 2. Auflage. Aarau: 1935.
- SCHMID-AMMAN, Paul. *Richtlinienbewegung. Ihr Ziel und ihre Arbeit.* (Schriftenreihe der Richtlinienbewegung). Bern: o.J.
- SCHMIDLIN, Fritz. «Neue Wege in der Politik». In: *RR*, 16. Jg., Nr. 4, Dez. 1936, S. 120–127.
- SCHNEIDER, Friedrich. «Zur Wehrfrage». In: *RR*, 14. Jg., Nr. 5, Jan. 1935, S. 164–172.
- Ders. *Hütet euch am Morgarten! Ein Mahnwort an die sozialistischen Arbeiter der Schweiz.* Basel: o.J.
- Ders. *S.P.S und Wehrfrage. Die Anträge der Minderheit.* o.O.u.J. (1934).
- Ders. *Zum Parteitag der Wehrkredite. Ein neuer Raubzug gegen das Volk.* o.O.u.J. (1936)
- Soll die Schweiz noch mehr aufrüsten?* Aktionsausschuss gegen die Aufrüstung der Schweiz (Hg.). Zürich: Zentralstelle für Friedensarbeit, o.J. (1935)
- Sous l'œil de Moscou. Le Parti Communiste Suisse et l'Internationale. 1931–1943.* (Archives de Jules Humbert-Droz. Sous la direction d'Andre Lasserre édité par Brigitte Studer. Zürich: Chronos, 1996.
- SPS und Wehrfrage.* Entwurf zuhanden des Parteitages der vom Parteivorstand eingesetzten Spezialkommission. o.O.: 1934.
- Staatsstreich oder Demokratie? Der Disziplinbruch der 24.* Basel: o.J. (1936).
- STOCKER, Werner. «Geistige Landesverteidigung». In: *RR*, 18. Jg., Nr. 4, Dez. 1938, S. 113–117.
- STRUTHAHN, A. *Was bedeutet die Ablehnung der Vaterlandsverteidigung!* Sozialistische Jugendbibliothek, Heft 10. Sozialdemokratische Jugendorganisation der Schweiz (Hg.). Zürich: 1917.
- Thesen zum Militärprogramm der Sozialdemokratie.* Zentralstelle für Friedensarbeit (Hg.). Zürich: o.J. (1933)
- «Thesen zur Wehrfrage». In: *RR*, 13. Jg. Nr. 5, Jan. 1934, S. 150–153.

TREU, Konrad. «Schweizerische Abrüstung». In: *RR*, 10 Jg., Nr. 1, Sept. 1930, S. 23–29.

*Überwindung der Krise durch die Kriseninitiative*. Schweizerisches Aktionskomitee zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise (Hg.). Bern: 1935.

*Unsere Landesverteidigung*. Schweizerische Offiziersgesellschaft (Hg.). Stäfa: 1931.

WALTER, Ernst J. «Ursachen des Stillstands». In: *RR*, 15 Jg., Nr. 5, Jan. 1936, S. 171–174.

WALTER, Michael. *Tolstoi nach seinen sozialökonomischen, staatsrechtlichen und politischen Anschauungen*. Zürich: Schulthess & Co., 1907.

WANNER, Paul. *Warum unbedingte Kriegsverhütung?* Zürich: o.J. (1936)

### *Memoirenliteratur*

BRINGOLF, Walther. *Mein Leben. Weg und Umweg eines Schweizer Sozialdemokraten*. Bern u.a.: Scherz, 1965.

BRUPBACHER, Fritz. *60 Jahre Ketzer. Selbstbiographie*. «Ich log so wenig als möglich». Anmerkungen und Nachwort von Karl Lang. Textlich unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1935. Zürich: Verlagsgenossenschaft, 1973.

GAUTSCHI, Willi. *Lenin als Emigrant in der Schweiz*. Zürich: Ex Libris, 1975.

GRAF, Christoph und Eduard Tschabold. «Rudolf Minger als Förderer der schweizerischen Landwirtschaft und Landesverteidigung. Der Berner Bauernbundesrat im Spiegel seines Nachlasses». In: *Studien und Quellen*, 6. Bern, 1980, S. 7–111.

HELLER, Daniel. *Eugen Bircher. Arzt, Militär und Politiker. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte*. Mit einem Vorwort von Hans Senn. Diss. Universität Zürich. Zürich: NZZ, 1988.

KAISER, Chantal. *Bundesrat Jean-Marie Musy 1919–1934*. (Religion – Politik – Gesellschaft in der Schweiz, Bd. 23). Freiburg i. Ü.: Universitätsverlag, 1999.

KÄSTLI, Tobias. *Ernst Nobs: Vom Bürgerschreck zum Bundesrat: Ein politisches Leben*. (Orell Füssli Zeitgeschichte). Zürich: Orell Füssli, 1995.

KERSHAW, Ian. *Hitler, 1889–1936*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1998<sup>2</sup>.

KJETSAA, Geir. *Lew Tolstoi, Dichter und Religionsphilosoph*. Übersetzung aus dem Norwegischen von Ute Hempen. Gernsbach: Casimir Katz, 2001.

LIETHA Walter (Hg.). *Leonhard Ragaz im Profil. Gedanken und Biographisches Lesebuch*. Chur: Calven, 1995.

LIPP, Karlheinz. «Der Pazifist Leonhard Ragaz». In: *Leonhard Ragaz, religiöser Sozialist, Pazifist, Theologe und Pädagoge*. Leonhard-Ragaz-Institut e.V. (Hg.). Darmstadt: Lingbach, 1986, S. 105–112.

LUNA, Giovanni de. *Benito Mussolini. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*. (Rowohlts Monographien). Hamburg: Rowohlt, 1978.

Markus Feldmann. *Tagebuch 1923–1939*. Band XIII/1. Bearbeitet von Peter Moser unter Mitarbeit von Roger Sidler u.a. (Quellen zur Schweizer Geschichte. Neue Folge, III. Abteilung, Briefe und Denkwürdigkeiten, Bd. XIII). Schweizerische Gesellschaft für Geschichte (Hg.). Basel: Krebs, 2001.

MATTMÜLLER, Markus. *Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Eine Biographie*. Zwei Bände. Zollikon: Evangelischer Verlag, 1957–68.

MCCARTHY, Adolf. *Robert Grimm der schweizerische Revolutionär*. Bern u.a.: Francke, 1989.\$

OSCHMANN, Kersten. *Über Hendrik de Man. Marxismus, Plansozialismus und Kollaboration – ein Grenzgänger in der Zwischenkriegszeit*. Diss. Universität Freiburg i. Br. Freiburg i. Br., 1990.

RAGAZ, Leonhard. *Mein Weg*. Zürich: Diana, 1952.

Robert Grimm. *Revolutionär und Staatsmann*. Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste (Hg.). Zürich: o.V., 1958.

SCHMID-AMMAN, Paul. *Emil Klöti. Stadtpräsident von Zürich. Ein Schweizerischer Staatsmann*. Zürich: Oprecht, 1965.

Ders. *Unterwegs von der politischen zur sozialen Demokratie. Lebenserinnerungen von Paul Schmid-Amman*. Zürich: Morgarten, 1978.

VOIGT, Christian. *Robert Grimm Kämpfer – Arbeiterführer – Parlamentarier. Eine politische Biografie*. Bern: Zytglogge, 1980.

WOLF, Walter. *Walther Bringolf: eine Biographie: Sozialist, Patriot, Patriarch*. Mit einem Vorwort von Helmut Hubacher. Schaffhausen: Verlag am Platz, 1995.

### *Zeitungen und Zeitschriften*

*Arbeiter-Zeitung*. Offizielles Organ der Sozialdemokratischen Parteien beider Basel, des Arbeiterbundes Basel, des Gewerkschaftsbundes Baselland. Basel. (Politische Leitung: Friedrich Schneider). (ab 1935 A-Z).

*Basler Arbeiter-Zeitung*. Tägliches offizielles Organ der Sozialdemokratischen Parteien von Baselstadt und Baselland und der Arbeiterunion Basel. Redaktion: Friedrich Schneider. (ab 1928 *Arbeiter Zeitung*).

*Berner Tagwacht*. Offizielles Publikationsorgan der sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

*Bündner Volkswacht*. Offizielles Publikationsorgan der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Kantons Graubünden.

*Der Aufbau*. Sozialistische Wochenzeitung. Zürich. Redaktion: Max Gerber.

*Die Nation*. Unabhängige Zeitung für Demokratie und Volksgemeinschaft. Bern.

*Die Schweiz im Völkerbund*. Mitteilungen der Schweizer Vereinigung für den Völkerbund. Zürich und Weinfelden. (Ab 1926: Der Völkerbund).

*Freie Innerschweiz*. Sozialdemokratische Tageszeitung. Luzern.

*Freier Aargauer*. Sozialdemokratisches Tagblatt. Offizielles Publikationsorgan der aargauischen Sozialdemokratischen Partei und des kantonalen Gewerkschaftskartells. Redaktion: Arthur Schmid.

*Seeländer Volksstimme*. Sozialdemokratisches Tagblatt. Offizielles Organ der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern.

*Thurgauer Arbeiter-Zeitung*. Sozialdemokratisches Tagblatt. Offizielles Organ der thurgauischen sozialdemokratischen Partei und des Sekretariatsverbandes.

*Volksrecht*. Sozialdemokratisches Tagblatt. Offizielles Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Kantons Zürich sowie des Gewerkschaftskartells Zürich.

*Volksstimme*. Sozialdemokratisches Tagblatt für die Stadt St. Gallen und die Kantone St. Gallen und Appenzell.

## 2 Sekundärliteratur

ABT, VIKTOR. «Die Sozialdemokratischen Parteiprogramme 1870–1982». In: Karl Lang u.a. (Hg.). *Solidarität, Widerspruch, Bewegung*. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Zürich: Limmat, 1988, S. 79–90.

ARBEITSGRUPPE für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich (Hg.). *Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart*. (Schriftenreihe der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2). Zürich: Limmat, 1975.

BAUMANN, WERNER. «Von der Krise zur Konkordanz. Die Rolle der Bauern». In: Sébastien Guex u.a. (Hg.). *Krisen und Stabilisierung. Die Schweiz in der Zwischenkriegszeit*. Zürich: Chronos, 1998, S. 97–113.

BERCHTOLD, ALFRED. *La Suisse romande au cap du XX<sup>e</sup> siècle*. Lausanne: Payot, 1963.

BIONDI, JEAN-PIERRE. *La mêlée des pacifistes. La grande dérive (1914–1945)*. Préface de Jean-Jacques Becker. Paris: Maisonneuve et Larose, 2000

BONJOUR, EDGAR. *Geschichte der Schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte Eidgenössischer Aussenpolitik. Bd. III, 1930–1939*. Dritte, durchgesehene Auflage. Basel: Helbing & Lichtenhahn, 1970.

*Daten aus der Geschichte der Bundessteuern*. (Steuerinformationen der Interkantonalen Kommission für Steueraufklärung, A, Geschichte). Interkantonale Kommission für Steueraufklärung (Hg.). Bern: 2000.

DEGEN, Bernhard. «Plebiszit mit dem Portemonnaie oder Plebiszit des Portemonnaies?». In: *Studien und Quellen*, 26. Bern: Haupt, 2000, S. 123–156.

Ders. «Von ‹Ausbeutern› und ‹Scharfmachern› zu ‹Sozialpartnern›. Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern im Wandel». In: *Bilder und Leitbilder im Sozialen Wandel*. Schweizerisches Sozialarchiv (Hg.). Zürich: Chronos, 1991, S. 231–270.

Ders. «Wer darf mitregieren? Die Integration der Opposition als Gnadenakt». In: Brigitte Studer (Hg.). *Etappen des Bundesstaates. Staats- und Nationsbildung der Schweiz, 1848–1998*. Zürich: Chronos, 1998, S. 145–158.

Ders. «Zwischen Opposition und Bundesratsbeteiligung». In: Karl Lang, u.a. (Hg.). *Solidarität, Widerspruch, Bewegung*. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Zürich: Limmat, 1988, S. 369–397.

Ders. *Abschied vom Klassenkampf. Die partielle Integration der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zwischen Landesstreik und Weltwirtschaftskrise (1918–1929)*. (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, 161). Diss. Universität Basel. Basel und Frankfurt a.M.: Helbing & Lichtenhahn, 1991.

Ders. *Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Bundesratspartei? Die Geschichte der Regierungsbeteiligung der schweizerischen Sozialdemokraten*. Zürich: Orell Füssli, 1993.

*Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Schlussbericht*. Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Hg.). Zürich: Pendo, 2002.

DOMMER, Hermann und Erich Gruner. *Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie. Ihr Verhältnis zu Nation, Internationalismus, Bürgertum, Staat und Gesetzgebung, Politik und Kultur*. (Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914; Band 3). Zürich: Chronos, 1988.

DREIFUSS, Eric. *Die Schweiz und das Dritte Reich. Vier deutschschweizerische Zeitungen im Zeitalter des Faschismus 1933–1939*. Vorwort von Willy Bretscher. Frauenfeld: Huber, 1971.

EGGER, Heinz. *Die Entstehung der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes der Schweiz*. Zürich: Genossenschaft Literaturvertrieb, 1952.



EISNER, Manuel. «Stabilität und Wandel von politischer Sprache in der Schweiz von 1840 bis 1986». In: Volker Bornschier u.a. (Hg.) *Diskontinuität des sozialen Wandels. Entwicklung als Abfolge von Gesellschaftsmodellen und kulturellen Deutungsmustern*. Frankfurt a. M. u.a.: Campus, 1990, S. 165–195.

Ders. «*Wer sind wir?*» Wandel der politischen Identität in der Schweiz 1840–1987». In: *Bilder und Leitbilder im Sozialen Wandel*. Schweizerisches Sozialarchiv (Hg.). Zürich: Chronos, 1991, S. 29–65.

ERNST, Andreas. «Krise, Stabilisierung und das Parteiensystem. Der Vergleich Schweiz-Deutschland». In: Andreas Ernst und Erich Wigger (Hg.). *Die neue Schweiz? Eine Gesellschaft zwischen Integration und Polarisierung (1910–1930)*. Zürich: Chronos, 1999, S. 215–244.

ETTER, Jann. *Armee und Öffentliche Meinung in der Zwischenkriegszeit 1918–1939*. Diss. Universität Zürich. Bern: Francke, 1972.

FETSCHER, Iring. *Der Marxismus – Seine Geschichte in Dokumenten*. München und Zürich: Piper, 1983.

FORREST, Andrew. *The Spanish Civil War*. London: Routledge, 2000.

FRICK, Gotthard. «Sozialdemokratie und Landesverteidigung». In: *ASMZ*, 1962: S. 423–430 und 496–504.

FRITSCHI, Oskar F. *Geistige Landesverteidigung während des Zweiten Weltkrieges. Der Beitrag der Schweizer Armee zur Aufrechterhaltung des Durchhaltewillens*. Dietikon-Zürich: Stocker-Schmid, 1972.

GAVIO, Romina. *Radikalisierung und Antimilitarismus. Die Entwicklung der politischen Haltung der Sozialistischen Jugendorganisation in der Schweiz von 1900–1918*. Lizentiatsarbeit. Universität Zürich, 2000.

GAUTSCHI, Willi. *Der Landesstreik 1918*. Zürich u.a.: Benziger, 1968.

GIOVANOLI, Fritz. *Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Entstehung, Entwicklung und Aktion*. o.O.: Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern, 1948.

GRETER, Mirko. *Die Militärpolitik der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zwischen 1903 und 1907. Der gescheiterte Versuch des Bundesrates zur Einschränkung der sozialistischen Militärkritik und der Positionierungsprozess der SPS im Themenfeld der Militärpolitik*. Lizentiatsarbeit. Universität Zürich, 2001.

GROUNAUER, Marie-Madeleine. *La Genève rouge de Léon Nicole 1933 à 1936*. Genève: Editions Adversaires, 1975.

GRUBER, Christian. *Die politischen Parteien der Schweiz im Zweiten Weltkrieg*. Zürich u.a.: Europa, 1966.

GRUNER, Erich. *Die Parteien in der Schweiz*. Zweite, neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Erste Auflage 1969. (Helvetica Politica, ser. B, Vol. IV). Bern: Francke, 1977.

GRUNER, Erich (Hrsg.). *Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz, 1880–1914: Soziale Lage, Organisation und Kämpfe von Arbeitern und Unternehmern, politische Organisation und Sozialpolitik*. Bd. 1–3. Zürich: Chronos, 1987–1988.

HARDMEIER, Benno. *Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz (1920–1945)*. Diss. Universität Zürich. Winterthur: P. G. Keller, 1957.

HEFTI, Markus. *Rechtsstellung und Tätigkeit der Vollmachtenkommission der eidgenössischen Räte im zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit*. (Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft. Neue Folge, 172) Diss. Universität Zürich. Aarau: Sauerländer 1951.

HILDEBRAND, Klaus. *Das Dritte Reich*. (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 17). München: R. Oldenbourg, 1995<sup>5</sup>.

*Historisches Lexikon der Schweiz*. Onlineversion, deutsch. (<http://www.sn1.ch/dhs/externe/protect/deutsch.html>).

HUBER, Peter. *Kommunisten und Sozialdemokraten in der Schweiz 1918–1935. Der Streit um die Einheitsfront in der Zürcher und Basler Arbeiterschaft*. Diss. Universität Zürich. Zürich: Limmat, 1986.

HUG, Ralph. *80 Jahre Generalstreik, 1918–1998*. Hg. vom Kantonalen Gewerkschaftsbund St. Gallen. St. Gallen: Sabon, 1998.

HÜRLIMANN, Jacques. *SPS und militärische Landesverteidigung 1946–1966*. Diss. Universität Zürich. Zürich: Juris, 1985.

IMHOF, Kurt. «Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung. Von der ‹Volksgemeinschaft› vor dem Krieg zum Streit über die ‹Nachkriegsschweiz› im Krieg». In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*. (Krise und sozialer Wandel, 2). Zürich: Seismo, 1996, S. 19–83.

Ders. «Lernen von Aussen? Oder: die Betrachtung des Irrationalen als Voraussetzung für Vernunft. Programmatische Mutationen in der Krise der 30er Jahre». In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*. (Krise und Sozialer Wandel, 1). Zürich: Seismo, 1993, S. 289–357.

*Im Sturm von Krise und Krieg. Neue Zürcher Zeitung 1933–1944. Siebzig Leitartikel von Willy Bretscher*. Zürich: NZZ, 1987.

JANNERET, Pierre. «Die Spaltung von 1939 in der Welschen Schweiz». In: Karl Lang u.a. (Hg.). *Solidarität, Widerspruch, Bewegung*. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Zürich: Limmat, 1988, S. 287–324.

JAUN, Rudolf. *Preussen vor Augen. Das schweizerische Offizierskorps im militärischen und gesellschaftlichen Wandel des Fin de siècle*. Zürich: Chronos, 1999.

JOST, Hans-Ulrich. *Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914–1918*. Diss. Universität Bern. Bern: Stämpfli, 1973.

Ders. «Bedrohung und Enge (1914–1945)». In: *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*. Studienausgabe in einem Band. Basel und Frankfurt a.M.: Helbing & Lichtenhahn, 1986, S. 731–819.

KÄGI, Ulrich (Hg.). *Unterwegs zur sozialen Demokratie. Festschrift zum 75. Geburtstag von Hans Oprecht*. Zürich: Europa, 1969. S. 39–56.

KINDERMANN, Gottfried-Karl. *Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehrsieg 1934*. Hamburg: Hoffmann und Campe, 1984.

KLEGER, Heinz. «Demokratiekonflikte und Staatssemantik. Von der Verteidigung nach innen zur Verteidigung nach aussen: Das Staatsverständnis in den Nationalratswahlen der Zwischenkriegszeit». In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*. (Krise und Sozialer Wandel, 1). Zürich: Seismo, 1993, S. 173–246.

Ders. «Die nationale Bürgergesellschaft im Krieg und Nachkrieg 1943–55». In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und*

*Zwischenkriegszeit.* (Krise und Sozialer Wandel, 2). Zürich: Seismo, 1996, S. 111–171.

KLAUS, Georg u.a. (Hg.) *Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie.* Neubearbeitete und erweiterte Ausgabe. Bd. 1–3. Hamburg: Rowohlt, 1979.

KLIEBÈS, Georges. *Un coup...Tirez bas...Feu! Genève 9 novembre 1932.* Genève: Slatkine, 1992.

KOLAKOWSKI, Leszek. *Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall.* Bd. 1–3. Zürich: Ex Libris, 1980–1982.

KOLB, Eberhard. *Die Weimarer Republik.* (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 16). 6., überarbeitete Auflage. München: R. Oldenbourg, 2002.

KÖLLER, Heinz. *Für Demokratie, Brot, Frieden. Die Volksfront in Frankreich 1935 bis 1938.* Bonn: Pahl-Rugenstein, 1996

KÖNIG, Mario. «Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Krisen, Konflikte, Reformen». In: Manfred Hettling u.a. *Eine kleine Geschichte der Schweiz. Der Bundesstaat und seine Traditionen.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1998.

KREIS, Georg. *Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Ihre Antworten auf die Herausforderungen der Zeit.* Zürich: Pro Helvetia, 1999.

KÜBLER, Markus. *Die Integration des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in das politische System der Schweiz in den Jahren 1908 bis 1939.* Diss. Universität Bern. Bern: 1998.

KUNZ, Matthias. *Aufbruchstimmung und Sonderfall-Rhetorik. Die Schweiz im Übergang von der Kriegs- zur Nachkriegszeit in der Wahrnehmung der Parteipresse 1943–50.* Bern: Schweizerisches Bundesarchiv, 1998.

LACHMANN, Günter. *Der Nationalsozialismus in der Schweiz 1931–1945. Ein Beitrag zur Geschichte der Auslandsorganisation der NSDAP.* Diss. Freie Universität Berlin. Berlin: Ernst-Reuter-Gesellschaft, 1962.

LEZZI, Otto. *Sozialdemokratie und Militärfrage in der Schweiz.* Frauenfeld: Huber, 1996.

LINDIG, Steffen. «Der Entscheid fällt an den Urnen». *Sozialdemokratie und Arbeiter im Roten Zürich 1928 bis 1938.* Zürich: Eco-Verlag, 1979.

LOOSLI-Usteri, Carl. *Geschichte der Konferenz für die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen 1932–1934, Ein politischer Weltspiegel*. Zürich: Polygraphischer Verlag, 1940.

«MEDIENEREIGNISHIERARCHIEN 1910–1940». Bearbeitet von Esther Kamber. In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*. (Krise und Sozialer Wandel, 1). Zürich: Seismo, 1993, S. 357–389.

«MEDIENEREIGNISHIERARCHIEN 1930–1960». Neue Zürcher Zeitung, Tages-Anzeiger, Tagwacht, Vaterland. Bearbeitet von Esther Kamber. In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*. (Krise und sozialer Wandel, 2). Zürich: Seismo, 1996, S. 249–265.

MOOSER, Josef. «Die ‹Geistige Landesverteidigung› in den 1930er Jahren». In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Nr. 4, 1997, S. 685–708.

MORANDI, Pietro. *Krise und Verständigung. Die Richtlinienbewegung und die Entstehung der Konkordanzdemokratie 1933–1939*. Diss. Universität Zürich. Zürich: Chronos, 1995.

PERRENOUD, Marc. «Face aux guerres et pour la paix. Socialisme et pacifisme dans le canton de Neuchâtel (1929–1939)». In: Michel Porret u.a. (Hg.). *Guerres et Paix. Mélanges offerts à Jean-Claude Favez*. Genève: Georg, 2000, S. 486–501.

PETERSEN, Andreas. *Radikale Jugend. Die Sozialistische Jugendbewegung der Schweiz 1900–1930. Radikalisierungsanalyse und Generationentheorie*. Zürich: Chronos, 2001.

RAUBER, André. *Histoire du mouvement communiste Suisse*. (Suisse – Événements. Collection dirigé par Michèle et Michel Baettig). Genève: Slatkine, 1997.

REY, Michel. *Genève 1930–1933. La Révolution de Léon Nicole*. Diss. Universität Fribourg. Bern u.a.: Lang, 1978

RUFFIEUX, Roland. *La Suisse de l'entre-deux-guerres*. Lausanne: Payot, 1974.

SCHEIBEN, Oskar. *Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1928–1936. Ein Beitrag zur Reformismusdebatte*. Diss. Universität Zürich. Zürich: Chronos, 1987.

SCHMID-AMMAN, Paul. «Vom revolutionären Klassenkampf zum demokratischen Sozialismus – Die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz seit 1920». In: Erich Gruner u.a. (Hg.). *Max Weber. Im Kampf um soziale Gerechtigkeit*. Beiträge von Freunden und Auswahl aus seinem Werk. Max Weber zum 70. Geburtstag, 2. August 1967. Bern: Herbert Lang, 1967, S. 84–96.

Ders. *Die Wahrheit über den Generalstreik von 1918. Seine Ursachen – Sein Verlauf – Seine Folgen*. Zürich: Morgarten, 1968.

SCHOCH, Jürg. *Die Oberstenaffäre: eine innenpolitische Krise (1915/1916)*. (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3, 19). Diss. Universität Bern. Bern u.a.: Lang, 1972.

*Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart*. Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich (Hg.). (Schriftenreihe der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2). Zürich: Limmat, 1975.

SIEGENTHALER, Hansjörg. «Die Rede von der Kontinuität in der Diskontinuität des sozialen Wandels – das Beispiel der dreissiger Jahre». In: Sebastian Brändli u.a. (Hg.). *Schweiz im Wandel. Studien zur neueren Gesellschaftsgeschichte*. Festschrift für Rudolf Braun zum 60. Geburtstag. Basel u.a.: Helbing & Lichtenhahn, 1990, S. 419–434.

Ders. «Konkordanz und Kalter Krieg: Marginalien anstelle einer Einleitung». In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*. (Krise und sozialer Wandel, 2). Zürich: Seismo, 1996, S. 9–83.

STGG, Oswald. *Die eidgenössischen Volksinitiativen 1892–1939*. (Helvetica Politica, Ser. B, Vol. XIII). Bern: Francke, 1978.

SIMMLER, Hans. *Bauer und Arbeiter in der Schweiz in verbandlicher, politischer und ideologischer Sicht*. Diss. Universität Zürich. Winterthur: P. G. Keller, 1966.

SOMMER, Jürg H. *Das Ringen um soziale Sicherheit in der Schweiz: eine politisch-ökonomische Analyse der Ursprünge, Entwicklungen und Perspektiven sozialer Sicherung im Widerstreit zwischen Gruppeninteressen und volkswirtschaftlicher Tragbarkeit.* (Arbeits- und Sozialwissenschaft, 1). Diss. Hochschule St. Gallen. Diessenhofen: Rüeegger, 1978.

SPIELMANN, Alex. *L'aventure socialiste genevoise. 1930–1936. De l'opposition à l'émeute – de l'émeute au pouvoir – du pouvoir à l'opposition.* Lausanne: Payot, 1981.

STADLER, Peter. «Diskussion um eine Totalrevision der schweizerischen Bundesverfassung 1933–1935». In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Nr. 1, 1969, S. 75–169.

STETTLER, Peter. *Die Kommunistische Partei der Schweiz, 1921–1931. Ein Beitrag zur schweizerischen Parteiforschung und zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung im Rahmen der Kommunistischen Internationale.* (Helvetica Politica, Series B, Vol. XV). Bern: Francke, 1980.

TACKENBERG, Marco und Dominique Wisler. «Die Massaker von 1932. Protest Diskurs und Öffentlichkeit». In: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft*, Vol. 4, Iss. 2, Summer 1998, S. 51–78.

TORRACINTA, Claude. *Genève 1930–1939. Le temps des passions.* Genève: Tribune, 1978.

ULMI, Nic und Peter Huber. *Les combattants suisses en Espagne républicaine (1936–1939).* Lausanne: Antipodes, 2001.

WEBER, Quirin. *Korporatismus statt Sozialismus. Die Idee der berufsständischen Ordnung im schweizerischen Katholizismus während der Zwischenkriegszeit.* (Religion – Politik – Gesellschaft in der Schweiz, Bd. 3). Diss. Universität Zürich. Freiburg i. Ü.: Universitätsverlag, 1989.

WINKLER, Heinrich August. *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten Deutschen Demokratie.* C.H. Beck: München, 1998

WOLF, Walter. *Faschismus in der Schweiz. Die Geschichte der Frontenbewegung in der deutschen Schweiz 1930–1945.* Zürich: Flamberg, 1969.

ZIMMER, Oliver. «Die <Volksgemeinschaft>. Entstehung und Funktion einer nationalen Einheitssemantik in den 1930er Jahren in der Schweiz». In: Kurt Imhof u.a. (Hg.). *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit.* (Krise und sozialer Wandel, 2). Zürich: Seismo, 1996: S. 85–109.





## Lieferbare Bände aus der gleichen Publikationsreihe:

- Nr. 2 Kurt R. Spillmann: *Beyond Soldiers and Arms: The Swiss Model of Comprehensive Security Policy* (1987)
- Nr. 4 Beat Näf; Kurt R. Spillmann: *Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 29. Juni 1987 – Bericht und Auswertung* (1987)
- Nr. 5 Beat Näf; Kurt R. Spillmann: *Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 7. Dezember 1987 – Bericht und Auswertung* (1988)
- Nr. 6 Jacques Freymond: *La menace et son évolution dans les domaines militaires et civils dans l'optique de la recherche scientifique et universitaire* (1988)
- Nr. 7 Christian Kind: *Extended Deterrence – Amerikas Nukleargarantie für Europa* (1989)
- Nr. 8 Franz Martin Aebi: *Der Weg zum Weiterleben – Morphologische Studie zu einer zeitgemässen Planung einer Strategie der staatlichen und gesellschaftlichen Selbstbehauptung* (1989)
- Nr. 9 Madeleine Hösli; Kurt R. Spillmann: *Demographie und Sicherheitspolitik: Nationale Aspekte – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988* (1989)
- Nr. 10 Richard D. Challener: *John Foster Dulles: The Certainty/Uncertainty Principle* (1989)
- Nr. 12 Kurt R. Spillmann und Kati Spillmann: *Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus* (1989)
- Nr. 13 Madeleine Hösli; Kurt R. Spillmann: *Demographie und Sicherheitspolitik: Rückwirkungen internationaler Entwicklungen auf die Schweiz – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 8. Juni 1989* (1989)
- Nr. 14 Fred Tanner: *Die Schweiz und Rüstungskontrolle: Grenzen und Möglichkeiten eines Kleinstaates* (1990)
- Nr. 15 Jacques Hürlimann; Kurt R. Spillmann: *Der Bericht 90 zur schweizerischen Sicherheitspolitik im Urteil ausländischer Expertinnen und Experten – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 6. Dez. 1990* (1991)
- Nr. 16 Urs Roemer: *Die Strategie der «Flexible Response» und die Formulierung der amerikanischen Vietnampolitik unter Präsident Kennedy* (1991)
- Nr. 17 Michael Fajnor: *Die europäische Integration und ihre sicherheitspolitischen Folgen für die Schweiz* (1991)
- Nr. 18 Christof Buri; Karl W. Haltiner; Kurt R. Spillmann: *Sicherheit 1991 – Ergebnisse einer Repräsentativbefragung* (1991)
- Nr. 19 Andreas Wenger: *Kontinuität und Wandel in der amerikanischen Nuklearstrategie – Präsident Eisenhowers Strategie der massiven Vergeltung und die nuklearstrategische Neuevaluation der Administration Kennedy* (1991)
- Nr. 22 Kurt R. Spillmann (Hg.): *Europäische Integration und Schweizerische Sicherheitspolitik – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 25./26. Oktober 1991* (1992)

- Nr. 24 Sabina Ann Fischer: Namibia Becomes Independent – The U.S. contribution to regional peace (1992)
- Nr. 25 Dominique Wisler: La violence politique en Suisse et les mouvements sociaux: 1969–1990 (1992)
- Nr. 26 Mauro Mantovani: Stand und Perspektiven der Sicherheitspolitik in Europa (1992)
- Nr. 27 Kurt R. Spillmann (Hg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte II – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1992 (1992)
- Nr. 28 Kurt R. Spillmann; Mauro Mantovani (Hg.): Die sicherheitspolitische Integration in Europa als Herausforderung für die Schweiz – Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 26. Oktober 1992 (1993)
- Nr. 30 Ilja Kremer: Die Sowjetunion und Russland nach 1985: Von der Oktoberrevolution zur Oktoberkrise (1993)
- Nr. 32 Karl W. Haltiner; Kurt R. Spillmann: Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend (1994)
- Nr. 34 Michael Fajnor: Multilaterale Anstrengungen zur Kontrolle konventioneller Rüstungstransfers und die Schweiz (1994)
- Nr. 35 Kurt R. Spillmann (Hg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte IV – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1994 (1994)
- Nr. 36 Andreas Wenger; Jeronim Perovic: Das schweizerische Engagement im ehemaligen Jugoslawien (1995)
- Nr. 37 Kurt R. Spillmann (Hg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte V – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1995 (1995)
- Nr. 38 Karl W. Haltiner; Luca Bertossa; Kurt R. Spillmann: Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität: Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend (1996)
- Nr. 39 Ulrich Gerster; Regine Helbling: Krieg und Frieden in der bildenden Kunst (1996)  
Ulrich Gerster; Regine Helbling: Krieg und Frieden in der bildenden Kunst (1996) (Bildteil)
- Nr. 40 Christoph Breitenmoser: Sicherheit für Europa: Die KSZE-Politik der Schweiz bis zur Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte zwischen Skepsis und aktivem Engagement (1996)
- Nr. 41 Laurent F. Carrel; Otto Pick; Stefan Sarvas; Andreas Schaer; Stanislav Stach: Demokratische und zivile Kontrolle von Sicherheitspolitik und Streitkräften (1997)
- Nr. 42 Karl W. Haltiner; Luca Bertossa; Kurt R. Spillmann: Sicherheit 97 (1997)
- Nr. 43 Andreas Wenger; Jeronim Perovic: Russland und die Osterweiterung der Nato: Herausforderung für die russische Aussen- und Sicherheitspolitik (1997)
- Nr. 44 Kurt R. Spillmann (Hg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte VI – Vorlesung für Hörer aller Abteilungen – Sommersemester 1997 (1997)

- Nr. 45 Kurt R. Spillmann; Hans Künzi (Hg.): Karl Schmid als strategischer Denker: Beurteilungen aus historischer Perspektive. Bericht und Auswertung der Tagung vom 1. Juli 1997 (1997)
- Nr. 46 Derek Müller: Die Aussen- und Sicherheitspolitik der Ukraine seit 1990/91: Herausforderungen, Leistungen und Perspektiven (1998)
- Nr. 47 Andreas Wenger; Jeronim Perovic: Russland zwischen Zerfall und Grossmachtanspruch: Herausforderungen der Regionalisierung (1998)
- Nr. 48 Andreas Wenger; Christoph Breitenmoser; Patrick Lehmann: Die Nato-Partnerschaft für den Frieden im Wandel: Entwicklung und Zukunft eines kooperativen Sicherheitsinstrumentes (1998)
- Nr. 49 Christof Münger: Ich bin ein West-Berliner: Der Wandel der amerikanischen Berlinpolitik während der Präsidentschaft John F. Kennedys (1999)
- Nr. 50 Christian Nünlist: Kennedys rechte Hand: McGeorge Bundys Einfluss als Nationaler Sicherheitsberater auf die amerikanische Aussenpolitik 1961–63 (1999)
- Nr. 51 David C. Atwood; Shahram Chubin; Pál Dunay; Jozef Goldblat; Martin Schütz; Heiner Staub: Arms Control and Disarmament: Revised version of papers Presented at the 3<sup>rd</sup> International Security Forum Zurich, 19–21 October 1998 (1999)
- Nr. 52 Andreas Wenger: Herausforderung Sicherheitspolitik: Europas Suche nach Stabilität (1999)
- Nr. 53 Kurt R. Spillmann; Andreas Wenger; Stephan Libiszewski; Patrik Schedler: Informationsgesellschaft und schweizerische Sicherheitspolitik (1999)
- Nr. 54 Kurt R. Spillmann; Andreas Wenger (Hg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte VII – Vortragsreihe an der ETH-Zürich – Sommersemester 1999 (1999)
- Nr. 55 Daniel Möckli: Neutralität, Solidarität, Sonderfall: Die Konzeptionierung der schweizerischen Aussenpolitik der Nachkriegszeit, 1943–1947 (2000)
- Nr. 56 Andreas Wenger; Jeremi Suri: The Nuclear Revolution, Social Dissent, and the Evolution of Détente: Patterns of Interaction, 1957–74 (2000)
- Nr. 57 Jon A. Fanzun; Patrick Lehmann: Die Schweiz und die Welt: Aussen- und sicherheitspolitische Beiträge der Schweiz zu Frieden, Sicherheit und Stabilität, 1945–2000 (2000)
- Nr. 58 Vojtech Mastny: Learning from the Enemy: NATO as a Model for the Warsaw Pact (2001)
- Nr. 59 Daniel Maurer: Europäische Sicherheit: Konfliktmanagement am Beispiel «Ex-Jugoslawien» (2001)
- Nr. 60 Kurt R. Spillmann; Andreas Wenger (Hg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte VIII – Vortragsreihe an der ETH-Zürich – Sommersemester 2001 (2001)

- Nr. 61 Fred Tanner (ed.) with the assistance of Joanna Schemm: The European Union as a Security Actor in the Mediterranean. ESDP, Soft Power and Peacemaking in Euro-Mediterranean Relations (2001)
- Nr. 62 Judith Niederberger: «Making the Difference between Mutual Destruction and Survival». Amerikanische Rüstungskontrollpolitik unter Dwight D. Eisenhower, 1953–1960 (2001)
- Nr. 63 Daniel Trachsler: Neutral zwischen Ost und West? Infragestellung und Konsolidierung der schweizerischen Neutralitätspolitik durch den Beginn des Kalten Krieges, 1947–1952 (2002)
- Nr. 64 Myriam Dunn: Information Age Conflicts. A Study of the Information Revolution and a Changing Operating Environment (2002)
- Nr. 65 Kurt R. Spillmann; Andreas Wenger (Hg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte IX – Vortragsreihe an der ETH-Zürich – Sommersemester 2002 (2002)
- Nr. 66 Kurt R. Spillmann: Von Krieg und Frieden – Of War and Peace. Abschiedsvorlesung – Farewell Adress, ETH Zürich, 3. Juli 2002 (2002)
- Nr. 67 Doron Zimmermann: The Transformation of Terrorism. The “New Terrorism,” Impact Scalability and the Dynamic of Reciprocal Threat Perception (2003)
- Nr. 68 Tina Kempin: Ready for Peace? The Implementation of the Good Friday Agreement in Northern Ireland 1998–2002 (2003)

Eine Gesamtübersicht über alle bisher erschienenen «Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung» ist einsehbar im Internet unter [www.fsk.ethz.ch](http://www.fsk.ethz.ch).

Die Beiträge können bei der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, ETH-Zentrum SEI, CH-8092 Zürich, Tel. 01/632 40 25, Fax: 01/632 19 41, bezogen werden. Es ist auch möglich, die Bestellung online auszuführen unter [www.fsk.ethz.ch/publ/order\\_publications.htm](http://www.fsk.ethz.ch/publ/order_publications.htm).

Online version provided by the  
International Relations and Security Network

A public service run by the  
Center for Security Studies at the ETH Zurich  
© 1996-2004

